

80
Samstag, den 1. Januar 1944 bis

Dienstag, den 4. Januar 1944

IV/We

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Zakopane.

Montag, den 4.1.44.

IV/Vo

10 Uhr Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Zakopane nach Krakau.

12 Uhr Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

15³⁰ Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler, Koppe und Dr. Boepple.

Staatssekretär für das Sicherheitswesen, SS-Obergruppenführer Koppe gibt dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Überblick über die gegenwärtige Sicherheitslage im Generalgouvernement. Er kann berichten, dass man in der letzten Zeit mit dem Kampf gegen die Banden gute Erfolge gehabt habe. Die vor kurzer Zeit ergriffenen scharfen Exekutivmassnahmen zeigten offenbar eine gute Wirkung.

Der Herr Generalgouverneur glaubt aus dieser Schilderung den Eindruck gewinnen zu können, dass jetzt mehr und mehr eine Festigung der Verhältnisse eintrete und dass man mit Vertrauen auf die feste Gefügtheit der deutschen Führung in das neue Jahr gehen könne.

┌ 17⁰⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt Dr. von Burgdorff. └

Der Gouverneur Dr. v. Burgdorff gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von seiner Absicht, in Tarnow eine Ausstellung "die jüdische Weltpest" zu eröffnen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Dr. von Burgdorff, zur Eröffnung dieser Ausstellung

4.1.1944

auch die Woids und die in deutschen Diensten tätigen Polen einzuladen. - Er teilt weiter mit, dass er beabsichtige, die Gouverneure für den 19. Januar zu einer internen Besprechung in Warschau zusammenzurufen -. Den Termin für die Übergabe der Distriktsstandortführung an Gouverneur Dr. von Burgedorff setzt der Herr Generalgouverneur auf den 15. Januar fest.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Gouverneur Dr. v. Burgedorff dann einige Weisungen für seine nunmehrige Tätigkeit. Es werde seine Aufgabe sein, sich gründlich über alle massgebenden Verhältnisse im Distrikt zu informieren. Vor allem müsse das Bestreben des Gouverneurs darauf gerichtet sein, etwaigen Übergriffen der Polizei mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Von der Tatsache, dass etwa ein Deutscher von der Polizei verhaftet werde, müsse ihm, dem Herrn Generalgouverneur, sofort Meldung erstattet werden.

In dieser Besprechung wird weiter zu der Frage Stellung genommen, in welcher Weise der bisherige kommissarische Amtschef des Distrikts Krakau Dr. Eisenlohr Verwendung finden soll. Der Herr Generalgouverneur hält es für zweckmässig, ihm die Verwaltung eines Grenzkreises zu übertragen.

17⁵⁵

Der Herr Generalgouverneur empfängt den Verbindungsoffizier Oberst Fischer.

Der Herr Generalgouverneur gibt Oberst Fischer davon Kenntnis, dass an ihn, den Herrn Generalgouverneur, wie an Staatssekretär Dr. Bühler von Generalmajor Haseloff ein Schreiben gerichtet worden sei, in welchem dem Wunsche Ausdruck gegeben werde, dass der Herr Generalgouverneur auf die Tätigkeit der unmittelbaren Verbindungsoffiziere,

4.1.1944

des Obersten Fischer und des Oberstleutnants v. Dazur, aus Gründen der sogenannten Wehrmachtsvereinfachung verzichten sollte. Er denke nicht daran, diesem Ansinnen zu folgen. Er sehe die Stellung der beiden Verbindungsoffiziere nicht als territorial verwurzelt an, sondern sie seien ihm seinerzeit auf sein persönliches Ersuchen vom Generalfeldmarschall Keitel persönlich zur Verfügung gestellt worden, und zwar im Einvernehmen mit dem Führer, damit ohne Rücksicht auf die militärisch sich aussergewöhnlich kompliziert entwickelnde Lage eine direkte Verbindung zwischen dem Herrn Generalgouverneur und dem OKW bzw. der Luftwaffe bestehe.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob sich Oberst Fischer über diese seine Stellung klar sei, wird von diesem bejaht.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Oberst Fischer, den Oberstleutnant v. Dazur in gleicher Weise zu informieren.

Im Übrigen will der Herr Generalgouverneur dem Generalmajor Haseloff auf sein Schreiben eine Antwort zugehen lassen, dass es nicht in seiner Zuständigkeit liege, über die Frage eines Verbindungsoffiziers des OKW bzw. der Luftwaffe mit dem Herrn Generalgouverneur zu verhandeln. Weiter ersucht der Herr Generalgouverneur Oberst Fischer, im Anschluss an diese Besprechung sich mit den Staatssekretären Dr. Bühler, Koppe und Dr. Roepfle in Verbindung zu setzen und ihnen von dieser seiner Stellungnahme Mitteilung zu machen.

Der Herr Generalgouverneur weist mit besonderem Nachdruck darauf hin, dass er dem Oberst Fischer diese Erklärung nicht nur deshalb abgebe, weil er gerade zugegen sei, und er sich schon jahrelang bewährt habe, sondern weil die Entwicklung der militärischen Situation im Generalgouvernement ihn mehr denn je zwingt, eine direkte Verbindung, vor allem mit dem OKW, zu haben. Gerade jetzt sei die Stellung der Verbindungsoffiziere von besonderer Wichtigkeit.

4.1.44

Ein Verhandeln mit dem Wehrkreiskommando bringe ihm keinen Nutzen, wenn Truppenteile in das Generalgouvernement verlegt würden, die dem Wehrkreiskommando garnicht unterständen. Er habe es auch nicht nur mit dem Luftgaukommando 8, dem General Sommé, sondern auch mit solchen, die ihm nicht unterständen, zu tun, die jetzt ins Generalgouvernement kämen. Jetzt werde sich die Wichtigkeit der Verbindungsoffiziere zeigen, und es sei eigentlich unerfindlich, weshalb man gerade in dieser Zeit die Verbindungsoffiziere abberufen wolle. Er ermächtigte Oberst Fischer, von dieser seiner Stellungnahme soweit als möglich Gebrauch zu machen und die massgebenden Instanzen davon in Kenntnis zu setzen. Weiter werde er Staatssekretär Dr. Bühler anweisen, dem Generalmajor Haseloff auf sein Schreiben die Antwort zukommen zu lassen, dass er, der Herr Generalgouverneur, es leider ablehnen müsse, über diese Frage mit dem Wehrkreiskommando zu verhandeln.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberst Fischer, dass er im Hauptquartier, wohin er sich noch heute begeben werde, dem Generalfeldmarschall Keitel Vortrag über die Sachlage halten werde. Er selber halte seine Stellung als Verbindungsoffizier absolut für überflüssig, umsoweniger, da ja über Nacht ein Teil Galisiens zum Operationsgebiet gemacht werden könne.

In einem telefonischen Gespräch gibt der Herr Generalgouverneur dem Staatssekretär Dr. Bühler Kenntnis von der eben mit Oberst Fischer geführten Verhandlung und ersucht

4.1.44

ihn, dem Generalmajor Haseloff ein im Sinne dieser Besprechung gehaltenes Antwortschreiben zuzuleiten. In diesem Schreiben müsse vor allem festgestellt werden, dass die beiden Verbindungsoffiziere ihm, dem Generalgouverneur, persönlich für die Fragen zur Verfügung gestellt worden seien, die, übergeordnet den territorialen militärischen Bereichen, die allgemeine Politik und die allgemeinen Fragen der Wehrmacht im Generalgouvernement betreffen, und dass er, der Generalgouverneur, daher überhaupt nicht im Stande sei, mit dem Wehrkreiskommando über diese Stellung der Verbindungsoffiziere zu verhandeln. Weiter müsse in dem Schreiben betont werden, dass mehr denn je gerade in den kommenden Wochen und Monaten, in denen zahlreiche Truppenteile ins Generalgouvernement verlegt werden würden, die dem Wehrkreiskommando und dem Luftgau nicht unterständen, eine direkte Verbindung zwischen OKW und Generalgouverneur bestehen müsse.

18³⁰

Besprechung mit dem stellvertretenden Chef der Kanzlei Assessor Schulz, Adjutant SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth und Fahrdienstleiter Schulze;

Gegenstand der Besprechung: die Verpflegung der Kraftfahrer.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Ansicht Ausdruck, dass sich die Kraftfahrer selber rechtzeitig um ihre Verpflegung zu kümmern hätten, so dass sie jederzeit für & ihn zur Verfügung ständen, und weist Assessor Schulz an, die Kraftfahrer entsprechend zu belehren.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Mittwoch, den 5.1.44

10⁰⁰

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Breslau
und Agnetendorf i/Rie.

Montag, den 10.1.44

Auf einer vom Reichsminister des Innern, Reichs-
führer SS einberufenen Tagung der Oberpräsidenten
und Regierungspräsidenten in Breslau hält der Gene-
ralgouverneur einen Vortrag über die Verwaltung des
Generalgouvernements.

LEISTUNGEN DES GENERALGOUVERNEMENTS

(beispielhaft beschränkt auf wenige Gebiete und Zeitabschnitte)

1) Ernährung und Landwirtschaft

Es wurden 1942/43 an das Reich geliefert

630 000 t Getreide
520 000 t Kartoffeln
28 666 t Zucker
55 000 t Vieh
und 7 500 t Fette.

Für 1943/44 sind folgende Reichslieferungen geplant
und grösstenteils schon durchgeführt:

450 000 t Getreide
525 000 t Kartoffeln
20 000 t Zucker
40 000 t Vieh
und 7 700 t Fette.

2) Forst- und Holzwirtschaft

Für die Ausfuhr nach dem Reich, für die Bauprogramme der Ostbahn, für das Oberschlesische Grubenrevier sowie für die Versorgung der kämpfenden Truppe sind 25% des Nutzholzaufkommens des Generalgouvernements, nämlich 4,6 Millionen Festmeter in den vergangenen 4 Jahren aufgebracht und geliefert worden.)

3) Rüstungswirtschaft (Zahlen sind geheim)

Zahl der beschäftigten Rüstungsarbeiter 140 000;

Wert der Lieferungen im vergangenen Jahr ca. 3/4 Milliarden Reichsmark (nach Senkung der Preise für die Rüstungsproduktion).

Hergestellt werden im Generalgouvernement:

1/4 der gesamten Infanteriemunition, neue Auftragsverlagerungen sehen die Herstellung von 1/3 - 1/2 der gesamten zur Kriegsführung benötigten Infanteriemunition vor;

3 grosse Werke für die Herstellung von Infanteriemunition sind soeben im Aufbau begriffen.

Gegenüber den vorhergehenden Jahren musste die Produktion von Infanteriemunition auf das 8fache, künftig muss sie nochmal auf das 5fache der derzeitigen Produktion gesteigert werden.

Alle Sparten der Rüstungsfertigung sind im Generalgouvernement vertreten vom Panzer über das Flugzeug zum U-Boot:

Panzerwerke in Warschau;

Flugzeugmotorenwerke in Reichshof;

Flugzeugzellenbau in Mielec;

umfangreiche Zubringerindustrie für Flugzeugbestandteile - 30 bis 40 Firmen;

6 grosse Reparaturwerke für Flugzeugmotoren;

2 grosse Munitionswerke für Artillerie-Munition;

Geschütz-Geräte-Fertigung, besonders für Flak, Fliegermunition und Fliegerleuchtbomben, Karabinerherstellung monatlich 15 000 und MGs.

Auf Grund gebietseigener Erfindung Monopol für

U-Boot-Panzerung;

Minenfertigung für die Marine;

sonstige Bestandteile für U-Boote;

grosse optische Werke, Fernrohre und Entfernungsmesser, Zeiss in Warschau, ausserdem weitere 2 Werke.

Auf dem Gebiet der Elektrotechnik sind tätig die Firmen Philippe und Erikson:

Produktion von Nachrichtengerät, insbesondere Sende- und Empfangsgerät für U-Boote.

Eisenbahnproduktion:

Waggonfabrik in Ostrowiec - monatlich 200 Güterwagen und Unmengen sonstiger Zubehörteile für den Fahrpark der Eisenbahn.

Grosse Eisenbahnreparaturwerkstätten.

Grösste deutsche Baracken- und Flugzeughallenfertigung. Lange Zeit im Besitz des Monopols für die Fertigung von Einzelflugzeughallen.

Stahlerzeugung - monatlich 23 000 t Edelstähle.

Das Generalgouvernement ist ferner als Ausweichproduktionsstätte für ausgebombte Werke des Reiches ein gern in Anspruch genommenes Erzeugungsgebiet.

4) Arbeitererfassung für das Reich.

Ins Reich gelieferte Arbeitskräfte

1,2 Millionen Polen und Ukrainer.

Daneben die Vermittlung des grossen Kräftebedarfs für die Rüstung, die Ostbahn und den Bausektor.

5) Verkehr.

Das Netz der Ostbahn musste mit Rücksicht auf den bevorstehenden Kampf gegen den Bolschewismus besonders großzügig ausgebaut werden.

Bisher sind im Bahnbau bewegt worden:

14 Millionen cbm Erdmassen.

Es wurden neu gelegt: 900 km Gleise.

Es wurden neu hergestellt: 440 Brücken und Brückenverstärkungen von 18 500 m Länge.

Im öffentlichen Güterverkehr wurden

1940 15,3 Millionen t,

1942 18,2 Millionen t

verfrachtet; im Personenverkehr wurden

1940 47,2 Millionen,

1942 127,5 Millionen

Reisende befördert.

6) Deutsche Post Osten.

Der Briefverkehr ist gestiegen von 1940 - 1942 von 360 Millionen auf 420 Millionen,

der Paketverkehr von 3,1 auf 5,3 Millionen,

der Geldverkehr von 3,5 Milliarden auf 13,5 Milliarden.

Das Fernleitungsnetz hat sich erweitert von rund 95 000 km vor dem Krieg bis auf 350 000 km Ende 1942.

Besonders wichtig ist der Umschlag der Feldpost im Generalgouvernement und die Schaffung eines besonders leistungsfähigen Nachrichtenwesens im Dienst der Wehrmacht.

7) Bauwesen.

a) Strassenbau.

Übernommen wurden 3 800 km Durchgangsstrassen, 3,700 km Distriktstrassen und 6 900 km Kreisstrassen, durchwegs sämtlich in restlos ungenügendem Zustand.

Die west-östlichen Strassenzüge mussten alle mit neuzeitlichen Strassendecken versehen und verbreitert werden sowie mit entsprechenden Brücken versehen werden.

Daneben entstanden eine Zahl von Tal- und Flussübergängen, darunter 4 grosse Weichselbrücken.

Als neue Aufgabe im Juli 1940 das sogenannte Otto-Programm, das den Ausbau von rund 990 km Strassen und später von weiteren rund 800 km vorsah.

Begonnen wurden im Herbst 1941 ferner die Ausbauarbeiten an der Durchgangsstrasse Lemberg - Tarnopol bis zur Grenze des Generalgouvernements, sowie eine Durchgangsstrasse Lemberg - Brody in Richtung Kiew. Diese Bauvorhaben wurden z.T. schon vollendet.

b) Wasserbau.

Es wurden rund 240 000 ha entwässert, 5 600 drainiert, 9 200 ha umgebrochen, 220 km Deiche wurden neu geschüttet, 1 100 km Flußläufe reguliert und profilmässig ausgebaut, 3 600 km Gräben neu geschaffen.

Ferner wurde die gewaltige Talsperre Roznow bis zum Dezember 1941 fertiggestellt (50 % der Bauaufertigung für Zwecke der Energieerzeugung). Der Bau einer weiteren Ausgleichsperre Czchow wird im nächsten Jahr beendet werden.

Mittwoch, den 12. Januar 1944.

9³⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
10⁰⁰ Fahrt nach Zakopane.

12¹⁵ Der Herr Generalgouverneur nimmt an der Schluss-
sitzung der 3. Deutschen Landwirtschaftlichen
Führertagung im Generalgouvernement teil, die
in den Kurlichtspielen in Zakopane stattfindet.

Der Präsident der Hauptabteilung Ernährung und
Landwirtschaft Naumann begrüßt den Herrn General-
gouverneur auch im Namen der Tagungsteilnehmer
auf das Herzlichste und gibt der Freude darüber Aus-
druck, dass der Herr Generalgouverneur zu den Ta-
gungsteilnehmern sprechen und dadurch dieser Tagung
erst ihren richtigen Höhepunkt geben wolle.

Weiter begrüßt Präsident Naumann die Ehrengäste
aus der Partei, der Regierung, den Distrikten, Krei-
sen und Städten. Insbesondere dankt er auch den zur
Tagung erschienenen Pressevertretern wie überhaupt
der Presse, die in den vergangenen schweren Zeiten
die Bestrebungen der Hauptabteilung so hervorragend
unterstützt habe.

Er fährt dann fort: aus allen Teilen des General-
gouvernements sind zu dieser nun schon traditionell
gewordenen Arbeitstagung die führenden Männer und
Frauen aus dem Agrarsektor zusammengekommen, um für
die vor uns liegenden schweren Aufgaben auf dem Ge-
biete der Erzeugung für das Jahr 1944 die letzte
Ausrichtung zu erhalten. Vor Ihnen, Herr General-
gouverneur, hat sich zwar nicht Ihr schönstes und
vielleicht auch nicht ausgeglichenes Bataillon ver-
sammelt; denn alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,

12.1.1944

die seit 1939 zu Ihrem Agrarsektor gestossen sind, kommen entweder aus der rein landwirtschaftlichen Praxis, sie sind in ihrer Heimat selbstständige Bauern und Landwirte, oder sie kommen zum weitaus grössten Teil aus dem erst 1933 nach der Machtübernahme errichteten jungen Reichsnährstand. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft hatte nicht das Glück, auf Verwaltungen zurückgreifen zu können, wie es andere Hauptabteilungen der Regierung des Generalgouvernements tun konnten. Hier hat sich aber gleichwohl ein Bataillon zusammengefunden, das mit zu den einsatzfreudigsten des Generalgouvernements gehört. Wir sind unter Ihrer obersten Führung zu einem festen Block zusammengewachsen, innerhalb dessen einer für den anderen einsteht. Uns eint die grosse Aufgabe, hier im Osten im völkischen Nebenland moderne Landwirtschaft und moderne Ernährungswirtschaft aufzubauen und sie für die deutschen Kriegsinteressen einzusetzen.

In den vergangenen 4 Jahren sind viele harte Wetterstürme über Ihre Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft hinweggebraust: oft haben wir unter schwerem Beschuss gestanden, aber immer haben wir versucht, die Aufgaben, so gut es möglich war, zu meistern. Und wenn es einmal so schwer wurde, dass wir nicht mehr weiter wussten, dann haben Sie Ihre schützende Hand über uns gehalten und haben uns Richtung und Ziel gewiesen. Diese Schicksalsschläge und diese harten Zeiten haben Ihren Agrarsektor nicht umgeworfen, sondern ihn nur härter und stärker gemacht.

Ich kann Ihnen im Namen der hier anwesenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, zugleich aber auch im Namen jener Hunderte, die draussen im Lande auf einsamen Posten stehen, die Versicherung abgeben, dass Sie sich auch in Zukunft auf Ihre Hauptabteilung,

12.1.44

auf die Männer und Frauen im Agrarsektor verlassen können.

(Lebhafter Beifall)

Regierungsdirektor Albert, fast hierauf das Ergebnis der Tagung zusammen und stellt die Grundforderungen für die Erzeugungsschlacht des Jahres 1944 heraus. Er kennzeichnet sie folgendermassen:

- 1.) Wir bauen trotz aller Schwierigkeiten unsere Viehstapel auf und lassen uns darin auch nicht durch die Viehablieferungen behindern.
- 2.) Wir sorgen für eine geordnete Futterwirtschaft.
- 3.) Wir machen das Generalgouvernement zum führenden Land in der Humuswirtschaft.
- 4.) Unser Beratungsapparat wird im Wege laufender Schulung richtig eingesetzt und dauernd kontrolliert.
- 5.) Die Beispielswirtschaft gestalten wir zu einem wertvollen Mittel der landwirtschaftlichen Produktion.

Regierungsdirektor Albert schliesst seinen Bericht mit folgenden Worten: grosse Aufgaben stehen wieder vor uns. Wir haben sie uns als Nationalsozialisten im einzelnen selber gestellt und sind entschlossen, sie völlig zu verwirklichen. Im vergangenen Jahre habe ich Sie aus diesem Saal mit dem Aufruf entlassen, in dem schweren Schicksalskampf unseres Volkes alles zu tun, was nur möglich ist, und um uns die Sorgen zu nehmen. Wir haben uns gelobt, dem Führer nach Möglichkeit seine Sorgen abzunehmen. An uns darf es nicht fehlen, auf uns muss sich der Führer zu jeder Stunde verlassen können. Wir wissen, dass unsere Arbeit mehr ist als eine wirtschaftliche Leistung: sie ist eine der wesentlichen Grundlagen für die deutsche Herrschaft in diesem Raum. Jeder von uns ist hier Repräsentant des Führers und des Reiches.

12.1.44

Nach unserem Können, nach unserer Leistung, nach unserer Haltung werden das Reich und das deutsche Volk hier im Raum beurteilt. Als Nationalsozialisten wollen wir auch in Zukunft danach handeln. Sie, meine Herren Kreisleiter und Oberleiter, und alle Ihre Mitarbeiter haben bisher mit den grössten Schwierigkeiten und Nöten fertig werden können. Wir müssen Herr werden all dessen, was sich uns entgegenstellen will; nichts darf uns schwach machen oder ins Wanken bringen, wir müssen stärker sein als die Verhältnisse. Die Mobilmachung des Ackers für den deutschen Schicksalskampf geht weiter. Wir werden diesen Kampf gewinnen.

(Lebhafter Beifall).

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

Landwirtschaftsführer und Landwirtschaftsführerinnen des Generalgouvernements! Ich bin sehr gern zu der heutigen abschliessenden Sitzung Ihrer Tagung gekommen, weil ich diese Tagung als eine der wichtigsten Zusammenkünfte amtlich bevollmächtigter und praktisch tätiger Menschen im Generalgouvernement ansehe. Ich möchte mich selbstverständlich nicht in Ihre fachlichen Angelegenheiten weiter einmengen. Es liegt mir fern, den Versuch machen zu wollen, Ihnen mit praktischen Ratschlägen an die Hand gehen zu wollen; denn meine praktischen Beziehungen zur Landwirtschaft sind leider nur die eines Konsumenten Ihrer Güter.

(Heiterkeit).

Aber es ist ganz zweifellos einer der wichtigsten Augenblicke, in dem Sie tagen, nicht nur für die Geschichte Ihres eigenen Arbeitsprogramms in dem jetzt laufenden Erntejahr, sondern auch angesichts der Gesamtentwicklung der Kriegslage und der Situation unseres Reiches. Bei Ihrer letzten Tagung, die wohl etwa vor einem Jahre stattfand, erstreckte sich die deutsche Front im Osten annähernd 1500 km in der Luftlinie von der Ostgrenze des Generalgouvernements weg; in dem gegenwärtigen Augenblick, da wir hier zusammengekommen sind, ist die Front teilweise bis

12.1.44

auf 80 km an die Ostgrenze des Generalgouvernements herangerückt.

In diesen monumentalen Zahlen liegt eines der grössten Schicksalsgewichte, die uns aufgebürdet sind. Denn selbstverständlich ist damit das Generalgouvernement als der grosse geordnete Block deutscher Macht und Führungsautorität im Osten heute wieder ganz anders in den Mittelpunkt der Ereignisse gerückt, als das vor einem Jahr der Fall war. Ich sehe daher in Ihrer jetzigen Tagung eine gleichsam kriegsbedingte, fast militärisch disziplinierte Befehlsausgabe an jene, die unter diesen unsagbar schweren Verhältnissen des Reiches und des Generalgouvernements in ernstester Führerverantwortung die ernsteste aller Aufgaben, die Versorgung unseres Volkes, die Versorgung aller arbeitenden Individuen mit Lebensmitteln und Nahrung, durchzuführen haben. Neben dem Krieg der Waffen und des Eisens, neben dem Krieg der Waffen des Geistes und der Seele geht noch dieser ungeheure Krieg gegen Deutschland vor sich, mit dem Ziel, durch Entzug der notwendigen Nahrungsmittel uns das Kriegsgeschehen sich zur Niederlage entwickeln zu lassen.

Die Blockade - ein Begriff, der im Weltkrieg 1914/18 eine geradezu niederdrückend erschreckende Rolle gespielt hat, - ist dank der einzigartigen Leistung nationalsozialistischer Bauernführung, Bauernwerdung und landwirtschaftlicher Erzeugungsführung heute kaum mehr ein Schlagwort. Deutschland und das von ihm beherrschte Europa sind im gegenwärtigen Augenblick absolut berechtigt, mit Zuversicht in dieses kommende Jahr zu gehen, was die Ernährungssituation betrifft.

Dass kriegsmässige Schwierigkeiten sich häufen, ist klar. Selbstverständlich muss die Arbeitskraft bis aufs Äusserste mehr denn je an die Nervensubstanz herangepeitscht

12.1.44

werden. Selbstverständlich ist es auch, dass das junge starke Blut unseres Volkes unausgesetzt fließen muss und dass daher eine Minderung der unmittelbaren Energiekräfte eintreten kann. Aber mit gesteigerten glühendsten Willen erhöht sich die Leistungsbereitschaft, die totale Einzelhingabe an das grösste Ziel dieser Zeit. Dabei sind ja gerade die Bauern, der Landwirt, das Landleben, die Gesetze der landwirtschaftlichen Produktion ein ungeheures Lehrmittel auch für die politischen Gesetze: der Bauer weiss, wie er mit dem Boden umzugehen hat; er ist gewohnt, dank seiner Tatkraft, dank des Saatgutes, dank der Güte des bearbeiteten Bodens alles das zu tun, was man schlechterdings von einem pflichtbewussten bäuerlichen Volksgenossen verlangt. Er weiss aber darüberhinaus, dass dies alles allein nicht genügt, sondern dass ein nicht ganz in unserer Macht stehendes Element dazu kommen muss: er hat noch zu harren auf das Wetter, er hat noch die Sonne zu sehen und den Hagel zu scheuen, er muss Beharrung zeigen und abwarten können, bis die Stunde der Ernte gekommen ist. Es ist kein Zweifel, dass die Arbeit, die am bodennächsten ist, auch die himmelnächste ist, dass die Arbeit, die die Scheuer füllt, auch den Blick in den ewigen Himmel lehrt und dass in dieser Arbeit tatsächlich die Totalität von Wille, seelischer Haltung, Geduld, Ausdauer und unbeirrbarem Glauben als traditionelles Charakterfundament unseres Volkes sich immer wieder aufgerichtet hat.

Die Politik des Nationalsozialismus hat sich an diese Regeln zu halten. Gerade der deutsche Bauer ist es, der wieder die grössten Opfer zu bringen hat: er opfert seine Arbeit, er opfert seine Söhne. Aber das ganze deutsche Volk steht in der gleichen Opfergemeinschaft. Wenn man ins Reich hineinführt, dann sieht man, wie

7

12.1.44

diese elementaren Fundamente der bündlichen Lebensführung heute Gemeingut unseres Volkes geworden sind, unter steter Bereitschaft alles, aber auch das letzte, für die Volksgemeinschaft zu tun. Wie der Bauer auf die Ernte, so sollten wir auf den ewigen Herrgott schauen und ihn um den politischen Segen unserer Opfer in diesem Kriege bitten.

Wenn Sie mich nun fragen: Wie steht es um den Krieg? Du, Generalgouverneur, musst uns jetzt irgendetwas vom Krieg sagen, -was für eine Parole gibst Du uns auf den Weg? - nun, die Parole des Führers haben Sie gelesen, ich will sie nur ganz kurz erwähnen. Der Krieg hat sich in letztvergangenen Jahre in ungeheuren Schlägen gegen uns ausgewirkt. Es gibt niemanden mehr, der das verkennen oder verschweigen wollte. Die Verluste, die wir an Menschen erlitten haben, sind ungeheuer. Zu Lande, zu Wasser und in der Luft, war das letztvergangene Jahr eines der schrecklichsten erlebnisgehäuften Jahre, die das deutsche Volk je durchgemacht hat.

Aber ich kann es Euch aus unmittelbarer Kenntnis der Dinge mit auf den Weg geben: diese Schreckenzeit nähert sich dem Ende. Der Feind wird das Generalgouvernement nicht betreten.

(Stürmischer Beifall).

Es werden Divisionen über Divisionen heranrücken, die mit Gottes Segen in diesem Jahre das zurückschlagen werden, was dieser ohne-dies ausgeblutete Tyrannenkoloss Sowjetrussland als seinen Schicksalsschlag zu erwarten hat. In diesem Jahre wird die grosse Auseinandersetzung mit neuen Waffen, mit neuen Menschen, mit neuen Divisionen beginnen, und über England zieht sich das furchtbarste Vergeltungsgericht zusammen, das jemals die Weltgeschichte gekannt hat.

(Anhaltender lebhafter Beifall).

8

12.1.44

Wir stehen damit in einer schlechterdings durch
furchtbarste Schicksalsschläge gehämmerten buchstäb-
lich stählernen Harte diesem Kriege gegenüber. Und
wenn nun einer fragt: ja, musste denn dieser Krieg
sein, mussten diese Städte zerstört werden, musste
dieses Elend kommen, konnte man nicht noch warten,
konnte nicht das oder jenes geschehen, war der Krieg
gegen Sowjetrussland notwendig? - meine lieben Land-
wirtschaftsführer des Generalgouvernements, Ihnen
werden ja auch immer wieder diese Fragen gestellt,-
aber dann sagen Sie den Leuten immer eines: dieser
Krieg war ebenso notwendig, wie für den alten grossen
König Preussens der siebenjährige Krieg. Man wird
nicht Staat, indem man vor den Schrecken der Geschichte
zurückweicht. Wer vor der Geschichte Angst hat, wer
glaubt, durch Demut und Nachgiebigkeit in dieser Welt
etwas zu werden, der täuscht sich. ♡ Für uns Deutsche
war es klar, dass das einzigartige Schicksal, das uns
einen Adolf Hitler und seine nationalsozialistische
Volksgemeinschaftsidee und auf ihr fussend die deutsche
Wehrmacht des nationalsozialistischen Reiches gegeben
hat, auch gleichzeitig die Stunde bedeutete, in welcher
wir Deutschen vom Staat zum Weltreich aufsteigen werden.
Und dies ist für uns im Generalgouvernement wichtig.
Von diesem Wort müssen wir den Zweig der Überlegung ab-
spalten, der direkt in unsere Aufgabe hineinführt. Denn
Polen und das polnische Volk lagen unglückseeligerweise
zwischen dem deutschen Volk und den Aekern des deutschen
Volkes im Osten. Auf diesem Wege, der von der deutschen
Heimat und dem Wachstum unseres Volkes zu der Notwendig-
keit führte, die erforderlichen Lebensmittel zu erzeugen,
und zu der daraus wieder sich ergebenden Notwendigkeit,
neues Ackerland zu gewinnen, lag Polen. Und mit Polen
wurde die Barriere zurückgeschoben, die seit Jahrhunderten

12.1.44

das deutsche Volk im Osten eingeengt hat.

(Man kann einer fragen: wozu brauchen wir ein Weltreich? - es war doch auch so ganz gemütlich. Darauf kann man nur erwidern: ein Volk wie das deutsche konnte auf die Dauer nicht in dieser schon bedrohlich gewordenen Enge weiter leben, die schon über unserem Volke lastete. Ich brauche wohl nicht zu sagen, dass man schliesslich 85 Millionen Menschen auch bei noch so intensiver landwirtschaftlicher Entwicklung ^{nicht} auf demselben Terrain ernähren kann, auf dem etwa vor hundert Jahren 25 Millionen gelebt haben.)

Wenn wir also wachsen wollen, dann müssen wir diese Aufgabe auf uns nehmen. Der Krieg wäre so oder so gekommen. Zu glauben, er wäre nicht gekommen, wenn Adolf Hitler nicht gekommen wäre, heisst: das Problem umgekehrt sehen. Der Krieg wäre gekommen. Er kann aber nur gewonnen werden, weil wir einen Adolf Hitler und die nationalsozialistische Volksgemeinschaft haben.

(Lebhafter Beifall).

Das wollte ich Ihnen, gern zu Beginn dieses Jahres sagen. Sie haben ein Recht darauf, ein doppeltes Recht: ein Recht als Deutsche und ein Recht als Mitarbeiter auf einem der wichtigsten Gebiete unserer Gemeinschaftsarbeit im Generalgouvernement.

Heute ist es so weit, dass auch die öffentliche Sprache unserer Reichsführung immer klarer und deutlicher wird. Wir können es daher auch im Generalgouvernement auf uns nehmen, ganz klar und deutlich zu sprechen. Der Verlust der Ukraine bedeutet, absolut genommen, einen enormen Verlust an Ernährungswerten, an relativ hohen Ernährungswerten, aber auch den Verlust an Ernteschancen für 1, 2 oder 3 Jahre. Es ist gar kein Zweifel, dass daher die Ertragskraft des Generalgouvernements sehr denn je wieder in die öffentliche Erörterung eingebracht wird. Es ist aber ein wahres Ertragswunder, was das Land Generalgouvernement geschaffen haben. In

12.1.44

Agrargeschichte ist es noch niemals dagewesen, dass unter den klar gegebenen Voraussetzungen und Möglichkeiten im Laufe von knapp 4 Jahren aus einem Agrarschussgebiet ein Agrarüberschussgebiet gemacht wurde. Sie, die Sie hier in diesem Saal sitzen, und diejenigen, die Sie draussen als Ihre Mitarbeiter vertreten, können sagen, dass Sie dieses Wunder gemeistert haben. Ich bin stolz darauf, Ihnen das sagen zu können. Das Generalgouvernement ist in seiner Agrarleistung schlechterdings ein bis jetzt unerreichtes Vorbild geworden.

[Dasu darf ich Ihnen noch folgendes aktuell berichten. Ich habe vor wenigen Tagen in Breslau vor den dort versammelten Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten des Grossdeutschen Reiches auf Einladung meines Parteigenossen Himmler über das Generalgouvernement gesprochen. Im Anschluss an meine Ausführungen teilte der Reichsführer SS Himmler der allgemeinen Versammlung folgendes mit. Er sagte: er sei 4 Tage vorher - etwa am 6. Januar 1944 dieses Jahres - im Führerhauptquartier anwesend gewesen, als Staatssekretär Backe dem Führer den Abschlussjahresbericht über die landwirtschaftlichen Leistungen Europas und des deutschen Reiches erstattete. Bei dieser Gelegenheit habe Staatssekretär Backe seinen Bericht mit folgenden Worten begonnen: Mein Führer, an der Spitze der Leistungskraft, der Leistungsenergien und der Leistung selbst steht in dem gesamteuropäischen Raum das Generalgouvernement.]

(Lebhafter Beifall).

- Mit dem gleichen Beifall, den Sie nun Ihrer eigenen Leistung billigerweise gezollt haben, hat der Führer diese Ausführungen entgegen genommen. Meine werten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Sie können nun aber auch von diesem Platz aus meinen Dank und meine Anerkennung entgegennehmen. Denn ich weiss, was das geheissen hat.

12.1.44

Es wäre vielleicht gut, wenn all das, was wir an Unmöglichkeiten, an Zerstörtheiten, an Mangel der Voraussetzungen übernommen haben, und wenn andererseits das, was wir jetzt demgegenüber an menschlicher Leistungsfähigkeit, an Werkzeugen, Maschinen, Einrichtungen usw. besitzen, auch statistisch festgehalten wird; denn dann könnte man kommende Geschlechter darauf hinweisen, was eine Hand voll deuts cher Männer und Frauen in diesem landwirtschaftlich schwer verwüsteten Gebiet geleistet hat.

Meine verehrten Kameraden und Kameradinnen! Ich kann aus dem Programm, das Sie sich für diese Tagung gestellt hatten, entnehmen, das Sie sich mit den gesamten wesentlichen Fragen der Erzeugung, der Agrarproduktion eingehend beschäftigt haben. Die Richtlinien sind Ihnen gegeben worden. Ich hoffe aber auch, dass Sie Gelegenheit hatten, im Laufe dieser Tagung Ihre Erfahrungen, Ihre Sorgen und auch Ihre Beschwerden anzubringen. Denn in einem so ernsten Zeitabschnitt wie dem, der vor uns liegt, wo das Generalgouvernement mit in die wichtigste Zone einrücken wird, muss es das offene Wort als alleinige Richtlinie geben. Es darf keine Nebeltaktik, kein falschverstandenes Prestige geben, es kann nur darum gehen, unter nüchternster eiskalter Einschätzung aller gegebenen Dinge so, wie sie sind, und nicht so, wie man sie sehen will, das zweckmässige durchzusetzen. Damit komme ich auf eine der wichtigsten Fragen, nämlich auf die Behandlung des fremden Volkstums in diesem Raum.

Aus den Berichten der agrarischen Behörden und Dienststellen unseres Generalgouvernements habe ich immer wieder entnehmen können, dass Ihre Erfahrungen mit der Arbeitsfreude und dem Arbeitseifer der fremdvölkischen Bevölkerung im allgemeinen ausgezeichnet sind. Ich möchte daher das heutige Zusammensein benutzen, um über Sie hinaus allen Bauern und Bäuerinnen, auch den Polen und den Ukrainern des Generalgouvernements meinen Dank und meine Anerkennung für die loyale Dienstleistung dessen, was Ihnen auferlegt war, auszusprechen. Dieses fremdvölkische Volkstum hat sich

12.1.44

unter Ihrer fachlichen vertrauensvollen Führung zu einem wichtigen Arbeitsfaktor empor entwickelt. Ich glaube, dass wir darin eines der Ergebnisse einer vernünftigen schonenden fremdvölkischen Behandlungstaktik erblicken können.

(Lebhafter Beifall).

Was an mir liegt, wird geschehen, um diesen, ich möchte sagen, europäischen Gesichtspunkt einer vernunftvollen Behandlung der fremdvölkischen Belange in diesem Raum weiter durchzusetzen.

Sie selber stehen dabei als die dauernd und unmittelbar und am dichtesten von fremdvölkischem Volkstum umgebenen Dienstleister des Generalgouvernements an der Spitze der Erfahrung. Sie haben es ja nur mit fremdvölkischen Menschen zu tun; denn die wenigen Deutschen, die sich in Ihrem Sektor betätigen, bedeuten wirklich eine weit unter jeder Vorstellbarkeit liegende Verhältniszahl. Daher ist es auch klar, dass ich sehr wohl Verständnis dafür hätte, dass gerade aus Ihren Erfahrungen heraus immer wieder der Appell zur Vernunft in diesen Dingen gekommen ist. Sie wissen, dass, ^{das} gegeneinander der volkspolitischen Betrachtung in den letzten Jahren da und dort spürbar war, Sie wissen auch, dass manchem von uns der Vorwurf der Polenfeundlichkeit gemacht wurde, weil man Massnahmen, die wir pfleglich diesem Lande gegeben oder gewährt haben, als einseitig vom Poleninteresse diktiert angesehen hat. Wenn aber der polnische Bauer seine Äcker in Frieden bestellt, seine Ernte bringt und abgeliefert, dann ist seine gute und verständige Behandlung keine im Vordergrund polnischen Interesses stehende Angelegenheit, sondern ausschliesslich als von dem allgemeinen deutschen Führungs- und Ertragsinteresse diktiert anzusehen.

(Anhaltender stürm. Beifall).

12.1.44

Gerade darin haben wir aber auch eine der Wurzeln des viel erörterten Sicherheitsproblems des Generalgouvernements zu erblicken. (Wenn man sinnlos mit Gewalt Hunderte und Tausende polnischer Bauern von ihren Höfen vertreibt, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn sie als Räuber in die Wälder gehen.)
(Langanhaltender stürm. Beifall).

Es ist daher klar, dass hier ein Kampf hart auf hart um die Methode der Führung dieses Raumes ausgetragen werden musste. Entweder war der Wahnsinn massgeblich, oder die klare Vernunft, die besagt, jetzt gilt nur das, was dem Sieg des deutschen Volkes dient, sonst garnichts.

(Erneuter stürmischer Beifall).

Auf Grund der Ereignisse der letzten Monate kann ich aber wohl eine allseitig aufklärende Feststellung treffen. Ich kann heute sagen, dass sich diese von mir mit allem Nachdruck und, ich möchte fast sagen, mit bäuerlicher Zähigkeit durchgehaltene Richtung restlos durchgesetzt hat. Es kommen immer weniger Leute, die fragen, wie es kommt, dass hier noch nicht alle Polen weg sind. (Heiterkeit). Es ist schon ein Gewinn. Wenn so ein Übergescheiter, der das Generalgouvernement kaum kennt, der unsere Briefmarken kaum kennt, sich ein Urteil über unsere Schwierigkeiten erlaubt, dann werde ich ihn einmal einladen, sich 14 Tage bei einem unserer Kreislandwirte aufzuhalten.

(Heiterkeit).

Dann würde er schon erkennen, wie die grossen und, ach, am grünen Tisch so leicht aufzustellenden, sogenannten, Herren-und Rassen-Volkstums-weltpolitischen Gesichtspunkte letzten Endes in der Praxis aussehen.

Aus alledem ergibt sich: wir sind dazu berufen, die Arbeitskraft, die Gesundheit, den Arbeitswillen und auch - sagen wir es ruhig - die Lebensfreude der

12.1.44

Bevölkerung zu erhalten im Interesse des deutschen Sieges. Wenn mein Verbindungsoffizier zur Wehrmacht vor 3 Tagen aus dem OKW zurückkam, wenn er mir erklärte, dass dort an Hand der Karten von ganz Europa festgestellt wurde, dass das Generalgouvernement das befriedetste Land von ganz Europa ist - wir meinen, das es turbulenteste ist, - (Heiterkeit) so können Sie daraus entnehmen, wie es jetzt in anderen Bereichen Europas aussieht.

Ich wäre heute nicht in der glücklichen Lage, zu Männern und Frauen zu reden, die gewohnt sind, die Dinge wirklich so zu sehen und zu sagen, wie sie sind, wenn ich verschweigen wollte, was ich dazu noch zu sagen habe: ich glaube, hätte man unsere Methode der Volkstumsbehandlung überall angewendet, dann würde auch überall mehr Frieden und Ruhe herrschen.

(Beifall).

So sind wir denn, wie man wohl sagen kann, hier ein Laboratorium des von Deutschland geführten Europa. Ich muss sagen, dass hier ein Mann und eine Frau unter Umständen unter Hunderten von Polen mehr am wirklichen Dienst auf diesem Gebiete leisten als so und so viele Schwätzer und Gewaltredner. Wir sind Praktiker; wir haben keine Politik zu machen. Wir sind ein Nebenland des Grossdeutschen Reiches und arbeiten als Funktionäre eines Staatsvolkes. Wir sehen die Dinge, wie sie sind, wo andere sich mit politischen Problemen beschäftigen. Aber ich will noch ganz hart folgendes dazu sagen: ich werde mich in diesem Jahre mehr noch als bisher in der Richtung eines möglichst engen Kontaktes mit der Fremdbevölkerung weiter zu entwickeln trachten. Ich habe in meinem Weihnachtsaufruf diesen Gedanken vorangestellt, und ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass diese Art der fremdvölkischen Behandlung auch die volle Zustimmung des Führers hat.

(Lebhafter Beifall).

12.1.44

Eines der grössten und schönsten Merkmale, die das bäuerliche Leben und das Leben der Landwirtschaft mit sich bringt, ist jene herrliche Kombination von Volksgemeinschaft und Idealismus. Es ist klar, dass der Bolschewismus mit der Beseitigung der bäuerlichen Einzelexistenz die Art an die Kulturbedeutung des Individuums gelegt hat. Es ist auf der anderen Seite klar, dass man, wenn man den deutschen Menschen als einen Idealtyp bezeichnen wollte, ihm seine Eigenschaft als Individuum lassen muss. Der deutsche tendiert zur Persönlichkeit, nicht zur allgemeinen Unterjochtheit und Unfreiheit, sondern zur persönlichen Selbstverantwortung und zur persönlichen Freiheit. Das ist es ja, was wir verteidigen, wenn wir gegen den Bolschewismus den heiligen Krieg entfesseln.

Der Bauer ist der für die Volksgemeinschaft wichtigste. Er steht ihr am nächsten; er ist aber auch der, individuell eigenwilligste aller Volksgenossen. Die Landwirtschaftsverwaltung unseres Generalgouvernements und Sie a Alle, meine lieben Landwirtschaftsführer und Landwirtschaftsführerinnen, können glücklich sein, dass Sie hier im Generalgouvernement noch im gewissen Sinne diese persönliche bäuerliche Initiative bewähren können. Ich betrachte es als ein Glück, dass wir im Generalgouvernement so eine Art Verantwortungsel sind. (Wir Deutsche in diesem Land machen nur 1% der Gesamtbevölkerung aus, eingerechnet Polizei und alles andere, und wir regieren 99%.) Das ist nur möglich, wenn jeder dieser Deutschen ein im besten Sinne bewährter Idealist und von persönlicher Verantwortungsfreude getragener Energiefaktor ist. Nur dann, wenn wir weich werden und uns in einen allgemeinen Massenbrei auflösen, wenn jeder vor der Verantwortung zurückschreckt, alles nach oben weiterleitet, wenn wir hier verbürokratisieren und verformalisieren, dann sind wir in diesem Land erledigt.

12.1.44

Wenn wir aber die Härte behalten, wenn Jeder von Euch so wie bisher ein unübertreffliches Vorbild von Energie und eisernem Willen gibt, dann richten wir hier im Osten dem Führer einen Block auf, über den hinweg er im Osten Europas zur Unsterblichkeit seines Sieges emporsteigen wird.

(Lang anhaltender stürmischer Beifall).

Präsident Naumann dankt dem Herrn Generalgouverneur für seine Worte, die der Landwirtschaftlichen Führertagung die höchste Weihe gegeben hätten, und verspricht, dass alle seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auch in Zukunft nur das eine Bestreben haben würden, dem Generalgouverneur und seinem Werke zu dienen.

Mit dem von Präsident Naumann ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer findet die Landwirtschaftliche Führertagung ihren Abschluss.

13³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

15⁴⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der)
Burg.

Donnerstag, den 13.1.44

9⁵⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberst Fischer und Oberstleutnant v. Dazur, die mitteilen, dass die Angelegenheit "Verbindungsoffiziere" im Sinne des Generalgouverneurs erledigt sei.

10⁰ Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler, Koppe und Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur bespricht mit den Staatssekretären die Ereignisse und die Situation im Osten. Dabei wird übereinstimmend festgestellt, dass das Ostministerium in Berlin offensichtlich nicht mehr Herr der Verwaltungsführung im Osten ist. Die Anordnungen dieses Ministeriums werden von den Dienststellen im Osten nicht mehr befolgt.

Der Herr Generalgouverneur gibt auf Grund dieser Sachlage die Weisung, dass in Zukunft alle mit den Evakuierungsmassnahmen im Osten zusammenhängenden Probleme von der Regierung des Generalgouvernements autonom an Ort und Stelle gelöst werden sollen. Den Staatssekretären gibt er auf, gemeinsam die Verhandlungsart der auftauchenden Probleme zu erörtern und ihm darüber Vortrag zu halten.

Anschliessend berichtet der Herr Generalgouverneur über seine Eindrücke von der Tagung der Regierungspräsidenten des Grossdeutschen Reiches in Breslau und der Landwirtschaftstagung in Zakopane. In Breslau habe der Reichsführer SS Himmler vor den versammelten Regierungspräsidenten des Grossdeutschen Reiches im Anschluss an eine mit grossem Beifall aufgenommene Rede des Generalgouverneurs über die Verwaltung im Generalgouvernement ausgeführt, dass er vier Tage vorher Zeuge

13.1.44

gewesen sei, wie Staatssekretär Backe dem Führer Bericht über die Ernährungsleistungen im Jahre 1943 erstattet habe. Dabei habe Staatssekretär Backe dem Führer gemeldet, dass an der Spitze aller Anstrengungen, aller Leistungen und Energien in weitem Abstand das Generalgouvernement stehe. Reichsführer SS Himmler habe sich gefreut, dieses dem Herrn Generalgouverneur in Anwesenheit der Regierungspräsidenten des Grossdeutschen Reiches mitteilen zu können.

Der Herr Generalgouverneur wertet diese Art des Berichtes, als Durchsetzung seiner jahrelangen Bemühungen, im Generalgouvernement zu einer klaren Verwaltungsführung zu kommen. Im übrigen habe sich der Grundsatz - Einheit der Verwaltung -, wie er im Generalgouvernement herrsche, als der einzige Rettungspunkt herausgestellt, mit dem das Reich auch in seiner inneren Ordnung wieder aufgerichtet werden könne.

Der Herr Generalgouverneur berichtet dann, dass er am Vortage in Zakopane vor den Landwirtschaftsführern des Generalgouvernements eine Rede gehalten habe. Bei der Tagung habe er den Eindruck gewonnen, dass hier richtige Männer und Frauen an der Arbeit seien und dass gerade bei diesen grösstes Verständnis für die Durchsetzung einer friedlichen, menschlich gerechten Behandlung der loyalen fremdvölkischen Bevölkerung im besonderen Masse vorhanden sei.

10⁴⁵

Der Herr Generalgouverneur empfängt Pressechef Gassner, der ihm interessante Auslassungen der polnischen Emigrantenführer in Moskau und England übermittelt, die deutlich erkennen lassen, dass die interne Befriedungspolitik des Generalgouverneurs diesen Kreisen ausserordentlich auf die Nerven geht.]

13.1.44

11⁰⁵ Ministerialrat Dr. Weh übergibt dem Herrn Generalgouverneur das erste Heft der Schriftenreihe der Verwaltungsakademie mit der Rede des Herrn Generalgouverneurs über das "Führerprinzip in der Verwaltung".

Der Herr Generalgouverneur gibt dann Dr. Weh das Ergebnis seiner Besprechung mit Präsident Gerteis wegen der Blockierung der Druckerei beim Druck der Fahrpläne der Ostbahn bekannt. Präsident Gerteis habe erklärt, dass sich diese zeitweilige Blockierung nicht vermeiden lasse; er sei aber damit einverstanden, dass die Druckerei der Ostbahn für den Druck der Verordnungsblätter freigegeben werde. Staatssekretär Dr. Boepple solle mit Dr. Weh diese Druckerei als Staatsdruckerei übernehmen.

Dr. Weh weist darauf hin, dass diese Druckerei für den Druck der Verordnungsblätter nicht das nötige technische Rüstzeug besitze, jedoch könnten dort amtliche Vordrucke usw. fertiggestellt werden.

Zum Schluss legt Dr. Weh dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe einer

Verordnung über den Verkehr mit Giften im Generalgouvernement,

Verordnung über die Arbeit mit lebendigen Krankheitserregern,

Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Personenstandsrecht der Deutschen im Generalgouvernement v. 16.3.40,

Verordnung über die Begrenzung und Zahlung von Förderabgaben in der Erdölwirtschaft,

Verordnung über die Ablieferung von Pflichtstücken an die Staatsbibliotheken des Generalgouvernements,

13.1.44

Verordnung zur Änderung der Zollstraßverordnung
und 9. Devisenverordnung für das Generalgouvernement

vor.

Der Herr Generalgouverneur unterschreibt die Entwürfe.

11²⁵

Der Herr Generalgouverneur empfängt Regierungsrat von Mansano zur Verabschiedung, der von Reichsstathalter Rainer als Verwaltungsberater auf das Stammgut der Mansano in der Nähe von Udine berufen wurde. Der Herr Generalgouverneur verspricht Regierungsrat von Mansano sein Bild mit Unterschrift als Anerkennung für Verdienste im Generalgouvernement.

11³⁰

Besprechung mit Präsident Dr. Emmerich.

Dr. Emmerich berichtet dem Herrn Generalgouverneur, dass zum Abschluss der seit längerer Zeit laufenden Wirtschaftsverhandlungen mit dem Reich Präsident Kehrl vom Reichswirtschaftsministerium gegen Ende des Monats in Krakau eintreffen werde. Sollte sein Besuch 2 Tage dauern, dann schlage er die Einberufung des Kriegswirtschaftsstabes des Generalgouvernement zu einer Sitzung vor.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden.

Weiter erklärt Dr. Emmerich, dass am 20. ds. Mts. die Berliner Verhandlungspartner über den Pachtvertrag mit der Karpateh-Öl nach Krakau kommen würden. In den bis jetzt stattgefundenen Vorverhandlungen in Berlin habe man sich über die Bedingungen geeinigt. Leider könne die vom Generalgouvernement gewünschte Kapitalerhöhung von 30 auf 50 Millionen wegen der angespannten Lage nicht vorgenommen werden. - Ausserdem stattete eine Danziger Delegation etwa am 23. - 24.1. dem Herrn Generalgouverneur einen Besuch ab.

13.1.44

Mitte Februar plane er in Krynica eine Tagung der Wirtschaftler des Generalgouvernements, und er bitte den Herrn Generalgouverneur, analog seiner Ansprache bei der Landwirtschaftsführertagung in Zakopane auch hier eine Ansprache zu halten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich dazu bereit. Dr. Emmerich gibt er zu dem bevorstehenden Besuch noch einige Anregungen über die Gestaltung des Programms.

12⁰⁰ Besprechung mit Präsident Struve.

Präsident Struve überbringt dem Herrn Generalgouverneur im Auftrag des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Gauleiters Saukel dessen herzlichsten Dank für die dem Reich geleisteten Dienste des Generalgouvernements auf dem Gebiet der Arbeitergestellung, gleichzeitig auch dessen Bitte, die für das Jahr 1944 geforderte Gestellung von 100 000 Arbeitskräften, die in Anerkennung der bisherigen Leistungen besonders niedrig gehalten worden sei, zu unterstützen. Die Vorbereitungen für die Gestellung dieser Arbeitskräfte seien von der Hauptabteilung Arbeit getroffen worden, die Kontingente auf die einzelnen Distrikte verteilt.

Ich habe in Gegenden, in denen Strassen- und Bahnbauten geplant seien, 10 km rechts und links dieser Orte sogenannte Schongebiete gebildet; in wichtigen Industriezentren, die einen starken Eigenbedarf an Kräften aufwiesen, habe er sogenannte Sperrgebiete geschaffen. Den Arbeitseinsatzleitern sei von ihm schon vor längerer Zeit der Auftrag erteilt worden, mit dem jeweiligen Gouverneur die einzelnen Kontingente, ihre Aufbringungsmöglichkeit und Aufbringungsart gründlich durchzusprechen und

13.1.44

einen Plan zu entwickeln, in welcher Zeit und mit welchen Methoden diese relativ kleinen Kontingente aufgebracht werden könnten. Das Jahreskontingent eines Distrikts entspräche dieses Mal nur dem früheren Kontingent eines Vierteljahres. Die Aufbringung bilde nach seiner Meinung kein Problem, wenn überall der gute Wille vorhanden sei. Er persönlich hege nur beim Distrikt Galizien Befürchtungen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Struve anlässlich seiner Anwesenheit in Lemberg am 23. und 24.1.44 ebenfalls nach dort zu kommen, damit die Angelegenheit an Ort und Stelle erledigt werden könne. Präsident Struve möge dazu alles vorhandene Material, insbesondere auch Detailsachen über den Distrikt Galizien und seine bisherigen Leistungen auf dem Gebiet der Arbeitergestellung, mitbringen.

Präsident Struve berichtet dann weiter, dass die vielen aus dem Osten ins Generalgouvernement strömenden Flüchtlinge in Durchgangslagern erfasst würden und nur, soweit sie arbeitsfähig seien, sofort weiter ins Reich transportiert würden. In jüngster Zeit nun würden immer mehr diese dafür unbedingt nötigen Durchgangslager von Zivilverwaltungsstellen, der Wehrmacht und von aus dem Osten zurückkommenden Einheiten beschlagahmt.

Der Herr Generalgouverneur gibt Präsident Struve die Weisung, sich sofort mit Staatssekretär Dr. Bühler in Verbindung zu setzen, der diese Angelegenheit ins Reine bringen solle. Es gehe nicht an, dass der Arbeitsverwaltung diese Lager weggenommen würden.

12¹⁰

Besprechung mit Intendant Stampe.

Intendant Stampe berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den unangenehmen Zwischenfall im

13.1.44

Staatstheater bei der Sylvesteraufführung, bei der angeheiterte Soldaten Zwischenrufe gemacht hätten.

Der Herr Generalgouverneur betont, dass im Staatstheater solche Vorfälle nicht geduldet werden dürften. Intendant Stampe möge sich, wenn solche Zwischenfälle wieder vorkämen, mit dem Wehrkreisebefehlshaber zwecks strenger Untersuchung und Bestrafung in Verbindung setzen.

Intendant Stampe berichtet dann dem Herrn Generalgouverneur über laufende Vertragsverhandlungen mit bekannten Künstlern aus dem Reich und über kommende Neuaufführungen. Zum Abschluss bittet er den Generalgouverneur um Zurverfügungstellung weiterer finanzieller Mittel zur persönlichen Verwendung, da die zuletzt gewährte Summe aufgebraucht sei.

Der Herr Generalgouverneur sagt dieser Bitte zu. Er unterrichtet Intendant Stampe über den neuesten Stand seiner Ernennung zum Generalintendanten. Anlässlich des Besuches des Staatssekretärs Gutterer in Krakau werde er die Angelegenheit persönlich vorbringen und ausserdem ein Erinnerungsschreiben an Staatsminister Meissner richten. Sollte die Angelegenheit dann trotzdem zu keinem positiven Ergebnis führen, werde er kraft seiner Vollmachten Intendant Stampe die Dienstbezeichnung "Generalintendant" verleihen.

12³⁵

Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Abteilungsleiter Kormann.

Auf Befragen des Herrn Generalgouverneurs erklärt Präsident Ohlenbusch, dass Gouverneur Dr. Wächter mit der Berufung des Regisseurs Janssen an das Theater in Lemberg einverstanden sei. Daraufhin gibt der Herr Generalgouverneur die Genehmigung zur Engagierung Janssens.

13.1.44

Abteilungsleiter Kormann ersucht den Herrn Generalgouverneur, wegen der uk-Stellung einiger jüngerer Kräfte für das Theater in Lemberg an den Führer heranzutreten.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden, bittet aber, die Angelegenheit vorher noch mit dem Verbindungsoffizier zum OKW Oberst Fischer zu besprechen und mit diesem ein entsprechendes Schreiben an den Führer abzufassen und ihm vorzulegen.

Präsident Ohlenbusch legt anschliessend dem Herrn Generalgouverneur das Programm für den Besuch des Staatssekretärs Gutterer in Krakau und für die Volkstumsstagnung vor, zu dem der Herr Generalgouverneur noch einige Wünsche vorbringt.

In der Angelegenheit "Staatsdruckerei des Generalgouvernements" berichtet Präsident Ohlenbusch dem Herrn Generalgouverneur, dass alle Druckereien, die er besichtigt habe, dafür nicht geeignet seien. Man müsse ein neues Gebäude suchen und dahin die besten Maschinen aus dem Generalgouvernement bringen. Diese Aufgabe habe er einem Druckereifachmann aus Hamburg übertragen.

In Radom habe sich die SS aus beschlagnahmten jüdischen Vermögen eine Druckerei aufgebaut und führe sie in eigener Regie. Solche Ausnahmen dürfe die Regierung des Generalgouvernements nicht dulden.

Der Herr Generalgouverneur spricht sich dagegen aus, dass die SS einen eigenen Druckereibetrieb hat, und ersucht Präsident Ohlenbusch, die Angelegenheit mit SS-Obergruppenführer Koppe ins Reine zu bringen.

Präsident Ohlenbusch gibt zum Schluss dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einer von der Hauptabteilung Propaganda geplanten Grossaktion; man wolle die breite Masse des polnischen Volkes durch geschickte Propaganda dahin bringen, Resolutionen gegen den

13.1.44

12⁵⁰

Bolschewismus an den Generalgouverneur zu richten.

Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und Pg. Kobusch.

Der Herr Generalgouverneur teilt den Inhalt des Schreibens des Reichsleiters Bormann vom 7.1.44 mit und fragt Pg. Stahl, ob er bereit sei, nun zur Wehrmacht einzurücken.

Parteigenosse Stahl bemerkt, dass es ihm selbstverständlich höchste Pflicht sei, seine Wehrpflicht zu erfüllen.

Daraufhin gibt der Herr Generalgouverneur Pg. Stahl den Auftrag, ein Antwortschreiben an Reichsleiter Bormann vorzubereiten und ihm spätestens am nächsten Tage zu übergeben. In diesem Schreiben solle geklärt werden, dass Pg. Stahl seine uk-Stellung zum nächstmöglichen Termin aufzuheben bitte, um seiner Wehrpflicht nachkommen zu können, dass der Herr Generalgouverneur mit der baldigen Abberufung des Pg. Seifert einverstanden sei und dass der als Nachfolger für Pg. Stahl in Aussicht genommene Pg. Thiessler sich möglichst bald beim Herrn Generalgouverneur melden solle.

Der Herr Generalgouverneur geht dann auf die Geschichte des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP ein und erklärt, dass er den Arbeitsbereich für die Kriegsdauer so durchhalten wolle, wie er ihn seinerzeit gegründet habe. Es sei absolut notwendig, dass die Gouverneursfunktion mit der eines Distriktstandortführers kombiniert bleibe, denn nur so sei es möglich, angesichts der drückenden Nervenbelastung der wenigen Deutschen des Generalgouvernements jeden Unfrieden auf ein Minimum zu beschränken.

13.1.44

Pg. Stahl bittet dann den Herrn Generalgouverneur, am 17.1. 21 Uhr, zu Luftwaffenoffizieren in der Schulungsburg zu Krakau zu sprechen. Weiter bittet er, am 30.1. die Hitlerjugendführer des Generalgouvernements, die aus Anlass der Verabschiedung des Hauptbannführers Förschle in Krakau zusammenkommen, auf der Burg zu empfangen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dieser Bitte des Pg. Stahl statt.

16⁴⁵

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Freitag, den 14. Januar 1944

9⁴⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs
auf der Burg.

10⁴⁵ Besprechung mit Abteilungsleiter Henseling
von der Direktion der Sternwarten des General-
gouvernements.

Als Leiter der Abteilung zur Pflege des astro-
nomischen Weltbildes in der Direktion der Stern-
warten des Generalgouvernements gibt Henseling
dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Über-
blick über die Tätigkeit und Arbeit der drei
Sternwarten des Generalgouvernements in Krakau,
Warschau und Lemberg. Er weist darauf hin, dass
diesen Sternwarten leider nur mittelgrosse Instru-
mente zur Verfügung ständen, die Aufstellung gros-
ser Instrumente auch angesichts der im General-
gouvernement herrschenden Luftverhältnisse un-
zweckmässig wäre. Die Fassung eines grösseren
Instrumentes befinde sich in der Sternwarte zu
Krakau, während das Objektiv seines Wissens nach
Budapest gebracht worden sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Abtei-
lungsleiter Henseling, sich in dieser Angelegen-
heit mit dem Botschaftsrat Dr. Schumburg in Ver-
bindung zu setzen, die Sachlage zu klären und ihn
dann gemeinsam mit Botschaftsrat Dr. Schumburg
Vortrag zu erstatten.

Abteilungsleiter Henseling führt dann weiter
aus, dass sich ein Teil der Aufgaben der Abteilung
- astronomische Abende, Einführungskurse, Arbeits-
gemeinschaften, öffentliche Sternführungen - bisher
nicht habe angemessen entwickeln lassen, weil weder
ein Vorlesungssaal in der Sternwarte noch ein ge-
eignetes Instrument noch eine geeignete Hilfskraft
zur Verfügung ständen. Ein anderer Teil der öffent-

14.1.44

lichen Arbeit, das Wirken durch die Tagespresse, sei trotz anfänglich günstiger Entwicklung dadurch unmöglich geworden, dass die der Zeitung zur Verfügung gestellten Beiträge von der Schriftleitung dilettantisch entstellt worden seien. Versuche zu gütlicher Verständigung seien erfolglos geblieben. - Die Vortragsreihen zur Einführung in das astronomische Weltbild für die Oberklassen höherer Schulen seien nach glücklichen Anfängen ins Stocken geraten, seit einer der öffentlichen Abende des Abteilungsleiters durch unsachliches Verhalten eines Teilnehmers gestört worden sei. Die weitere Tätigkeit der Abteilung hänge davon ab, dass die Arbeit in höheren Schulen ungestört fortgeführt und ausgebaut werden könne. Zu erwägen bleibe, ob im Zusammenhang mit der Gründung einer Gesellschaft der Wissenschaften im Generalgouvernement eine Tätigkeit in ihrem Namen durch Erteilung eines entsprechenden Forschungsauftrages zur Hauptverpflichtung des Abteilungsleiters in wissenschaftlicher Hinsicht gemacht werden sollte.

Abteilungsleiter Henseling fügt seinem Bericht ergänzend hinzu, dass er sich in einem Angestelltenverhältnis als Abteilungsleiter in der Direktion der Sternwarten, die zur Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht gehöre, befinde. Der Direktor der Sternwarten Prof. Walter befinde sich zur Zeit noch im Heeresdienst, doch sei der Hauptabteilung versichert worden, dass er aufgrund besonderer Pläne uk-gestellt werden soll.

Im Zusammenhang mit der Beschwerde des Abteilungsleiters Henseling über das oben erwähnte unsachliche Verhalten eines Parteifunktionärs in einem öffentlichen Ausspracheabend beraumt der Herr Generalgouverneur zur Klärung dieses Vorfalles eine Besprechung an, an der Präsident Dr. Eichholz, Präsident Ohlenbusch, Schulungsleiter Holweger und Abteilungsleiter Henseling

teilnehmen sollen.

14.1.44

lichen Arbeit, das Wirken durch die Tagespresse, sei trotz anfänglich günstiger Entwicklung dadurch unmöglich geworden, dass die der Zeitung zur Verfügung gestellten Beiträge von der Schriftleitung dilettantisch entstellt worden seien. Versuche zu gütlicher Verständigung seien erfolglos geblieben. - Die Vortragsreihen zur Einführung in das astronomische Weltbild für die Oberklassen höherer Schulen seien nach glücklichen Anfängen ins Stocken geraten, seit einer der öffentlichen Abende des Abteilungsleiters durch unsachliches Verhalten eines Teilnehmers gestört worden sei. Die weitere Tätigkeit der Abteilung hänge davon ab, dass die Arbeit in höheren Schulen ungestört fortgeführt und ausgebaut werden könne. Zu erwägen bleibe, ob im Zusammenhang mit der Gründung einer Gesellschaft der Wissenschaften im Generalgouvernement eine Tätigkeit in ihrem Namen durch Erteilung eines entsprechenden Forschungsauftrages zur Hauptverpflichtung des Abteilungsleiters in wissenschaftlicher Hinsicht gemacht werden sollte.

Abteilungsleiter Henseling fügt seinem Bericht ergänzend hinzu, dass er sich in einem Angestelltenverhältnis als Abteilungsleiter in der Direktion der Sternwarten, die zur Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht gehöre, befinde. Der Direktor der Sternwarten Prof. Walter befinde sich zur Zeit noch im Heeresdienst, doch sei der Hauptabteilung versichert worden, dass er aufgrund besonderer Pläne uk-gestellt werden soll.

Im Zusammenhang mit der Beschwerde des Abteilungsleiters Henseling über das oben erwähnte unsachliche Verhalten eines Parteifunktionärs in einem öffentlichen Ausspracheabend beraumt der Herr Generalgouverneur zur Klärung dieses Vorfalles eine Besprechung an, an der Präsident Dr. Eichholz, Präsident Ohlenbusch, Schulungsleiter Holweger und Abteilungsleiter Henseling

teilnehmen sollen.

14.1.44

Abteilungsleiter Henseling überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Entwurf seiner Stellungnahme zur Gesellschaft der Wissenschaften des Generalgouvernements. In diesem Entwurf weist er darauf hin, dass die deutschen Wissenschaftler im Generalgouvernement während des Krieges nur in Ausnahmefällen ungestört unter rein wissenschaftlichen Gesichtspunkten arbeiten können. Die Fälle, in denen eine wissenschaftliche Persönlichkeit im GG über die täglichen praktischen Dienstaufgaben hinaus mit Arbeiten von Dauerwert produktiv sein könne, dürften bis auf weiteres vereinzelt bleiben. Publikationen, besonders periodisch, werde die Gesellschaft daher hauptsächlich im Anschluss an wesentliche zeitbedingte Aufgaben angewandter Wissenschaft entwickeln. Eine ihrer Hauptaufgaben werde sein, in sorgsamer Auswahl schöpferische Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens zu gastweisem Wirken ins Generalgouvernement zu ziehen. Kernstück der Veröffentlichungen der Gesellschaft müsse eine Schriftenreihe werden, in der die öffentlichen Veranstaltungen und die Sitzungen der Gesellschaft ihren Niederschlag finden. Die Gliederung der Gesellschaft in Abteilungen (Sektionen) werde sich den üblichen Einteilungen anzupassen haben. Die Leitung der Gesellschaft werde der Mitarbeit eines Beirats aus erfahrenen Fachwissenschaftlern nicht entraten können, dürfe aber nicht durch dessen Verfassung in der Freiheit ihrer Entschlüsse gehemmt werden. Ein erster Überblick über die einer Gesellschaft der Wissenschaften gegebenen praktischen Arbeitsmöglichkeiten wäre durch Feststellung aller dauernd im Generalgouvernement tätigen wissenschaftlich vorgebildeten Deutschen zu schaffen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, diese Vorschläge einer eingehenden Prüfung unterziehen zu lassen, und verspricht Abteilungsleiter Henseling, ihm in jeder Weise bei seinen Planungen helfend zur Seite zu stehen.

14.1.1944

11¹⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt in seinem Arbeitszimmer im neuen Kanzleigebäude die Mitglieder des Ukrainischen Hauptausschusses. Bei diesem Empfang sind zugegen die Staatssekretär Dr. Bühler, Koppe, Dr. Boepple, Präsident Ohlenbusch, Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Bierkamp, Pressechef Gasner, Oberlandesverwaltungsrat Weihrauch und Bürgermeister Türk.

Der Präsident des Ukrainischen Hauptausschusses Professor Kubijowitsch richtet folgende Ansprache an den Herrn Generalgouverneur:

Euer Exzellenz! Zum 5. Mal während dieses Krieges sind wir bei Ihnen, Herr Generalgouverneur, anlässlich des Jahreswechsels erschienen, um Ihnen im Namen des Ukrainischen Hauptausschusses und der ganzen ukrainischen Volksgemeinschaft die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. Zwar ist heute bereits der 14. Januar, aber gerade bei uns ist das der erste Tag des neuen Jahres, und deshalb kommen wir mit unserem Neujahrbesuch nicht verspätet.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Tätigkeit des Ukrainischen Hauptausschusses im vergangenen Jahre in einer kurzen Rückschau erfassen und die Schwierigkeiten betonen, die sich bei uns im verflossenen Jahre fühlbar gemacht haben.

Zunächst aber gestatten Sie, Herr Generalgouverneur, Ihnen den aufrichtigen Dank für die Anerkennung auszusprechen, die Sie in Ihrer Weihnachtsbotschaft für das ukrainische Volk als das alte Bollwerk der europäischen Kultur und Zivilisation im Osten zum Ausdruck gebracht haben. Tatsächlich ist es die geschichtliche Aufgabe des ukrainischen Volkes, mit den europäischen Kräften mitzuwirken, die den Kampf gegen die drohende Gefahr des Bolschewismus aufgenommen haben. Daher stammt eben das

14.1.44

deutsch-ukrainische Bündnis, dessen Sie ebenfalls in Ihrer Weihnachtsbotschaft gedacht haben.

Wir sind uns dessen bewusst, dass heute die deutsche Wehrmacht die einzige Macht darstellt, die die europäischen Völker vor der bolschewistischen Sintflut zu retten im Stande ist und die weiten Gebiete des Ostens in das Leben der europäischen Völkergemeinschaft eingliedern kann. Daher haben wir es als unsere erste Aufgabe betrachtet, zu diesem geschichtlichen Gang der Ereignisse nach allen Möglichkeiten beizutragen. In diesem Sinne hat auch der Ukrainische Hauptausschuss seine Tätigkeit im vorigen Jahre in einer bescheidenen Form der Wohlfahrt und der Ernährungshilfe entwickelt.

Das vergangene Jahr war für uns eins der schwersten. Der grössere Teil unseres Volksbodens wurde wiederum von den Bolschewisten überflutet. Dank dem Allmächtigen aber ist unsere engere Heimat von den Kriegshandlungen ziemlich ferngehalten. Deshalb war es uns möglich, unsere bisherige Tätigkeit im allgemeinen im Rahmen der Kriegsbedingungen ruhig fortzusetzen.

Ausser der Pflege unserer Kultur und unseres Volkstums sowie ausser der Hilfe für die Bedürftigen und die Linderung der Krieganot hat der Ukrainische Hauptausschuss seine Aufmerksamkeit den Kriegswirtschaftsfragen gewidmet. Mit dem opferwilligen Einsatz unserer Bauern hat Galizien als der 5. Distrikt des Generalgouvernements allein ein Drittel der gesamten Menge des Getreides dieses Nebenlandes des Reiches geliefert. Fast eine halbe Million ukrainischer Arbeiter aus dem Generalgouvernement steht heute im Reich im Dienste der Kriegsindustrie und der Landwirtschaft.

14.1.44

Obwohl wir eins der ersten Völker sind, das seine Waffen gegen den Bolschewismus vor 25 Jahren aufgehoben hat, war es für uns lange Zeit hindurch nicht möglich, uns aktiv diesem Kampfe anzuschliessen. Erst im Frühling des vergangenen Jahres wurde dank Ihrer wohlwollenden Unterstützung, Herr Generalgouverneur, und dank dem tatkräftigen Mitwirken des Gouverneurs von Galizien die Aufstellung der SS-Schützendivision Galizien verkündet und durchgeführt. Der feierliche Aufruf zur Aufstellung der Division Galizien und die ersten Einberufungen der Freiwilligen haben alle feindlichen Kräfte in Bewegung gesetzt. Sie scheuten keine Mittel, um die ruhigen Verhältnisse im Lande zu stören und die Aufstellung der Division zum Scheitern zu bringen. Aber dank der positiven Haltung aller Schichten des Volkes ist es gelungen, sich ihnen mit Erfolg zu widersetzen und die Division zu Stande zu bringen.

Durch die tatsächliche Aufstellung der Division sind die Gegenkräfte noch aktiver geworden. Mit den raffiniertesten Mitteln versuchten sie, um jeden Preis die Anarchie und das Chaos als die besten Verbündeten des Bolschewismus herbeizuführen. Es kostete den Ukrainischen Hauptausschuss besondere Bemühungen, in enger Zusammenarbeit mit der ukrainischen Intelligenz die breiten Schichten des Volkes in einer ununterbrochenen Aktion über die verkappten Ziele dieser Gegenkräfte aufzuklären, um Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung haben wir als unser erstes Ziel angesehen und dieser wichtigsten Aufgabe falls alle unsere Kräfte gewidmet. Das Hereinbrechen der bolschewistischen Partisanen nach Galizien und einige Ausschreitungen unberechenbarer Elemente haben harte polizeiliche Gegenmassnahmen hervorgerufen, und darunter haben auch unschuldige Menschen gelitten. Trotz alledem ist unser Land weiterhin eines der ruhigsten Gebiete geblieben. Das gibt uns die Grundlage, zu hoffen, dass manche von diesen harten Massnahmen gemildert werden.

14.1.44

Das vergangene Jahr hat unser ganzes Volk die schweren Lasten des Krieges noch empfindlicher spüren lassen als die vorigen Jahre. Aber das hat uns noch mehr gehärtet und in dem Entschluss gefestigt, auch in nächsten Jahre nicht die Hände fallen zu lassen, sondern in gemeinsamer Anstrengung, von dem unerschütterlichen Glauben an den Sieg der Gerechtigkeit beseelt, die kämpfende Front zu unterstützen, bis der Bolschewismus vernichtet ist.

Für die Zukunft hegen wir den einzigen Wunsch, dass in diesem neuen Jahre Bedingungen für die ukrainische Volksgemeinschaft geschaffen werden, durch die uns die Möglichkeit gegeben würde, alle unsere bis jetzt noch nicht ausgenutzten Kräfte in dem Kampf gegen den Bolschewismus erfolgreich einzusetzen.

Zu Ihren Händen danken wir für das Verständnis, das wir im vergangenen Jahre für unsere Belange bei den Ihnen untergeordneten Stellen gefunden haben. Wir hoffen, dass wir uns im neuen Jahr noch grösseren Verständnisses werden erfreuen können.

Aus dem Anlass des Jahreswechsels wollen Sie, Herr Generalgouverneur, als Vertreter und Statthalter des Führers in diesem Raume unsere besten Glückwünsche entgegen nehmen. Zum Andenken an den heutigen Tag überreiche ich Ihnen gemäss unserer Volkssitte als Neujahresgeschenk dieses bescheidene Bild aus der Gegend von Zaleszkyki, die, wie wir gehört haben, Ihr besonderes Interesse gefunden hat.

14.1.44

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

Ich habe gern Gelegenheit genommen, Sie heute als Vertreter des ukrainischen Volkstums im Generalgouvernement im Beisein meiner Mitarbeiter zu empfangen. Aus diesem Umstand allein können Sie schon ermessen, Herr Professor, welch' grosses Gewicht wir auf das friedlich-freundschaftliche, kameradschaftliche schicksalsgewollte Zusammenarbeiten der Regierungsfaktoren dieses Raumes und der ukrainischen Bevölkerung legen. Ich kann nur wiederholt betonen, was ich bei jeder Gelegenheit gesagt habe, dass die Millionenmasse der ukrainischen Bevölkerung des Generalgouvernements nach wie vor überzeugt sein darf, dass ich persönlich wie alle meine Dienststellen alles tun werde, um den Gesichtspunkten zu entsprechen, die sich aus der notwendigen und gemeinsamen Schicksalsverbundenheit des deutschen und ukrainischen Volkes ergeben.

Was Sie in Ihren Neujahrsworten ausführten, findet meine volle Billigung. Ich bekenne erstens Ihnen gegenüber erneut meine Dankbarkeit für die hervorragenden Leistungen der ukrainischen Bevölkerung dieses Raumes auf allen Gebieten der Landwirtschaft, der Kriegsindustrie und nunmehr insbesondere auch des tapferen Einsatzes mit der Waffe in der Hand für die Freiheit Europas, für die Verteidigung unserer europäischen Kultur gegen den bolschewistischen Zerstörungskrieg.

Zweitens werde ich, sofern aus Ihren Worten der eine oder andere Schmerz über eine staatliche Massnahme aufgeklingen sein sollte, der ja in der harten Zeit des Krieges da und dort entstehen kann, sofort Sorge tragen, dass solche Schmerzen, unter denen, wie Sie sagen, manchmal auch Unschuldige leiden müssen, in Zukunft soweit nur irgendmöglich vermieden werden können. Ich möchte aber gerade zu diesem Punkt darauf hinweisen, dass es im Interesse der vielen Millionen loyaler Ukrainer liegt, dass die wenigen, die sich diesen notwendigen europäischen Kurse mit Gewalt widersetzen, im

14.1.44

Interesse auch des Ansehens des ukrainischen Volkstums eben den Kriege entsprechend behandelt werden. Es ist umso notwendiger, dass die gesamte Bevölkerung der Ukrainer von dem lebendigen Geist der Notwendigkeit der Verteidigung Europas durchgezogen ist, als ja, wie Sie wissen, die gewaltige Waffenauseinandersetzung im Osten gerade im dem letztabgelaufenen Jahre erneut die ungeheure Stärke des bolschewistischen Reiches gezeigt hat.

Was das deutsche Volk an Blutopfern in diesem Ringen für Europa bringt, kann man überhaupt niemals genug würdigen. Es gibt keine Familie im grossdeutschen Reich, ganz gleich, wo immer, die nicht entweder an der Front oder durch die Terrorbomben der verkommenen angelsächsischen Mörder Todesopfer über Todesopfer gebracht hätte. Es ist klar, dass bei diesem letzten höchsten und äussersten Einsatz des deutschen Volkes für Europa und damit auch für Sie und für Ihr Volkstum, meine ukrainischen Freunde, selbstverständlich von mir und allen Dienststellen dieses Raumes die höchstgesteigerte Leistungsmöglichkeit auch von den Ukrainern verlangt werden muss. Es hat keinen Sinn, wenn wir uns Träumereien hingeben und uns fragen: was werden wir machen, wenn wir gesiegt haben, wie werden wir aufblühen? - Das mag sehr schön sein, es mag die Vorstellung darüber geben, was die Ukrainer alles sein und tun werden, wenn wir gesiegt haben. In diesem Augenblick geht es aber um etwas anderes. Sie haben sich im Schicksalskampf Europas gegen den Bolschewismus klar und eindeutig zur Seite des Führers und des Grossdeutschen Reiches bekannt. Ich erkläre dafür, dass der Führer und Gross-Deutschland diese Sache der ukrainischen Kultur, des ukrainischen Volkstums und des ukrainischen Glückes auch zu der Ihrigen gemacht haben. So ist das ein klares sachliches schicksalhafter Zusammenstehen.

Wie Sie mich kennen, habe ich, seit 1939 in diesem Lande stehend, vielleicht auch einen klareren Einblick in die kommenden Dinge als mancher andere. Ich habe vom ersten Augenblick an diese Zusammenarbeit zu meinem Leitmotiv gemacht, und es ist geglückt, dieses Leitmotiv zum restlos herrschenden in diesem

14.1.44

Raum zu erheben.

So glaube ich denn sagen zu können, dass die Ukrainer im Generalgouvernement mit dem Schicksal, das ihnen der Führer durch mich und durch die Staatstellen dieses Raumes bereitet hat, durchaus zufrieden sein können: Ihre Bauern bestellen die Felder, Ihre Männer arbeiten in Deutschland, Ihre kulturellen Einrichtungen sind im Gange, ob es nun die Schulen, die Oberschulen, die akademischen Lehrkurse sind, Ihre kirchlichen Angelegenheiten sind ins Reine gebracht. Und alles das begibt sich auf dem stolzen Untergrund, dass damit die Ukrainer des Generalgouvernements für sich selber ihrer völkischen Ehre und Kultur leben können, im Gesamtrahmen der von dem Führer gegebenen Ordnung.]

Indem ich Ihre Glückwünsche entgegen nehme, Herr Professor, und damit die Wünsche des ukrainischen Volkes des Generalgouvernements, möchte ich Ihnen und dem ukrainischen Volke mit meinem Dank für die von ihm vollführten Leistungen meine besten Wünsche für das kommende Jahr auf den Weg geben. Unser Glück ist Ihr Glück, unser Schicksal auch Ihr Schicksal. Daher mögen wir beide gemeinsam zu dem ewigen Herrgott beten, dass er unsere europäischen Kultur schützen, dass er unsere Waffen, unsere Felder und unsere Arbeit segnen möge. Alles andere wird sich dann aus der Treue um Treue ergeben. Herr Professor, ich wünsche Ihnen alles Gute und danke Ihnen auch sehr für das liebe Geschenk. Seien Sie überzeugt, dass wir alles tun werden, um diese unsere Gemeinschaft aufrecht zu erhalten.

Im Anschluss an den Empfang hat Staatssekretär Koppe noch eine Unterhaltung mit Professor Kubijowitsch und anderen Mitgliedern des Ukrainischen Hauptausschusses. Er bittet die Mitglieder des Hauptausschusses, die Bevölkerung zu ermahnen, sich jeglicher

14.1.44

Widerstandshandlungen zu enthalten. Er würde es begrüßen, wenn in Zukunft über diese Dinge ganz offen gesprochen werden könnte, damit ein gemeinsamer Weg gefunden werde, damit die Überaktivisten, mit denen sich ja die Masse der ukrainischen Bevölkerung gewisse nicht einverstanden erkläre, von vornherein ausgeschaltet würden. Die Zusammenarbeit könne vielleicht noch intensiver sein, wenn gegebenenfalls radikale Elemente rechtzeitig gewarnt würden. Er bitte auch, die Mitglieder des Ukrainischen Hauptausschusses, ihm geeignete Vorschläge zu machen und sich überhaupt in allen diesen Fragen immer an ihn zu wenden.

12⁰⁰

Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler, Koppe, Dr. Boepple, Präsident Ohlenbusch, Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Bierkamp, Pressechef Gassner, Oberlandesverwaltungsrat Weihrauch und Bürgermeister Türk.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, dass nach den letzten Meldungen, die er erhalten habe, die Russen an mindestens zwei Stellen sich in grosser Nähe der Ostgrenze des Generalgouvernements befänden. Er habe zunächst noch keine amtliche Meldung darüber, welche Widerstandskräfte der deutschen Wehrmacht überhaupt zur Verfügung ständen. Da die Situation in Galizien ziemlich undurchsichtig werde, müsse man sich jetzt darüber klar werden, was vor allem mit dem hereinströmenden fremden Volkstum zu geschehen habe.

Oberlandesverwaltungsrat Weihrauch bemerkt, dass die Wehrmacht praktisch jetzt oder für die nächste Zeit alle verfügbaren Räumlichkeiten in Anspruch nehme. Was das hereinströmende fremde Volkstum angehe, so könnten zwar die Arbeitsfähigen zur Arbeit ins Reich vermittelt werden, die Arbeitsunfähigen würden

14.1.44

von Reich nicht aufgenommen. Nach einer ihm gewordenen amtlichen Mitteilung von militärischer Seite müsse man sich jedenfalls darauf gefasst machen, dass grössere Flüchtlingsströme ins Generalgouvernement kämen. Ein kleiner Teil von ihnen könne wohl untergebracht werden, sollte es sich aber um Massen von Hunderttausenden handeln, dann müssten Auffangstellen eingerichtet werden, sonst würde man vor einem Chaos stehen. Vor allem müsse auch dafür Sorge getragen werden, dass im militärischen Interesse die Strassen nicht verstopft würden.

SS-Oberführer Bierkamp bezieht sich auf Berichte aus Lemberg und Lublin, nach welchen der Reichskommissar für die Ukraine den Befehl gegeben habe, sofort mit der Räumung der Bezirke Wolhynien und Podolien zu beginnen. Er habe sechs Übergangsstellen festgesetzt, an denen die Trecks in das Generalgouvernement rücken sollten. Seine Frage, ob eine Vereinbarung zwischen der Regierung des Generalgouvernements und dem Reichskommissar vorliege, sei verneint worden. Man habe aber gebeten, dem Durchmarsch keine Schwierigkeiten zu bereiten. Weiter sollten Verhandlungen zwischen den Distriktsstellen der Ernährung und Landwirtschaft im Generalgouvernement und den Behörden des Reichskommissars geführt werden. Aus der Tatsache, dass er plötzlich von seinen SS- und Polizeiführern die Mitteilung erhalte, der Reichskommissar habe angeordnet, dass Galizien und Lublin als Auffangräume bestimmt seien, ergäbe sich für ihn eine völlig unmögliche Situation.

Der Herr Generalgouverneur stellt darauf amtlich fest: weder an die zuständigen Instanzen noch an ihn sei irgendein Ansinnen von irgendeiner Reichsstelle in dieser Sache gerichtet worden. Demnach existierten für ihn keinerlei solche Vereinbarungen und auch

14.1.44

keinerlei Benachrichtigungen. Er ermächtige daher die zuständigen Instanzen, so zu verfahren, wie sie es für zweckmässig hielten. Es gehe unmöglich an, dass einfach von anderer Seite Auffangräume und Läger im Generalgouvernement in Anspruch genommen würden, und er behalte sich deshalb vor, als Aufnahmeort den Regierungsbezirk Zichenau zu bestimmen. Jedenfalls müssten jetzt alle massgebenden Stellen des Generalgouvernements dauernd zusammen arbeiten. Ihm könne es gleichgültig sein, welche Aufnahmeräume der Reichskommissar bestimme. Er lehne die Verantwortung für ein solches Verfahren im Namen der Regierung des Generalgouvernements ab, könne auch die Polizei im Lande nicht für das verantwortlich machen, was etwa infolge dieser Ereignisse geschehe.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird eingehend zu der Frage Stellung genommen, ob und in welchem Umfange im Generalgouvernement Läger für die hereinströmenden Flüchtlinge vorhanden sind bzw. geschaffen werden können.

Oberlandesverwaltungsrat Weihrauch teilt mit, dass die Ukrainer sich bereit erklärt hätten, sämtliche arbeitsunfähigen Angehörigen ihres Volkstums, Kinder, Greise, Frauen, bei den Bauern unterzubringen.

Demgegenüber weist SS-Oberführer Bierkamp auf die Gefahren hin, die sich daraus ergäben, dass ein Strom von nichtüberprüften Leuten ins Land hereinfliesse. Man müsse damit rechnen, dass das Fleckfieber im Lande wieder grösseren Umfang annehme. Im Übrigen habe er nicht den Eindruck, dass der Leiter der zuständigen Dienststelle in Lemberg Oberst Bisanz der ihm gestellten Aufgabe vollauf

14.1.44

gerecht werden könne.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob es möglich wäre, dass sich die zuständigen Dienststellen sofort mit denjenigen der Wehrmacht über diese Frage auseinandersetzen könnten, erwidert SS-Oberführer Bierkamp, dass Oberst Rüdbeck restlose Unterstützung der Instanzen des Generalgouvernements zugesagt habe. Die Wehrmachtsinstanzen wollten prüfen, ob Lager zur Verfügung gestellt werden können. Diese Lager seien auch allen Dienststellen bekannt. Darüber hinaus müsse aber eine scharfe Grenskontrolle einsetzen, aufgrund deren die Zahl und die Kategorie der hereinkommenden Männer und Frauen festgestellt werden könne.

Der Herr Generalgouverneur kommt aufgrund der bisher getroffenen Feststellungen zu der Auffassung, dass man die hereinströmenden Flüchtlinge wohl behalten, sie aufteilen und dann den Ernährungsplan entsprechend ändern müsse. Für die Unterbringung von Angehörigen des ukrainischen Volkstums bei ukrainischen Bauern müsse der ukrainische Hauptausschuss eingeschaltet werden. Man könne also diese fremde Bevölkerung auf das ganze Generalgouvernement verteilen, müsse sie allerdings sofort in die Ernährungsbilanz einbeziehen. Was infolgedessen für das Generalgouvernement an zusätzlichen Leistungen entstehe, das müsse selbstverständlich dem Reich angerechnet werden.

14.1.44

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, dass nach von ihm getroffenen Feststellungen die Distrikte das Bestreben hätten, diese Lasten von sich abzuwälzen. Daher werde es notwendig sein, diese Fragen von einer zentralen Stelle aus zu leiten. Es könne ein Einsatzstab geschaffen werden, dessen Leitung allerdings in den Händen des Gouverneurs liegen müsste.

Der Herr Generalgouverneur geht bei Beurteilung der gesamten Frage von der Auffassung aus, dass man die gesamte fremde Bevölkerung nicht werde ins Reich abschieben können. Andererseits müsse unter allen Umständen dafür gesorgt werden, dass weder Seuchen noch Gefahren für die Front entstünden. Weiter müsse Klarheit darüber geschaffen werden, was etwa an den Regierungsbezirk Zichenau abgegeben werden könne.

SS-Oberführer Bierkamp weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass im Laufe des Jahres 1944 noch 100 000 Arbeiter aus dem Generalgouvernement ins Reich geschafft werden müssten, und wirft die Frage auf, ob nicht ein grosser Teil der jetzt von den fremdvölkischen ins Reich gebrachten Menschen auf das Kontingent des Generalgouvernements angerechnet werden könne. Im Übrigen wehre er sich dagegen, dass durch die Polizei wieder zwangsweise Menschen zur Arbeit im Reich erfasst würden.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit dagegen, dass Polizeikräfte zur Durchführung solcher Massnahmen in Anspruch genommen würden. Eine solche Aufgabe gehöre nicht in den Bereich der Polizei.

14.1.44

Der Herr Generalgouverneur trifft abschliessend folgende Verfügung:

- 1.) In Gegenwart des Generals der Infanterie Hännicke hat eine Besprechung wegen der Festlegung der Verantwortungszonen stattzufinden.
- 2.) Für die Bildung der Einsatzstäbe bei den Gouverneuren wird ein besonderer Befehl durch Staatssekretär Dr. Bühler herausgegeben.
- 3.) Die Frage der Unterbringung der Flüchtlinge in Lagern wird, soweit noch notwendig, einer Prüfung unterzogen. Für die Einrichtung der Lager werden Vollmachten erteilt, sowie Geld und die notwendigen Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Die Vollmachten ergehen in enger Zusammenarbeit mit dem beim Gouverneur zu bildenden Stab. Die Einsatzstäbe erhalten dezentralisierte Sondervollmachten. Darüber hinaus müssen Gesamtvollmachten erteilt werden, die sich nicht nur auf einzelne Distrikte erstrecken.

14.1.44

15⁰⁰ Einführung des Gouverneurs Dr. v. Burgsdorff in sein Amt als Distriktstandortführer des Distrikts Krakau im Sitzungssaal der Distriktstandortführung Stefansplatz 9.

Nachdem Hauptabschnittsleiter Stahl einen kurzen Rückblick über die Geschichte des Distriktstandortes gegeben hat, richtet der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache an die Politischen Leiter und Mitarbeiter der Distriktstandortführung:

Parteigenossen und Parteigenossinnen!
Ich freue mich sehr, dass ich einmal hier in Ihrem Kreise im Distriktstandort erscheinen kann. Es wäre mein lebhafter Wunsch, in eine viel intensivere persönliche Beziehung zu allen Arbeitsleistungen des Generalgouvernements zu kommen. Aber Sie können sich vorstellen, dass die Aufgaben, die gerade in diesem Augenblick auf mir lasten, eine, ich kann wohl sagen, ungewöhnliche Anspannung auch meiner persönlichen Kräfte bedeuten.

Ich habe vor wenigen Tagen Gelegenheit gehabt, auf Ersuchen des Reichsführers SS Himmler vor den versammelten Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten des Grossdeutschen Reiches über das Generalgouvernement zu sprechen. Aus seinen Worten, die er dann als Dank für diese meine Ansprache an die Obersten Spitzen der deutschen Verwaltung des Grossdeutschen Reiches einschliesslich der besetzten Gebiete gerichtet hat, konnte ich zu meiner Freude entnehmen, dass der Führer selber wenige Tage vorher in Anwesenheit des Reichsführers SS seiner grossen Genugtuung über die Leistungen des

14.1.44

Generalgouvernements Ausdruck verliehen hat.

An 4. Januar dieses Jahres hatte Staatssekretär Backe im Führerhauptquartier dem Führer über die gesamte Ernährungssituation Europas und über die Leistungen der einzelnen Teile Europas Bericht erstattet. Der Reichsführer SS berichtete nun vor den Regierungspräsidenten und den Oberpräsidenten, dass Staatssekretär Backe antlich gemeldet habe, dass an der Spitze aller Gebiete Europas, was die Leistungsenergie und die absolute Leistung im Ernährungssektor betrifft, mit grossem Abstand das Generalgouvernement stehe. Das bedeutet für uns alle, die wir in diesem Gebiete sind, eine so grosse Genugtuung, dass, wenn Sie damit die da und dort vorhandenen Missverständnisse gegenüber dem Generalgouvernement in Vergleich ziehen, uns diese Missverständnisse nicht bewegen können. Der Führer selber hat mir in einem persönlichen Schreiben zu Beginn dieses Jahres mitgeteilt, dass er an meiner Arbeit voll Verständnis Anteil nimmt und genau weiss, welche Leistungen wir alle hier zu vollführen haben. Er hat auch der Erwartung Ausdruck gegeben, dass wir auf der bisher so bewährten Linie unsere Arbeit fortsetzen werden.

Vor wenigen Tagen hat mir der Verbindungs-offizier des Generalfeldmarschalls Keitel in dessen Auftrag mitgeteilt, dass die Zusammenarbeit zwischen der Wehrmacht des Generalgouvernements und allen Dienststellen hervorragend sei.

Und so kann ich wohl, wenn ich auf die gesamten Äusserungen, die nun endlich nach den vier Jahren des Aufbaukampfes und auch, wie ich sagen darf, nach beinahe vier Jahren des Kampfes gegen

14.1.44

Missgunst, Neid und Verleumdung aufzuhören scheinen, eingehe, auf die Anerkennung des Führers hinweisen und sagen: wir alle dürfen die volle und wahrhaftige Empfindung haben, dass wir restlos auf dem richtigen Wege sind. Die Wenigen, die sich dieser Anerkennung noch sperren, werden sich im Laufe der kommenden Wochen schon einer anderen Meinung zubefleißigen haben.

Es kommt mir aber darauf an, meine lieben Parteigenossen, Ihnen hier im engsten Kreise auch etwas von meinen Sorgen mitzuteilen. Wenn ich in diesem Augenblick zu Ihnen komme, so stehe ich am Ende einer Sitzung, die eben auf der Burg stattgefunden und in der folgender Tatbestand zur Erörterung gestanden hat. Nach Mitteilung des hiesigen Wehrkreiskommandos und nach mir zugegangenen Frontmeldungen befindet sich die russische Armee an manchen Stellen nur noch 80-100 km von der Ostgrenze des Generalgouvernements entfernt. Gleichzeitig wird mir mitgeteilt, dass man zunächst noch nicht weiss, in welcher Form der Widerstand der deutschen Wehrmacht gegen diesen drohenden Einbruch aus dem Osten stattfinden wird. Ich selber aber weiss, und zwar, wie Sie annehmen können, aus unmittelbarster Beziehung zum Führer, dass das alles nur ganz momentane, augenblicksartige Entwicklungen sind, denen schon in ganz kurzer Zeit ein ungeheuer gewaltiger Gegenschlag der deutschen Wehrmacht folgen wird. Ich möchte gerade hier, wo ich Gelegenheit hätte, ganz vertraulich zu sprechen, Ihnen sagen, dass die Lage an der Ostfront weder vom Führer noch von sonst einem massgebenden einsichtigen Mann irgendwie als tragisch oder katastrophal angesehen wird, dass vielmehr alle Vorbereitungen getroffen sind, um, sofern es die allgemeine Wetterlage und die Entwicklung der Dinge zulässt, zu einem geradezu Überwältigenden

14.1.44

Gegenschlag gegen die Sowjetunion zu schreiten.

Sie wissen, dass dieser Krieg im Osten entschieden wird und dass diese Entscheidung im Osten nur zu Gunsten des deutschen Schwertes fallen kann. Sie wissen auch - das sagt Ihnen nicht nur etwa Ihr Glaube und Ihre nationalsozialistische Gesinnung, sondern auch Ihre Einsicht in die Zusammenhänge, dass die Qualität des deutschen Soldaten unter der nationalsozialistischen Führung so ungeheuerlich höher ist als die Durchschnittseigenschaften der sogenannten russischen Infanterie, dass wir gar keinen Zweifel haben dürfen: in diesem Jahre wird die Entscheidung zu unseren Gunsten im Osten in wesentlichstem Ausmass gefördert.

In diesem Zusammenhang, aber auch in dem weiteren Hinblick auf diese Entwicklung tauchen nun Probleme auf, mit denen wir fertig werden müssen. In dem Augenblick, in welchem wir hier friedlich tagen, wälzt sich über die Ostgrenze des Generalgouvernements ein ununterbrochener Strom von Flüchtlingen in das Generalgouvernement hinein: Frauen, Kinder, Greise, Kranke, Gesunde, Arbeitsfähige, Arbeitsunfähige, Bauern, Intellektuelle, - alles strömt mit Pferdewagen, mit allem möglichen Zeug, leider auch mit Fleckfieber, Typhus, Cholera in das Generalgouvernement ein. Und nun soll an sechs Grenzübergangsstellen im Norden und Süden auf einer Strecke von fast 800 km, also einer Strecke von München bis Hamburg, mit unseren geringen Polizeikräften eine Sicherung aufgezo-gen werden. Alle diese Menschen sollen untersucht, versorgt, in Lagern untergebracht, die Arbeitsfähigen sollen von den Arbeitsunfähigen getrennt, Frauen, Kinder, Greise sollen gepflegt, gekleidet und untergebracht werden. Wenn Sie bedenken, dass es sich hierbei um Hunderttausende handelt, so sei damit nur eines der Probleme aufgezeigt, mit denen das Generalgouvernement

14.1.44

fertig zu werden hat. Denn das Reich und die Reichsinstanzen, so weit man sie überhaupt noch telefonisch erreichen kann, erklären sich völlig ausserstande, uns eine Hilfe zukommen zu lassen.

In dem gleichen Augenblick, da ich diesen Anforderungen gegenüberstehe und sehen muss, dass ich irgendwo Lager, Baracken, Unterkünfte bekomme, Ärzte, Medikamente, Kleidung, Nahrungsmittel für Hunderttausende beschaffe, teilt mir die Wehrmacht mit, dass sie Zehntausenden von Lazarettbetten gebrauchen werde, weil die Lazarette drüben geräumt werden müssen. Wo denn sonst als im Generalgouvernement, dem einzig wirklich geordneten Gebilde, können sie untergebracht werden? Im Reich ist es ja nicht mehr möglich, da die Reichsgaue ohnehin schon überfüllt sind und jedes Gebiet noch von hereinströmenden Truppen belegt wird. Ich will das nur betonen, um Ihnen eine Ahnung von dem zu geben, was nun auf der Handvoll führender Persönlichkeiten dieses Nebenlandes an Aufgaben liegt. Nur wer in diesem Betriebe steht, kann daher ermes- sen, was wir zu leisten haben.

Es geht dabei gar nicht um das persönliche Prestige des Einzelnen oder gar um ein so Hohes, wie es im Begriff der Politik liegt. Ich habe mir längst abgewöhnt, Politik zu machen; denn die Politik ist etwas so Hohes und Herrliches, dass ich, der ich in den Tagesproblemen stecke, gar nicht mehr dazu komme. Ich bin froh, wenn ich die Verwaltung, die Eisenbahnen, die Fabriken, das Ernährungssystem in Gang halte, wenn dafür gesorgt werden kann, dass das Licht noch brennt, dass das Wasser noch läuft und uns die Seuchen nicht überwältigen, wenn es mir darüber hinaus gerade noch gelingt, die Autorität der deutschen Sicherheit in diesem Lande aufrecht zu erhalten.

14.1.44

Und dann kommen die Herren der Wehrmacht und sagen: wir sind dafür nicht zuständig, wir machen Euch nur die Sorgen, aber damit müsst Ihr fertig werden; und auch die Heimat sagt: wir sind nicht zuständig, das sind eben Auswirkungen des Krieges. So will denn alles, was hereinkommt, aus unserem Lande leben. Ich bin sogar in der glücklichen Lage, mich damit einverstanden^{erklären} zu müssen, dass die Wehrmacht ihren Sold in Zloty zahlt, während ich doch für die Währungsgarantie allein verantwortlich bin.

Ich wollte dies hier im engsten Kreise vor Euch nationalsozialistischen Kameraden und Kameradinnen vortragen, um Euch einmal einen ganz kurzen Momentfotografischen Beleuchtungsblick von dem zu vermitteln, was es heisst, Generalgouverneur zu sein. Es ist schon richtig, wenn mir der Führer zu Weihnachten 20 Pfund Kaffee geschickt und mir gesagt hat: Lieber Franek, ich glaube, Du brauchst ab und zu eine Stärkung, deshalb schicke ich Dir als alter Freund diesen Kaffee. Der Führer versteht ja immer, richtig zu schenken und zu trösten.

Es ist ja nun so, dass man hier anders als im deutschen Reich, wo man zu einem Volke reden kann, alle seine Sorgen verstecken muss, und nach aussen hin den strammen Maxi zu markieren, grossartig da zu stehen hat, weil doch Millionen von Polaken nur darauf lauern, dass ich etwas nicht richtig mache, und fragen: was macht er nun? (Ich muss mir den Quatsch von einer Operette anhören, weil ich genau weiss: wenn ich nicht hingehe, dann sagen alle sofort: aha, jetzt ist ihm die Lust am Theater vergangen.) So muss ich sein, ich muss

23
14.1.44

das alles machen. Ich wäre ja auch lieber bei meiner Truppe, meinem Regiment geblieben, von dem ich am 15. September 1939 vom Führer abberufen wurde, bei meiner Kompanie, von der heute niemand mehr am Leben ist, als dass ich dieses Zauberspiel vollführe, Repräsentant eines Reiches zu sein, in Wirklichkeit aber ein sorgenträchtiger Mann sein zu müssen. Sie werden daran ermessen können, was für mich ein Vorbild wie Adolf Hitler bedeutet, der das, was ich im kleinen Rahmen zu tragen habe, für uns alle zu tragen hat.

Wenn man in die Tiefen der Lage des Generalgouvernements schaut und wenn ich dann wieder vom Reichsführer SS Himmler höre, dass das Generalgouvernement das einsige, wirklich erfolgreich arbeitende Gebiet ist - in allen anderen hat er nur grosse Sorgen -, so muss uns alle und auch Sie, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, das mit grosser Genugtuung erfüllen. Als ich damals diesen Befehl vom Führer erhielt, aus dem Teil Polens, der nicht gleich Deutschland angegliedert wurde, eine Art Ordnung aufzubauen, da musste ich zunächst einmal an die staatliche Ordnung denken, daran, eine Regierung, Gouverneure, Instanzen, irgendwelche Ämter, Behörden usw. ins Leben zu rufen, die überhaupt aus dem, was damals völlig zusammen gebrochen war, eine gewisse Ordnung hätten aufbauen können.

Und ein halbes Jahr, nachdem ich das ins Leben gerufen hatte, kam mir der Gedanke: wie führe ich hier die Partei ein? Ich habe mir damals die Partei als einen Arbeitsbereich vorgestellt, und ich kann wohl sagen, dass die Idee der Schaffung eines Arbeitsbereichs, von mir selber konstruiert, sich auch in ihrem inneren Aufbau durchgesetzt hat. Ich habe es damals dem Stellvertreter des Führers Rudolf Hess gesagt, und er hat sich dem angeschlossen. Aus vielen

14.1.44

Bestätigungen auch des Reichsleiters Bormann weist ich, dass diese Struktur selbstverständlich die einzig mögliche ist, die wir der Partei hier geben können. Denn wir sind hier ein Prozent der Gesamtbevölkerung. Die deutschen Menschen dieses Raumes sind dünn gesät, dass wir, wenn wir hier neben dem Staat eine vollkommen vom Staat losgelöste völlig eigene Parteiorganisation aufbauen wollten, dafür weder die Menschen noch die Energiekräfte besitzen. Es geht nur darum, nicht eine endgültige Struktur zu finden. (Wenn wir den Krieg einmal gewonnen haben, dann kann meineswegen aus den Polen und aus den Ukrainern und dem, was sich hier herum treibt, Hackfleisch gemacht werden, es kann gemacht werden, was will.) Aber in diesem Augenblick kommt es nur darauf an, ob es gelingt, fast 15 Millionen eines gegen uns sich organisierenden feindlichen Volkstums in Ruhe, Ordnung, Arbeit und Disziplin zu halten. Wenn es nicht gelingt, dann kann ich vielleicht triumphierend sagen: Ich habe 2 Millionen Polaken umgebracht. Ob dann aber die Züge an die Ostfront fahren, ob die Monopolbetriebe arbeiten, die jeden Monat 500 000 Liter Wodka und so und so viele Millionen Zigaretten liefern, ob die Ernährung und Landwirtschaft gesichert wird, von der wir allein 450 000 t Getreide ans Reich geliefert haben, das steht auf einem anderen Blatt.

Politik ist mehr als Gewalt. Die Gewalt ist eine lächerliche ABC-Angelegenheit. Die Staatskunst beginnt jenseits der Gewalt. Wenn ich drei Polizeibataillone dieses Raumes dringendst zur Füllung von Lücken an die Front abgeben muss - heute ist ein solches dringendes Hilfsersuchen an mich gekommen -, so bedeutet das, dass ich wiederum die Koeffizienz dieses Raumes um drei Polizeibataillone reduziere. Das kann ich nur, wenn ich sozusagen einigermaßen auf die Bevölkerung rechnen kann. Wenn ich heute den 150 000 Polen, die die Ostbahn

14.1.44

betreiben, nichts mehr zu essen gebe, wenn ich sie nicht mehr kleide, ihnen keine Sicherheit des Lebens gewähre, - die 5000 Deutschen, die ich bei der Ostbahn habe, bringen keinen Zug vorwärts. Von den Fabriken will ich ganz absehen. Wissen Sie, dass wir für 1,5 Milliarden Zloty jährlich zusätzlich dem deutschen Reich wertvollste Rüstung und Munition fabrizieren?

Das ist nun nicht etwa nur zu erreichen, indem man sagt: ich befehle, ich will so, wenn er nicht will, erschiesse ich ihn; Quatsch, - ich kann jeden erschliessen; das ist keine Kunst. Ich bin kein Polenfreund, aber ich bin dafür verantwortlich, dass in diesem Raum für die deutsche Ostfront keine Rebellion im Rücken entsteht. Wenn ich den Polen etwas zu essen gebe, wenn ich ihnen ihre Kirchen belasse, ihnen Schulen gebe, dann tue ich das nicht als Polenfreund, sondern als verantwortlicher Politiker dieses Raumes, und ich verbitte es mir, dass jemand seine Schnauze deswegen aufreisst. Wer keine Verantwortung hat, kann leicht reden.

Und so war es notwendig, dass ich, nachdem ich diese Grundsätze aufgestellt hatte, selbstverständlich auch die politische Organisation des deutschen Volkes in diesen Raum hineinführte, unsere alte herrliche Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, der ich nebenbei bemerkt, seit 1919 angehöre. Ich habe den seltenen Vorzug, vom Schicksal neben den Führer gesetzt worden zu sein, als damals im Juni 1919 die ersten grossen Vorträge stattgefunden haben. Ich brauche keine Belehrungen über den Nationalsozialismus; ich gehöre selber zu denen, die Lehrer des Nationalsozialismus sind. Wenn ich auch meine eigenen Anschauungen habe, so habe ich diese Anschauungen als Nationalsozialist mit Tapferkeit vertreten.

Ich weiss,

14.1.44

betreiben, nichts mehr zu essen gebe, wenn ich sie nicht mehr kleide, ihnen keine Sicherheit des Lebens gewähre, - die 5000 Deutschen, die ich bei der Ostbahn habe, bringen keinen Zug vorwärts. Von den Fabriken will ich ganz absehen. Wissen Sie, dass wir für 1,5 Milliarden Zloty jährlich zusätzlich dem deutschen Reich wertvollste Rüstung und Munition fabrizieren?

Das ist nun nicht etwa nur zu erreichen, indem man sagt: ich befehle, ich will so, wenn er nicht will, erschieße ich ihn; Quatsch, - ich kann jeden erschiessen; das ist keine Kunst. Ich bin kein Polenfreund, aber ich bin dafür verantwortlich, dass in diesem Raum für die deutsche Ostfront keine Rebellion im Rücken entsteht. Wenn ich den Polen etwas zu essen gebe, wenn ich ihnen ihre Kirchen lasse, ihnen Schulen gebe, dann tue ich das nicht als Polenfreund, sondern als verantwortlicher Politiker dieses Raumes, und ich verbitte es mir, dass jemand seine Schnauze deswegen aufreisst. Wer keine Verantwortung hat, kann leicht reden.

Und so war es notwendig, dass ich, nachdem ich diese Grundsätze aufgestellt hatte, selbstverständlich auch die politische Organisation des deutschen Volkes in diesen Raum hineinführte, unsere alte herrliche Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, der ich nebenbei bemerkt, seit 1919 angehöre. Ich habe den seltenen Vorzug, vom Schicksal neben den Führer gesetzt worden zu sein, als damals im Juni 1919 die ersten grossen Vorträge stattgefunden haben. Ich brauche keine Belehrungen über den Nationalsozialismus; ich gehöre selber zu denen, die Lehrer des Nationalsozialismus sind. Wenn ich auch meine eigenen Anschauungen habe, so habe ich diese Anschauungen als Nationalsozialist mit Tapferkeit vertreten.

Ich weiss,

14.1.44

die Stunde kommt, da die Anschauungen, die ich als Deutscher und Nationalsozialist immer vertreten habe und immer vertreten werde, dass ohne Rechtssicherheit eine Volksgemeinschaft nicht bestehen kann, absolut als mit dem Führer und mit dem Nationalsozialismus vereinbar anerkannt werden wird.

Als ich die Partei hier einführte, war es für mich klar, dass ich mit den wenigen Deutschen im Lande diese gigantische einmalige Aufgabe nur erfüllen kann, wenn Partei und Staat, Polizei und SS und Wehrmacht wie alles, was an Deutschen in diesem Raume sich befindet, nicht auf die Uniform, nicht auf die Trennungsmomente unter uns Deutschen schauen, sondern darauf, dass, wir, als Deutsche schlechterdings eine Handvoll, eine einheitliche Marschlinie in der Führung, Ordnung und Bewältigung dieser Raumprobleme einzunehmen haben.

Ich habe eine schwere Opposition in diesem Lande im vorigen Jahr beseitigt. Jahrelang wurde gegen mich mit der These gearbeitet, ich sei zu weich, ich sei ein Polenfreund, ich könne die Gewalt nicht verstehen usw. Die Repräsentanten dieser Anschauung haben uns schwer geschadet. Sie haben jahrelang durch fälschliche Berichte an das Reich und an alle möglichen Stellen die furchtbarste Greuelverleumdung über unseren Raum gebracht. Ich habe diesen Kampf bestanden, nicht nur deshalb, weil ich als alter Bauernbursche Alt-Bayerns Nerven wie ein Khlberstrick habe, sondern auch deshalb, weil ich genau weiss, dass der Weg, den ich gehe, richtig ist. Da mir niemand das Generalgouvernement nachgemacht hat und ich keine Methode kenne, die besser als die von mir eingeschlagene gewesen wäre, wusste ich, dass ich siegen werde, - und ich habe gesiegt. Die Opposition in diesem Lande ist mit der Abberufung ihres Chefs beseitigt worden.

14.1.44

Mit kommt es darauf an, dass nunmehr die Partei in diesen Raum ihre ganz grosse menschenführende Aufgabe im engsten Kontakt mit allen Stellen der deutschen Verwaltung dieses Raumes erfüllt. Was z.B. im Distrikt Krakau auf diesem Gebiete geschehen konnte, ist wohl geschehen. Ein Nachteil war der häufige Wechsel in der Leitung dieses Distrikts. Er ist nun bereinigt, da ich im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS Himmler einen der bewährtesten deutschen Männer, den Herrn Dr. v. Burgsdorff, als Gouverneur des Distrikts Krakau eingesetzt habe. Er ist selber Gruppenführer der SA, Nationalsozialist aus entscheidender Stunde, Träger des Ritterkreuzes, ein Mann, der sich auch als Soldat persönlich bewährt hat. Einen besseren Mann kann ich auch der Bewegung dieses Distrikts nicht als Leiter geben. Es wäre nur möglich, eine Trennung dieser Funktionen vorzunehmen, wenn man bezweifeln wollte, dass sich die Parteigenossen dieses Distrikts voll und ganz in die einheitliche Führung dieses Raumes einfügen vermöchten; nur dann hätte es einen Sinn, einen anderen Leiter für die Partei als für den Staat zu nehmen. Wenn Sie nämlich beide das Gleiche tun, dann ist einer von beiden überflüssig. Das können wir uns einfach im Kriege nicht erlauben. Auf Grund dieses Prinzips ist ja auch im Reich der Gauleiter und Oberpräsident bzw. Reichsstatthalter in einer Person gegeben, ist auch der Führer des Reiches und Oberster Befehlshaber der Wehrmacht identisch mit dem Führer der Partei, auch der Generalgouverneur mit dem Leiter der Partei identisch. Aus diesem Grunde werde ich auch das Prinzip, dass der Gouverneur gleichzeitig Distriktsstandortführer, mit anderen Worten: der Distriktsstandortführer gleichzeitig Gouverneur ist, durchführen, Solange ich an diesem Platz zu sein die Ehre habe, wird sich an dieser Struktur nur etwas ändern, wenn es der Führer persönlich befehlen würde.

14.1.44

Der Führer hat mir aber sofort sein Vertrauen schriftlich und mündlich ausgesprochen, so dass ich genau weiss, dass er meinen Weg billigt.

Ich bin kein schwacher Mann. Ich weiss sehr wohl, meine Stärke zu erkennen. Auch wenn ich mich in kulturellen Formen zu bewegen verstehe, ist es trotzdem so, dass ich die Energie da, wo sie notwendig ist, anwenden kann. Man soll daran nicht zweifeln. Deshalb möchte ich auch Sie, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, nachdrücklich darauf aufmerksam machen, dass im Generalgouvernement tätig sein heisst: in einen völlig Neuen tätig sein. Es ist kein Wunder, dass uns die Heimat da und dort nicht versteht. Reichsführer SS Himmler hat mit Recht in Breslau darauf hingewiesen, dass in der deutschen Verwaltung noch viel zu sehr das Alte gepflegt wird, die Methode etwa, wie sie der Alte Fritz in seiner Verwaltung aufgebaut hat, die Methode der Pfennigfuchser, der kleinlichen Bürokraten usw. Es ist zweifellos, ^{daß} wo solche Elemente als Typen herrschen, sie sich überall breit machen. Ich bin der Letzte, der behaupten möchte, im Generalgouvernement wären sie nicht vorhanden. Aber eins ist sicher: wenn wir das ändern, wenn wir Neues bringen wollen, kann es nur geschehen, wenn die Partei in das Geschehen dieses Raumes unmittelbarst eingefügt ist. Wir sind ja ein abstrakter Staat, abstrakt heisst: losgelöst eigentlich von der Wirklichkeit der Verwaltung. Alle anderen Gaue des Reiches haben eine alte Tradition; sie sind früher Länder oder Provinzen gewesen, sie haben vor allem ein Volk, das den Staat unbedingt bejaht. Ich habe hier einen abstrakten Staat, der aus Regierung, Gouverneuren, Ämtern, Behörden und einem Volk besteht, das diese Sache mehr oder weniger erträgt, das aber diesen Staat zumindest nicht aus eigenem Schaffen oder jemals aufrecht erhalten würde.

14.1.44

Umsowichtiger ist es, dass die wenigen Deutschen im Lande auf einer Linie marschieren.

Daher habe ich mich auch bemüht, den einheitlichen Begriff des Nationalsozialisten hier zu schaffen. Ich wollte mit den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden, mit den bunten Bildern, in denen auch unsere Partei erscheint, erst anfangen, wenn die Partei als solche geschlossen dasteht.

Sie kennen meinen Grundsatz, der da lautet: Führerprinzip und Einheit der Verwaltung. Reichsführer SS Himmler selber hat in Breslau gesagt, als einziges Vorbild für den kommenden Ausbau der deutschen Reichsverwaltung kenne er zur Zeit nur das Generalgouvernement. Wir haben uns bemüht, die Einheit der Verwaltung hier durchzuführen. Das gibt es im ganzen Reich nicht. Staatssekretär Stuckart hat gesagt, im Reich bedürfe man für die Zuteilung eines Blecheimers der Tätigkeit von 45 Behörden. Er zählte sie auf: Wirtschaftsstellen und, weiss der Teufel, was alles. Und ich habe dazu gesagt: und trotzdem kriegt man den Eimer nicht. Wenn wir hier die gesamten Wirtschaftsstäbe, Sonderbeauftragten, Sonderbevollmächtigten, die Untergliederungen der Ministerien, die Hauptstellen, Landesstellen, Provinzialstellen, Stadtstellen, die Wirtschaftsverteilungsorganisationen, Planungsämter, untergeordnete Stellen usw. einführen wollten und uns ihre Wirksamkeit plastisch vorstellten, dann würden wir einen Horror bekommen.

Es hat keinen Wert, hier bei uns eine Bürokratie der Partei einzuführen. Wir könnten die Stellen ja gar nicht besetzen. Es hat keinen Sinn, wenn ich für einen Standort, in welchem 10 Deutsche wohnen, 24 verschiedene Parteinstanzen einführe. Wir müssen halt etwas Neues machen. Das Deutsche Reich will ein

14.1.44

Weltreich werden, und muß einmal aus dieser bürokratisch-formalistischen Enge von früher heraus.

Und das haben wir für den Staat mit Glück exzerziert. Mir konnte keine größere Genugtuung werden als die, daß der vom Führer berufene Reichsminister des Innern, der oberste Beauftragte der Reichsverwaltung, zu den Regierungspräsidenten dieses Wort in Breslau sprach. Ich war auch der einzige, der als Gast zu dieser Tagung eingeladen war; die anderen zählten nicht. Es ist ganz klar: wir haben etwas Neues aufgebaut, von uns kann man lernen.

So ist es eben auch mit der Partei, meiner lieben guten alten Partei. Viele Leute müssen jetzt lernen, daß die Partei nicht überall nach dem Schema des Heimatgaues leben kann, sondern daß es andere Schemen gibt, die uns die Zeit und das Leben in einem fremdvölkischen Raum aufgeben, und zwar unter Bedingungen, die überhaupt nichts mit denen der Heimat zu tun haben. Daß da gewisse andere Forderungen kommen, ist klar.

Nun bin ich ein Kerl, der sich leider Gottes nur im Kampfe wohl fühlt. Deshalb habe ich auch immer einen Kampf. Erfreulich ist es aber auch, daß man vom Schicksal ausersichen wird, einen solchen Kampf zu führen. Bei anderen rührt sich überhaupt nichts; die anderen leben dahin, biedermeierlich, devot, demütig, sie fallen nicht auf, wie man beim Militär sagt. Es ist auch schwer, mit uns zu debattieren, und viel leichter, Fernschreiben und Briefe an uns zu richten, als uns Auge in Auge gegenüber zu stehen. Es ist furchtbar, gegenüber den Argumenten der Wirklichkeit mit Theoremen zu kommen, die schließlich gar nicht mehr sachlich, vielleicht nur persönlich sind. Und das ist gerade in einem Raum wie dem, in dem wir leben, in einem Zeitpunkt wie dem, den wir jetzt erleben, etwas Verwerfliches und Verderbliches.

51
14.1.44

Ich gebe Euch heute einen Distriktstandortführer. Einen besseren habe ich nicht; es ist der Beste, den es überhaupt geben kann. Es ist klar, dass man über solche Dinge hin und her reden kann, auch über die Frage, ob es notwendig ist, dass der Gouverneur gleichzeitig Führer des Distriktstandortes ist, und ob man nicht einen eigenen Distriktstandortführer haben könnte, - über alles lässt sich reden. Aber jetzt frage ich Euch: würdet Ihr damit einverstanden sein, dass der Distriktstandortführer gleichzeitig Gouverneur ist? - Und da würden Sie sagen: Freilich, ganz klar, auf den Staat müssen wir Einfluss haben. Dann sage ich Euch aber: wenn das der Fall ist, könnt Ihr Euch ja nichts besseres wünschen, als dass Euer Distriktstandortführer gleichzeitig Gouverneur ist. Sonst könntet Ihr schliesslich das Pech haben, dass ich Euch einen saugroben Gouverneur hinsetze, der in einen furchtbaren Konflikt mit Eurem Distriktstandortführer kommt.

Ich bin froh, zu wissen, dass eine Persönlichkeit von der Staatsverwaltungserfahrung, wie aber auch von der kämpferisch-soldatischen Erfahrung - keiner von uns in diesem Kreise hat das Ritterkreuz an der Spitze Ihres Parteidistrikts stehen wird.

Dem Parteigenossen Stahl danke ich in diesem Zusammenhang ganz besonders. Sie haben, wie Sie wissen, mein volles Vertrauen. Sie haben sich wacker geschlagen und den Kampf für die Partei in wirklich hervorragender Weise geführt. Ich werde morgen Gelegenheit haben, das noch im einzelnen auszuführen. In diesem Rahmen danke ich Ihnen nur dafür, dass Sie den Distriktstandort Krakau geführt haben.

14.1.44

Herr Gouverneur Dr. von Burgsdorff, im Namen des Führers frage ich Sie nunmehr: Sind Sie gewillt, die Führung des Distriktsstandortes Krakau zu übernehmen?

(Gouverneur Dr. v. Burgsdorff: jawohl.)

Sie wissen, dass der Krieg, den wir jetzt führen, gegen den Nationalsozialismus geführt wird, und sind sich darüber klar, dass die Partei in einen Weltkampf um die Durchsetzung ihrer Ideale eingetreten ist. Wenn ich Sie zum Distriktsstandortführer ernenne, so ist das nicht eine zusätzliche, sozusagen eine neben Ihrer Gouverneurfunktion hergehende Tätigkeit, sondern es ist vom Standpunkt der Weltanschauung mit der Führung und Beherrschung der gegenwärtigen Zeitprobleme eine Hauptfunktion in diesem Raum. Denken Sie daran, dass der Nationalsozialismus uns allen Religion, Glaube und Gottverbundenheit gibt und dass in der Tiefe des Nationalsozialismus die neue Weltordnung steht, dass es daher etwas unendlich grösseres ist, in der Partei zu kämpfen als im Staat ein Funktionär zu sein.

Herr Gouverneur Dr. v. Burgsdorff, im Namen des Führers ernenne ich Sie mit Wirkung vom 26.12. 1943 zum Distriktsstandortführer des Distrikts Krakau und verpflichte Sie durch Handschlag auf eine treue Dienstleistung.

Distriktsstandortführer, Gouverneur Dr. von Burgsdorff erwidert auf die Ansprache des Herrn Generalgouverneurs mit folgenden Worten: für mich ist es eine bedeutungsvolle Stunde, in der Sie mir die Distriktsstandortführung des Distrikts Krakau anvertraut haben. Bewegten Herzens danke ich Ihnen dafür.

14.1.44

Ich freue mich darüber, dass Sie, Herr Generalgouverneur, als Vertreter des Führers mir nun eine Hauptaufgabe meines Lebens gegeben haben, in einem Augenblick, in dem es tatsächlich auf jeden einzelnen ankommt und darauf, dass jeder seine Pflicht bis zum letzten tut. Sie können versichert sein, dass ich alles, was ich im Herzen und im Kopf habe, an diese Aufgabe setzen werde. Ich werde alles tun, um unseren Volksgenossen draussen im Lande ein Berater und Freund zu sein. Ich werde versuchen, ihnen nach Möglichkeit zu helfen und ihnen auch ein wirklicher Führer zu sein.

Es gibt für mich drei einfache Grundsätze, nach denen ich arbeiten will:

- 1.) den Grundsatz der Tapferkeit,
- 2.) den Grundsatz der Gerechtigkeit,
- 3.) den Grundsatz, dass wir alle den Glauben an das deutsche Schicksal in die Brust und das Herz jedes einzelnen Volksgenossen legen.

Vielleicht fühlt noch nicht jeder in seinem Herzen, welch' unendlich grosses und gnädiges Schicksal gerade das deutsche Volk erhalten hat. In dieser entscheidenden Stunde hat uns die Vorsehung in Adolf Hitler einen Mann gegeben, der ganz von dem Bewusstsein erfüllt ist, eine Schicksalsmission gegenüber dem deutschen Volke erfüllen zu müssen. Wenn jemand noch nicht aus der Geschichte den Glauben an die Aufgabe des deutschen Volkes als einer Ordnungsmacht in Europa hat, so muss er ihn daraus gewinnen, dass uns die Vorsehung einen Mann gegeben hat, von dem wir wissen, dass er zur Rettung Deutschlands und Europas diese seine Aufgabe erfüllen wird.

14.1.44

16¹⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

16³⁰ Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl gibt dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, dass er in Sachen der Ernennung des Gouverneurs Dr. v. Burgsdorff zum Distriktstandortführer des Distrikts Krakau ein Fernschreiben an Reichsleiter Bormann gerichtet habe.

Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung folgenden Fernschreibens an Reichsleiter Bormann:

Sehr geehrter Parteigenosse Bormann!
Ich teile Ihnen mit, dass ich, um den augenblicklichen Schwierigkeiten, die bedrohlich aus der Ostsituation für das Generalgouvernement aufsteigen, auch parteipolitisch im Distrikt Krakau gewachsen zu sein, den Gouverneur Dr. von Burgsdorff heute als Distriktstandortführer des Distrikts Krakau eingeführt habe.

Ich bitte Sie nunmehr dringendst wie schon zu wiederholten Male um die Ermöglichung einer persönlichen Aussprache über die Parteiprobleme im Generalgouvernement. Es ist unmöglich, dass ich als der vom Führer eingesetzte Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP auf die Dauer mit Ihnen als dem Leiter der Parteikanzlei niemals persönlich Kontakt erhalte. Wie ich Ihnen wiederholt mitgeteilt habe, stehe ich jederzeit zu

14.1.44

einer Aussprache zur Verfügung. Ich halte
nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, dass
zwischen uns beiden eine kameradschaftliche
Aussprache über alle diese Fragen stattfin-
det.

16⁵⁰ Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
auf der Burg).

(Samstag, den 15.1.44)

11⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum
Hause der NSDAP.

11¹⁰ (Sagung der Politischen Leiter des Arbeitsbereichs
Generalgouvernement der NSDAP.)

Auf Vorschlag des Hauptabschnittsleiters Stahl
ernannt der Herr Generalgouverneur den SS-Ober-
sturmbannführer Dr. Waibgen im Namen des Führers
zum kommissarischen Leiter des Arbeitsbereichs
Volksbildungsfragen im Arbeitsbereich. - Weiter spricht
der Herr Generalgouverneur dem aus seinem Amte
scheidenden Hauptbannführer Förschle seinen Dank
und seine Anerkennung für die von ihm als Leiter
der Hitlerjugend des Generalgouvernements geleis-
tete vortreffliche Arbeit. Hauptbannführer
Förschle habe, so führt der Herr Generalgouver-
neur aus, die Hitlerjugend zur hervorragendsten
Einrichtung des deutschen Lebens gemacht und habe
sich in seiner Tätigkeit als hervorragenden Nati-
onalsozialisten, Organisator und als treuen Vor-
kämpfer des Führers gezeigt. - Der Herr General-
gouverneur führt sodann den Nachfolger des Haupt-
bannführers Förschle in sein Amt als Leiter der
Hitlerjugend des Generalgouvernements ein und
begrüßt Hauptbannführer Schimmelpfennig in die-
ser seiner Eigenschaft.

Hauptabschnittsleiter Stahl erstattet hierauf
einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit
des Arbeitsbereichs im vergangenen Jahre.

15.1.44

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu folgender Rede:

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Ich habe die heutige Sitzung des Arbeitsbereichs wahrgenommen, um mir in der üblichen Weise einen Überblick über das Wirken von Ihnen allen zu verschaffen. Ich danke Ihnen, Parteigenosse Stahl, dass Sie unter vollster seelisch-geistiger Erfüllung von dieser Aufgabe mir, und uns allen, diesen eindrucksvollen Überblick über die Leistungen der Partei im Generalgouvernement in abgelaufenen Jahre vermittelt haben. Es obliegt mir, Ihnen, Parteigenosse Stahl, an erster Stelle zu danken, der Sie in meiner Stellvertretung die gesamte Arbeit der NSDAP in diesem Raum geführt und mit so grosser Lebendigkeit sich durchgesetzt haben. Ich bin stolz auf Mitarbeiter, wie Sie es sind.

Aber auch allen anderen, ob sie nun ein Haupt- oder Nebenannt in der Partei inne haben, möchte ich ohne jede Ausnahme meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen.

Das letzte Jahr - wir haben es aus den wahrhaft höchst eindrucksvollen Berichten und Zahlen entnommen - zeigte eine geradezu überschäumende Aufstiegskraft der nationalsozialistischen Arbeit im Raum.

Wenn man Ihre gemeinsame Arbeit, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, aus dem Vergleichspunkt des Beginnes des Arbeitens in diesem Raum in so fruchtbaren Entwicklungsgang beobachtet, so muss einen wundernehmen, dass an dieser Arbeit noch irgendjemand Kritik geübt werden kann. Es ist mir klar, dass die Schwierigkeiten, die das Neuartige, das Fremdkonstruierte, das Kriegsbedingte, Problematische dieses Raumes mit sich brachte, von Anfang an auf grösste Verständigungsbereitschaft

15.1.44

angewiesen waren. Es bedurfte eines ungeheuren Impulses, um entsprechend dem Auftrag des Führers diesem Teil des alten Polens, der nicht sofort mit dem Deutschen Reich staatsrechtlich in engste Verbindung kam, irgendwie eine Organisation und eine eigene Lebenswirklichkeit zu vermitteln.

Es war daher auch klar, dass eine Fülle von Misverständnissen von Anfang an, zu beobachten war. Unsere Zentralstellen sind gewohnt, mit den Provinzen des Reiches zu rechnen; sie rechnen mit Gaue und Provinzen. Es fehlt in dem Schema der trügethsgesetzlich weiter geführten Bereiche des Dienstbetriebes zunächst ein Raum für neue Gebilde. Es ist wirklich so, wie das unlängst mein Parteigenosse Reichsführer SS-Himmler in Breslau bei einer Zusammenkunft der gesamten deutschen Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten aus Gross-Deutschland in seiner Eigenschaft als Reichsinnenminister ausgeführt hat, wo er sagte: Es ist höchste Zeit, dass die Heimatinstanzen endlich verstehen lernen, dass es jetzt ein anderes Reich gibt als dieses einheitsstaatlich, zentralistisch zu führende Gebilde, das 1939 vorhanden war. Er wies darauf hin, dass die neuen Gebilde, die zum Reich gekommen sind, eben eine Eigengesetzlichkeit mitbringen, die sie notwendigerweise brauchen, damit sie allmählich durch intensive autonome Selbstbeherrschung und Steigerung der eigenen Leistung auf das Niveau des Reiches gebracht werden können. Er sagte mit Recht, dass gerade das Generalgouvernement ein Vorbild für das ganze Reich ist. Er führte wortwörtlich aus, dass es den Deutschen im Generalgouvernement gelungen sei, mit allen den Schwierigkeiten, von deren ungeheurer Grösse man sich in der Heimat gar keine Vorstellung mache, im Laufe von wenigen Jahren fertig zu werden, wie das in keinem anderen Bereich Grosseuropas

15.1.44

möglich war.

Wenn diese Anerkennung von dem Reichsinnenminister als dem obersten Chef der deutschen Verwaltung vor allen Regierungspräsidenten und manchen Oberpräsidenten des Grossdeutschen Reiches ausgesprochen wird, so kann das für die Aufbauarbeit, die wir geleistet haben, als eine Art Schlusspunkt angesehen werden. Mehr können wir schliesslich nicht erreichen als dieses positive Urteil des obersten Chefs der deutschen Reichsverwaltung.

Wer sich allerdings mit den Problemendieses Raumes nicht aus rein sachlichen Erwähnungen, sondern aus unsachlichen, also persönlichen Argumenten beschäftigt, wird selbstverständlich immer Anlass zum Kritisieren finden. Aber es gibt einen Grundsatz: Wer sich angewöhnt, immer nur das Negative zu suchen und zu sehen, der wird selber negativ. Ihm entgeht dann die grosse strahlende und gläubige Fruchtbarkeit, die eben allein aus der grundsätzlich positiven Einstellung zu Mensch, Zeit und Raum aufsteigen kann.

Für uns, die wir als Nationalsozialisten keine bolschewistische Massennivellierung betreiben und auch nicht eine Entseelung des Individuums als Grundsatz aufrichten, ist es, ich möchte sagen, eine gesinnungsaristokratische Anschauung, dass wir in der Persönlichkeit ein wichtigstes Element der Gemeinschaft erblicken.

Die Kritik, soweit sie persönlich bedingt ist, zählt überhaupt nicht; denn das, was unsachlich gegen uns gesagt worden ist, konnte ja nur die Tendenz haben, entweder unsere Regierungsform oder unsere Arbeit fortgesetzt zu diskriminieren. Sie wissen ja auch, dass dies in überreichem Masse geschehen ist. Ich und alle meine Mitarbeiter mussten in den vergangenen Jahren erleben, dass man vor keinem Mittel zurückschreckte, uns alle und unsere Arbeit zu verunglimpfen, zu verkleinern und

151.44

herabschreiben, wo und wie das nur möglich ist. Es gibt keinen Vorwurf, den man irgendwie erheben kann, der nicht in dieser oder jener Form gegen mich und viele meiner Mitarbeiter im Rahmen unserer Gesamtarbeit erhoben worden wäre. Freilich hat man das eine vergessen, dass nur der getroffen werden kann, der überhaupt ein Objekt für solche niedrigen Unternehmungen darstellt. Wer aber von vornherein aus der Höhe des Führers kommt, ist über solche Versuche erhaben.

Deher kann ich heute auch abschliessend dazu feststellen, dass, seit die Hauptgruppe dieses Widerstandes gegen unseren Aufbau im vorigen Jahre aus dem Lande weggeholt wurde, die negativen Kritiker des Generalgouvernements derart in eine isolierte Defensive zurückgeschlagen wurden, dass heute die Gemeinschaftsleistung von uns allen in diesem Raum bis zur obersten Spitze eindeutig festgelegt ist. Denn was wollte man eigentlich mehr von uns allen hier verlangen als das, was geleistet wurde? Man hat wohlweislich unterlassen, mir ein Beispiel hinstellen, an dem ich hätte lernen können, wie man es besser machen soll. Im Gegenteil, ich stelle fest, dass nach der amtlichen Erklärung, die Staatssekretär Backe am 4. Januar in Anwesenheit des Reichsführers SS Himmler dem Führer persönlich im Hauptquartier abgegeben hat, das Generalgouvernement in der gesamten europäischen Produktion und in der Erfüllung von Ernährungsverpflichtungen des Grossdeutschen Reich gegenüber an Leistungswillen, Leistungskraft und Organisation absolut an der Spitze des gesamten von Deutschland beherrschten Raumes marschiert. Diese Anerkennung, die vom Führer mit grosser Freude entgegengenommen wurde, ist nur ein Teil dessen, was, da die negativen Aktionen gegen uns zerschnettelt sind, immer deutlicher aufsteigen wird. Das Generalgouvernement

vernemmt

15.1.44

hat uns niemand vorgearbeitet, es hat uns auch keiner nachgemacht, und wir sind daher das Unikum geblieben, das wir von Anfang an waren.

Daher darf Sie, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, der ruhige und sachliche Stolz erfüllen, an einer der grössten gemeinsamen Kriegseleistungen von Nationalsozialisten beteiligt zu sein, die in diesem Kriege feststellbar sind. Die wenigen Unbelehrbaren sind schon nicht mehr interessant. Zwischen dem Führer und mich stellt sich niemand; ich brauche beim Führer weder einen Vermittler noch einen Verteidiger; ich stehe mit dem Führer in unmittelbarstem Zusammenhang.

Daher ist es klar, dass die Stärke unserer Stellung nicht aus Neigung oder aus Sympathie oder gar aus dem Gesichtspunkt heraus kommt, dass man seit 1919 bei der Partei ist, also dass ^{das} etwa ein altparteigenössisches Moment wäre, sondern es beruht darauf, dass wir dem Führer, um es auf eine ganz lapidare Formel zu bringen, die wenigsten Sorgen gemacht haben. Der Führer weiss, dass ich meine eigene Meinung habe, er kennt diese Meinung und weiss, welche Anschauung ich persönlich über die Fragen der Rechtssicherheit, des unmittelbaren Richtertums usw. vertritt. Aber er weiss auch, dass ich als sein unbedingtster und unbeirrbarster Gefolgsmann mit ihm durch dick und dünn gehe, dass es für mich ein stolzer Gedanke ist, feststellen zu können, dass ich mich seit 25 Jahren, nämlich seit dem 16. Juni 1919, zu seinen Vertrauten rechnen kann.

Wenn ich angesichts dieser Zusammenhänge nun von meiner Person absehe, die Sie, Parteigenosse Stahl, in einer mich beschämenden Weise so ausserordentlich in den Vordergrund zu rücken die Güte hatten, dann möchte ich aber nun Euch, Parteigenossen und Parteigenossinnen, sagen, dass das kommende Jahr, für das ich Euch nunmehr

15.1.44

die Parole zu geben habe, ohne Zweifel das ernsteste und schwerste Jahr werden wird, das Deutschland je durchgemacht hat. Die Situation ist weltgeschichtlich klar. Wir haben die Möglichkeit, gegen die Sowjetunion und gegen Grossbritannien in unmittelbaren territorialen Wirken zurückschlagen, eine Möglichkeit, die uns gegenüber dem dritten grossen Feind, den wir haben, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, nicht unmittelbar territorial gegeben ist.

Daher wird man sich in diesem Jahre kriegsthematisch sowohl mit der Niederringung der Sowjetunion wie der Vergeltung und, man kann beinahe sagen, auch mit der Herabsetzungsnotwendigkeit gegenüber Grossbritannien beschäftigen. Meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, halten Sie es nicht für einen leeren Spruch und nicht etwa nur für eine dünnkelhafte Kriegsanmassung, wenn ich Ihnen jetzt sage, dass die Lage an der Ostfront gut ist. Seien Sie überzeugt, dass das, was uns in diesen Tagen und Wochen noch ausserordentlich zu belasten scheint, eine in die grosse Planung des Führers fallende Ermöglichung einer denkbar günstigen Ausgangsposition für die dieses Jahr wahrscheinlich krönende grandiose Offensive gegen die Sowjetunion darstellt. Die Sowjetunion wird in diesem Jahr von mehreren Armeen des Deutschen Reiches mit Waffen ohne Ende, mit Munition in wahrhaft gigantischen Mengen, mit Soldaten, die geistig und technisch geschult und ausgerichtet sind, zu Boden geschlagen werden.

Es ist gar kein Zweifel, dass, mit allen Formen von sogenannten Invasionen der alliierten Armeen zusammenhängend, auch eine ungeheure Vergeltung über England herabgeschmettern wird.

Dies sind die beiden Hauptthemen und Hauptaufgaben. Wenn man sie so im allgemeinen kalt und sachlich formuliert, dann ist damit eine Summe von Einsel-

stungen

15.1.44

ausgedrückt, und zwar in der Ausbildung der Soldaten, der Herstellung der Waffen, der Sicherstellung der Transporte, der Ernährung, der Ausrüstung, der Inordnung der Kommandostäbe, der Gliederung in Heeresgruppen, Armeen, Divisionen, der Kombinatorik von Heer und Luftwaffe, darüber hinaus in der Aufstellung von Einzelplänen bis ins letzte, und diese Arbeit, die unter dauernder Leitung des Führers vor sich geht, wird einmal als eine der grössten Feldherrnleistungen aller Zeiten angesehen werden.

Daher haben wir gerade als Nationalsozialisten dieses Rammes eine ungeheure Verpflichtung, und die oberste Parole, die ich für das kommende Jahr Ihnen und über Sie hinaus allen Parteigenossen und Parteigenossinnen hier im Lande auf den Weg gebe, ist die: es muss unbedingt dafür gesorgt werden, dass der absolut blinde Siegglaube und das bis ins tiefste Mark des Wesens verwurzelte Treueglauben zum Führer zum Gemeingut aller Deutschen wird und richtungweisend für ihr Verhalten ist.

Wir wollen uns immer daran erinnern, dass das deutsche Volk im abgelaufenen Jahre in der Heimat eine Probe abgelegt hat, die allein schon dieses Volk auf die gigantische Höhe weltgeschichtlicher Berechtigungen empor geführt hat. Was die deutschen Männer und Frauen in den von den Terrorbombenangriffen niedergewürgten und zerstörten deutschen Städten durchgemacht, gelitten und geleistet haben, ist ebenso unvergänglich, wie die grossartigen Leistungen unserer Partei, die diesen zerbrochenen und zerschmetterten Menschen eine erste und später die Dauerhilfe gegeben hat. Die Partei hat sich damit als ganz grosser Kamerad des deutschen Volkes in allen Schichten ein unvergängliches Verdienst geschaffen, und das wird dazu beitragen, dass das deutsche Volk in alle Zukunft hinein unserer Partei auf Gedeih und Verderb verbunden und ihr mit Liebe und Zuneigung zugetan bleiben wird.

15.1.44

Wenn wir darüber hinaus daran denken, was unsere Soldaten an den verschiedenen Fronten leisten, so muss man sagen, dass auch hier eine Gesamtfunktion unseres Volkes an den Tag und das Licht der Weltgeschichte getreten ist. Erinnern wir uns daran, wie 1918/19 unser grosses stolzes Heer verraten wurde. Und in der knappen Zeit von sechs Jahren, von 1933-1939, ist das nun alles anders geworden. Was an Kriegesgeschehen seit 1939 über uns hinweggebraust ist, vor allem in Gestalt der furchtbaren Rückschläge, die wir im letzten Jahre erlebt haben, das zu ertragen, hat ausschliesslich die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei durch ihre sture, harte und selbstsichere Haltung dem deutschen Volk ermöglicht. Nur, weil das deutsche Volk nationalsozialistisch geführt, erzogen und gehalten wird, ist es geistig und seelisch diesem gewaltigen Ansturm von Sorgen gewachsen. Und damit hat auch die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei ihre weltgeschichtliche Erprobung bestanden. Dass im Jahre 1944 für die Partei im Reich ganz allgemein, wenn sich die Luftangriffe noch steigern sollten, wenn die Not auf vielen Gebieten noch wächst, noch grössere Aufgaben entstehen werden, ist ganz zweifellos.

Für unseren Raum wird dieses Jahr kolossale Sorgen bringen. Wir haben im Zusammenhang mit der Räumung der Ukraine, der Zurückführung der deutschen Truppen und Verwaltungsbehörden, der Institutionen aller Art, der technischen, landwirtschaftlichen, maschinellen und sonstigen Einrichtungen einen solchen Ansturm und Rückstrom von Menschen, Institutionen und Gegenständen zu bewältigen, dass alles bis ins letzte angespannt wird tätig sein müssen, um diesen Kampf mit der Not der Zeit zu bestehen.

15.1.44

Die Partei wird hierbei von mir in weitestem Maße mit herangezogen und werden müssen, vor allem wegen der Volksdeutschen und auch wegen der Betreuung der deutschen Parteigenossen, die aus diesem Raum zurückströmen, wie es bisher schon der Fall war. Aber die Sorgen werden auch auf anderen Gebieten kommen. Im Zusammenhang mit der Rückführung der Truppen finden nicht nur weitere intensive Belegungen der Ostgebiete des Generalgouvernements mit Militärstellen aller Art statt, - ich erinnere daran, dass man von uns auch unausgesetzt Tausende und Abertausende von Betten für Lazarette verlangt. Es werden Divisionen über Divisionen ins Generalgouvernement kommen, die hier untergebracht, gepflegt, gekleidet, ausgerüstet und exerziert werden sollen, die Licht, Heizung, Wasser, Holz benötigen, die unausgesetzt Bedarf nach Raum haben, was wieder, allen anderen vorangehend, unsere eigene kaum mehr vorhandene freie Raumzone restlos über den Haufen wirft und eine Weitschichtigkeit mit sich bringt, aus der allenfalls ernste Gefahren entstehen können. Wir haben jetzt schon Läger, in die wieder das Fleckfieber eingezogen ist. Was also Seuchenherde angeht, werden Gefahren über Gefahren aufsteigen. Dazu kommt noch das Hereinströmen von Hunderttausenden Nichtdeutscher, fremdvölkischer Scharen, die an allen Grenzübergangsstellen der Ostgrenze unseres Generalgouvernements Tag und Nacht mit Sack und Pack, Männer, Frauen, Kinder, Greise, Sieche und Kranke mit ihren Tieren, mit Kühen und Rindern, in ihren Wagen hereinströmen. Es ist in Wahrheit eine überstürzte schreckengepeitschte Völkerwanderung, die unter dem Druck der Kriegsereignisse in unsere Gefilde hereinströmt.

15.1.44

In diesem Augenblick ist es mir noch garnicht möglich, Ihnen auch nur annähernd zu sagen, welche Erscheinungen in Gefolge dieser Ereignisse und Massnahmen bei uns eintreten werden. Aber das ist sicher: der Führer hat entschieden, dass ganz gleich, was auch militärisch, sozial, volkspolitisch oder sonst wie geschieht, die Regierungsform des Generalgouvernements völlig unverändert bleibt, d.h., dass es keinerlei Militärverwaltung oder keinerlei Abgabe von Territorien des Generalgouvernements an andere Verwaltungen oder Bereiche geben wird. Diese Entscheidung des Führers vom Anfang des Jahres ist ein erneuter Beweis für das Vertrauen, das der Führer in uns legt.

Daher ist es notwendig, dass das Generalgouvernement und damit selbstverständlich auch vor allem unsere Parteiorganisation in diesem Jahre in unmittelbareste Berührung mit Frontzusammenhängen kommt. Weiter ist es notwendig, dass aus den rückstrahlenden Ereignissen dieses Jahres unsere Parteiarbeit da und dort konzentriert auf ganz neuartige Aufgaben wird eingestellt werden müssen. Denn so neu der Raum, so eigenartig und eigenwillig die Konstruktion dieses Raumes ist, dass wir, in diesem Jahre die Elastizität bewähren, hinsichtlich all' dessen, was kommt, mit alter Nationalsozialistischer Tatkraft fertig zu werden. Wir tagen in Permanenz; ununterbrochen finden Sitzungen und Besprechungen statt und werden Telefongespräche geführt, Befehlssätze werden organisiert usw. Es gibt hier kein Ausspannen. Aber wir werden diese Aufgabe auch meistern dank der grossen vorbildlich loyalen und kameradschaftlichen Zusammenarbeit aller unserer Regierungsdienststellen, der Polizeidienststellen untereinander und mit den Wehrmachtdienststellen. Mit ihnen allen und mit den Parteistellen wird es auch gelingen, diese totale Arbeit zu bewältigen.

13.1.44

Die Partei ist mir dafür verantwortlich, dass das, was man die Stimmung nennt, in diesem Raum bei den Deutschen gehalten wird. Es ist eine der Haupteigenarten dieses Raumes, dass wir einen, ich möchte sagen, abstrakten Staat darstellen. Denn das eigentliche Volk ist nicht staats-eigen. Wir haben einen Staat von oben her aufgebaut, und das Volk wird von uns in grossen nur als Objekt dieses Staates, nicht als irgendwie in die Führungs- und Planungsaufgaben mit eingeschaltet betrachtet. Umso wichtiger ist es, dass diese Staatsorganisation versucht, unter allen Umständen die Arbeit, den Frieden, die Sicherheit, die Ernährung und auch die Gesundheit der nichtdeutschen Bevölkerung dieses Raumes zu erhalten.

Unausgesetzt ist ein Propagandakrieg gegen das Generalgouvernement im Gange. Was in Presseerzeugnissen, in Flugblättern, in Radiosendungen fortwährend gegen uns gearbeitet wird, zeigt mir allerdings, dass der Weg, den ich beschritten habe, von den Emigranten in Ausland als für sie ausserordentlich bedenklich angesehen wird. Es ist ja auch klar: je befriedeter dieser Raum, je arbeitssamer die Bevölkerung ist, je mehr sich teilweise die Fremdbevölkerung dieses Raumes allmählich auf die deutsche Führung einstellt, desto geringer sind die Chancen unserer Feinde, dieses Land von aussen her in Aufruhr zu bringen. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass dieser Weg, den ich schon 1939 ganz kurz auf die Formel gebracht habe: es kommt nicht auf die Zahl der erschossenen Polen an, um die deutsche Arbeit in diesem Raum als erfolgreich hinstellen zu können, sondern die Zahl auch der Arbeitenden, - richtig war und dass die von mir angewendete Formel von den Weltfeinden des Generalgouvernements mit fürchterbarem Ingrimm aufgenommen wurde, dann liegt er darin!

12
15.1.44

der Ministerpräsident der polnischen Emigrantenregierung in London hat erst vor wenigen Tagen ein grosses Interview gegeben, in welchem er sich mit seinen Plänen beschäftigt und erklärt, dass der Generalgouverneur seit einigen Monaten eine merkwürdige Tendenz zur Befriedung des Raumes durch Versprechungen und Leistungen an das polnische Volk zeige; selbstverständlich seien diese Versuche unsonst. Und er fährt dann fort: Aber - diesen "aber" ist wichtig - festgestellt muss werden, dass eine Abneigung gegen den Bolschewismus in Polen vorhanden ist. In diesem "Aber" liegt die Warnung an die Welt: Vergesst nicht, dass jetzt Leute im Generalgouvernement tätig sind, die schliesslich unter Ausnutzung der antibolschewistischen Neigungen dieses Volkes unsere ganze Emigrantenpolitik über den Haufen werfen könnten.

Sie wissen nun selber, dass diese unsere Arbeit in allen diesen Jahren von Tröpfenaller Art immer wieder als Polenfreundlichkeit hingestellt, dass wir als polophil verdächtigt wurden, dass man ein Gequatsche ohne Ende machte, um alle möglichen Verdächtigungen über diese Dinge auszusprechen. Aber solche Argumente gehören nicht in die Politik - denn die Politik kann es nur mit ernstesten Dingen zu tun haben -, sondern sie gehören in den Kreis persönlicher Auseinandersetzungen. Die Politik fängt bekanntlich erst jenseits der Gewalt an. Gewalt ist bloss das ABC der Staatsführung.

Es ist klar, dass, wenn diese Ergebnisse heute für uns feststehen, also auch für die Partei, wir ganz vorsichtig die Befriedungspolitik dieses Raumes unter allen Umständen werden durchhalten müssen. Niemand ist da, der an die Stelle der arbeitenden Massen dieses Raumes gesetzt werden kann.

[Dass es uns geglückt ist, die Zahl der Morde an Deutschen bis auf wenige zu reduzieren, die bedauerlicherweise von verhetzten Elementen immer noch verübt

15.1.44

wurden, hängt damit zusammen, dass im Ausgleich zu diesen grossen Befriedigungsaktionen ganz kriegsmässig und lapidar zugeschlagen wird, wo ein Mord an einem Deutschen geschieht. (Ich habe durch meine Ermächtigung vom 26. Juni des vergangenen Jahres dafür gesorgt, dass nach der Entscheidung von Standgerichten unmittelbare Exekutionen am Tatort stattfinden für den Fall, dass die Deutschen weiterhin solchen Mordüberfällen zum Opfer fallen. Das hat sehr gewirkt. Ich habe mich nicht geschämt, zu erklären, dass, wenn ein Deutscher erschossen würde, bis zu hundert Polen erschossen würden. Diese Polen sind keine Geiseln, sondern es handelt sich um bereits antilich als Mitglieder der Widerstandsbewegung oder sonstige Feinde unserer Gemeinschaftsarbeit festgestellte Elemente. Die Methode ist Ihnen bekannt: ich lasse die Namen von unserer Sicherheitsbehörde vorher verlautbaren und verkünden, dass, wenn wieder etwas gegen einen Deutschen geschieht, die und die Polen erschossen werden. Das hat sich, wie ich glaube, erfolgreich ausgewirkt. Dank der fachlichen Führung der Polizei im Generalgouvernement, die inzwischen eingetreten ist, ist es auch geglückt, eine grossartige Intensivierung des Polizeiwirkens hier herbeizuführen. Die Erfolge sind geradezu überraschend. Diese Intensivierung der Polizeiarbeit ist also für uns jetzt eine Tatsache, und es zeigt sich, dass die unausgesetzte intensive Tätigkeit der deutschen Männer der Polizei Wunder gewirkt hat. Es ist sehr interessant, dass gerade gestern mir berichtet wurde, dass in Warschau ein grosses Lager von Giftstoffen ausgehoben wurde, die bereits dazu vorbereitet waren, um in grossem Umfange gegen die Deutschen Verwendung zu finden. Die Gefahren sind also enorm, und es ist klar, was ich kurz „die Stimmung der Deutschen dieses Raumes zu halten“ nannte, eine unserer grössten

15.1.44

und höchsten Aufgaben ist.]

Die Stimmung der Deutschen ist überall so wie die Stimmung des Führerkorps. Wenn das Führerkorps von kameradschaftlicher gegenseitiger kriegsbedingter Hilfsbereitschaft, gegenseitiger Loyalität und zusammen geschworener einheitlicher Grundhaltung, dann wird auch das Volk von diesem Gedanken erfüllt sein. Wenn aber ein Führerkorps anfängt, sich untereinander in die Haare zu geraten, wenn da und dort der persönliche Kampf in den Vordergrund tritt, wenn sich einer gegen den anderen stellt, zum Teufel, wie soll da die Stimmung des Volkes gut sein! Der Luxus der persönlichen Intrigen ist heute Landesverrat, und der heimtückische Kampf aus persönlichen Motiven ist Sabotage.

Man soll sich nicht darüber streiten können, ob man Hoheitsträger ist oder nicht. Die Hoheit des Reiches trägt jeder in sich, der bereit ist, für dieses Reich zu sterben. Jeder Grenadier an der Front ist Hoheitsträger. Im Übrigen aber ist der Hoheitsträger vor allem Sorgeträger und Verantwortungsträger. Da ist es ganz gleichgültig, wie er eingestuft, einbeamtet und durch irgendein bürokratisches Schema beschäftigt und deklariert ist. Daher ist es absolut notwendig, dass wir mit diesem Luxus des persönlichen Strebens und Geizens aufhören. Es ist hohe Zeit.

Ich selber weiss, was ich will. Ich bin mir über den Weg, den ich hier gehe, klar. Ich betone wiederholt, dass ich den Weg solange gehen werde, bis der Führer mich von hier abberuft. Jemand anderes kann sich hier mit Fug nicht einmengen. Es ist auch klar, dass ich diese historische Verantwortung der Repräsentanz des deutschen Reiches Adolf Hitlers gegenüber dem Raum, den wir zu betreuen haben, voll inhaltlich ausfülle.

15.1.44

Daher wird die Stimmung dieses Raumes von Ihnen, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, in diesem Jahre mit ganz besonderem Nachdruck aus diesen Gesichtspunkten heraus zu pflegen sein. Ich bestehe darauf, dass gerade auch die Mitglieder des obersten Führergremiums unseres Arbeitsbereichs unausgesetzt den persönlichsten Kontakt mit den Schichten des Volkes gerade der Deutschen in diesem Raum haben. Es kommt nicht darauf an, ob man hier Parteibeamter ist. Ich brauche hier Verantwortungskämpfer. Parteibeamte sind notwendig und unerlässlich, und gegen ihr Wirken sei nichts gesagt, im Gegenteil, es kann immer nur mit Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, wie wichtig es ist, dass wir auch die organisatorische Ordnung, Sauberkeit und gewissenhafte Finanzgebarung ebenso wie die Autorität unserer Parteigerichte stützen und halten. Aber ebenso wichtig ist es, dass man sich nicht einkapselt und glaubt, dass das, was man in seinem Winkel tut, entscheidend wäre für das, was in Raum der Welt vor sich geht.

Und daher sind wir gekommen, die alten Parteiburschen. Man hat uns nicht ernannt, sondern der Führer hat uns gerufen, und unser Gewissen hat uns zum Führer geholt. Wir haben nicht an Gehaltsklassen und ähnliche Dinge gedacht, sondern daran, wie das deutsche Volk in die Höhe zu bringen ist. Die Partei muss ein glühender Block dieser unabhängigen Kämpfer-Individualität sein und bleiben, oder sie wird nicht mehr sein.

Das ist es, was die Stimmung ausmacht: dem Volke in die Augen sehen können, vor ihm bestehen können, das Herz des Volkes mit der Liebe zum Führer erfüllen und den Geist des Volkes aufrütteln aus den niederdrückenden Erlebnissen dieser schwersten Zeit unserer Nation.

15.1.44

Die Stimmung ist daher Euch anvertraut. Geht ins Land, redet, spricht zum Volke, macht Euch zum Sorgenträger der Nation, und dann seid Ihr an sich sowieso Hobeitsträger. Ich selber bin auch nur ein einfacher Parteigenosse, der den Sonderauftrag hat, Führer des Arbeitereiches zu sein. Infolgedessen kann ich als einfacher Parteigenosse auch so sprechen.

Es ist also klar, dass man, um diese Stimmung des Volkes klarzulegen, etwas in sich tragen muss. Es genügt nicht, dass man bloss mit der Zunge Bewegungen macht und diese dann als Worte den Mund verlassen, sondern es muss der innere Einklang gegeben sein. Man muss spüren, dass etwas Ernstes, Hohes, Heiliges vor sich geht. Das ist uns wichtiger, als wir ja als die Vertreter des deutschen Volkes in diesem Raum hier eine einmalige Aufgabe haben. Ein lächerliches kleines Prozentchen sind wir alle miteinander, und Millionen-Massen sind praktisch gegen uns. Wer will da noch von Polizei reden? Die paar Männer, die man uns noch gelassen hat, werden Tag um Tag reduziert. Polizeikräfte müssen wir schon wieder abgeben, damit sie in dringendsten kriegerischen Zusammenhängen Verwendung finden. Das ist alles nicht so einfach. Wenn Sie z.B. daran denken, dass etwa bei der landwirtschaftlichen Verwaltung auf einen Deutschen 150 Polen kommen, so können Sie sich vorstellen, wie dieser isolierte Landwirtschaftsvertreter & unserer Regierung gegenüber in Lande seinen Kontakt aufrecht erhalten muss.

Von Gewalt reden, Gewalt predigen, den grossen Mari spielen mit Niedertrampeln des feindlichen Volkstums und all' solches Gequatsche ist leicht. Aber wir haben hier die Energie von 15 Millionen Menschen zu sichern. Dass sie für Deutschland arbeiten, Munition herstellen, Hüfe fahren, Wasser und Licht produzieren, dass sie ins Reich zur Arbeit gehen, dass die Maschinen hier laufen, das kann ich nicht mit Gewaltsprüchen und auch nicht mit

15.1.44

Gewalt allein erreichen. Denken Sie nur daran, was in Generalgouvernement zu allem Übrigen, was wir für die Ernährung der Bevölkerung aufbringen, noch geleistet wird. Es ist doch gewiss sehr beachtlich, dass es unsere landwirtschaftliche Verwaltung möglich macht, dass wir als einziges Gebiet von ganz Europa unsere Getreideverpflichtung gegenüber dem Reich mit 480 000 t bereits im Dezember erfüllt hatten. Wenn Sie weiter bedenken, dass zusätzlich für 1,5 Milliarden oder 750 Mill. RM Erntungswerte im Lande mit unseren Mitteln erzeugt werden, so ist das, wenn Sie den Ausgangspunkt von 1939 mit 0,5 Milliarden RM. ansetzen, doch eine ungeheure Aufgabe. Wir wollen uns da immer auch die Techniker in gewissem Sinne ein Vorbild sein lassen. Es war gerade die technische Seite der Führung in diesem Raum, die mir von Anfang an beistand und die sagte: es kommt darauf an, dass die Räder rollen und nicht die Köpfe. Was dann vor sich geht, wenn wir den Krieg gewonnen haben, - mein Gott, ich weiss nicht, was der Führer über diesen Raum beschliessen wird. Ich hoffe sehr, dass er dann endlich die drei Reichsgaue macht, von denen so viel die Rede war, dass dann endlich die Möglichkeit besteht, die Dinge so einzurichten, wie es den allgemeinen Gegebenheiten entsprechen wird. Jedenfalls können wir aber sagen: mit dem Wenigen, was uns Deutschland mit auf den Weg gab, haben wir dem deutschen Volke Milliarden-Werte sichergestellt.

Freilich muss zu dieser Stimmung der ewige Appell an die Härte kommen. Die Härte ist ein Kennzeichen für die Haltung in Gefahren. Ein leuchtendes Vorbild sehen wir in unserem Führer, der die grösste Sorgenlast in diesem Jahre getragen hat. Die Geschichte wird einmal diesen Abschnitt des Weltgeschehens nur mit dem Namen Adolf Hitler bezeichnen können, so, wie die Epoche Napoleons dessen Namen trägt. Es ist so einmalig,

13.1.44

was Adolf Hitler in diesem Jahr für sein deutsches Volk um Sorgen auf sich genommen hat, das ich nicht weiss, was man mehr bewundern muss: die Fähigkeit, in Ruhe dieses Hereinströmen von Sorgen zu bewältigen, oder die Tatsache, dass neben dieser Fähigkeit die Kraft wirksam geblieben ist, mit diesen Sorgen unausgesetzt fertig zu werden und positiv weiter zu führen.

Der Führer ist daher wirklich befugt, sich einen harten Menschen zu nennen, er ist uns in dieser Härte ein Vorbild. Es gibt noch ein anderes Beispiel in der Geschichte, das wir auch mit Recht zitieren können, Friedrich den Grossen, der im siebenjährigen Krieg eine Härte gezeigt hat, die geradezu ungeheuerlich und sinnlos ist im Ertragen von Strapazen, von Kriegsmühsal usw. Dieses Vorbild müssen wir in unseren Kundgebungen in menschlich packender Weise auch unseren Volksgenossen immer wieder nahe bringen.

Man darf nun aber Härte nicht mit Brutalität verwechseln. Es gibt ungeheuer harte Menschen wie etwa Friedrich den Grossen, die Flöte spielen, wenn sie Ruhe haben. Ein zweites Vorbild ist der Führer. Er hat mir einmal erzählt: wenn er eine Stunde frei hat, dann setzt er sich vor sein Radio und lässt sich auf dem Plattenspieler die von ihm besonders geliebte 7. Symphonie von Bruckner ertönen.

Das soll heissen, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, dass wir nicht Härte und Härtherzigkeit, Härte und Brutalität und - sagen wir - Härte und ausgeprägte Biceps-Haltung mit einander verwechseln sollen. Nicht jeder, der schmetternd redet, hart auf den Tisch haut, sich eckig und ungesogen benimmt, ist deshalb schon ein harter Mann. Harte Haltung ist also durchaus vereinbar mit kultiviertem Benehmen. Das ist sehr entscheidend und wichtig. Man soll sich nicht immer einen Idealtyp von - wie soll man sagen - brutalem Wüterich vor Augen halten, wenn man von hartem Typ redet.

15.1.44

Wenn ich einen 100/PS-Motor hart behandle, weil man mir sagt, er sei sehr stark, wenn ich mit dem Hammer darauf hane, dann wird die Stärke dieses Motors eines Tages in nichts zerfliessen. Je stärker ein Motor ist, mit desto zarterem Werkzeug muss er behandelt werden. Beachten Sie das auch für die Behandlung des starken Motors, der als Kampfscharakter in dem Menschen vorhanden ist.

Es gibt eine Anfeuerung zu Höchstleistungen, die oft aus einem Liede Schuberts oder aus der Betrachtung eines Bildes oder der Lektüre eines Buches aufsteigen kann.

Es ist klar, dass damit die psychologische Behandlung des grossen Faktors Härte auch in Ihren Verhandlungen Beachtung finden muss. Man merkt sofort als alter Versammlungsmann, was da vor sich geht. Das hat man schon im Gefühl: jetzt komme ich in den Raum, da sitzen die Leute herum, und da ist so irgendein Flüstern, und dann weiss ich sofort, wie sich das entwickelt, und dann beginne ich zu reden.

Wir müssen uns aufs intensivste mit dem Volk in Verbindung bringen und diese Kunst der Rede pflegen. In diesem Jahre 1944 brauche ich Kundgebungen, Versammlungen, Zusammenkünfte im kleinsten Rahmen noch und noch. Ich kann Euch nur bitten: Gehe jeder von Euch hinaus. Am liebsten würde ich es haben, dass sich keiner ausschliesst, ganz gleich, welche Funktion er hat. Ihr müsst mit dem Volk reden, das Volk auch glücklich, seine Sorgen weiter tragen.

12.1.44

Wir müssen bei dieser Stimmung und dieser Härte auch betonen, dass es eine Nervosität gibt. Es ist kein Wunder, wenn Menschen, die über Nacht durch Schrecken einer Lebensveränderung gegangen sind, in ihren Nerven schwächer werden. Es ist kein Wunder, dass in 1933 die Nervenkraft da und dort nachlässt. Es muss nun Ihre eigenste Verpflichtung sein, selber mit dafür zu sorgen, dass, wenn alle Nerven brechen, die Nerven der Partei unzerstörbar gesund sind. Die Pflege Ihrer Gesundheit ist daher nicht Luxus, wie bei Privatpflicht. Die Pflege Ihrer Nerven ist Ihnen aufgegeben wie die Pflege eines geistigen Instrumentes, von dem Sie Gebrauch machen müssen in diesen schweren Zeiten. In dieser Nervenpflege, dass man vernünftig lebt, dass man bei sich selbst immer wieder die grosse Glaubenskraft aufbringt, dass man diese Formen von Nervenschwäche überwindet, die eines das Schicksal auferlegt. Das Leben geht immer weiter, daher nehmt Euch das immer vor und denkt daran: alle Kriege, mögen sie noch so gewaltig sein, nehmen ein Ende, auch dieser Krieg. Wesentlich ist nur, dass er siegreich für uns zu Ende geht. Wenn schon der Witz entstanden ist, dass der dreissigjährige Krieg offenbar der einzige Blitzkrieg in der Weltgeschichte ist, so ist doch sicher, dass, solange dieser Krieg noch dauert, die Nervenkraft für die massgeblichen Männer und Frauen der deutschen Volksführung der NSDAP erhalten bleiben muss. Nehmen Sie sich auch hier ein Beispiel am Führer. Er führt sein asketisches Leben, um sich seine Körper- und Geisteskräfte im Dienste des Volkes zu bewahren. Man kann auf vieles verzichten, wenn es in dem hohen Rahmen betrachtet wird: nützt es meiner Gesundheit, und tut es ich damit meinem Werk?

Wir sind hier nicht mehr viele. Wir müssen auch in diesem Jahr wieder eine Fülle von Männern zur Wehrmacht abgeben. Wichtigste Mitarbeiter werden uns voraussichtlich in diesem Jahre wieder verlassen, an deren Stelle immer neuen werden, die wir nicht kennen. Sie werden sich ein-

13.1.44

schonsten Menschen; aber jedenfalls sinkt die Frische geistliche Spannkraft im Kriege selbstverständlich immer tiefer. Es ist daher nicht nur so hingeredet, wenn man sagt: pflegen wir unsere Nerven. Es gibt nichts im Leben, was einen erschüttern soll; man muss alles mit der Beharrlichkeit eines inneren Glaubensfestigkeit tragen. Dass wir in dieser Zeit hineingestellt worden sind, um das Beste für unser Volk zu ermöglichen, - eine höhere Funktion gibt es in der Welt nicht.

Dem Volke gegenüber wirkt auch das Vorbild. Wenn z.B. ein nervöse mit Blättern spielender Mann in einer Versammlung spricht, der sich dauernd verhaspelt, den Satz verliert und stottert, dann macht das einen furchtbaren Eindruck. Das Volk richtet sich nun einmal danach aus, es fragt sich: wie sieht der Mann aus, wie lebt er, was macht er, wie spricht er? Daher können Sie es auch wohl verstehen, wenn ich selber unter Überwindung vieler Hemmungen ab und zu in eine Operette gehe, weil ich weiss, das erzählt man sich ja doch, und dann wird es heissen: wenn der in eine Operette geht, dann wird es nicht so schlimm sein. Auf alle diese Dinge müssen Sie sich einstellen. Auch der persönliche Kontakt muss immer besser werden. Der Feind kümmert sich nicht darum, wer die braune oder eine andere Uniform trägt. Er wird uns alle umbringen. Und es ist gar kein Zweifel, dass er es Ernst meint, wenn er von Kriegsverbrechern spricht. Wir haben Beweise zur Verfügung, dass ich selber als Kriegsverbrecher die Nummer 1 in der Kartei trage. Es ist klar, dass die eine oder andere Zahl auch auf Euch abgewälzt werden kann. Somit müssen wir diese Form der Gemeinschaft aufrecht erhalten, in dem Bewusstsein, dass wir hier etwas für das Deutsche Reich Adolf Hitlers gegen die ganze Welt unternehmen und deshalb an der Weltfront des Deutschtums stehen.

Damit hat aber die Partei auch hier diesen grossen beschwingenden Zug. Sie hat eine grosse Aufgabe, die weit über die Wohlfahrts- und Fürsorgeorganisation ins weltpolitische hinausgeht. Die Partei strahlt ihr Leben aus, weil

15.1.44

sie Leben in sich trägt. Die Partei ist ja auch Eigentum des ganzen deutschen Volkes und nicht das Privateigentum irgendwelcher Einrichtungen oder Institutionen. Die Partei ist über jeden Verdacht erhaben, sich irgendeinem Gruppengesetz zu eigen zu geben; sie gehört uns allen. Es gibt keinen, der mehr berechtigt wäre, im Namen der Partei zu sprechen, als wir. Tragt diesen Stolz in Euch! Und wenn diese Haltung zu stolz ist, der soll es mir ruhig sagen, er sei in Gnaden entlassen. Ich kann hier nur Persönlichkeiten brauchen, nur Menschen, die diese neue Aufgabe verstehen und die wissen, dass wir gerade jetzt, da die Ostfront auf uns zukommt, eine historische Mission zu erfüllen haben.

Freilich haben wir es kennen gelernt, dass jemand auch mit Leistungen enttäuschen kann; aber das darf uns hier nicht beirren. Über jede Leistung von Ihnen freue ich mich persönlich; ich möchte mich jedem Einzelnen von Ihnen verbunden wissen. Zur Bereinigung aller Zweifel kann ich sagen, dass ich hier in diesem Saal niemanden sehe, dem ich persönlich irgendwie fremder wäre, sondern ich bin einem jeden von Ihnen ohne Ausnahme verbunden und vertraut. Denn ich kenne das Werden eines jeden Einzelnen. Ich kann auf mein eigenes Leben hinweisen, um Ihnen dieses Erkennen zu übermitteln, dass das Leben des Einzelnen und sein Kampf durch unendlich viele Klippen und Härten führt, dass jeder immer wieder hin und her geschüttelt wird. Im Glauben und im Wissen, im Persönlichen und Sachlichen haben wir alle eine Mühsal in unserem Leben zu bestehen. Es ist die Kunst der Führung, dass man sich mit allen menschlichen Formen des Wirkens vertraut wissen muss. Ich hasse die Einförmigkeit, denn sie ist der Tod deutschen Lebens. Ich verabscheue jeden Versuch der Gleichförmigkeit. Entscheidend ist die Gleichrichtung, die in mittlerer Form vor sich geht. Wenn wir als Idealziel aufstellen würden, dass

15.1.44

alle Deutschen gleich aussehen, gleich uniformiert und gleich gesinnt sind, - um Gottes Willen, wie entsetzlich langweilig würde das deutsche Leben werden! Weil jeder Deutsche für sich ein Gebirge ist, das den Sturm besteht, deshalb sind wir Deutsche das Element, das sich gegen die ganze Welt von Juden, Plutokraten und Schweinehunden auflehnt. Die wissen schon, warum sie das deutsche Volk zerstören wollen. Aus unserer Kraft kommen ja die dämonisch Einmaligen. Wir sind nie ein Massenvolk gewesen, wir sind immer ein Volk von Persönlichkeiten.

Für uns in diesem Raum ist ja die Partei die geistig-seelische Lebenszentrale. Was haben wir denn sonst in diesem Raum als diese deutsche Bewegung, die wir hier eingeführt haben, in der wir zusammen kommen und die mit dem Volke Kontakt hält. Die paar Deutschen im Lande wären isoliert und geistig allen Gefahren ausgesetzt, wenn sie die Partei nicht immer wieder aufrichten würde. Wenn etwas für den Erfolg unserer Arbeit hier beachtlich ist, dann sind es die grossartigen Zahlen, die Parteigenosse Stahl bekannt-gegeben hat und die den Beweis für den einmaligen Erfolg der Arbeit hier im Raume erbringen, darüber hinaus aber die Tatsache, dass sich die Wehrmacht zu unseren Schulungen begibt. Wo gibt es das noch im Reich? Das ist doch ein Zeichen dafür, dass wir hier etwas zu sagen haben und die Konkurrenz mit irgendjemandem nicht zu scheuen brauchen. Soll Jeder, der gegen uns ist, es wagen, neben uns sein Programm für diesen Raum aufzustellen! Ich weiss, dass der Führer im innersten mit uns einig ist. Es wird eben altmodisch, gegen das Generalgouvernement zu sein, es wird lächerlich anachronistisch, und es ist höchste Zeit, dass hier die Kurse umgestellt werden. Wir lachen ja darüber. Wer gegen uns ist, will nicht für uns sein, und das ist in dieser Zeit

15.1.44

etwas Unmögliches.

Das ewige heilige Deutschland hat uns auf einen einsamen Platz gestellt. Wir führen hier im Namen des Führers und seiner Bewegung ein völlig eigenes schicksalhaftestes Kampfschiff in den Ozean der Weltgeschichte. Ich rufe Sie nun auf zum Jahre des grossen Mutes. Das deutsche Volk braucht diesen grossen Mut. Wenn man Gross-Deutschland in die Ewigkeit hinein bauen will, dann braucht man vor allem grosse deutsche Menschen, grosses weitgespanntes ideales Denken, das Bewusstsein, dass der Herrgott uns diese gewaltige Prüfungsschicksal, damit wir in ihnen noch grösser und stärker werden. Wer immer einmal im Namen des Führers hier in diesem Raum sprechen wird, wer immer das hier zu übernehmen hat, - ich wünsche ihm, dass er ein solches Korps von Mitarbeitern hat, wie ich es in diesem Augenblick um mich versammelt sehe. Ihr habt Euch tapfer geschlagen, Ihr habt Euch als brave Männer bewährt. Im Namen des Führers danke ich Euch. Gewiss liegt eine Gefahr darin, dass die Mühe des Tages oft den Geist zu überwinden vermögen, dass unter den Alltagsorgen und den im Alltag gehämmerten Schwierigkeiten grosse ideale Zusammenhänge verloren gehen können. Da ist es wichtig, dass die Partei die Ewigkeitskunderin bleibt und nicht selbst im Tage untergeht. Da ist es wichtig, dass wir predigen. Ich glaube, wir haben die bolschewistischen Kommissare der russischen Wehrmacht zu sehr verachtet. Es wäre vielleicht ein Gewaltiges gewesen, wenn eine jede Kompanie des deutschen Heeres einen fanatischen Nationalsozialisten an der Front gehabt hätte, der auch als Repräsentant der Härte und des Schicksalsbewusstseins der Ewigkeit die Schwäche überwunden hätte. Was wir durch unser Wirken an den Generälen noch werden leisten können, das zu tun, wollen wir uns feierlich versprechen. Ich freue mich sehr über unsere Schulung. Sie sehen also, dass wir Nationalsozialisten doch niemals von dieser geistigen Grundhaltung zurückzubringen sind.

13.1.44

Dieses Jahr des grossen Mutes bedeutet daher für uns eine gewaltige Stärke. Wenn die anderen glauben, Deutschland würde trotzdem bezwungen werden können, wenn sie uns mit bedingungsloser Kapitulation bedrohen, so kann man sagen: mit Euch kann man darüber später nicht reden, nicht einmal darüber verhandeln, weil Ihr nicht mehr da sein werdet.

Und so muss denn aus Euch, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, diese Energie flammen. Ich muss sehen, dass Ihr von der Auffassung dieser Zeit durchdrungen seid und Euch noch mehr als bisher in diesen grossen geistigen Kämpfen als Persönlichkeit bewährt. Es ist die grosse Bewährungsprobe, und dieses Jahr des grossen Mutes wird gerade in der Partei des Generalgouvernements die Höchstform finden.

(Meine Autorität in diesem Raum ist die Autorität des Führers.) Keiner kann gegen mich sein, ohne zugleich zu bekennen, dass er damit gegen den Führer ist. Das ist alles, was ich zu dem zu sagen haben, was Parteigenosse Stahl vorherhin angedeutet hat. Ich wünsche, dass mit der heutigen Sitzung auch die in der Vergangenheit liegenden persönlichen Reibungen und Auseinandersetzungen restlos ihr Ende finden. Ich werde mich in keiner Weise weder direkt noch indirekt in diese Auseinandersetzungen einmischen. Ich verlange von Euch, dass Ihr Euch restlos miteinander versteht. Soll der Eine dahin neigen, der Andere dorthin; soll der Eine sagen: meine Neigung gehört der Dienststelle des Reiches, - der Andere: das ist mir ganz gleichgültig. Wenn er sich hier nur als treuer Nationalsozialist bewährt, dann bin ich zufrieden. Wir sind ja nicht vom Reich gelöst, sondern wir gehören mit ins Reich hinein. Unsere Selbstständigkeit ist uns ja nicht zu unserer Freude gegeben, sondern um der Notwendigkeit willen, diesen Raum eigengesetzlich zu führen.

15.1.44

Es wird vielleicht zweckmässig sein, wenn Ihr alle Besucher aus dem Reich künftighin nicht nur in Krakau empfängt, sondern sie in die kleinen Orte des Landes hinaus schickt, damit sie sehen, was dieser Raum bedeutet. Denn wenn diese Besucher hier in Krakau von Deutschen zu Deutschen gehen und sehen, dass es hier teilweise genau so geübt wird wie im Reich, so führt das ja zu der Auffassung, dass wir hier schon ein deutsches Land sind. Es schadet gar nichts, wenn sie sich wirklich mit den Dingen dieses Raumes in Verbindung setzen.

Ich glaube, dass wir in diesem Jahr des grossen Mutes auch dem Reich wieder grosse Dienste werden leisten können. Ich kann Euch nur Sorgen versprechen. Viel Freude werden wir erst dann in diesem Jahre haben, wenn der Sieg unserer Waffen und unserer Vergeltung errungen sein wird. Der Schmerz über die Opfer, die unwiederbringlich dahin sind, wird bleiben, aber mit diesem Schmerz verbindet sich der grosse Glaube an die Zukunft, der uns trägt.

Das Jahr des grossen Mutes wird uns Deutsche des Generalgouvernements bereit finden. Bleibt gute Kameraden unter einander, denkt immer daran, dass wir alle auf einander angewiesen sind. Ihnen, Parteigenosse Stahl, darf ich nochmals sagen, dass Sie mein volles Vertrauen haben, und dieses Vertrauen erstreckt sich auf alle Ihre Mitarbeiter.

Mit dem von Hauptabschnittsleiter Stahl ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer findet die Tagung ihren Abschluss.

13³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

Samstag, den 15.1.44

18³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum
Staatstheater.

Erstaufführung der Strauss'schen Operette
"Die Fledermaus"

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
auf der Burg.)

Samstag, den 16. Januar 1944

9³⁰ Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs
an einer Morgenfeier im Staatstheater.

13⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach
Kressendorf.

18³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die
Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
auf der Burg).

Montag, den 17. Januar 1944

12⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs
nach Kressendorf.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs
von Kressendorf nach Trzebinia und von da aus
ins Reich.

HAK 2400-22144

N i e d e r s c h r i f t

Über die Aussprache zwischen dem Generalgouverneur
Dr. Frank und Reichsleiter Bormann im Führerbau zu
München am 18. Januar 1944 11 Uhr vormittags.

Generalgouverneur Dr. Frank gab einleitend einen kurzen Überblick über die im Vordergrund seiner Sorgen stehenden augenblicklichen Verhältnisse und Gefahren. Er wies insbesondere auf die Schwierigkeiten hin, die der deutschen Kriegführung mit der Rücknahme der Front in allgemein politischer und psychologischer Beziehung erwachsen und die für das Generalgouvernement geradezu bedrohlich würden. Reichsleiter Bormann gab angesichts dieser Besorgnisse seiner zuversichtlichen Überzeugung Ausdruck, daß die Front noch vor dem Generalgouvernement zum Stehen gebracht werde.

Generalgouverneur Dr. Frank ging dann auf das persönliche Verhältnis zwischen Reichsleiter Bormann und ihm ein. Er brachte unumwunden zum Ausdruck, daß allgemein die Meinung herrsche, Reichsleiter Bormann sei ein Feind des Generalgouverneurs. Reichsleiter Bormann erklärte hierzu, daß davon keine Rede sein könne. Er wäre glücklich, wenn das persönliche Verhältnis zwischen dem Generalgouverneur und ihm so gut wie nur möglich und wenn die politische Zusammenarbeit zwischen ihnen beiden restlos gesichert wäre. In einem Augenblick wirklich herzlicher Kameradschaft gaben sich Reichsleiter Bormann und Generalgouverneur Dr. Frank die Hand und schlossen damit symbolisch die ganze bisherige, manchmal Fehldeutungen ausgesetzt gewesene Entwicklung ab.

Bezüglich der Organisation der NSDAP im Generalgouvernement erklärte der Generalgouverneur Dr. Frank, daß er angesichts des Führermangels unbedingt solange als nur irgend möglich an der Personalunion zwischen dem Generalgouverneur und dem Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP festhalten müsse. Es sei mit seinem Festige völlig unvereinbar, daß er die Leitung des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP abgebe. Reichsleiter Bormann erklärte, daß er nicht daran denke, die Leitung des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP von der Person des Generalgouverneurs zu lösen. Dies sei im Augenblick gar nicht möglich, sei von ihm aber auch gar nicht beabsichtigt.

Hinsichtlich des stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP erklärte Generalgouverneur Dr. Frank, daß er nach wie vor schon aus alter parteigenössischer Treue und Verbundenheit an der Person des Dienstleiters Schalk festhalte. Er habe dementsprechend dem Pg. Stahl von Anfang an nur mit der Führung der Geschäfte des stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereichs betraut. Dem Pg. Thießler -dem Bruder des Oberbürgermeisters von Kattowitz- bringe er erwartungsvolles Vertrauen entgegen. Sollte Pg. Thießler als Nachfolger für den gemäß Führerbefehl zur Wehrmacht einrückenden Pg. Stahl eingesetzt werden, so könnte er, solange der Pg. Schalk bei der Wehrmacht und nicht von seiner Stellvertretungsfunktion unter gleichzeitiger Berufung auf ein anderes ehrenvolles Amt der Bewegung unter besten Bedingungen entbunden sei, nur als "der mit der Führung der Geschäfte des stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereichs Beauftragte" tätig werden. Pg. Thießler würde also als Nachfolger des Pg. Stahl, sofern dieser zur Wehrmacht einrücke, "Stellvertretender Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP, mit der Führung der Geschäfte beauftragt".

Reichsleiter Bormann verschloß sich diesen Argumenten keineswegs und sagte, er wünsche, daß diese persönlichen, die Pgg. Schalk und Stahl betreffenden Fragen in ehrenvoller Weise gelöst werden sollten.

Hinsichtlich der Distriktsstandortführung im Generalgouvernement vertrat Generalgouverneur Dr. Frank den Standpunkt, daß alle 5 Distriktsstandortführer einheitlich in gleicher Position stünden und daher -unbeschadet endgültiger Regelung- auch in gleicher Weise zu behandeln seien. Dies sah Reichsleiter Bormann ein.

Reichsleiter Bormann und Generalgouverneur Dr. Frank waren darüber einig, daß der Pg. Seyffert tunlichst bald absuberufen sei.

Zum Schluß dieses persönlichen Teiles der Aussprache gab Reichsleiter Bormann die Zusicherung ab, daß er volles Verständnis für die Schwierigkeiten des Generalgouverneurs habe und daß er sich dem Generalgouverneur in jeder Weise -auch außerhalb des Parteisektors- zu Aussprachen wie zu Hilfestellung dienstlicher Art zur Verfügung halte.

Im Anschluß an diesen durchaus harmonisch und herzlich verlaufenen Teil der Aussprache wurden die Pgg. Dr. Friedrichs, Stahl, Thießler, Kobusch und Walkenhorst hersingerufen. Generalgouverneur Dr. Frank

wiederholte in großen Zügen unter Bestätigung durch Reichsleiter Bormann das Wesentliche der getroffenen Vereinbarungen. Es wurde abgemacht, daß zur weiteren Besprechung der hiernach notwendigen Einzelheiten die Pgg.Dr.Friedrichs und Thießler am 27.Januar 1944 nach Krakau kommen sollten, um an Ort und Stelle die weiteren Schritte vorzubereiten.

Im Anschluß hieran empfingen Reichsleiter Bormann und Generalgouverneur Dr.Frank den Staatssekretär Dr.Klopfer und den Ministerialrat Dr.Weß. Es wurden Fragen der Gesetzgebung wie der Personalien der Beamten des Generalgouvernements besprochen. Bezüglich der Gesetzgebung betonte Staatssekretär Dr.Klopfer ausdrücklich, daß die jetzige Methode durchaus reibungslos und zufriedenstellend ablaufe und sich bewährt habe. Es sei nicht übertriebener Ehrgeiz, wenn sich die Partei-Kanzlei für die Vorlagen des Generalgouvernements interessiere, es komme nur darauf an, die in anderen besetzten Gebieten gesammelten Erfahrungen weitgehend und nutzbringend anzuwenden. Einzelheiten werde Staatssekretär Dr.Klopfer nachmittags noch mit Ministerialrat Dr.Weß besprechen. Reichsleiter Bormann merkte noch, daß es keineswegs seinem Wunsche entspreche, wenn Verordnungsentwürfe des Generalgouvernements anderen Reichsinstanzen zugeleitet würden. In den ganz vereinzelt Fällen, in denen dies etwa geschehen sei, hätte ein Versehen eines Sachbearbeiters der Parteikanzlei vorgelegen; es sei Vorsorge getroffen, daß sich Derartiges nicht wiederholen werde.

Bezüglich der Personalien der Beamten des Generalgouvernements erklärte Reichsleiter Bormann, er könne sich nicht entsinnen, daß die Parteikanzlei die Behandlung von Ernennungs- oder Beförderungsvorschlägen verzögert habe. Was den Fall des Herrn Staatssekretärs Bühler anlange, so habe er bereits vor langer Zeit dem Reichsminister Dr.Lammere seine Zustimmung gegeben.

Generalgouverneur Dr.Frank regte an, daß auch Herr Staatssekretär Dr.Klopfer demnächst ins Generalgouvernement kommen solle, um an Ort und Stelle insbesondere mit Staatssekretär Dr.Bühler einen Meinungsaustausch zu pflegen. Reichsleiter Bormann genehmigte diese Reise, die etwa für den Monat März geplant ist, bereitwillig.

Im Anschluß hieran waren Reichsleiter Bormann und Generalgouverneur Dr.Frank noch einige Zeit unter vier Augen zusammen. Das Ergebnis der Besprechung zusammenfassend, dankte Generalgouverneur Dr.Frank

dem Reichsleiter Bormann für die freundliche und herrliche Art der Aussprache und gab der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr für alle Zukunft, die ja in diesem Jahr so schwer über Deutschland lagere, die ehrliche Zusammenarbeit zwischen ihnen beiden und ihren Dienststellen festgestellt sei. Reichsleiter Bormann sagte, der Dank sei ganz auf seiner Seite, ihm käme es vor allem darauf an, daß die Parteiarbeit so intensiv wie möglich weitergeführt werde und er nähme an, daß das heute Besprochene sehr nützlich sein werde. Er wolle von sich aus allen erreichbaren Persönlichkeiten mitteilen, daß zwischen Generalgouverneur Dr. Frank und ihm volles Übereinkommen herrsche. Ferner wurde besprochen, daß Generalgouverneur Dr. Frank vor der gesamten Führerschaft der NSDAP einen aufklärenden Vortrag über das Generalgouvernement in Anwesenheit des Reichsleiters Bormann halten solle. Im Übrigen wiederholte Reichsleiter Bormann nochmals seine Zusicherung, daß er auch außerhalb der eigentlichen parteipolitischen Fragen dem Generalgouverneur nach Kräften behilflich sein wolle; die Schwierigkeiten des Generalgouverneurs seien ihm voll bekannt.

Im herrlichen Einvernehmen wurde die Aussprache um 11.30 Uhr geschlossen.

Dienstag, den 18. Januar 1944

b i s

Dienstag, den 25. Januar 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Dienstag, den 25. Januar 1944

8²⁰

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs
in Berlin.

12³⁰

Der Herr Generalgouverneur hält im Pompejanischen
Saal des Reichsministeriums für Volksaufklärung und
Propaganda vor Rundfunkschriftleitern einen Vortrag.

25.1.44

1670

Vortrag des Herrn Generalgouverneurs, gehalten vor Vertretern der Inlandpresse im Pompejanischen Saal des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda.]

Hauptdienstleiter Sündermann, Stellvertreter des Reichspressechefs, begrüßt den Herrn Generalgouverneur mit folgenden Worten:

Meine Damen und Herren! Ich glaube, in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich unserer Freude darüber Ausdruck gebe, dass Sie, Herr Generalgouverneur, seit langer Zeit wieder einmal in unseren Kreise weilen. Früher, als Sie Ihre Aufgaben im Reiche hatten, haben wir Sie häufiger gesehen. Seit dem Sie aber schon 4 1/2 Jahre in Krakau eine für das Reich ausserordentlich wichtige Aufgabe erfüllen, ist unser persönlicher Kontakt vielleicht etwas weniger direkt, wenn auch unser geistiger und politischer Kontakt nie abgerissen hat. Wir danken Ihnen herzlich, dass Sie zu uns gekommen sind, um uns ein informatives Bild über die Aufgaben und Zustände Ihres Generalgouvernements zu geben.

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort und führt aus:

Meine Damen und Herren! Lieber Parteigenosse Sündermann! Ich darf Ihnen sehr für diese lieben Worte der Begrüssung danken. Ich freue mich auch aufrichtig, in diesem schönen Saale zu Ihnen einmal einige Worte über diesen neuralgischen Punkt der gegenwärtigen Weltpolitik, über Polen sprechen zu dürfen.

Es ist kein Zweifel, dass die Frage des Generalgouvernements unter den verschiedensten Gesichtspunkten betrachtet werden kann. Zu Beginn

25.1.44

meiner Ausführungen ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen persönlich, Parteigenosse Sündermann, der Sie so oft durch Ihre Anwesenheit im Generalgouvernement Verständnis für unsere Belange gezeigt haben, wie aber auch der deutschen Presse insgesamt meinen und aller Deutschen des Generalgouvernements Dank zum Ausdruck zu bringen für die vielfach so rege und interessierte Anteilnahme an dem Geschehen dieses Raumes. Ich kann ruhig sagen, dass dieses Aufbauwerk, das dort drüben nun im fünften Jahre unter schwierigsten Umständen vor sich geht, ohne diese dauernde aufgeschlossene und ausgezeichnet technisch geleitete wie durchgeführte Interessennahme der deutschen Presse nicht möglich gewesen wäre. Ich habe es immer wieder feststellen können, in welchem Maße Aufsätze über das Generalgouvernement, die in der Presse erschienen, das grösste Interesse in der Öffentlichkeit gefunden haben. Ich habe Briefe von Beamten erhalten, die sich auf Grund der Nachrichten in der deutschen Presse bereit erklärten, bei mir Dienst zu nehmen. Interessierte deutsche Gruppen haben sich bei mir gemeldet, Künstler usw.

Wenn es daher für mich in diesem Augenblick ein wirklich wichtiges Argument bedeutet, die Vertreter und Gestalter der deutschen öffentlichen Meinung um mich zu wissen, so ist es durch das Gefühl einer notwendigen Arbeitseinbezogenheit und Arbeitsgemeinschaft mit Ihnen, meine Damen und Herren, und der politischen führungs- und verwaltungsmässigen Arbeit bedingt, die wir an diesem kritischen Punkt Europas leisten.

Ich darf vielleicht ganz kurz die Geschichte dieses Raumes rekapitulieren. 1939 haben wir im Generalgouvernement den grösseren Teil der früheren Republik Polen in eine autonome Verwaltung übernommen, die unter dem Titel "Generalgouvernement" seither ein legislatives führungs- und verwaltungsmässiges Eigengebilde innerhalb des Grossdeutschen Machtbereiches darstellt.

25.1.44

Alle Zuständigkeiten, die im Reich den Reichsministern zukamen, sind in der Regierung des Generalgouvernements zusammengefasst. Ich selber, an die Spitze dieses ganzen Aufbaues von Partei und Staat gestellt, sehe in dieser Methode auch die einzige Form der Erfüllung von zeitnotwendigen und zeitgegebenen Aufgaben. Es ist völlig unmöglich, dass wir, gewöhnt, von einem Zentrum aus mit den irgendwie volkstümlichen einheitlichen Belangen eines festgefügtten Mutterlandes zu arbeiten, die Belange neuer Bereiche autoritär damit decken, ohne dass autonome Abspaltungen innerhalb des gesamten Gebildes "Weltreich der Deutschen Nation!" entbehrt werden könnten. Daher ist es nicht ein Vorrecht, welches das Generalgouvernement genießt, wenn es diese eigene legislative Führungs- und Verwaltungsposition bezieht, wenn wir drüben als Regierung unmittelbar und ausschließlich dem Führer genau so unterstehen wie hier die Reichsregierung, sondern es ist eine Methode, deren es bedarf, damit die höchst potenzierte Leistung dieses Raumes sicher gestellt werden kann. Das Weltreich der Deutschen Nation muss anders verwaltet werden als der Einheitsstaat der Deutschen von früher.

Diese Schule haben wir nun drüben, wie ich sagen möchte, laboratorienmässig ausgebaut. Das Generalgouvernement ist daher von Anfang an das gewesen, was ich etwa einen abstrakten Staat nennen möchte: ein Staatsgebäude mit Regierung, Gouverneuren, Kreishauptmännern, Vögten, mit eigener Gesetzgebung, eigenen Gerichten, eigenem Rechnungshof, mit eigenen Finanzen und eigenem Zollwesen, mit eigenem Gebührenwesen, - ein Staat, abstrakt aufgebaut in einem völlig völkisch fremden Bereich. (Vergessen Sie nie, meine Damen und Herren, dass bei günstigster Zählung das Verhältnis von Deutschtum und fremdvölkischer Bevölkerung im Generalgouvernement von 1% zu 99% steht, dass nämlich auf

25.1.44

16 Millionen der Bevölkerung des Gesamtgebietes knapp 250 000 Deutsche kommen.)

Daraus werden Sie nun aber entnehmen können, welche Bedeutung dem einzelnen Deutschen, seinem Verhalten seiner - hier kann ich es ruhig sagen - nationalsozialistischen Klarheit und Haltung in der Durchsetzung der notwendigen Beaufsichtigung, Überwachung und schöpferischen Erweckung diesem fremden Volkstum gegenüber zukommt.

Die Beamtenschaft des Generalgouvernements beträgt, was die Zahl der Deutschen angeht, wenige Tausend. Es sind insgesamt vielleicht 4000 bis 5000; wenn ich die Ostbahn hinzunehme, sind es etwa 10000 bis 12000, mit der deutschen Polizei sind es alles in allem etwa 25 bis 30 000 deutsche Beamte. Ihnen stehen innerhalb des öffentlichen Betriebes mehr als 260 000 Beamte und Staatsangestellte nichtdeutscher Abkunft gegenüber, so dass z.B. in einem Bereich wie dem der Ostbahn - das ist das staatliche Institut, das die Eisenbahnen des Generalgouvernements, die Eigentum des Nebenlandes sind, betreut, - auf 152 000 fremdvölkische Beamte und Angestellte nur 8300 deutsche Beamte und Angestellte kommen.

Diese allgemein abstrakte Situation, numerisch so dargestellt, wird zunächst einmal zeigen, welche Energie notwendig ist, damit dieses Führungsgebilde überhaupt durchgesetzt werden kann. Dazu kommt, dass nun diese Millionenbevölkerung des Generalgouvernements wieder in etwa 10 Millionen Polen, annähernd 4,6 bis 4,7 Millionen Ukrainer und in den Rest anderer Völkstämme wie der Goralen, Lemken usw. aufgeteilt ist. (Juden haben wir im Generalgouvernement zur Zeit vielleicht noch 100 000.) (Daher ist es wichtig und auch m.E. für die deutsche Presse immer beachtlich, dass es völlig abwegig wäre, von vornherein zu sagen: das Generalgouvernement ist ein deutsches Land.)

25.1.44

(Es ist kein deutsches Land, sondern ein deutschgeführtes fremdvölkisches Land.) Wir müssen gerecht sein und sagen, dass hierin die gleiche Aufgabe liegt, wie sie vor vielen Jahrhunderten unsere Vorfahren an der Elbgrenze vorgefunden haben. Sie waren auch nur wenige Deutsche und haben, um den grosslawischen Raum des Ostens zu durchdringen, mit derselben Tatkraft und Energie sich allmählich durchgesetzt. Wir können uns in Warschau, Radom, Krakau, Lublin wie in Lemberg und anderen Teilen des Landes auf Dokumente Jahrhunderte alter hervorragender deutscher Verarbeitung stützen, die einzigartig sind und an denen Interesse zu nehmen eigentlich Pflicht jedes Deutschen wäre. Dass durch das Mittelalter hindurch grösste deutsche Künstler wie Albrecht Dürer, Veit Stoss u.a. in allen Teilen des Landes gewirkt haben, dass unter dem Regime August's des Starken eine deutsche Baukunst in diesem Raum entfaltet wurde, dass vom Mittelalter ausstrahlend das deutsche Rechtsbewusstsein und deutsche Rechtssysteme drüben lebendig wurden, dass die polnischen Könige des Mittelalters deutsche Städte nach deutschem Recht für deutsche Einwohner gegründet haben, in denen in deutscher Sprache Recht gesprochen wurde, dass in Krakau noch bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts die Bürgerbücher in deutscher Sprache gefasst waren, all das sind nur kleine Andeutungen für die Fülle von historisch fragmentarischen Ergebnissen unserer Forschung, die eindeutig beweisen, dass dieses Land der deutschen Aufgabe von Anfang an aktivst aufgeschlossen werden sollte. Wäre etwa um die Mitte des 15. Jahrhunderts das Deutsche Reich ein machtvolles Gebilde gewesen, dann wären diese einzelnen bedeutenden Pioniere unserer deutschen Arbeit in diesem Raum nicht verloren gegangen, dann wäre ihre Arbeit nicht in diesem polnischen Volksozean versunken, sondern, von dem mächtigen deutschen Reich emporgehoben, treuester Stützbalken einer Reichsbrücke

25.1.44

brücke nach dem Osten gewesen.

Wir müssen heute auf diesem stolzen Fundament aufbauen und sagen: wenn denn schon die Bevölkerung dieses Raumes offensichtlich, und zwar evident nach den Ergebnissen aller polnischen Staatsgründungsversuche, viele Jahrhunderte hindurch nicht im Stande gewesen ist, ein wirklich fruchtbares staatliches Dauergebilde polnischer Eigenprägung zu errichten, dann sind wir Deutschen allein berufen, diesen Raum zu beherrschen. Mit dieser historischen Legitimation also sind wir in diesen Raum gedrungen, und diese Legitimation wird von dem grandiosen Bewusstsein gestützt, dass es ja deutsche Soldaten gewesen sind, die unter Einsatz ihres Lebens diesen Raum dem Deutschen Reich 1939 erobert haben.

Ganz zweifellos wirft sich nun ein greller Blick auf polnischen Volksbewusstheit. Heute ist ja die Frage die: wie stellt sich im 5. Jahre des Bestehens des Generalgouvernements nun das polnische Volkstum zu ihm? - Darum allein geht es ja nach allem, was wir in diesen Jahren aufgebaut haben: Wird dieses Gebilde Generalgouvernement von der Millionenmasse der Polen bejaht, unterstützt, gefördert, oder findet es schärfste Gegnerschaft? Wie steht es damit?

Wenn ich ganz offen sein will, dann muss ich sagen: Sie werden bei sich selber vielleicht manchmal das Empfinden haben: Na, na, was ich da so vom Generalgouvernement höre, das ist eigentlich nichts anderes als Bandenüberfälle, Partisanenkämpfe, Mord, Unsicherheit, Raubüberfälle auf Eisenbahnzüge usw.; da kann der Generalgouverneur sagen, was er will, - ich bin fest überzeugt, dass die Geschichte mit den Polen doch nicht so stimmt. Es könnte ja sein, dass der eine oder andere diese Überzeugung hat. Er könnte sie vielleicht auch mit Einzelerfahrungen begründen: da kommt einer aus Warschau und erzählt, in Warschau

25.1.44

gehe es furchtbar zu, man könne kaum ausgehen, jeden Tag werde dort geschossen, - oder es kommt einer aus Lublin, dessen Zug unterwegs beschossen wurde, - und derartiges mehr.

Nun ist es ja klar, dass dieses Wunder einer Staatsgründung mitten im Kriege gegenüber einer so antideutsch ausgerichteten Bevölkerung wie der polnischen nur gegen einen Widerstand vor sich gehen konnte. Dieser Widerstand war und musste in der ersten Zeit sehr stark sein, da doch die Bevölkerung im Deutschen den Feind der eigenen Freiheit, den Eindringling, den Zerstörer des völkischen Eigenstaates, jener vielgerühmten polnischen Republik von 1918 erblickte. Heute kann ich Ihnen aber ruhig ein Wort mitteilen, das der oberste Betreuer der Sicherheitsbelange des Grossdeutschen Machtbereichs Reichsminister Heinrich Himmler kürzlich in Breslau vor den Regierungspräsidenten ausgesprochen hat. Er sagte, dass das Generalgouvernement als das weitaus befriedetste Gebiet aller Bereiche, die Deutschland seit 1939 besetzt hat, anzusehen ist. Dieses Wort bedeutet für uns eine absolut evidente Wahrheit. Wir können heute angesichts der allgemeinen Einstellung des polnischen Volkes gegenüber der Regierung des Generalgouvernements und der deutschen Führung feststellen, dass Millionen und Abermillionen dieses Volkes erkannt haben, dass diese Führung in ihrem Gerechtigkeitsstreben, in ihrer - man kann es ruhig sagen - menschlichen Aufgeschlossenheit, in ihrer - man möchte fast sagen - natürlichen von Sympathie getragenen Verbundenheit mit den allgemeinen Volksinteressen eine grosse Aktivität besitzt. Die Polen haben heute im Generalgouvernement den Eindruck: um gotteswillen, alles möge geschehen, aber niemals soll der Bolschewismus über Polen kommen. Das Generalgouvernement ist für die Polen tatsächlich eine Heimstätte des Friedens und der Arbeit geworden. Ich beweise es Ihnen:

25.1.44

auf Grund der Situation des polnischen Bauern und Arbeiters: der polnische Bauer und der polnische Arbeiter haben bisher in allen bisherigen sozialen und staatlichen Systemen Polens eine geradezu beklagenswerte Existenz gefunden. Der Begriff der sogenannten polnischen Wirtschaft war ja geradezu weltberühmt geworden. Was hing mit diesem Begriff nicht alles zusammen! Ich schweige von dem Zustand der Strassen, der Kanalisation in den Städten, der Pflasterung, der Wasserleitung, von alledem, was man sich in dieser Hinsicht bei einem modernen Staat billigerweise vorstellen kann. Aber der Zustand der Städte, der Strassen, der Transportmittel, der hygienischen Anlagen, die wir 1939 übernommen haben, spottet nach europäischen Begriffen jeder Beschreibung. Es war ein Skandal, dass sich diese sogenannte Polenrepublik 20 Jahre lang als ein Kulturmitglied der völkischen Gemeinschaft Europa gerierte und gleichwohl Zustände in dem eigenen Land hatte, die überhaupt nicht vorstellbar sind. Eine Stadt wie Warschau mit 1,5 Mill. Einwohnern hatte nur 20% eine Kanalisation; eine Stadt wie Krakau mit 320 000 Einwohnern hatte nur 10% gepflasterte Strassen und Bürgersteige. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem allgemeinen Ergebnis dessen, was wir übernommen haben.

Der Zustand der Bauern und Arbeiter aber war an sich grauenhaft. Durch die Jahrhunderte hindurch war das Land in Grossbesitze aufgeteilt, die Bauern waren im Mittelalter Hörige des Grundbesitzers, sie waren schollegebunden, erbuntertänig und entrechtet. Das war das ständige Merkmal der bäuerlichen Bevölkerung. Wir haben diesen Bauern und Arbeitern erst die Sicherheit der Entlohnung, die Garantie ihrer sozialen Position, die Sicherstellung ihrer familiären Beziehungen und ihrer individuellen Entwicklung gebracht. Ich kann es vor ganz Europa beweisen, dass das deutsche Volk auf dem Wege über das Generalgou-

25.1.44

vermerkt diesen polnischen Millionenmassen der Bauern und Arbeiter die soziale Befreiung gebracht hat. Was andere Völker aus eigenem Impuls geschaffen haben, haben wir den Polen gebracht.

Heute bekommt der polnische Bauer, der sehr brav, sehr arbeitswillig, sehr bescheiden und ungeheuer fleissig ist, wenn er seine Ernte abgeliefert, das, was er zum Leben braucht und, was er sich selber nicht beschaffen kann. Ich habe das System der Prämienscheine eingeführt, für das sich vielleicht der eine oder andere interessiert hat. Es ist ein eigenartiges Verfahren: wir geben dem Bauern, wenn er seine Ernte bei den Ablieferungsstellen abgeliefert, nicht nur Geld dafür, sondern er erhält auch eine Anweisung auf in staatlichen Lägern zu kaufende Gegenstände, die nach dem Wert dessen, was er abgeliefert, verschiedene Kategorien haben. Er kann sich Leder kaufen, Kleidung, Tabak, Eisenwaren, Alkohol kann er beziehen und anderes, wofür sein Herz Lust hat und was er für seine Wirtschaft weiterhin braucht. Wir haben diesen Staatlichen Lägern alles zugeführt, was wir sonst ohnedies der Bevölkerung gegeben hätten. Wir verbinden den Vorteil, dass die Ernte abgeliefert wird, mit dem anderen Vorteil, dass die Bevölkerung befriedet ist.

So kann denn die bäuerliche Bevölkerung des Generalgouvernements von sich sagen, dass es ihr sozial und wirtschaftlich noch niemals so gut gegangen ist, wie heute. Die Grossgrundbesitzer des alten Polens, die Potocki, Lubomierski und, wie sie alle heissen mögen, hatten kein Verständnis für die kleinen Leute ihres Landes. Sie gaben ihnen weder Lohn noch eine sonstige Lebenssicherheit, wie überhaupt der totale sozial unüberbrückbare Abstand der sogenannten gehobenen Schichten des Volkes von den anderen Schichten bestehend war. Es waren unerhörte Zustände. Auf manchen Gütern, in die wir kamen, stellte man fest, dass die Familien des Adligen schon seit Jahren im Ausland, zumeist in Paris und London lebten, wo sie ein Prasserleben führten, was die Folge hatte, dass einmal die Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterschaft nicht erfüllt wurden und zum anderen

25.1.44

in jedem Jahr so viel vom Grund und Boden verkauft wurde, wie man brauchte, um wiederum ein Jahr in Paris weiterleben zu können. Dazu gehörten vor allem Leute, die als Botschafter im Auslande oder sonstwie eine grosse politische Rolle zu spielen unternahmen.

Für den Arbeiter gilt in Polen das gleiche. Im Generalgouvernement haben die Arbeiter erst durch die Regierung des Generalgouvernements eine echte Fürsorge erfahren. Es war früher völlig unmöglich, sich vorzustellen, dass sich etwa ein Betriebsleiter um die Wohlfahrt seiner Arbeiter kümmerte. Früher waren es hauptsächlich Juden, die diese kleinen Betriebe inne hatten und die in der Ausbeutung dieses harmlosen, gutmütigen Volkes wahrhaft Sadistisches leisteten. Wir haben jetzt die Arbeiterversicherung eingeführt, Arbeiterschutzmassnahmen auf allen Gebieten getroffen. Wir haben dafür gesorgt, dass ihnen ein wertbeständiger Lohn in der Form gezahlt wird, dass Lebensmittel, Kleidung, Schuhe geliefert werden, dass ihnen Erholungsurlaub gewährt wird, - alles Dinge, die für uns in Europa selbstverständlich waren, aber für die Millionenmasse des arbeitenden polnischen Volkes eine vollkommene Neuerung darstellten.

Dass diese Fürsorge sich nun auch stimmungsmässig auswirken musste, ist klar und selbstverständlich. Ich weiss, viele von Ihnen, meine Damen und Herren, waren schon im Generalgouvernement. Wir freuen uns hier über jeden Besuch, den uns die Vertreter der deutschen Presse abstatten. Jeder von Ihnen, der diese Reise gemacht hat, hat Gelegenheit gehabt, das an Ort und Stelle festzustellen.

Wir standen nun unter dem kolossalen Druck, dass wir unsere Politik nicht nach den Gesichtspunkten der Menschlichkeit und sozialen Fürsorge einzurichten hatten, sondern nach dem viel härteren Grundsatz der Kriegsnotwendigkeiten. Denn schliesslich war ja nicht so sehr entscheidend die Frage, wie wir die Polen behandeln, sondern entscheidend war, dass die Polen für Deutschland arbeiteten.

25.1.44

Es kam nicht darauf an, die Polen zu verfolgen, sondern sie an die Maschinen zu bringen, die polnischen Bauern zur Ernteablieferung zu veranlassen.

Dieses - ich möchte sagen - Stimmungsprogramm haben wir als ~~Leitmotiv~~ Leitmotiv aufgestellt. (Lassen Sie sich in Ihrem Urteil nicht dadurch beeinflussen, was Ihnen in Laufe dieser Jahre an Greuelmeldungen sondergleichen von der Ermordung und Niedermetzlung von Tausenden von Polen berichtet wurde.) Neben dieser Millionenmasse von polnischen Arbeitern und Bauern, Beamten und Angestellten sind es vor allem die polnischen Polizisten, die ganz ausgezeichnet arbeiten. Es wird Sie vielleicht überraschen, aber es ist Tatsache, dass niemand so zuverlässig bei der Entdeckung polnischer Aspirationen gegen das Generalgouvernement ist wie der polnische Kriminalpolizist, dass niemand so grausam und hart gegen die eigenen Volksgenossen vorgeht, wie der polnische Polizist, den ich selber durch Regulative anhalten musste, seine polnischen Mitbürger anständig zu behandeln. Ich habe einmal einem polnischen Polizeioberst gesagt: Sie dienen indirekt dem deutschen Reich, und da ist es nicht üblich, dass man den Gummiknüppel zur Tötung von Menschen benutzt, weil sich einer einmal im Strassenverkehr eine Übertretung hat zuschulden kommen lassen. Aber diese Handlungsweise ist ein Zeichen dafür, in welcher Weise dort der Staat früher den einzelnen Bürger als ein völlig ihm ausgeliefertes schutzloses Objekt zu behandeln pflegte.

Dass innerhalb dieser Millionenmasse von treu arbeitenden polnischen Bauern und Arbeitern eine kleine Gruppe von Widerständlern vorhanden ist, ist selbstverständlich. Wenn mir einer sagt: ja, Sie haben aber die Widerstandsbewegung, - da kann ich ihm nur erwidern: wundert Sie das? Ich kann nur sagen: es ist wirklich ein Wunder, dass wir angesichts dieser geringen Zahl von Polizeikräften und angesichts der Notwendigkeit von Pflicht- und Arbeitserfüllung wie Arbeitsleistung, die

25.1.44

wir der Fremdbevölkerung im Dienste unseres Reiches und unseres Sieges auferlegen, dass wir so wenig Widerstand finden, und zwar trotz einer unausgesetzten feindlichen Propaganda. Dass da, wo sich diese Widerstandsbewegung vor allem in Gestalt des Mauthelmordes an dem oder jenem Deutschen bemerkbar gemacht hat, von uns kriegsmässig durchgegriffen werden musste, ist klar. Es wäre falsch, wenn man östliche Völker nur mit der Form des Liedes behandeln würde. Selbstverständlich muss das Kriegsgesetz mit seinen Härten gerade dort gelten, wo ein gefährlicher Widerstand sich zeigt. Bedenken Sie, dass ein solcher Widerstand unmittelbar im Rücken der Ostfront zu ungeheuersten Kriegsfolgen negativer Art führen würde. Dass das alles aber nicht das kriegsmässig Normale übersteigt, möchte ich ausdrücklich feststellen. Es ist eine Infamie sondergleichen, dass solche Greuelmärchen über das Generalgouvernement im Ausland immer wieder verbreitet werden. Das Volk selbst hat gar kein Verständnis für diese Greuelmeldungen, ganz abgesehen davon, dass es wie alle Slawen froh ist, wenn es seinen Frieden hat und gemütlich leben kann.

(Der Pole ist sehr romantisch veranlagt. Dass ich das Chopinmuseum eröffnet und damit dem polnischen Volkstum gegenüber eine ganz grosse kulturelle Geste gezeigt habe, galt den Polen mehr, als wenn ich, weiss Gott, irgendeine materielle Leistung vollbracht hätte.) Ich habe also das Chopin-Museum eröffnet, ich habe auch die Polen einladen lassen, um ihnen zu zeigen, was mit Hilfe des Generalgouvernements von Erinnerungen an Chopin in Frankreich, Italien, Spanien herbeigeschafft werden konnte. Das habe ich zusammen getragen und habe nun das grosse Chopin-Museum in Krakau eröffnet, - (ein Unternehmen, das mich nur Geld kostete, aber dem heroischen und etwas romantischen Stil des polnischen Volkes durchaus entsprach) und ungeheuer kulturgewinnend - propagandistisch wirkte.)

25.1.44

Wenn ich die 120 besten Musiker, die Polen hatte, Professoren der damaligen Akademie, in der Philharmonie des Generalgouvernements vereinigt habe, und wenn die nun unter einem deutschen Dirigenten die Werke unserer deutschen Meister zu Gehör bringen, so wirkt das mehr, als wenn ich irgendwelche materiellen Angebote gemacht hätte.

Überhaupt hat der Pole für diese Dinge ein sehr grosses Verständnis. Wenn man ihm das wenige, was er für sich kulturell beanspruchen zu können glaubt, belässt, ist er absolut zufrieden und willig. Ich kann sagen, dass mein persönliches Verhältnis zu den Polen im allgemeinen ausgezeichnet ist. Wir haben uns sehr gut verstehen gelernt. Diese Art gefällt mir auch; denn ich liebe die Gewalt nicht: die Gewalt ist ein ABC der Politik, und erst jenseits der Gewalt beginnt die Staatskunst. Das ist es, was wir auch im Generalgouvernement geübt haben. Ich kann wohl eine Zeit lang versuchen, mit Gewalt irgendeinen Zustand aufrecht zu erhalten. Aber auf die Dauer eines Krieges kommt es nicht auf das Beuteprinzip und nicht auf das Unterdrücken an, sondern auf das Erwecken von Energien. Wir ständen in diesem Lande still, wenn das Volk nicht mitmachen, wenn der Bauer und die Arbeiter streiken, wenn die Eisenbahner Sabotage üben würden. Wenn ein Zug im Generalgouvernement stecken bliebe, würde man es an der Ostfront sofort spüren. Das ist daher für mich entscheidend. Widerstandsbewegung hin oder her - sie war uns in keinem Fall hinderlich, die Führung wie die Verwaltung dieses Landes und auch den völlig ungestörten Gang unserer Industrien irgendwie fortzusetzen.]

Die Züge laufen, die Fabriken arbeiten, die Nahrung wird aufgebracht usw. Dafür will ich einige Zahlen geben: Wir haben im Jahre 1942/43 dem Deutschen Reich aus dem Ergebnis unserer Ernährungspolitik allein an Brotgetreide 760 000 to geliefert, und zwar aus einem Gebiet, das im Jahre 1939 noch ernährungsmässig ein Unterschussgebiet war.

25.1.44

Nehmen Sie also nur diese Zahl allein, und bedenken Sie dabei, dass diese Menge aus mehr Einzelwirtschaften herausgewirtschaftet werden muss, als das grosse Deutsche Reich Einzelwirtschaften hat. Die Einzelwirtschaften des Generalgouvernements sind ganz kleine Zwergbetriebe, die von einer bäuerlichen Familie bewirtschaftet werden und deren Grösse nur einige Morgen beträgt, die aber auch ihre Produkte abliefern. Wenn nun unsere Verwaltung sich die Ernte mühselig aus diesen Einzelbetrieben herausholen muss, so kann ich das nur als ein Zeichen höchster Leistung ansehen. Und wenn unsere Rüstungsindustrie im letzten Jahre Güter im Werte von über einer Milliarde Reichsmark oder zwei Milliarden Zloty für das Deutsche Reich produziert hat, so ist das m.E. auch eine Leistung, die anerkannt zu werden verdient; denn wir haben ja im ersten Jahre kaum für Zwanzig Millionen Reichsmark liefern können, da wir damals noch die gänzlich zerstörten Fabriken übernommen hatten. Und wenn heute der Einlagenbestand der Sparkassen und Banken polnischer Sparer im Generalgouvernement auf eine Milliarde 600.000 000,-- Zloty gestiegen ist, - eine Zahl, die über derjenigen der Einlagen der gesamten polnischen Republik von 1939 liegt, - so ist das auch ein Beweis für das Vertrauen der polnischen Bevölkerung zu unseren Führungsmassnahmen.

So könnte ich Ihnen noch eine Fülle von Beispielen anführen. Für mich ist die Politik klar vorgeschrieben: ich werde dem polnischen Volkstum gegenüber diese absolut loyale aufgeschlossene Haltung beibehalten. Dabei helfen mir viele Faktoren. Ich habe 1.300.000 polnische Arbeiter ins Reich abgegeben, eine Zahl, die sich sehen lassen kann. Ob ihre Qualität als Arbeiter 100%-ig ist oder nicht, kann ich nicht so beurteilen. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Polen gut arbeiten, wenn sie gut geführt werden. Sie müssen eben angeleitet und ausgerichtet werden, man kann sie sich selber nicht so überlassen; aber sie leisten, was man billigerweise von ihnen verlangen kann. Wir haben auf allen diesen Gebieten gespürt, dass die Polen mit uns gehen.

25.1.44

Unterstützt wird diese Politik durch Massnahmen, die ich ergriffen habe. Ich habe z.B. die katholischen Kirche nicht angerührt. Ich habe damals den Pfaffen gesagt: Wenn Ihr brav seid, bin ich es auch, wenn Ihr loyal seid, bin ich es auch; wenn Ihr von Eurer Kanzel die Autorität des Generalgouvernements vertretet, wenn Ihr dafür werbt, dass die Bauern auf dem Felde arbeiten, dass die Arbeiter in die Fabriken und nach Deutschland gehen, dann könnt Ihr Euren Gottesdienst weiterhalten. Das hat sich grossartig bewährt. Die katholische polnische Organisation hat sich dieser Loyalität gefügt, und ich habe meine guten Erfahrungen damit gemacht. Ich habe keine einzige Kirche im Generalgouvernement geschlossen. Das Leben geht seinen Gang, soweit das kriegsmässig möglich ist.

Auch hat es seine Früchte getragen, dass ich den Polen ihre Volksschulen und Fachschulen gelassen habe, dass 22 000 polnische Lehrer dem polnischen Volk Unterricht geben, dass in hochschulartigen Kursen auch polnische Akademiker herangebildet werden und in Lemberg Fachkurse eingerichtet worden sind. Dies alles ist ein Zeichen dafür, dass die Polen aufgeschlossen mitarbeiten.

(Wenn Sie nun sagen: aber wir hören immer von Ausrottung der Intelligenz der Polen, die so notwendig wäre, - so kann ich darauf nur entgegnen; wer von Ausrottung der Intelligenz spricht, der weiss garnicht, dass die Intelligenz gottlob von akademischen Abschluss-examen unabhängig ist.) Es kommt auch nur darauf an, festzustellen, dass es nicht Polenfreundschaft ist, wenn ich polnische Ärzte und polnische Verwaltungsbeamte heran-
züchte; denn ich kann sie ja nicht durch Deutsche ersetzen. Es sei hier im Vertrauen gesagt, dass ich im Generalgouvernement ganze 130 deutsche Ärzte habe. Wenn ich Sachen wie Fleckfieber, Bauchtyphus oder Cholera, die heute viele Menschen ergreifen, bekämpfen will, dann kann ich nicht anders arbeiten, als dass ich auch polnische Ärzte hinzuziehe. Daher bedeutet diese Art der Heranbildung polnischer Ärzte, Techniker, Ingenieure

usw.

25.1.44

eine Notwendigkeit für die deutsche Führung dieses Raumes.

Wir müssen uns diese Einsichten allmählich angewöhnen. Wir müssen lernen, dass man fremde Volkstümer nach Gesetzmäßigkeiten beherrscht, die uns jetzt neu aufgegeben sind und für die man nicht am grünen Tisch von vornherein Grundsätze aufstellen kann, sondern die wir mühselig, ich möchte fast sagen, kolonialpolitisch an Ort und Stelle erarbeiten müssen.

Zu diesem Kapitel ist noch zu sagen, dass selbstverständlich die ganze polnische Lebenshaltung und Führung heute besser ist, als sie in der polnischen Republik war. Ich betone das ausdrücklich und beweise das auch. Wenn ich von Schmerzen reden will, dann muss ich Ihnen eines sagen: Als ich heute durch Berlin fuhr und zum ersten Mal nach einem halben Jahr unsere Reichshauptstadt wieder sah, ergriff mich ein Wehmutsgefühl: ich denke an das Leben von Hunderttausenden Deutscher und vergleiche es mit dem Leben, das heute Millionen Polen führen. Wenn uns in der Welt wegen Kriegsverbrechen Vorwürfe gemacht werden sollten, dann können wir diese Anklagen strahlend und siegreich gegen die wirklichen Verbrecher dieses Krieges zurück schmettern; denn die Sprache unseres Aufbaues gerade im Osten ist eines der stärksten Verteidigungsmomente, wenn es deren überhaupt bedürfte. Etwas derartiges haben wir den Polen nicht zugefügt; wir Deutschen sind menschlicher. Gerade von dieser Reise nach Berlin nehme ich den Eindruck mit, dass jedes Opfer, das ich diesem fremden Volk auferlegen kann, und das erträglich ist, im Zusammenhang mit unserem dauernden Kriegsziel von mir auch diesem Volke auferlegt wird und wurde.]

Es ist nicht so, dass das Generalgouvernement ein Paradies des Friedens ist. Wir haben selbstverständlich aus dem Osten Partisanenbanden bekommen. Die sind bei uns durchgezogen: es waren zwei grosse Banden, geführt von Sowjetoffizieren, die aus der Ukraine zu uns herein brachen und uns in Galizien und im Distrikt Lublin schwer

25.1.44

zu schaffen machten.

(Wir haben auch Fehler gemacht, so den Fehler, dass wir glaubten, wir könnten jetzt mit Gewalt Deutsche in diesen Raum einsiedeln.) Das ist nicht möglich; denn dazu bedarf es einer gewissen Entwicklung. Ich kann nicht Deutsche einsiedeln und von ihnen sofort einen Ernteertrag verlangen. Ich brauche aber jetzt die Ernte, denn das deutsche Volk will Brot haben, die deutsche Wehrmacht Kartoffeln und Fett. Das kann ich nicht, wenn ich soundso-viele in ein Siedungsverhältnis bringe.

Sie sehen also, dass alle diese Gesichtspunkte die eines Praktikers sind, die eines Verwaltungsmannes, wenn Sie so wollen, eines Technikers der Führung, die mit den grossen politischen Belangen an sich nichts zu tun hat. Wenn die Herren in London und Moskau sich um Polen streiten, so kann ich nur sagen: mögen sie sich um des Kaisers Bart streiten - den Bart besitzen wir, Polen haben wir im Besitz. Und es dem deutschen Volke nahe zu bringen, dass in Generalgouvernement eine Millionenbevölkerung sich unter deutscher Führung dem europäischen Aufbau in ruhiger, steter, befriedeter klarer Arbeit verschrieben hält, das wäre m.E. das Ergebnis dieser Stunde.

Meine Damen und Herren!

Ich habe Ihre Zeit sehr lange in Anspruch genommen. Es wäre über manches noch sehr viel zu sagen. Ich möchte Ihnen augenblicklich nicht von meinen Sorgen sprechen. Dass ich Sorgen habe, werden Sie verstehen. Ich möchte aber gleich feststellen, dass die deutsche Front m.E. und meinem Eindruck nach niemals in das Generalgouvernement zurückverlegt werden wird. Das Generalgouvernement ist frei von feindlichen Soldaten und wird es bleiben. Damit ist für uns auch psychologisch der Ansatzpunkt

gegeben.

25.1.44

Wir haben Sorgen. Sorgen macht uns z.B. unsere Währung, aber reden Sie nicht darüber, denn mein Bankpräsident würde mich toteschlagen, wenn er es erführe. Wir haben eine Währung, die praktisch nur durch Ordnung und Autorität gehalten werden kann.

Sorgen machen uns unsere Wohnungsprobleme und weiter die aus dem Osten herein dringenden Seuchen, die mit den Rückzügen, Rücktransporten von Instituten, Fabriken, Lagern usw. zusammen hängen. Aber diese Sorgen sind ja an dem, was uns sonst auferlegt ist, gemessen nicht beachtlich. Eins weiss ich jedenfalls: wenn heute der polnische Exil-Ministerpräsident Mikolajtschik über Polen mit irgendjemand verhandelt, so verhandelt er im luftleeren Raum. Die Position in Polen hat das deutsche Reich unter Adolf Hitler bezogen und wird sie nie mehr aufgeben. Für Deutschland ist das polnische Problem in alle Zukunft hinein siegreich gelöst.

(Lebhafter Beifall)

Auf eine Frage eines Pressevertreters erwidert der Herr Generalgouverneur: die Feindpropaganda ist diejenige, die wir aus den deutschen Zeitungen kennen. Es ist die Propaganda der Exilregierung über das, was Mikolajtschik mit Moskau vereinbart haben soll. Feindpropaganda ist auch schliesslich das, was die Rundfunksender bringen. Es ist die Propaganda, die dauernd davon spricht, dass Deutschland den Krieg verlieren werde und dass es für Polen besser sei, auf deutschem Gebiet zu kämpfen, als dauernd ein Sklave Deutschlands zu bleiben. Diese Art der Propaganda versagt völlig; denn die Polen sind absolut der Überzeugung, dass ein Emigrant nichts ausrichten kann. Die Reden der Emigrantenregierung haben auch in früherer Zeit keinen Eindruck auf das Volk gemacht. In Polen ist niemand schwächer als ein emigrierter Minister. Diese Feindpropaganda tut uns gar nichts. Wohl aber hat ein Ereignis wie

25.1.44

das von Katyn uns ausserordentlich gefördert und der Gegenseite einen enormen Rückschlag gebracht. Also die Feindpropaganda wirkt sich in ihrer Bedeutung nicht so aus, dass sie spürbar wäre. Wir haben in den letzten Jahren weder einen Streik noch irgendwie eine nennenswerte Sabotage gehabt. Das muss wohl genügen. Ich kenne es überhaupt nicht, dass irgendein Betrieb durch solche Sabotageakte stillgelegt worden ist oder ein Zug nicht fährt.

Namens der Pressevertreter spricht Hauptdienstleiter Sündermann dem Herrn Generalgouverneur seinen Dank aus.

Mittwoch, den 26.1.1944

- 8⁰⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Hauptbahnhof zu Krakau.
- 8³⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
- 11⁰⁰ Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

Eingangs berichtet der Herr Generalgouverneur von Besprechungen, die er anlässlich seines Aufenthaltes im Reich mit einigen führenden Persönlichkeiten des Reiches gepflogen hat. Bei allen diesen Besprechungen habe er für den Kurs des Generalgouvernements absolutes Verständnis gefunden; er führe diese Bereinigung der Atmosphäre in der Hauptsache auf die gute Zusammenarbeit des Generalgouvernements mit Reichsführer SS Himmler zurück. Die jahrelange Verleumdungskampagne gegen das Generalgouvernement sei endgültig zusammengebrochen, und alle Reichsstellen blickten mit Achtung auf die Leistungen des Generalgouvernements. Die Regierung des Generalgouvernements müsse sich aber auch klar sein, dass das Generalgouvernement in der heutigen Kriegssituation mehr denn je auf sich selbst gestellt sei.

Staatssekretär Dr. Bühler unterrichtet den Herrn Generalgouverneur von seinen Eindrücken bei seiner Reise nach Lemberg und in die Kreishauptmannschaften Tarnopol und Szloczow. Sein Vertrauen in die Verwaltung sei dadurch sehr gestärkt worden; während jenseits der Grenze des Generalgouvernements das ganze Land sich selbst überlassen sei, habe

26.1.44

die Verwaltung des Generalgouvernements das Heft fest in der Hand. Die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Stellen der Wehrmacht entwickle sich zur vollen Zufriedenheit. Der Flüchtlingsstrom sei seit dem 19. Januar 1944 wieder abgeebbt. Schätzungsweise seien 50 000 Fremdvölkische aus dem Osten ins Generalgouvernement eingesickert.

Staatssekretär Koppe weist auf ein Fernschreiben des Reichsführers SS Himmler an den Bevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Gauleiter Saukel hin, in dem die Auffassung vertreten worden sei, dass die Arbeitseinsatzbehörden des Generalgouvernements nicht in der Lage seien, den Flüchtlingsstrom aufzufangen und die Arbeitsfähigen für den Arbeitseinsatz im Reich zu erfassen. Präsident Struve habe aber sein möglichstes getan, auch bisher etwa 3000 für den Arbeitseinsatz geeignete Personen erfasst. Viele Flüchtlinge hätten aber ihren Weg ins Generalgouvernement über die grüne Grenze genommen und sich dadurch bisher der Erfassung entzogen. Er, Koppe, lasse nun die Gendarmerieposten an der Grenze verstärken. Die Kreishauptleute müssten die in ihren Kreisen sich aufhaltenden arbeitsfähigen Flüchtlinge aus dem Osten zu erfassen suchen. - Die Volksdeutsche Mittelstelle habe den Volksdeutschen unter diesen Flüchtlingen versprochen, dass sie ihr Vieh, das sie mit sich führten, ins Reich mitnehmen dürften. Diese Anordnung habe er angesichts der damit verbundenen ungeheuren Gefahr einer Verbreitung von Seuchen aufheben müssen. Das Vieh werde in drei Quarantänekreise gebracht, abgeschlachtet und zur Versorgung der Truppe verwendet.

26.1.44

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt, dass die Regierung des Generalgouvernements gebeten worden sei, Dienststellen des Reichskommissariats Ukraine ihre Tätigkeit vom Generalgouvernement aus ausüben zu lassen. Er habe dazu seine Einwilligung gegeben, so weit solche Dienststellen zur Abwicklung von Geschäften notwendig seien.

Der Herr Generalgouverneur berichtet dann, dass Staatssekretär Ganzenmüller anlässlich seines Besuches bei ihm in Berlin erklärt habe, dass er an eine Aufhebung der Ostbahndirektion Lemberg nicht denke, ebenso wie er auch an der jetzigen Struktur der Ostbahn keine Änderung plane; er wünsche vielmehr eine möglichst baldige Klärung der noch ausstehenden restlichen Fragen. Nach Warschau müsse er einen Abwicklungsstab für den Osten legen.

Obergruppenführer Koppe kommt anschliessend auf die Worte des Herrn Generalgouverneurs, dass sich das Generalgouvernement selber helfen müsse, zurück und erklärt, dass er bestrebt sei, die Polizeikräfte des Landes mit allen Mitteln zu verstärken. So beabsichtige er, den Sonderdienst beschleunigt zu vergrössern und in verstärktem Maße als Polizeitruppe einzusetzen. Man müsse auch einmal daran denken, die Alarmeinheiten für dringende Erfordernisse wie z.B. für die sehr im Argen liegenden Holzabfuhr aufzurufen. Weiter sei er mit der Prüfung der Frage beschäftigt, wie man mehr Kräfte aus dem Objektschutz freimachen könne. Ausserdem müsse überlegt werden, inwieweit man junge Ukrainer zum truppenmässigen Polizeidienst heranziehen könne. Er beabsichtige auch, eine Kompanie aus Deutschstämmigen zu rekrutieren, sie auszubilden und dann evtl. als V-Männer unter die Banditen in die Wälder zu schicken. -

26.1.44

Den SS-und Polizeiführern habe er den Befehl gegeben, für ihren Bereich die Alarmpläne bestens auszuarbeiten und auszuprobieren; die Arbeiten dazu seien abgeschlossen.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass man vor ungewöhnlich ernsten Ereignissen stehe und dass die nächsten Monate die schwersten des deutschen Schicksalskampfes würden. Im Ernstfalle müssten die deutschen Männer des Generalgouvernements die Waffen in die Hand nehmen; die Männer der Regierung müssten zeigen, dass sie hier als deutsche Männer nicht nur gelebt hätten, sondern im Notfall auch für die Fahne des Reiches zu sterben wüssten.

Zum Schluss wird in Anwesenheit des Hauptabschnittsleiters Stahl die Gestaltung des 30. Januar besprochen.

12¹⁰ Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

14⁰⁰ Essen.

16⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Donnerstag, den 27.1.44

10¹⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10³⁰ Besprechung mit General Schindler und Oberingenieur Kobold in Anwesenheit der Staatssekretäre Bühler und Koppe.

General Schindler gibt dem Herrn Generalgouverneur einen eingehenden Bericht über die Lage der Rüstungswirtschaft im Generalgouvernement und ihre Schwierigkeiten. Infolge des Näherrückens der Front träten die unmittelbaren Belange der Front wieder stark in den Vordergrund. Sein Bestreben sei es, die aus dem Osten herein-dringenden Anforderungen der Front aufzufangen, provisorisch unterzubringen und in der Hand zu behalten. In der Hauptsache handele es sich da um Instandsetzung von Kraftfahrzeugen, Panzern, Pioniergerät und um Reparaturen aller Art. Sein Ziel sei es, nicht so sehr kleine Reparaturwerkstätten ins Generalgouvernement zu bekommen, sondern dafür ein neues grosses Werk mit 12 000 Arbeitern aufzu- ziehen, damit ein rationelles Arbeiten gewährleistet werde. Hemmend wirke sich die Tatsache aus, dass er z.B. bei der Kraftfahrzeugreparatur mit 3 oder 4 Generälen der Front verhandeln müsse. Er wolle nun mit dem Wehrkreisbefehlshaber beim Generalquartiermeister eine einheitliche Verhandlungsstelle errichten. Die Verfügung über die Fertigung der Produktion müsse in der Hand der Rüstungsinspektion bleiben, und die Front dürfe nur als Besteller auftreten. Diese Idee möchte er von oben sanktioniert sehen.

27.1.44

Den Herrn Generalgouverneur wolle er darauf hinweisen, dass alle deutschen Menschen und Maschinen, die in der Ukraine eingesetzt gewesen seien, nach Bialistock gebracht würden, obwohl die Anforderungen der Front in immer steigendem Masse an das Generalgouvernement gerichtet würden. Es wäre vernünftig, wenn diese Menschen und Maschinen ins Generalgouvernement gebracht würden. Vielleicht könne der Herr Generalgouverneur deswegen an Reichsminister Speer und Reichsminister Koch herantreten. In Bialistock stünden viele Maschinen, sei eine Unmenge Holz vorhanden, während im Generalgouvernement jede Maschine und sämtliches Holz dringend benötigt würden. Es wäre gut, wenn von einer übergeordneten Stelle eine Entscheidung darüber herbeigeführt würde, dass die Verlagerung der Maschinen und der Arbeitskräfte von Ost nach West, also von der Ukraine nach dem Generalgouvernement erfolgen würde. Den Versuch, Maschinen aus dem Osten lediglich im Generalgouvernement unterzustellen, habe er zunichte gemacht. Er müsse nämlich eine ganze Reihe von grossen Werken mit einer Belegschaft von etwa 3 - 4 000 Arbeitern aufziehen. Er habe von den Stellen der Front Leute in seine Inspektion abkommandieren lassen, die ihre Befehle von ihm erhielten und die Wünsche der Front von drüben bekämen. Auf der anderen Seite strömten dauernd beträchtliche Mengen von Maschinen ins Generalgouvernement. Weiter seien Verhandlungen im Gange mit dem Zweck, ein grosses Walzwerk von Belgien nach Tschenschau zu verlegen. Zwei Hochöfen sollten ebenfalls von Belgien nach Ostrowiec verlegt werden. Dafür seien ungefähr 12 - 15 Millionen RM notwendig. Man müsse nun den Vierjahresplan zur Bereitstellung dieser Summe veranlassen, was gewisse Schwierigkeiten bereiten werde.

27.1.1944

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß diese Pläne am Finanziellen nicht scheitern dürften; man könnte im Notfalle diesen Plan im Rahmen der Werke des Generalgouvernements mit Staatsmitteln des Generalgouvernements finanzieren. Dazu gibt er Staatssekretär Dr. Bühler die Ermächtigung.

General Schindler weist dann auf die Notwendigkeit der Steigerung der Eisenproduktion im Generalgouvernement hin, da die Einfuhr von Schrott bald aufhören werde. Die Erzgruben des Generalgouvernements müßten so instand gesetzt werden, daß man sie bald in Betrieb nehmen könne. Er spricht von den großen Schwierigkeiten in der Rüstungswirtschaft und streift dabei vor allem den Sektor der Energiewirtschaft und den Mangel an nötigen deutschen Aufsichtskräften; während in Oberschlesien der Anteil der Deutschen an der Gesamtbelegschaft 12 % betrage, stelle er sich im Generalgouvernement auf 0,8 %. Trotzdem sei er mit der Arbeitsleistung der Polen zufrieden, Sabotagefälle kämen kaum vor.

Die Rüstungskapazität des Generalgouvernements sei nicht völlig ausgenutzt. Aufträge, die das Generalgouvernement für die Front übernehmen könnte, würden heute noch nach Holland vergeben, da dort die Preise niedriger lägen. Die Preise im Generalgouvernement wären so hoch, daß er große Mühe habe, seine Betriebe mit ordentlichen Aufträgen voll zu legen. So könne er z.B. in Ostrowiec monatlich 250 Güterwagen anfertigen; das Werk habe aber nur eine Auflage von 200, die neuerdings von der Reichsbahn auf 50 herabgesetzt worden sei. Die Waggonfabrik in Sanok liege ganz still.

27.1.1944

Die Ursache für die hohen Preise stellten das Lohn- und Währungsproblem und der Schwarzmarkt dar. Das Währungsproblem brenne allmählich auf den Fingern. Die Rüstungswerke des Generalgouvernements seien nicht konkurrenzfähig, weil sie für ihre Arbeiter zuviel aufwenden müßten. So beschäftige z.B. Stara-chowice 800 Leute, die zusätzlich für die Bedürfnisse der Gefolgschaft in Bäckereien, Schlächtereien, als Schuster oder Schneider usw. tätig seien. Die Werke seien auf diesem Gebiet an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, und er müsse nunmehr in den sozialen Dingen eine großzügige Hilfe des Staates verlangen.

Der Herr Generalgouverneur faßt als Schlußfolgerung zusammen, daß in den nächsten Tagen eine Währungs-sitzung stattfinden werde, zu der ein kleiner Kreis von Fachleuten geladen werden müsse. Ein weiteres Besprechungsthema werde die soziale Situation des polnischen Arbeiters sein müssen. - Wegen der Nichtausnutzung der Lokomotiv- und Waggonfabriken des Generalgouvernements werde er an Staatssekretär Ganzenmüller ein Fernschreiben richten. General Schindler möge in Zukunft schwebende Probleme und Schwierigkeiten ihm schriftlich mitteilen; er werde sich dann bei seinen des öfteren stattfindenden Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten des Reiches zwecks Lösung dieser Probleme einschalten.

General Schindler gibt dann einige Zahlen der vorjährigen Rüstungsfertigung des Generalgouvernements bekannt, bittet aber, unter keinen Umständen irgendwelche Veröffentlichungen über die Rüstung in der Presse vorzunehmen: an Artilleriemunition seien insgesamt 13,2 Millionen Stück, an Infanteriemunition 121 Millionen Stück hergestellt worden. Bei letzterer müsse man

5
Donnerstag, den 27.1.44

auf eine monatliche Fertigung von 100 Mill. Stck. kommen, dazu seien vier neue Werke notwendig. An Pistolenmunition habe man 82,3 Mill., an gefüllten Geschossen 32 Mill. hergestellt. Weiter seien eine Unzahl von Einzelteilen für Waffen fabriziert worden; hier habe man insbesondere bei den 8,8 cm Rohren die Leistung des Vorjahres verdoppelt. 3570 russische Beuteflaks seien ausgebessert worden. Die Karabinerfertigung habe man mit 231450 Stück verdreifacht, 104 000 Pistolen, 574 Panzerwagen, 405 Pansertürme, 56380 Panjewagen, 20 Lokomotiven und 2896 Waggons hergestellt. 107 000 to Roheisen, 253 000 to Stahl, davon 58 000 Elektrostahl habe man geliefert. Die Monatsproduktion dieses gesuchten Erzeugnisses auf der Welt müsse von 23 000 to auf 33 000 to gesteigert werden. Dazu seien die beiden Hochöfen aus Belgien notwendig. 5525 to Pulver und Sprengstoff habe man erzeugt. 2471 optische Geräte, 3500 Antriebe für Kommandogeräte, 660 optische Instrumente für U-Boote, 8390 Sende- und Empfangsanlagen für U-Boote, 36 600 km schwere Feldkabel, und eine Menge von Mikrofonen und Strommessern seien hergestellt worden. Nach einem im Generalgouvernement entwickelten neuen Verfahren würde hier der Hauptteil der Panzerschilde für U-Boote hergestellt, ebenso Torpedoteile, Minensuchgeräte, Horchgeräte, Suchgeräte für Flieger usw.

Das Luftwaffenwerk in Reichshof habe 1800 verschiedene Motorteile in laufender Ausbringung hergestellt. Die Luftwaffenkapazität werde von der Luftwaffe aber leider nicht ganz ausgenützt. 308 Flug- und Industriehallen, 3040 Baracken, 465 Holzhäuser und für Bombengeschädigte nochmal 450 Häuser seien errichtet worden, deren Gesamtfläche 796 000 qm betrage. Unzählbar sei die Herstellung militärischer Ausrüstungsgegenstände wie Uniformteile, Koppel, Tornister, Kochgeräte usw. (u.a. 150 000 Pelzwesten.

6

27.1.1944

60 000 Pelzmützen). Der Gesamtwert der Rüstungsproduktion im Generalgouvernement lasse sich auf 3,4 Milliarden RM beziffern.

Der Gefolgschaftsstand betrage rund 140 000 Mann, davon etwa 26 000 Juden. Der Einsatz der letzteren werde um 6 bis 8 000 Mann noch erhöht.

Jetzt müsse er sich auch um die Zubringerbetriebe kümmern. Er sei aber bestrebt, möglichst viele dieser Betriebe in der Hand der Regierung zu lassen und selbst nur so viele zu übernehmen, als er überwachen könne. Vielleicht könne die Hauptabteilung Wirtschaft eine Unterabteilung Kriegswirtschaft bilden und in ihr diese Betriebe zusammenfassen.

12⁰⁰ Besprechung mit Oberst Fischer.

12¹⁰ Bankdirigent Paersch berichtet dem Herrn Generalgouverneur an Hand von Tabellen und Statistiken über sein Arbeitsgebiet.

12⁴⁵ Oberbefehlsleiter Friedrichs stellt dem Herrn Generalgouverneur in Anwesenheit des Hauptabschnittsleiters Stahl Oberdienstleiter Thiessler vor, der anstelle des zur Wehrmacht einrückenden Pg Stahl die stellvertretende Leitung des Arbeitsbereichs Gouvernement der NSDAP übernimmt, vor.

Der Herr Generalgouverneur gibt bei dieser Gelegenheit einen eingehenden Bericht über die Lage des Generalgouvernements und über die im Vordergrund stehenden Probleme der Partei in diesem Raum und in dieser Zeit.

13¹⁰ Mittag-essen.

15¹⁵ Besprechung mit dem Sekretär der Internationalen Rechtskammer Dr. Pfeiffer und Regierungskommissar Dr. Heuber.

7

27.1.44

- 16⁰⁰ Besprechung mit Ministerialrat von Streit.
- 16¹⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt Frau Katharina Kutz zum Tee.
- 19³⁰ Der Herr Generalgouverneur besucht ein Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements unter der Leitung von Prof. Clemens Krauss. Zur Ausführung gelangen:
- 1.) 6. Symphonie (Pastorale)
von L.v. Beethoven
 - 2.) Rumänische Rapsodie I.
von Enescu
 - 3.) "Don Juan"
Symphonische Dichtung von
Richard Strauss
 - 4.) Vorspiel zu "Die Meistersinger
von Nürnberg" von Richard Wagner.

Anschliessend Empfang und Abendessen auf der Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Freitag, den 28.1.1944

13¹⁵ Besprechung des Herrn Generalgouverneurs
mit Präsident Ohlenbusch und Sendeleiter
Noglik.

15³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach
Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf).

Samstag, den 29.1.1944

10⁴⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12¹⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Hauptabschnittsleiters Stahl den Stabsführer der Reichsjugendführung Möckel.

In der anschliessenden Besprechung werden verschiedene die Jugendführung im Generalgouvernement betreffende Fragen besprochen. - Stabsführer Möckel gibt dem Herrn Generalgouverneur u.a. Kenntnis davon, dass Gauleiter Hanke/Schlesien sich bereit erklärt habe, 1200 Jugendliche aus volksdeutschen Kreisen des Generalgouvernements im Gau Schlesien für 1 Jahr unterzubringen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit dieser Massnahme schon um deswillen einverstanden, weil damit die volksdeutschen Kinder des Generalgouvernements Deutschland kennen lernten und den Einflüssen ihrer polnischen Umgebung entzogen würden.

Des weiteren wird zur Frage der Kinderlandverschickung eingehend Stellung genommen. - Der Herr Generalgouverneur wünscht einen möglichst baldigen Ausbau der K.L.V.- Stadt Rabka, durch den dann Krynica und Zakopane, die demnächst wohl völlig von der Wehrmacht mit Beschlag belegt werden würden, entlastet werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann Stabsführer Möckel ein anschauliches Bild von den staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen des Generalgouvernements und weist in diesem Zusammenhang auf die hervorragende Leistung der Hitlerjugendführung im Generalgouvernement hin, die höchste Anerkennung verdiene. Er gedenkt weiter der vorbildlichen Arbeit des nunmehr aus seinem Amt scheidenden Hauptbannführers Förschle, der es verstanden habe, die

29.1.44

weltanschauliche Aufgabe im Generalgouvernement mit der politischen Verpflichtung zu verbinden. Er bittet Stabsführer Möckel, dafür zu sorgen, dass auch fürderhin die Reichsjugendführung der Jugendführung des Generalgouvernements hilfreich zur Seite stehen möge.

Stabsführer Möckel sagt diese Hilfe seitens der Reichsführung zu, will auch dafür Sorge tragen, dass sieben unbesetzte Posten von Bannführern und die Stelle eines Distriktsinspektors baldmöglichst vom Reich aus besetzt würden.

Abschliessend dankt der Herr Generalgouverneur Stabsführer Möckel für sein Erscheinen und das Interesse, das er den Belangen der Jugendführung des Generalgouvernements gegenüber zeige, und verspricht, alles zu tun, um der Hitlerjugend im Generalgouvernement den ihr gebührenden Platz zu sichern. Er werde auch dafür sorgen, dass beim nächsten Parteitag des Generalgouvernements vor allem die Jugend des Generalgouvernements und ihr Leben im Rahmen der Hitlerjugend in den Vordergrund träten.

12⁴⁰

Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialdirektor Dr. Hohlfelder und Ministerialrat Dr. Fleischmann vom Reichserziehungsministerium. Bei diesem Empfang sind zugegen Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Eichholz und Oberstudienrat Dr. Patscheider.

In der anschliessenden Besprechung schildert Ministerialdirektor Dr. Hohlfelder die Eindrücke, die er während der kurzen Zeit seines Aufenthaltes in Krakau von dem Schulwesen des Generalgouvernements erhalten hat. Er habe, so führt er aus, Gelegenheit gehabt, an einer Arbeitsbesprechung der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht teilzunehmen, habe dort instruktive Berichte der Leiter der deutschen Oberschulen des Generalgouvernements vernommen und auf diesem Wege einen Ein-

29.1.44

druck von der Haltung, Gesinnung und dem Geiste dieser Schulmänner gewonnen, die auch für das Schulwesen des Reiches vorbildlich sein könnten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Eichholz, dass zur Zeit 10 Oberschulen im Generalgouvernement beständen mit je einer Parallelklasse für das humanistische Gymnasium.

Der Herr Generalgouverneur gibt in diesem Zusammenhang seinem Wunsche Ausdruck, dass auch im Generalgouvernement die humanistische Bildung nach Möglichkeit gefördert werde.

Ministerialdirektor Dr. Hohlfelder gibt dem Herrn Generalgouverneur dann einen Einblick in die gegenwärtigen Schulverhältnisse des Reiches, die zu mancherlei Beanstandungen Anlass gäben, und weist insbesondere darauf hin, dass angesichts der Heranziehung von Jugendlichen zum Flakhelferdienst drei Jahrgänge verloren gingen, was grosse Nachteile in erzieherischer Hinsicht zur Folge haben werde.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Dr. Eichholz, ihm eine Aufstellung darüber zu geben, was von den Schülern der höheren Schulen des Generalgouvernements an dienstlichen Verpflichtungen ausserhalb der Schule verlangt werde.

13⁰⁰ Mittagessen.

29.1.1944

14⁵⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus der Deutschen Jugend.

15¹⁰ Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an einer Tagung der Führer und Führerinnen der Hitlerjugend des Generalgouvernements. Anwesend sind weiter Hauptabschnittsleiter Stahl und Stabsführer Möckel.

Hauptbannführer Schimmelpfeng begrüßt den Herrn Generalgouverneur und den Stabsführer Möckel und dankt ihnen für ihren Besuch, der für die Führer und Führerinnen des Generalgouvernements eine große Auszeichnung bedeutete. Er weist dann auf die schwere Arbeit hin, die die Hitlerjugendführung im Generalgouvernement zu leisten habe, der sie sich aber voller Freude und voller Hingabe unterziehe, im Bewußtsein dessen, daß der Herr Generalgouverneur dem Jahre 1944 die Bezeichnung "Jahr des großen Mutes" gegeben habe. Der Reichsjugendführer habe der Jugendführung des Generalgouvernements als einem Teil der gesamten deutschen Hitlerjugend den stärksten Kriegseinsatz befohlen. Die Hitlerjugendführung des Generalgouvernements werde nicht ruhen und rasten, bis sie diesen Auftrag erfüllt habe.

Stabsführer Möckel gibt zunächst die Umbesetzung der Befehlsstelle der Hitlerjugendführung des Generalgouvernements bekannt, verabschiedet den zur Wehrmacht einberufenen Hauptbannführer Förschle und führt Hauptbannführer Schimmelpfeng in sein Amt als Leiter der Befehlsstelle ein. In längeren Ausführungen umreißt er dann die Aufgaben der Hitlerjugendführung im Generalgouvernement und gibt den Führern und Führerinnen der HJ. des Generalgouvernements Anweisungen für ihre weitere Arbeit.

29.1.1944

Der Herr Generalgouverneur richtet dann folgende Ansprache an die Führer und Führerinnen der Hitlerjugend des Generalgouvernements:

Ich habe schon Gelegenheit genommen, Sie, Parteigenosse Förschle, zu verabschieden und Sie, Parteigenosse Schimmelpfeng, in Ihr Amt einzuführen.

Ich glaube, daß die Hitlerjugend des Generalgouvernements Ihnen, Parteigenossen Möckel, den Eindruck gemacht hat, von dem Sie schon kurz gesprochen haben. Ich möchte als oberster Chef auch der staatlichen Dinge dieses Raumes erneut meiner großen Freude und Genugtuung über die wirklich hervorragende Anteilnahme der Jugend dieses Raumes an der Aufbauarbeit und den täglich dringender werdenden Belangen der Kriegsnöthigkeiten dieses Gebietes verleihen. Ich könnte mir die Arbeit in diesem Raum, insbesondere die Verstärkung des deutschen Elements, die Durchdringung dieses Gebietes mit deutscher Kultur- und nationaler Willensbewußtheit ohne die Hitlerjugend gar nicht mehr denken. In Sie, Führer und Führerinnen der Hitlerjugend dieses Raumes, setze ich in diesem Zeitpunkt deutscher Geschichte, in dem die letzten großen schweren, gewaltigen Schläge zu bestehen sind, zu denen ein in ohnmächtigem Grimm gegen uns antobender Feind ausholt, meine großen Hoffnungen. Ich möchte an Sie den feuerflammenden Appell zur Fortsetzung dieser segensreichen Arbeit richten. Seien Sie sich bis ins Mark Ihres Bewußtseins darüber klar, daß dieser geschichtliche Augenblick darüber entscheidet, ob das deutsche Volk als ein Teil Europas in der Geschichte weiter bestehen bleiben oder von wüthenden landgierigen Feinden bis in seine letzten Bestandteile zerbrochen werden soll.

29.1.1944

Es ist heute nicht der Augenblick, in dem wir über Folgen des Krieges und über Schwierigkeiten im einzelnen irgendwie besorgt nachzudenken haben. Es geht heute nicht darum, objektiv die Nachteile dieses oder jenes Verfahrens zu erwägen, sondern ausschließlich darum, durch Handeln, durch Aktivität, durch Kühnheit, durch Einsatzbereitschaft bis zum letzten mit der Not dieser Zeit siegreich fertig zu werden. Alles andere wird der durchgestandene Sieg wieder erreichen lassen.

Lassen Sie sich daher niemals durch etwas Negatives unterkriegen, niemals durch Sorgen, und seien sie noch so groß, durch Leidempfinden, sei es noch so erschütternd, von dieser klaren, eindeutigen inneren Markierung Ihres Lebensmarsches abbringen. Gerade Sie, meine jungen Kameraden und Kameradinnen, haben sich noch den frischen unverbrauchten Pulsschlag zu erhalten, der soviel des tröstlichen in sich trägt. In Ihnen soll das Ideal eines Glaubens leuchten. Seien Sie daher von mir gebeten, nicht mißmutig an dieser Erde Arbeit teilzunehmen. Es ist jetzt eine Zwischenzeit der Opfer, nach der die Jugend wieder zu ihrem Recht zurückzukehren vermag. Jetzt aber braucht das Vaterland diese Jugend mit allen Kräften, deren sie fähig ist.

Wir haben im Generalgouvernement besonders schwere Aufgaben. Die Front ist nicht weit entfernt von den Grenzen unseres Gebietes: während noch vor einem Jahre die Front 1400 Kilometer von der Ostgrenze des Generalgouvernements entfernt war, ist sie in den letzten Tagen bis auf 100 Kilometer herangekommen. Sie können daraus ersehen, wie sich in unserem geschichtlichen Raum die Probleme steigern und wie sehr ich daher

7

29.1.1944

auf die Mitarbeit und die eherne klare Entschlossenheit der wenigen deutschen Männer und Frauen in diesem Raum angewiesen bin, um diese Schwierigkeiten bestehen zu können.

Daß in diesem gefügten Problem selbstverständlich die Jugend mit ihrer Tatkraft voranzumarschieren hat, daß aus ihren Augen, ihrem Verhalten die ganz kalte sachliche Erkenntnis der Notwendigkeiten dieser Zeit ebenso erscheinen muß wie der unzerstörbare Glaube an den letzten Sieg, dessen sich immer bewußt zu sein ist Ihre deutsche Aufgabe im Generalgouvernement nicht anders als sonst im Reich. Daß Sie es hier, die Sie als deutsche Menschen im Generalgouvernement nur ein Prozent der Gesamtbevölkerung darstellen, mit einem Raume zu tun haben, der zu alledem noch das nationale Problem mit sich bringt, daß Sie als eine Handvoll Deutscher mit Millionen Fremdvölkischer zu ringen haben, darin liegt Ihre besondere Leistung. Daß Sie es in einem Gebiet tun müssen, in dem nur mit Zwang und unter äußerstem Druck die Sicherheit, die Ordnung, die Arbeitskraft und Arbeitslust einer mismutigen Bevölkerung in Gang gehalten werden können, das ist Ihr besonderer geschichtlicher Beitrag. Und so sind denn in den unvergleichbaren Verhältnissen dieses Gebietes auch unvergleichbar gesteigerte Energien notwendig. Ich vertraue aber voller Zuversicht auf Sie, meine Führer und Führerinnen der Hitlerjugend des Generalgouvernements.

Ich danke Ihnen, Parteigenosse Möckel, für Ihr Erscheinen. Uns freut ja immer diese enge persönliche Teilnahme, die die Zentralen des deutschen Organisationslebens uns zeigen. Nehmen Sie unsere besten Grüße an die Jugend des Deutschen Reiches in der Heimat mit!

29.1.1944

Mit dem von Hauptbannführer Schimmelpfeng ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer findet die Tagung ihren Abschluß.

16⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

22³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hauptbahnhof Krakau.

22⁴⁵ Abfahrt vom Hauptbahnhof Krakau in Richtung Lemberg.
In den fahrplanmäßigen D-Zug sind eingestellt:

1. der Salonwagen 1006, Insassen:
der Herr Generalgouverneur, Pressechef Gassner, Hauptsturmführer Pfaffenroth, Hilfsreferent Mohr und Polizeimeister Nickl
2. der Salonwagen 1001, Insassen:
SS-Obergruppenführer Koppe, Präsident Gerteis, Oberst Fischer und Oberstleutnant Dazur;
3. ein Personenwagen mit 25 Mann Bahnschutzpolizei Kommando Krakau.

23¹⁷ erfolgt bei Kilometer 22,3 eine dumpfe Detonation, herrührend von der Explosion eines elektrisch gezündeten Sprengkörpers, von dem 1 Meter Schienenstrang herausgerissen wird. Die Explosion erfolgt unmittelbar hinter der letzten Achse des Salonwagens 1006, der durch den Luftdruck hin- und hergeschüttelt wird. Der Salonwagen 1001 springt sofort aus den Schienen und bewegt sich auf dem Bahnkörper ebenso wie der nachfolgende Begleitwagen stoßend und holpernd weiter. Der

29.1.1944

Wagenmeister des Salonwagens 1006 zieht unmittelbar nach der Detonation die Notbremse, während der Lokomotivführer von sich aus den Zug sofort bremst und bei einer Geschwindigkeit von etwa 60 km auf eine Strecke von ca. 80 m zum Stehen bringt.

Zwei Bahnschutzangehörige, die sich auf der Lokomotive befinden, beobachten im Anschluß an die Detonation Mündungsfeuer von rechts und eröffnen mit ihren Maschinenpistolen sofort das Feuer. Nach Stillstand des Zuges verstärkt das Begleitkommando sofort ebenfalls mit Maschinengewehren das Feuer auf den rechts der Bahnstrecke liegenden Wald. Das Bahnschutzkommando einschließlich einer im letzten Wagen des Zuges befindlichen Zugwache von 10 Mann übernehmen sofort die Sicherung des Zuges und des Vorgeländes zu beiden Seiten der Bahnstrecke unter Führung des SS-Obergruppenführers Koppe.

Präsident Gerteis veranlaßt über die nächste Blockstelle die unverzügliche Aufnahme der Verbindung mit dem Hilfszug Krakau.

SS-Obergruppenführer Koppe führt die erste Untersuchung des Attentats durch und stellt dabei fest, daß die Sprengung mittels einer ca. 60 m langen Leitung mit Hilfe einer Taschenlampenbatterie vom Waldrand her ausgelöst worden ist.

Die Zugwache gibt an, etwa 3 bis 5 Personen am Waldrand erkannt und beschossen zu haben.]

Sonntag, den 30. Januar 1944

1³⁰ Der Hilfszug Krakau trifft an der Überfallstelle ein. Der restliche Zugteil, der auf den Schienen stehen-
geblieben ist, wird abgekoppelt und ein Schlafwagen
3.Klasse freigemacht. In diesen Schlafwagen begeben
sich der Herr Generalgouverneur und seine Begleiter.

3⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs und seiner Beglei-
tung nach Krakau.

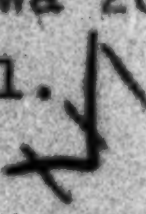
4⁰⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

Oberstleutnant von Dazur übernimmt es, für die
Beschaffung eines Flugzeuges Sorge zu tragen.

8⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Flugplatz
Krakau.

8³⁰ Abfahrt des Flugzeuges, einer Ju.52, vom Flugplatz
Krakau.

In der Begleitung des Herrn Generalgouverneurs
befinden sich Oberst Fischer, Oberstleutnant von Dazur,
Hauptabschnittsleiter Stahl, Pressechef Gassner und
SS-Hauptsturmführer Pfaffenfoth.

4
Angesichts des böigen Wetters beträgt die Flug-
höhe nur etwa 200 bis 300 m. Der Flug verläuft ohne
Zwischenfall. 

9⁴³ Landung des Flugzeuges auf dem Flughafen Lemberg. Dort
wird der Herr Generalgouverneur von Gouverneur
Dr. Wächter begrüßt und in seine Wohnung geleitet.

10³⁰ Bei dem Herrn Generalgouverneur meldet sich der Komman-
dierende General der Luftwaffe Vierling.

10⁵⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Städtischen
Theater Lemberg.

30.1.1944

11⁰⁰ G r o ß k u n d g e b u n g der Distriktsstandort-
führung Lemberg im Städtischen Schauspielhaus.

Eingeleitet wird die Kundgebung durch das Vorepiel
zu Richard Wagners "Rienzi", gespielt von einem
Musikkorps der Luftwaffe.

Nach einem gemeinsam gesungenen Lied und einem
vom Leiter der Abteilung Propaganda SA-Obersturmbann-
führer Verhouz gesprochenen Prolog eröffnet Gouverneur
Dr. Wächter als Distriktsstandortführer die Kundgebung.

Darauf ergreift der Herr Generalgouverneur
das Wort zu folgender Rede:

Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Deutsche Jugend!

Der 30. Januar 1944 erfüllt die Deutschen des
östlichsten Distrikts des Generalgouvernements mit be-
sonders tiefen Gedanken. Ein Jahr hat begonnen in
der Geschichte des Deutschen Reiches, ein Jahr in
dem größten Kriege der deutschen Geschichte, und dieses
Jahr 1944 - das ahnen wir alle - bringt die klare
Entscheidung. Es ist mir daher eine ganz besonders
freudig erfüllte Pflicht gewesen, zu Euch, Ihr Deutschen
des Distrikts Galizien, insbesondere der Stadt Lem-
berg, zu kommen, um Euch die Grüße des Reiches und des
Generalgouvernements zu übermitteln. Ihr, die Ihr
einmal die Brücke wart zwischen West und Ost und Ost und
West, Ihr seid nun wieder die Eckbastion geworden.
Ihr, die Ihr einmal Verbindungsland wart, seid in wei-
tem Umfang wieder eingerückt in die Position eines
der stärksten Glieder, die der Front, die schwer,
tapfer und unbesiegbar im Osten kämpft, Haltung und
Verbindung sichert und die dem deutschen Volk im
Deutschen Reiche zeigt, daß es unmöglich ist, daß Deut-
sche irgendwo in dem Raum, den uns der Heldenmut un-
serer Truppen erkämpft hat, jemals weichen. Was in

36.1.1944

diesem Jahre 1944 vor uns liegt, ist in einfachen Worten die Durchsetzung der Lebenskraft in letzter Potenz und in höchster Anspannung, die jemals auf dem deutschen Volk lagerte.

Wir haben am 30. Januar 1933 erlebt, daß unser Führer Adolf Hitler nach fast 14-jährigem Ringen zum Reichskanzler ernannt worden ist. Es gibt kein Datum in der ganzen Weltgeschichte, von dem eine solche monumentale Bedeutung ausstrahlt wie von diesem Tage. An diesem Tage richtete sich die revolutionäre Bewegung Adolf Hitlers sieghaft empor und erhob ihr Banner zum Reichssymbol. Adolf Hitler kam aus der Tiefe des Volkstums, aus der Tiefe der breiten Massen, aus der namenlosen Kraft des einfachen Volkes; er ist der Kündler der großen deutschen Geschichte, daß das ehrwürdige Greisenhaupt des unvergeßlichen Feldmarschalls und Reichspräsidenten von Hindenburg diesem Manne Adolf Hitler den Weg in die Freiheit des deutschen Volkes anvertraute. Welch' ein großartiger Gedanke, welch' ein Ineinanderflammen von gewaltigen Kraftströmen! Der ehrwürdige Sieger von Tannenberg, der in seiner Person die besten Eigenschaften deutschen Wesens: die Selbstlosigkeit, die Selbstdisziplin, die Treue zum Vaterland, die Hingabe an große Ideen einer Zeit, die soldatische Haltung repräsentierte, - Hindenburg, mit dessen Namen schon die gewaltige Kraft des Weltkrieges 1914/18 ein heroisches Symbol gefunden hatte, reicht die Hand dem im Weltkrieg völlig unbekannt kämpfenden einfachen Frontsoldaten Adolf Hitler. Es ist kein Wunder, daß dieses Ereignis schon aus seiner äußeren symbolhaften Kraft einen tiefen Eindruck auf unser Volk machte.

30.1.1944

Und dann begann mit dem 30. Januar 1933 dieser einzigartige Aufstieg unseres Volkes und Reiches aus der Knechtschaft von Versailles in die Freiheit der Selbstbestimmung unserer nationalen Belange. Wir haben diese Selbstbestimmung bekommen, weil die Millionen Gefallener des Weltkrieges nicht umsonst gefallen sein sollten. Sie gaben uns den Marschbefehl. Aus dem Verrat vom November 1918, der den Opfertod der deutschen Front damals so schmachvoll entstellte, wurde durch den Kampf der Bewegung die Wiederaufrichtung unserer Nation in Ehre und Freiheit.

Wo gibt es, ich frage Euch, in der Geschichte ein Beispiel dieser Art? Welches Volk hätte so eine schamerfüllte Tiefe und wenige Jahre darauf einen so einzigen Aufstieg zur Weltmacht erlebt? Wir haben allen Anlaß, am 30. Januar jedes Jahres das Haupt hochzutragen. Der deutsche Name hat in der Weltgeschichte ein großes Ordnungsfundament Europas geschaffen, das Reich. An diesem 30. Januar bekennen wir Deutsche, daß wir die Mission für Europa einer ganzen Welt gegenüber durchhalten werden.

(Lebhafter Beifall)

Das Reich hat ein ehrwürdiges Alter. Es ist nicht nur so ein Staat, wie es Hunderte von Staaten in der Weltgeschichte gibt, die da kommen und wieder vergehen; es ist nicht nur so ein Staat mit Regierung und Parlament, mit Revolutionen, Korruption usw.. Das Deutsche Reich hat sich schon vor tausend Jahren den Ehrentitel einer heiligen Institution gegeben, weil in diesem Deutschen Reiche allein das werden konnte, was heute die unvergleichliche Größe Europas ausmacht.

30.1.1944

Schauen wir daher an diesem 30. Januar in der Welt umher. Wer, welches Volk kann ein Reich sein Eigen nennen, wie wir es seit tausend Jahren anvertraut erhalten haben? Erheben wir uns am 30. Januar in unseren Gedanken zu dem gewaltigen Raum der deutschen Reichsgeschichte! Es war vor über tausend Jahren, daß diese europäischen Zonen, die völlig unkultiviert und mit weiten Urwäldern überzogen waren, durch arische Völker der Kultur erschlossen wurden, - Zonen, die nach Griechenland und Rom nun einer Neuordnung harreten und die damals schon die gleiche Grundformung aller Probleme hatten, wie wir sie heute haben: damals die Hunnen, später die Mongolen. Immer kam aus dem Osten über das Kulturland Europa als Zerstörer der Steppengeist. Immer drohte die Ebene, die alles gleichmacht, die jede Höhe stürzt, die jeden Dom bricht und jede Persönlichkeit in die Fläche der Gleichordnung einwalzen will. Diese Steppe der Masse, der Entpersönlichung, der Beraubung des Menschenglücks war immer unser Todfeind. Und wenn Europa bestand, wenn es bestehen wollte, dann war damals vor tausend Jahren die Gefahr nicht größer oder kleiner als heute.

Aber schon damals gab es nur ein Volk, das im Osten zurückschlagen konnte, und das waren wir. Damals klang in Europa der Name des ersten großen Gestalters, Karls des Großen, auf, ein unvergänglich gigantischer Name, den in die Sterne zu erheben wir Deutsche allen Anlaß haben. Er glättete die Wogen des Durcheinanders und ordnete das europäische Dasein zu fester Form. Und diese Form haben wir nun. Es ist heute nicht anders, deutsche Männer und Frauen Lembergs: wir können auf Karl den Großen zurückschauen und sagen: wir halten das Reich genau so wie du vor tausend Jahren. Und wir können daher auch diesen heutigen Tag des 30. Jan.

30.1.1944

mit dem Gedanken feiern, daß schon noch ganz etwas anderes kommen müßte als ein Partisanenhauptling à la Stalin, um dieses Reich in den Grund zu stoßen.

Wir sind uns klar darüber, daß in diesen tausend Jahren deutscher Reichsgeschichte immer wieder Krisen kamen, wenn das deutsche Volk einer typisch europäischen Sendung gegenüber gleichgültig wurde, wenn es zu sehr mit sich selbst beschäftigt war, wenn ihm Konfessionen, Stände, Klassen, Länder, Einzelmeinungen, Ritterschaften usw. wichtiger erschienen als das Reich. Die Weiterführung der deutschen Sendung aber gelang trotz aller Krisen, indem von Zeit zu Zeit, immer dann, wenn das Reich dem Abgrund entgensank, aus dem Volk der Mann kam, der das Panier des Reiches wieder aufrichtete und das ganze deutsche Volk wieder um sich und um die historische Sendung sammelte, dem Reiche selbst die Ordnung und das Leben und damit Europa das Rückgrat zu geben.

Wie war es denn? Nach der furchtbaren Katastrophe des 30-jährigen Krieges, zerfiel das Deutsche Reich in Hunderte und Aberhunderte kleiner souveräner Territorien. 368 Länder, Staaten, Städte, Fürstentümer, Bistümer usw. waren damals das Zusammenlegenspiel geworden, das man "Deutsches Reich" nannte. Das deutsche Volk, einmal führendes grandioses Werk einer Gemeinschaftshaltung sondergleichen, war nach dem Dreißigjährigen Krieg auf drei bis vier Millionen zusammengesunken. Ja, damals war man sich in Paris einig, daß das Deutsche Reich erledigt sei. Da entstand dieses grauenhaft tragische Wort "Das Heilige Römische Reich, daß Gott erbarm, sollte lieber heißen das Heilige Römische Arm". Dieses Reich wurde auch dann wieder gerettet und aufgerichtet, weil aus seiner

30.1.1944

Mitte, aus den Traditionen der Reichsidee heraus, die neuen Impulse der Gemeinschaftsbewußtheit aufstiegen. Es waren die großen Systeme, die das Reich aufgestellt hatte, und die zunächst beide nebeneinander hierliefen, die sich einander bekriegen mußten, dann auseinandergingen, um schließlich heute die endgültige Synthese zu finden. Ich meine jenen Aufstieg des soldatischen preußischen-brandenburgischen Kerna einer neuen Staats- und Reichsbewußtheit und zugleich das stolze traditionelle Festhalten an der Reichsgröße und den konservativen Werten des Reiches. Wir haben heute nicht zu richten über die inneren Auseinandersetzungen unseres Volkes. Aber es ist symbolhaft gewesen, daß sich Tradition und Revolution wertvollst vereinten, um das große Neue zu schaffen. So flossen schließlich die Linien, die einen Friedrich den Großen zu dem grandiosen Wiedererwecker des deutschen Heroismus machten, mit den konservativ-traditionellen Kulturelementen der alten süddeutschen Reiche zusammen. Und wir können nur sagen, daß auch Hindenburg und Adolf Hitler am 30. Januar die alte große Kombination herstellten und das Beste unserer Vergangenheit mit dem Unzerstörbaren unserer Zukunft nach göttlichem Willen glücklich vereinten.

Eine Rückschau auf dieses Jahrtausend deutscher Geschichte läßt uns die Wehmut deutschen Lebens ebenso empfinden wie die Freude. Die Weimarer Republik ist tot, und als Deutscher geboren zu werden ist wieder die höchste Auszeichnung, die der Herrgott auf dieser Erde verleihen kann.

(Lebhafter Beifall)

Wir wollen uns daher auch an diesem 30. Januar 1944 beugen vor den großen Mahnern der deutschen Geschichte.

30.1.1944

Als Adolf Hitler 1933 das unsagbar schwere Amt übernahm, dieses völlig in den Abgrund gewirtschaftete Reich nun auf eine neue Höhe zu bringen, hatte er nichts auf der Welt als sein deutsches Volk. Nehmt einen Atlas zur Hand, schaut eine Karte an, seht Euch die Position des Deutschen Reiches vom 30. Januar 1933 immer wieder an, seht, wie damals die Tschechoslowakei unseren Volkskörper entzwei riß, wie damals die Zwangsgrenzen von Versailles und St. Germain unsere deutsch-österreichischen Volksgenossen vom Heimatland gewaltsam abgetrennt hielten, wie damals Elsaß Lothringen den Franzosen gehörte, wie damals die polnische Grenze knapp 100 Kilometer östlich von Berlin gezogen, wie damals die deutsche Stadt Danzig uns genommen war. erinnert Euch der Zeit, als damals Deutschland 100 000 Mann Soldaten hatte und ringsum schwerst gerüstete Völker auf den Augenblick lauerten, erneut über uns herfallen zu können, als damals 7 1/2 Millionen Arbeitslose nicht einmal das tägliche Brot fanden, als die deutschen Bauern von Grund und Boden verjagt wurden. Denkt daran, wie an diesem 30. Januar 1933 die ganze Welt lachte über das Abenteuer dieses "Brauerei-Revolutionärs" Adolf Hitler, wie man ihn damals nannte, und wie damals so schmunzelnd die alterproben Weisen auch unseres Landes Adolf Hitler einige Wochen, höchstens ein Vierteljahr Zeit gaben, um sein ohnedies doch unmögliches Rezept in die Tat umzusetzen.

Ja, wenn wir von diesem 30. Januar 1933 nun immer wieder ausgehen, so können wir sagen: warum sind wir am 30. Januar 1944 in Lemberg, einer der Großstädte des Generalgouvernements, das unter der Souveränität Adolf Hitlers in diesem früheren Polen deutsche Ordnung gebracht hat? Das Deutsche Reich Adolf Hitlers

30.1.1944

scheut sich nicht, eine ganze Welt herausgefordert zu haben; denn diese ganze Welt war entschlossen, mit Deutschland Schluß zu machen.

Wenn wir nun auf den 30. Januar 1933 zurückschauen und dann hören würden: Ja, wir sind aber in einem furchtbaren Kriege, die Ostfront kämpft schwer, im Süden wird gekämpft, im Westen steht vielleicht eine neue Front bevor, jede Nacht kommen die feindlichen Flieger über unsere Städte, da willst du noch "Feierstunde" halten, wo wir die Not sehen? Dann sage ich Euch, deutsche Männer und Frauen: wir sehen nicht das, was jetzt tagelang an den Fronten oder in den Städten geschieht, sondern wir sehen hier das, was seit dem 30. Januar 1933 der deutsche Soldat Adolf Hitlers zu Deutschland hinzugefügt hat.

(Lebhafter Beifall)

Und wir müssen uns sagen: heute weht die Flagge des Reiches in Rom, Paris, Brüssel, Amsterdam, Oslo, Kopenhagen, in Warschau und Lemberg, in Triest, Bozen, Meran, Trient und in Prag. Und das weiß man: diese deutsche Flagge ist nicht aufgerichtet zum Vergnügen der Welt, sondern sie ist aufgerichtet, damit sie von uns unter dem Einsatz unserer letzten Kraft verteidigt wird. Denn alles wird geschehen, aber diese Flagge holt man nur nieder, wenn das deutsche Volk nicht mehr wäre.

Wir führen daher diesen Krieg schon in dem Bewußtsein und der Erkenntnis der Not, der Sorge und des entsetzlichen Leides, das über unser Volk gekommen ist, des furchtbaren Schmerzes, der Trauer, der Sorge, des Kummers, ja in einer verzweifelter Ohnmacht gegenüber dem zerstörenden Schicksal; aber alles dieses durchstrahlt die glaubens erfüllte Hoffnung auf die Kraft unseres unsterblichen Reiches. Möge in diesen

30.1.1944

Augenblick dieses Jahrtausendalte Bewußtsein auch über diesem Kreise leben! Mögen wir erkennen, daß wir, die wir mit unserem eigenen Leben nur einen kümmerlichen Ausschnitt der Geschichte unseres Volkes darstellen, doch die Tragbalken sind, über die hinweg unser Volk in die Zukunft schreitet. Es ist einfach, die Sorge in den Vordergrund zu rücken und grau in grau zu malen; es ist aber viel größer und auch viel richtiger, die Dinge des Reiches aus dem hohen Rahmen einer tausendjährigen Geschichte zu sehen.

Ich weiß, deutsche Männer und Frauen, daß Sie hier in Lemberg diesen Gedanken in sich tragen und daß zu Ihnen daher das deutsche Volk aufschauen kann. Und Sie, meine deutschen Männer und Frauen, werden hier auch das eine empfinden, daß dieses Reich den Namen des Mannes trägt, der es wieder emporgehoben hat, der wie ein Atlas eine ganze Welt auf seinem Rücken trägt: Adolf Hitler. Ich weiß, wie es heute vielen Tausenden schwer wird, in diesem idealen Bewußtsein zu verharren, wenn die Nöte des Tages kommen und uns in einen Strudel von Sorgen abzuziehen trachten. Wenn wir versagen, ist das kommende Jahrtausend unseres Reiches vielleicht verloren.

Wenn man nun sagt: war dieser Krieg notwendig, konnte man ihn nicht vermeiden? - dann bitte ich nur den Haß der Welt zu ermessen, der sich heute zeigt und der nicht erst im Kriege kam; - der Krieg war nur eine Auslösung eines bereits in der Welt vorhandenen antideutschen Handelns und Denkens. Ermessen Sie diesen Haß gegen unsere Kraft, unsere Ordnung, unsere Sauberkeit, unsere Gläubigkeit, gegen unsere Tüchtigkeit in der ganzen Welt, und fragen Sie sich, was aus

11

30.1.1944

unserem Volke geworden wäre, wenn dieser Haß hätte über einem ohnmächtigen Deutschland zusammenschlagen können, wenn Herr Stalin mit seinen Truppen über die Ostgrenze des Reiches in ein ohnmächtiges Land hätte hereinsbrechen können, wenn die Engländer, Franzosen und die Amerikaner uns von der Welt hätten abschnüren können in jeder nur denkbaren Weise, wenn selbst die Polen, die von Jahr zu Jahr stärker wurden, von heute auf morgen hätten in Berlin einbrechen können. Wäre dieser Krieg dem deutschen Volke leichter geworden? Nein! Dieser Krieg war unvermeidlich. Und nicht, weil das deutsche Volk nationalsozialistisch ist, kam der Krieg. Er wäre für uns so und so gekommen.

Ich kann Ihnen daher nur danken, daß Sie diese hohe Form des Verhaltens in den letzten schweren Monaten hier gezeigt haben. Sie haben sich würdig dieses großen Deutschen Reiches gezeigt, und ich bitte Sie, in dieser klaren Haltung fortzufahren, einträchtig zusammenzuwirken und jede Uniform, ganz gleich, welche, nur anzusehen als ein Symbol gemeinsamer Pflichten dem Vaterlande gegenüber. Schauen wir, daß die Fahne immer hoch aufgerichtet ist nach dem Osten. Wir werden, Mann für Mann, dieses Land verteidigen, und ich kann nur sagen, kein Feind wird mit der Waffe in der Hand dieses Land betreten. Das geloben wir.

Wir werden in diesem Kriege beharren auf Härte, Selbstsicherheit, Klarheit, Disziplin und nur vergleichbar sein der Besatzung eines großen Schiffes, das bestimmt ist, einen stolzen, tapferen Kurs zu steuern. Der Führer hat sein Vertrauen in die Verwaltung und Führung und in unsere gemeinsame Arbeit wiederholt deutlich ausgesprochen, insbesondere aber zum Ausdruck gebracht, daß er ohne Rücksicht auf die militärischen und Frontereignisse die Führung dieses

30.1.1944

Raumes den deutschen Männern und Frauen anvertraut hält, die vorher hier tätig waren. Es wird sich an diesem Regime nichts ändern. Es bleibt so, und so wird unmittelbar hinter der kämpfenden Front dann unsere Verwaltung, unsere Führung, unsere Bewegung stehen und Arm in Arm mit der Wehrmacht Ordnung, Freiheit und Sicherheit aufrecht erhalten.

Die gleiche Haltung, wie sie die Deutschen hier so vorbildlich zeigen, ist auch zu erwarten von der fremdvölkischen Bevölkerung dieses Distrikts. Sie, die Millionenmassen Ukrainer, wissen ja aus eigener Erfahrung, was ihnen droht, wenn jemals wieder der Bolschewik diesen Raum bekäme. Auch die fremdvölkische Bevölkerung hat tapferste Beweise ihrer Treue zum deutschen Regime in diesem Raum abgelegt, nicht nur durch die saubere Fortführung der Arbeit und der garadezu friedensmäßigen Ausgeglichenheit aller Ordnungsfunktionen, - sie hat sich auch zum Einsatz mit der Waffe zu Tausenden und Abertausenden an die deutsche Kampffront gemeldet. Das Deutsche Reich wird diesen Dienst der Ukrainer des Distrikts Galizien niemals vergessen, und es wird nur zum Vorteil für die kulturelle, soziale und nationale Entwicklung der Bevölkerung des Generalgouvernements sein, wenn diese Richtlinie bedingungslos eingehalten wird. Ich möchte Euch, meine lieben deutschen Männer und Frauen, bitten, bei allen Euren Sorgen und Nöten, bei alledem, was an Euch herantritt und was Euch trifft, an Adolf Hitler zu denken und daran, daß er nichts anderes will als seinem Volk Frieden, Freiheit und Brot erkämpfen und daß er die Lasten fast der ganzen Welt auf sich geladen hat.

Es ist jetzt in der Welt eine große Diskussion wegen Polen. Moskau, England, Amerika, die sogenannten Exilregierungen in London haben ein wildes Hin und Her begonnen, und es obliegt uns, die wir ja den Bart haben, um den die anderen streiten, zu diesem Problem ganz kurz Stellung zu nehmen.

30.1.1944

Es ist völlig uninteressant, welche Meinungsverschiedenheiten wohl zwischen Moskau und den Alliierten wegen der Exilregierung des früheren Polen und der West- und Ostgrenze einer in der Phantasie wiedererstehenden polnischen Republik bestehen. (Ich stelle fest, daß das polnische Problem für Europa mit der Übernahme der Führung dieses Raumes durch das siegreiche Deutschland für alle Zukunft gelöst ist.) Ich stelle weiter fest, daß die Souveränität über diesen Raum bei Adolf Hitler, dem Führer des Großdeutschen Reiches, liegt und daß in seinem Namen durch die im Generalgouvernement eingesetzten Obrigkeiten dem großen Millionenbereich der arbeitenden Massen der polnischen Bevölkerung jede soziale Befreiung zuteil wurde, auf die sie unter dem Mißregiment ihrer eigenen Herrschaftsgeschlechter und Herrschaftskasten seit vielen Jahrhunderten wartete. Das deutsche Regime in diesem Raum hat den Millionen anständiger Bauern, Bürger und Arbeiter polnischer Nationalität im Frieden das Leben gesichert, Wohnstätten errichtet, Kultur und Kirchen sichergestellt und ein Einkommen gewährleistet, das bis zur Übernahme der Führung dieses Raumes durch Deutschland hier noch niemals vorhanden war.] Der polnische Bauer und der polnische Arbeiter waren die geknechtetsten und mißbrauchtesten Lebewesen, die es auf dieser Welt in diesem Maße nur noch im bolschewistischen Rußland gab.

Wir haben allen diesen Menschen Freiheit und Brot gebracht. Ich weiß, daß die Millionenmasse dieser Bauern und Arbeiter die deutsche Führung in jedem Falle der bolschewistischen Versklavung vorzieht.

30.1.1944

Aus diesen Elementen,

1. dem deutschen Sieg im Jahre 1939,
2. der notwendigen Lösung der sozialen Probleme in diesem Raum,
3. der völligen Ungeeignetheit der Polen, sich selbst eine friedensgarantierende Regierung zu geben,
4. der völligen Uneinigkeit aller unserer Feinde auf diesem Boden,

ergibt sich nur noch eine Feststellung: England ist in diesen Krieg eingetreten, um den Korridor und Danzig für Polen zu retten. Heute verlangt England für Polen den Verzicht auf die Hälfte seines damaligen Landes. Hieraus ergibt sich die Schlußfolgerung von selbst: das Deutsche Reich, in seiner Geschichte der unantastbare Garant des europäischen Friedens und der europäischen Größe, heißt die fremdvölkischen Bürger dieses Landes als seine Schutzbefohlenen willkommen in seinem Machtbereich. Wir sind entschlossen, das Deutsche Reich hier zu vertreten und für alle Zukunft diesem Teil Europas die Möglichkeit zu geben, in Europa hineinzuwachsen. Es ist daher klar, meine deutschen Männer und Frauen, daß angesichts des Ergebnisses der Geschichte das Deutsche Reich auch diesen Raum niemals mehr aus seiner Schutzbezogenheit entlassen wird. Die deutsche Flagge in Lemberg, Warschau, Radom, Krakau und Lublin bleibt für alle Zukunft bestehen.

Der 30. Januar 1944 hat uns zu dieser festlichen Stunde vereint. Ich danke Euch, Ihr Männer und Frauen, für die Teilnahme an dieser heutigen Kundgebung. Ich danke Euch für Euer Verhalten in diesen Monaten und Wochen. Ich möchte Euch aber, wenn ich von Euch nun die größte Tapferkeit, den größten Mut und den unbändigsten Glauben an den Führer und seinen Sieg

30.1.1944

erbitte, auch immer wieder auf das hingewiesen haben, was jeder einzelne von Euch erlebt hat und erleben könnte.

Wir Deutschen haben, auf diesem großen Abschnitt unserer Geschichte angelangt, nunmehr alles gemeinsam, was äußere Güter des Lebens bedeuten. Es kann in diesem Kriege nicht mehr darum gehen, ob der eine oder andere einen Vorrang, ein Vorrecht für sich allein behielte. Wir alle haben unser Glück, unseren Glauben, unsere ganze Lebenskraft einem großen Werk dieser Erde verschrieben, auf das wir des ewigen Gottes Segen herabflehen, dem Heiligen Deutschen Reich.
(Anhaltender stürmischer Beifall)

30.1.1944

12³⁰ Gemeinsames Mittagessen im Distriktskasino.

┌ 13¹⁵ Kundgebung der ukrainischen Bevölkerung vor dem
Distriktsgebäude.

Während die Kolonnen der ukrainischen Kundgebungsteilnehmer auf dem Platz vor dem Distriktsgebäude Aufstellung nehmen, empfängt im großen Audienssaal dieses Gebäudes der Herr Generalgouverneur, umgeben von seinem Gefolge, von den Vertretern der Distriktsbehörden mit Gouverneur Dr. Wächter an der Spitze und in Gegenwart von Vertretern der Partei und der Wehrmacht eine Abordnung des ukrainischen Volkes.

Nachdem die Töne eines ukrainischen Volksliedes, vorgetragen von dem Leontowicz-Chor, verklungen sind, wendet sich der Vorsitzende des Lemberger ukrainischen Hilfskomitees Dr. Pankiwski mit folgenden Worten an den Herrn Generalgouverneur:

Herr Generalgouverneur! Am heutigen Jahrestage der Machtübernahme durch den Führer sind Sie nach Lemberg gekommen, um mit Ihrer Person diesen Tag seine Weihe zu geben. Die Vertreter aller Schichten des ukrainischen Volkes Galiziens sind hier erschienen, um Ihnen auch an diesem denkwürdigen Tage unsere Bereitwilligkeit zur Mitarbeit und zum Mitkampf zum Ausdruck zu bringen. Wir hoffen, daß das fünfte Kriegsjahr das Jahr der Entscheidung in diesem Kriege sein wird. Wir sind bereit, alle unsere Kräfte zur Erfüllung unserer Aufgaben sowohl auf dem Gebiete der Ernährung und Arbeit wie auch auf anderen Gebieten einzusetzen.

30.1.1944

Wir Ukrainer Galiziens haben die bolschewistischen Greuel erlebt und wissen, was die bolschewistische Herrschaft bedeutet. Deshalb haben wir unsere Söhne und Männer gern zur Waffen-SS aufgerufen. Wir sind auch überzeugt, daß sie unserer Väter Tradition in Ehre und Pflicht tapfer folgen werden.

Wir freuen uns, Herr Generalgouverneur, Sie hier begrüßen zu können. Zugleich danken wir Ihnen für Ihr großzügiges Verständnis und Entgegenkommen für unsere nationalen Belange, welches Sie uns ungeachtet der schweren Kriegsverhältnisse immer gezeigt haben.]

Herr Generalgouverneur, berichten Sie dem Führer, daß das ukrainische Volk Galiziens unerschütterlich in den Reihen der Völker steht, welche unter seiner Führung Europa vor der bolschewistischen Überflut verteidigen, um in gemeinsamem Kampf den Endsieg zu erringen.

Eine Vertreterin der ukrainischen Frauen, Frau Hatschkiewitsch, als Mutter eines Angehörigen der SS-Schützendivision Galizien, richtet folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:

Herr Generalgouverneur! Es sei auch mir gestattet, Sie in Lemberg im Namen der ukrainischen Frauenorganisation zu begrüßen. Wir sind uns dessen bewußt, daß der gegenwärtige Zeitpunkt des größten und härtesten Ringens der Deutschen und der mit ihnen verbündeten Truppen gegen die bolschewistische Walze uns allen besonders schwere Aufgaben und Pflichten auferlegten. Wir freuen uns, daß auch wir, die ukrainischen Frauen, diesen Pflichten nachkommen können. Ganz gleich, ob wir es nun als Frauen von

30.1.1944

Bauern, von Handwerkern oder Soldaten tun, überall wollen wir unseren Männern zur Seite stehen oder sie vertreten, um ihnen ihren schweren Dienst zu erleichtern. Als Mütter und Frauen von Freiwilligen, die in die SS-Schützendivision Galizien eingetreten sind, sind wir stolz darauf, daß es unseren Söhnen und Männern möglich ist, in den Reihen der besten Armee der Welt für die Freiheit unseres Volkes und für die europäische Kultur zu kämpfen. Wir glauben fest daran, daß unsere Söhne und Männer heldenhaften Beispielen früheren Generationen folgen und tapfer kämpfen werden, bis der endgültige Sieg errungen ist.

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:]

Ich danke Ihnen außerordentlich für die große Ehrung, die Sie mir persönlich heute hier bereitet haben. Ich freue mich darüber umso mehr, als aus den Worten, die ich hier vernommen habe, aus dem schönen ukrainischen Volkssoldatenlied, aus der Begrüßung durch die Menge eine innige seelisch-geistige Bezogenheit zu dem Gedenktag aufleuchtet, den wir heute feiern: am 30. Januar 1933 hat Adolf Hitler die Würde eines Kanzlers des Deutschen Reiches erhalten, und an diesem Tage beginnt in Europa eine neue Entwicklung.

⌈ Auch der Umstand, daß die Ukrainer dieses Raumes, die damals unter dem furchtbaren Terror der polnischen sogenannten Pazifizierungsmethode zu leiden hatten, heute aber ukrainische Schulen, ukrainische Trachten, ukrainische Kirchen haben, die ukrainische Sprache und Kunst pflegen können, - auch dieser Umstand hängt immer innerlich damit zusammen, daß

30.1.1944.

am 30. Januar 1933 der größte Mann der deutschen Geschichte die Führung des Deutschen Reiches übernahm.

Sie haben schwere Jahre des Leides sowohl in Polen als auch in der Sowjetunion hinter sich. Was geschehen konnte, Sie wieder zu dem Glück des Lebens zurückzuführen, das ist wirklich geschehen, wenn Sie dabei bedenken, welche Schwierigkeiten dieser Krieg für das deutsche Volk mit sich bringt. Ich bin mir mit meinen Herren der Regierung wie des Distrikts der Verantwortung bewußt, die wir einem so braven, so tüchtigen, so tapferen und so kulturreichen Volke wie dem ukrainischen gegenüber im Rahmen europäischer Verpflichtung zu tragen haben. Sie sollen in dem Gedanken, daß Ihre größere Zugehörigkeit zum Reiche Adolf Hitlers für Sie gegeben ist, eine Freude finden, und Sie sollen wissen, daß es eine der heiligen Aufgaben ist, die wir uns gestellt haben, Ihnen, Ihren Familien und Ihren Kindern eine glückliche Zukunft im engen Zusammenhang des Großdeutschen Reiches zu geben.

Die Arbeitsleistungen der ukrainischen Bevölkerung im ganzen Generalgouvernement sind hervorragend. Was Ihre Bauern und Bäuerinnen leisten, gehört dem großen stolzen Kapitel der Agrargeschichte dieses Raumes an.

Daß Sie nun aber auch noch Ihre Söhne und Männer für die kämpfende Truppe dem deutschen Volke zur Verfügung stellen, das gibt erst dieser Gemeinsamkeit unserer Arbeit die Weihe. Entsprechend der heroischen Tradition des ukrainischen Volkstums haben sich tapfere ukrainische Männer in die Reihen der deutschen Waffen-SS und damit der deutschen Wehrmacht eingereiht. Ich hoffe, daß das, was Sie eben sagten,

30.1.1944

eintreten wird. Ich weiß auch, daß es geschehen wird, daß diese Männer als treue ukrainische Volkzugehörige und zugleich als tapfere deutsche Soldaten ihre Pflicht erfüllen werden.

Ich möchte Ihnen meinen Dank aussprechen und gleichzeitig die Versicherung geben, daß ich, die Herren meiner Regierung und die Herren des Distrikts alles tun werden, um in diesem Sinne auch dem ukrainischen Volke des Generalgouvernements eine glückliche Zukunft zu bereiten.

Im übrigen liegt das Schicksal aller Menschen bei Gott. Er wägt die guten und die schlechten Handlungen. Er hat Ihr Volk durch Not und Sorge, durch Nacht und Grauen zu Europas Licht zurückgeführt. Er verlangt jetzt von dem deutschen Volk die größten Opfer im Kampf gegen den Bolschewismus. Es ist für uns klar, daß Adolf Hitler der Vollstrecker einer wahrhaft hohen Schicksalsmission für Europa ist. An ihn zu glauben, ihm den Sieg zu wünschen, ihm zu helfen, daß er siegt, heißt auch für die Ukrainer dem eigenen nationalen Vorteil sich verschreiben.

Der Bolschewismus wird nicht siegen; siegen wird Europa, siegen wird Deutschland. Und hier wird niemals wieder die bolschewistische Armee einmarschieren; seien Sie dessen überzeugt. Des zum Zeichen bin ich heute hier, um auch Euch für Euer Ausharren und Eure Tapferkeit zu danken, Euch aufzurichten in dem stolzen, europäischen Gemeinschaftsbewußtsein: Wie unsere Väter gekämpft haben, so werden auch wir den Kampf gegen die Verderber Europas bestehen. Das Glück Deutschlands ist das Glück der Ukrainer; das Glück der Ukrainer ist das Glück Deutschlands; - das wird uns für alle Zukunft verbunden halten.

30.1.1944

Den Worten des Herrn Generalgouverneurs folgt eine weitere Darbietung des ukrainischen Volkschörs.

Dann tritt der Herr Generalgouverneur in Begleitung dreier ukrainischer Mädchen in farbfrohen Volkstrachten auf den Balkon des Distriktsgebäudes. Auf die stürmischen Heilrufe der zahlreichen Ukrainer erwidert ^{er} mit einer kurzen Ansprache, in der er etwa sagt:

Deutschlands Glück ist auch das Glück Europas und damit das Glück der Ukrainer; der Ukrainer Glück aber ist auch das Glück Deutschlands. Hier in diesem Gebiet könnt Ihr ruhig leben und arbeiten, könnt Ihr ruhig der Zukunft entgegenblicken im Glauben an ein besseres Schicksal. Ich will es Euch sagen, daß man in Deutschland weiß, welch' arbeitsames, ehrliches, treues und tapferes Volk die Ukrainer sind. Wir haben uns hier versammelt, um gemeinsam dem Führer zu huldigen, der der Bürge unseres Glückes ist. So, wie ich jetzt die Hand dieser jungen Angehörigen Ihres Volkes drücke, reicht Deutschland den Ukrainern die Hand. Gemeinsam mit Euch wollen wir in eine glücklichere Zukunft Europas schreiten.

Nach diesen Worten bringt die Menge dem Herrn Generalgouverneur begeisterte Huldigungen dar.

14³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Wohnung des Gouverneurs Dr. Wächter.

17⁰⁰ T e e - Empfang mit einer ukrainischen Abordnung im Hause des Gouverneurs Dr. Wächter.

30.1.1944

18²⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Opernhause.

18³⁰ Aufführung der Oper "Aida" von Verdi.

Anschließend Abendessen bei Stadthauptmann
Dr. Höller.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
im Hause des Gouverneurs Dr. Wächter.)

Montag, den 31. Februar 1944

- 9⁰⁰ Rückflug des Herrn Generalgouverneurs vom Flugplatz Lemberg mit der gleichen Maschine wie am Vortage. - Der Flug verläuft ohne Zwischenfall.
- 10⁴⁵ Landung des Flugzeuges auf dem Flugplatz Krakau. - Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.
- 12⁴⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberst der Flieger Sachs und Oberstleutnant der Flieger Meißner.
Oberst Sachs meldet dem Herrn Generalgouverneur seine Versetzung in eine andere Dienststellung, Oberstleutnant Meißner seinen Dienstantritt als Generalstabschef des Luftgaukommandos VIII.
- 13⁰⁰ M i t t a g e s s e n , an dem General Sommé, Oberst Sachs, Oberstleutnant Meißner und die Besatzung des Flugzeuges teilnehmen.
- 15³⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Dienstag, den 1. Februar 1944

16¹⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt Direktor Stefan Keith und Stabsfeldwebel Geber.

Stabsfeldwebel Geber berichtet dem Herrn Generalgouverneur die genauen Einzelheiten des Heldentodes des Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs, Kammergerichtsrats und Leutnants Dr. Franz Keith. Anhand einer mitgebrachten Karte erklärt Geber die Stellung der Kampfgruppe, bei der Leutnant Keith am 24. Januar gefallen ist.

Die aus 500 Mann bestehende Kampfgruppe, zu der das Bataillon infolge seiner großen Ausfälle durch Eingliederung der Angehörigen des Trosses zusammengestellt war, habe bei Konstantinowka, etwa 35 km von Kalinowka-Winniza entfernt, eine Front von mehreren Kilometern als Flügelsicherung für 4 von rechts angreifende deutsche Divisionen halten müssen. Am Tage vorher habe die Kampfgruppe bereits starke Angriffe der Russen abzuwehren gehabt und dabei in starkem Artillerie- und Granatwerferfeuer gelegen. Die Stellung habe aber unbedingt gehalten werden müssen, um den Vormarsch der 4 Divisionen zu ermöglichen.

Leutnant Keith habe bei den infolge der feindlichen Übermacht eintretenden Verlusten das Gefühl gehabt, schon die Nacht vorher nicht mehr zu überleben. Sie wären beide befreundet gewesen und hätten sich gegenseitig das Versprechen gegeben, die Angehörigen zu benachrichtigen, falls ihnen etwas zustoßen sollte.

Am Morgen des 24. Januars sei die Meldung vom Einsatz russischer Panzer gekommen. 18 russische Panzer rollten auf die Kampfgruppe zu. Leutnant Keith habe gerufen: "Los, Panzer!", habe eine

1.2.1944

Faustgranate ergriffen und auf einen Panzer angelegt. Im Moment des Absiehens müsse vor Leutnant Keith in ungefähr 2 m Abstand eine russische Pak-Granate eingeschlagen und an seinem Oberarm in Schulterhöhe krepirt sein. Er selber habe das nicht genau beobachten können, da er nach links auf einen anderen Panzer geschossen habe. Leutnant Keith habe gerufen: "Emil, hilf mir, denk' an Dein Versprechen!" und sei sofort verblutet. Wegen starken Artilleriefeuers hätten sie den Toten nicht wegschaffen, sondern nur in den Graben legen können. Am Abend sei die Leiche nach Kalinowka gebracht worden, wo am dortigen Heldenfriedhof im Gelände der Kirche am 26. Januar unter militärischen Ehren die Beisetzung stattgefunden habe. Leutnant Keith sei in Uniform in einen Sarg gelegt und neben Hauptmann Ebert, der vorher das Bataillon geführt und am gleichen Tage gefallen sei, beerdigt worden. Das Grab sei kenntlich gemacht und Bilder von der Beisetzung und vom Grab selbst aufgenommen worden.

Der Herr Generalgouverneur widmet dem Gefallenen ehrende Worte; er sei ein prachtvoller Mensch gewesen, der im Generalgouvernement große Aufbauarbeit geleistet habe. Am kommenden Donnerstag finde für ihn in Anwesenheit aller Gefolgschaftsmitglieder und vieler Vertreter der Regierung des Generalgouvernements auf der Burg eine Trauerfeier statt.

Dem Bruder des Gefallenen Herrn Stefan Keith verspricht der Herr Generalgouverneur, alle persönlichen Fragen, die durch den Tod Dr. Keiths aufgetaucht seien, wie Weiterbenutzung der Wohnung auf der Burg durch die Hinterbliebenen im günstigen Sinne zu regeln. Das sei ihm selbstverständliche Ehrenpflicht.

1.2.1944

Der Herr Generalgouverneur läßt sich dann von Stabsfeldwebel Geber eingehenden Bericht über die Verhältnisse am Frontabschnitt, an dem Leutnant Keith eingesetzt war, erstatten.

16⁵⁵ Besprechung mit Staatssekretär a.D. Dr. Mühlmann und Architekt von Palésieux in Anwesenheit des Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs Dr. Weidinger.

Thema der Besprechung ist der Stand der Übergabeverhandlungen der Kunstschatze des Generalgouvernements durch das Amt für die Pflege alter Kunst in den Gewahrsam der Burg zu Händen des Architekten von Palésieux.

Herr von Palésieux berichtet, daß alle durch das Amt für die Pflege alter Kunst listenmäßig erfaßten Kunstschatze übergeben seien bis auf die, die sich zur Zeit noch in Berlin und Wien befänden. Unter anderen seien dies der Marienaltar, ein Brief und eine Zeitung von Veit Stoß (Nürnberg und Reichskanzlei) und ein Wateau im Besitz des Reichsmarschalls. Auch ein großer Teil des Museums von Warschau sei nicht aufzufinden. Im ganzen handle es sich um ca. 296 Stück. Auf der anderen Seite seien aber auch Sachen vorhanden, die gar nicht erfaßt gewesen seien.

Staatssekretär Dr. Mühlmann erklärt, daß vor dem Tätigwerden des Amtes ein großes Chaos geherrscht habe und damals sicherlich verschiedene Kunstgegenstände unkontrollierbar verschwunden seien. Dekorative Stücke habe man auf Weisung des Herrn Generalgouverneurs auch für die repräsentativen Bauten des Generalgouvernements verwendet.

1.2.1944

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß er eine solche Weisung nicht gegeben habe. Wenn alte Kunstgegenstände in den Bauten des Generalgouvernements vorhanden seien, müßten darüber doch sicherlich die Architekten Bescheid wissen. Auch müsse ein Verzeichnis der im Reich befindlichen Leihgaben existieren.

Im Übrigen sollten nun die Übergabeverhandlungen in naher Zukunft beendet werden, damit er Staatssekretär Mühlmann in einem feierlichen Akt Entlastung erteilen könne.

Staatssekretär Dr. Mühlmann erklärt, daß dieser Akt in zwei bis drei Wochen stattfinden könne.

1.2.1944

17¹⁰ Besprechung mit dem Chef der Kanzlei Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger, Architekt von Palézieux und SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth.

Der Herr Generalgouverneur gibt die Weisung, daß an seine Familienangehörigen von der Lagerverwaltung der Burg nichts mehr ausgegeben werden darf, es sei denn mit seiner schriftlichen Genehmigung. Das Gleiche gelte für die Anforderung eines Wagens für eine Fahrt von Kressendorf nach Krakau oder umgekehrt durch ein Mitglied seiner Familie.

17⁵⁰ Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und SS-Obergruppenführer Koppe.

18⁰⁰ Arbeitsbesprechung im Königssaal der Burg.

Anwesend sind: die Staatssekretäre Dr. Bühler, Koppe und Dr. Boepple, Hauptabschnittsleiter Stahl, die Präsidenten Gerteis, Naumann, Emmerich, Senkowski und Ohlenbusch, Regierungskommissar Dr. Heuber, Oberst Fischer und Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Besprechung mit folgenden Worten:!

Meine Herren! Ich habe heute das Bedürfnis, einmal in einem kleineren Kreis der wichtigsten Mitarbeiter des Generalgouvernements einige Fragen zu besprechen, die mir vordringlich erscheinen; ich will also heute keine offizielle Regierungs- oder Hauptabteilungsleitersitzung abhalten. Ich habe darum für die heutige Besprechung auch keine Tagesordnung aufgestellt. Die außerordentliche Zeit und die Ereignisse, die jeder Tag mit sich bringt, sind derart, daß ich das Bedürfnis habe, Sie ab und zu bei mir zu sehen, um mit Ihnen eine Plauderstunde abzuhalten

1.2.1944

Über das, was Sie und mich bewegt. Es ist klar, daß die Verhältnisse, die sich jetzt ungeheuer zuspitzen, gerade für uns im Generalgouvernement außerordentliche Auswirkungen haben; es ist weiterhin klar, daß diese Auswirkungen vor allem darauf zurückzuführen sind, daß in weiten Zonen der Reichsverwaltung eine gewisse Nervosität Platz gegriffen hat, von der man manchmal den Eindruck hat, daß sie die Dinge hingeleiten läßt, ohne sich noch um Details zu kümmern.

Unter schwierigsten Umständen ist es geglückt, die - ich möchte fast sagen - rein persönliche Seite des Generalgouvernements zu überwinden. Durch die Berufung des Parteigenossen Koppe, durch meine Aussprache mit Reichsführer SS Himmler und neuerdings mit Reichsleiter Bormann sind diese Fragen restlos bereinigt. Alle diese Kampffelder existieren nicht mehr, und es hat sich eine Welle wohlwollender Zusammenarbeit herausgebildet. Dies war aber auch der letztmögliche Zeitpunkt.]

Jeder Einzelne von uns hat heute neben seinen privaten Sorgen auch seine amtlichen Sorgen. Ich möchte die heutige Aussprache dazu benutzen, um jedem der Herren Gelegenheit zu geben, hier auch seine Überlegungen für die zukünftige Arbeit darzulegen.

Präsident Ohlenbusch schildert zunächst die Angst der Polen beim Vordringen der Bolschewisten. Die Wehrmachtsberichte der letzten Tage hätten dann eine gewisse Beruhigung in die polnische Bevölkerung gebracht. Die Polen seien sich über die vom Führer

1.2.1944

in seiner letzten Rede aufgezeigte Alternative - entweder unter den Deutschen leben oder unter den Bolschewisten sterben - klar.

Präsident Ohlenbusch liest zum Beweis dieser Behauptung verschiedene Berichte aus den einzelnen Teilen des Generalgouvernements vor, die die Haltung der polnischen Bevölkerung dokumentieren. So habe z.B. die polnische nationale Widerstandsbewegung am Grabe eines von bolschewistischen Banden ermordeten Deutschen einen Kranz mit der Aufschrift niedergelegt: "Gefallen im Kampf gegen den gemeinsamen Feind".

Die Tätigkeit der nationalen Widerstandsbewegung gehe in der letzten Zeit gegenüber der der bolschewistischen zurück. In der letzten Zeit würden auffallend viel Überfälle auf Autos ausgeführt, die nach einigen Tagen wieder zurück-erstattet würden. Allem Anschein nach benütze die Widerstandsbewegung diese Wagen zu Kurierdiensten.

Die antibolschewistische Stimmung der polnischen Bevölkerung sei weiterhin sehr stark. Als Zeugnis dafür könnten die vielen Aufschriften in Warschau angeführt werden, auf denen Parolen wie: "Wir werden den polnischen Osten niemals abtreten" oder: "Einigkeit macht stark" zu lesen seien.

Die kommunistische Propaganda auf den Dörfern nehme ständig zu. Die Banden umstellten ein Dorf und holten alle Bewohner auf einen Platz zusammen, wo dann Agitationsredner ihre Tätigkeit ausübten. Dabei vermieden die Banden jeglichen Übergriff am Eigentum der Bevölkerung.

1.2.1944

Die illegale Flugblattpropaganda steige ständig, die Flugblätter seien von allen möglichen Parteien unterzeichnet. Präsident Ohlenbusch gibt den Text einiger Flugblätter bekannt.

Die polnische Bevölkerung werde durch die deutsche antibolschewistische Propaganda fortgesetzt und wirkungsvoll beeinflusst. Diese Propaganda sei von ihm durch die sogenannte geheime Aktion B verstärkt worden, bei der der Versuch gemacht werde, unter Einschaltung der Rüstungs- und Zivilbetriebe in den Betrieben Gefolgschaftsappelle abzuhalten, bei diesen durch die deutschen Betriebsführer einen Jahresrückblick geben zu lassen, den Dank für die geleistete Arbeit abzustatten und darüber hinaus zur weiteren treuen Mitarbeit für 1944 aufzurufen und von den polnischen Arbeitern Resolutionen gegen den Bolschewismus spontan herbeizuführen. Diese Aktion sei eingehend abgesprochen mit Oberführer Bierkamp, auch Obergruppenführer Koppe und Staatssekretär Dr. Bühler seien unterrichtet. Die Aktion und vor allem ihre praktische Durchführung habe er mit den Präsidenten Naumann und Struve und Bereichsleiter Stahr abgesprochen. Eine Voraktion in Warschau habe verblüffende Ergebnisse erzielt und er zweifle auch nicht am Erfolg der gestarteten Aktion.

Staatssekretär Koppe spricht davon, daß man sich hüten müsse, dem Ganzen Schriftform zu geben, denn jeder würde sagen, die Polen seien zur Abgabe ihrer Unterschrift gezwungen worden. Man müsse sich überhaupt hüten, im jetzigen Augenblick die Leistungen des polnischen Arbeiters allzu sehr zu besingen.

1.2.1944

Präsident Gerteis legt noch einmal die bereits Präsident Ohlenbusch gegenüber geäußerten Bedenken für ein Gelingen dieser Aktion dar. Von den über 1000 Betriebsführern der Ostbahn sei nur ein kleiner Teil als Redner geeignet, während die übrigen zur Abhaltung von Betriebsversammlungen nicht das nötige Rüstzeug besäßen.

Präsident Ohlenbusch bezeichnet die Aktion als wohlüberlegt und vorbereitet und glaubt an einen Erfolg. - Als Pläne für die Zukunft bezeichnet er die Veranstaltung von Fabrikkonzerten, Film- und Rundfunkreportagen mit einer Hervorhebung der guten Leistungen des polnischen Arbeiters, Reportagen aus Werkstätten und Fachschulen über Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, Wohltätigkeitsveranstaltungen in der polnischen Bevölkerung für Flüchtlinge aus dem Osten, Indienststellung der polnischen Schulen zur Agitation gegen den Bolschewismus, Durchführung einer Schallplattenaktion für die polnischen Arbeiter im Reich, Aufführungen polnischer Varietees in den Betrieben, Gründung einer antibolschewistischen Liga und Gründung einer antibolschewistischen Wochenzeitung.

Präsident Dr. Emmerich führt aus, daß die Wirtschaft des Generalgouvernements in zunehmendem Maße im Zeichen der Doppelfunktion, die das Generalgouvernement zur Zeit erfülle, stehe in dem Sinne, daß sie auf der einen Seite vom Reich voll in Anspruch genommen werde und auf der anderen Seite von ihr zunächst unmittelbare Frontdienste verlangt würden. Es herrsche bis zu einem gewissen Grade ein Wettbewerb um die Wirtschaftskraft des Generalgouvernements, wobei sich die verschiedenen Organisationsträger keineswegs über den zu beschreitenden Weg im klaren seien: auf der einen Seite bestehe die Parole, daß das Generalgouvernement für die Rüstung arbeiten müsse, auf der

1.2.1944

anderen Seite herrsche das Bestreben, das Generalgouvernement rücksichtslos für die Bedürfnisse der Front in Anspruch zu nehmen. Es bestünden zwar alle Ansätze für eine Einigung dieser beiden Richtungen, jedoch fehle nach seiner Meinung hinsichtlich des Abstimmens dieser Dinge eine einheitliche Befehlsstelle, da der Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement gegenüber den Ansprüchen der Heeresgruppen nicht ohne weiteres das letzte Wort sprechen könne. Es fehle zwar nicht der gute Wille, sondern es erwiesen sich gewisse starre Richtlinien als sehr hinderlich. Eine bestimmte Wehrmachtsformation teile z.B. die Landkarte in gewisse parallele Streifen auf und beanspruche für sich ein bestimmtes Hinterland ohne Rücksicht darauf, ob nun die in diesem Streifen liegenden Betriebe zweckmäßigerweise nicht besser für etwas anderes eingesetzt werden könnten.

Die durch diese starren Richtlinien entstehende Entwicklung bereite ihm Sorgen; sie falle mit dem Zeitpunkt zusammen, in dem die gesamte Sanierungsaktion in der Wirtschaft des Generalgouvernements erfolgversprechend angelaufen sei. Diese Sanierungsaktion könne man so umreißen, daß man auf Grund der Ernährungssicherung für die Arbeiterschaft durch eine Versorgung der Arbeiter mit gewerblichen Gütern in einem vertretbaren Ausmaß eine Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin in den Betrieben erreichen wolle; auf der anderen Seite werde durch diese Aktion ein materieller Beitrag zur Befriedung des Landes geleistet. Es sei nämlich klar, daß eine gut versorgte Arbeiterschaft den Anfechtungen der Zeit weniger zugänglich sei.

1.2.1944

Dieser materielle Beitrag zur Befriedung des Landes sei seit Monaten Gegenstand der Maßnahmen der Hauptabteilung und ihrer Besprechung mit dem Reich. Der für die zweite Hälfte dieser Woche angesetzte Besuch des Präsidenten Kehrl werde den Schlußpunkt unter die Anforderungen setzen, die die Hauptabteilung in diesem Zusammenhang an das Reich gerichtet habe. Die Idee dabei sei folgende: man müsse einmal im Sinne der Ernährungssicherung alles tun, um der Hauptabteilung E.u.L. die Erfassung der Ernte zu ermöglichen, d.h. E.u.L. habe im vergangenen Jahr einen viel zu geringen Eiseneinsatz gehabt, um die Produktionsmittel instand zu halten; es sei also ein Versäumnis nachzuholen. Auf der anderen Seite müsse noch Zusätzliches hineingegeben werden. Dadurch werde ein wichtiger Sektor des Schleichhandelns weitgehend ausgeschaltet, gleichzeitig aber durch zusätzliche Erfassung von Ernährungsgütern wiederum die Vollversorgung der Rüstungsarbeiter gewährleistet.

Das geplante Programm habe leider noch nicht voll durchgeführt werden können; es bestehe noch ein Defizit von 50 000 Rationen. Die Zusatzernährung werde der Ausgangspunkt dafür sein, daß sich die Produktion vermehre, daß sie offiziell erfaßt werden könne und so eine Abgabe in den Schleichhandel verhindert werde. Wie Präsident Kehrl das nenne, gebe es dadurch eine Initialzündung für den Wirtschaftskreis des Generalgouvernements.

Regierungskommissar Dr. Heuber berichtet, daß er sich in den letzten Monaten mit der Organisation der Zentralkammer habe befassen müssen; seinen Eindruck könne er als befriedigend bezeichnen. Hauptprobleme seien Ernährungsfragen, Erreichung der 50 000 fehlenden Rationen, Organisationsfragen, Überprüfung der persönlichen Verhältnisse, Erfassung der Produktion,

1-2.1944

Einschränkung des Schleichhandels, Preisbildungs- und Währungsorgen. Die Zusammenarbeit mit den deutschen Mitgliedern sei an sich gut; soweit sie Polen betreffe, könne er feststellen, daß sie willig mitarbeiteten und gern alle Unterstützung annähmen.

In Unternehmerkreisen herrsche die lebhafteste Sorge, daß die Front nicht gehalten werden könne und mit einem Einströmen des Bolschewismus zu rechnen sei.

Präsident Naumann behandelt zuerst Ernährungsfragen und dann rein wirtschaftliche Erzeugungsfragen. Die Ernährungssituation stelle sich im großen und ganzen weit besser dar als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Versorgung der Bevölkerung erfolge zu weit höheren Rationen. Während im vergangenen Jahr für die Ernährung der Bevölkerung 560 000 to Verwendung gefunden hätten, betrage die diesjährige Menge etwas über eine Million Tonnen. Einige hier und da auftauchenden Versorgungsschwierigkeiten oder die geringe Schlechterstellung der Versorgung der ledigen Ostbahnarbeiter auf Grund der am 1. September 1943 eingeführten Neuordnung der Rationssätze würden durch die Tatsache aufgehoben, daß jetzt alle Familienangehörigen der nicht-deutschen Arbeitermassen eine ausreichende Versorgung erhielten.

Die schlechte Kartoffelernte bereite erhebliche Sorgen, obwohl die Lage des Generalgouvernements auf diesem Gebiet noch wesentlich günstiger sei als die des Reiches. Das gesteckte Erfassungsziel habe man leider nicht ganz erreichen können.

Auf dem Gebiet der Fleisch-, Milch- und Fettversorgung gebe es ebenfalls Schwierigkeiten. Mit dem Näherrücken der Ostfront sei die Ablieferungswilligkeit auf diesem Gebiet geringer geworden, so daß es jetzt und auch in Zukunft größter Anstrengungen bedürfte, damit die eingeführten Rationssätze bis zum neuen

1.2.1944

Versorgungsjahr durchgehalten werden könnten. Erschwert würden alle Maßnahmen durch das Hereinlegen der rückwärtigen Frontdienste in das Generalgouvernement. Es vergehe fast kein Tag, an dem nicht irgendeine Dienststelle versuche, z.B. neue Lager zu bekommen. So habe eine Stelle 80 000 qm Lagerraum - diese bedeuteten eine Unterbringungsmöglichkeit für 100 000 to Brotgetreide - gefordert und erklärt, die Rüstung habe im Lande nichts mehr zu suchen. Im gleichen Moment komme der Beauftragte des Reichsministers für Bewaffnung und Munition und fordere eine Erhöhung der Erzeugung von Infanteriemunition und moniere alle Dienststellen des Generalgouvernements mit Fernschreiben des Inhalts, daß unter allen Umständen die beiden großen Getreidelager in Warschau dafür geräumt werden müßten.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann um Überlassung der Unterlagen für diese beiden sich völlig widersprechenden Forderungen, um sie dem Führer vorzulegen.

Präsident Naumann fährt fort, daß auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Erzeugung die Dinge noch zufriedenstellend liefen. Wenn alles programmäßig ablaufe, werde es möglich sein, eine einigermaßen vernünftige Frühjahrsebestellung hinzulegen.

Präsident Naumann bringt dann folgende Gedanken zum Ausdruck: er und seine Männer hätten sich Überlegt, aus welchem Grunde es die Deutschen immer fertigbrächten, sich eine fremde Bevölkerung zum Feinde zu machen, wenn sie in ihr Land kämen, während es doch die Engländer fertigbrächten, die Völker der besetzten Gebiete sich wenn nicht zu Freunden so doch mindestens zu Neutralen zu machen, obwohl die Deutschen bemüht seien, für diese Völker doch auch etwas zu tun.

1.2.1944

Zweifellos verhungern zur Zeit in Bengalen mindestens 2 bis 3 Millionen Inder. Die Engländer erklären, daß sie hier helfen müßten, daß sie Lebensmittel hinschicken müßten, daß sie einen großen Ausschuß hingeschickt haben, der über die Beseitigung der Not beraten müsse. In Wirklichkeit aber würden sie für die hungernden Inder verflucht wenig tun. Die Worte des Reichsmarschalls beim Erntedankfest, der gesagt habe, ehe Deutsche hungerten, müßten Polen verhungern, hätten uns die Polen bestimmt nicht freundlicher gestimmt. Wenn er sich (Präsident Naumann) mit einfachen polnischen Bauern unterhalte, erklärten sie ihm folgendes: "Ihr Deutschen seid komische Menschen! Entweder wollt Ihr den Osten militärisch erobern, dann müßt Ihr ungeheuer stark sein, oder Ihr wollt den Osten militärisch und politisch erobern, dann müßt Ihr auch eine gewisse politische Entfaltung vom Stapel lassen und müßt auch den fremden Völkern im gewissen Umfang ihr Eigenleben garantieren wollen oder wenigstens so vormachen, damit Ihr dem Fremdvolk nicht den Lebensmut raubt".

Betrachtet man die letzten Jahre im Generalgouvernement, dann könne man feststellen, daß wir Deutsche dem polnischen Landvolk praktisch viel mehr gebracht, als wir ihm genommen hätten: an Erfahrung, an Aufbau, an Entwicklung der Ernährungswirtschaft, der Saatgutwirtschaft und all' der Dinge, die jedem einzelnen polnischen Bauern zugute gekommen seien und kämen. Was die Regierung des Generalgouvernements im Laufe der letzten vier Jahre für das polnische Landvolk aufgebracht habe, das hätten die Polen nicht im entferntesten während der letzten zwanzig Jahre aufgebracht. Die Parole, die der Herr Generalgouverneur in seiner letzten Rede vor der deutschen Inlandspresse in Berlin aufgestellt habe, sei 100 %^{ig} richtig.

1.2.1944

Die Hauptabteilung habe seit November des vergangenen Jahres ihre deutschen Mitarbeiter in diesem Sinne erzogen und ihnen aufgegeben, die von der deutschen Verwaltung durchgeführten positiven Momente immer mehr in den Vordergrund zu rücken. "Ihr seid zwar gute Bauern, aber die Erfahrungen, die in Deutschland gesammelt wurden, haben Euch erst die Deutschen gebracht, und diese Erfahrungen und Verbesserungen sind nicht wenige!" Seiner Meinung nach sei hier der Keimpunkt geschaffen, von dem ausgehend den Ostvölkern klar gemacht werden könne, daß die deutsche landwirtschaftliche Führung den polnischen und ukrainischen Bauern große Fortschritte gebracht habe.

Man müsse natürlich aufpassen, daß dies nicht ins Gegenteil umschlage. Erst müsse man einmal versuchen, Ruhe in die Landbevölkerung hineinzutragen. Die Deutschen würden nicht immer als Bedrücker, sondern auch als Heilsbringer angesehen genau so wie die Engländer in den letzten zweihundert Jahren.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang auf seine Rede vor der Berliner Presse und auf die bei der Lemberger Kundgebung hin, bei denen er ausgeführt habe, daß die deutsche Verwaltung der Bevölkerung des Landes eine soziale Revolution gebracht habe. Man müsse sich auf die Bauern und Arbeiter dieses Landes stützen, denn die sogenannte Intelligenz könne man nie für die deutschen Belange gewinnen. Die deutschen Leistungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft für die Arbeiter und Gewerbetreibenden dieses Raumes müßten einmal zusammengestellt werden.

Den Polen müsse man aber auch immer wieder sagen: im Vergleich zu den Opfern, die die Engländer in einer einzigen Bombennacht vom deutschen Volk fordern, stellten die Opfer der deutschen Exekutionen eine kleine

1.2.1944

Zahl dar. Außerdem mordeten die Engländer die Unschuldigen der Unschuldigen, während die deutsche Verwaltung des Generalgouvernements nur amtlich verurteilte Leute hinrichtete.

Präsident Gertels führt aus, daß der Ostbahn durch das Hereinströmen verschiedener Heeresteile große Sorgen erstanden seien. In den Bezirken Lemberg, Lublin und Warschau hätten sich zahlreiche Wehrmachtsversorgungsstäbe niedergelassen, die einen großen Empfang und Versand von Wagen besäßen, so daß neue Gleise und Entladerampen erstellt werden mußten.

In den letzten zwei, drei Jahren sei das Netz der Ostbahn für einen großen Durchgangsverkehr ausgebaut worden, so daß seit dem Frühjahr des letzten Jahres alle geforderten Leistungen neben dem eigenen Verkehr hätten bewältigt werden können. Die jetzige Aufgabe sei eine ganz andere: man müsse den ganzen Schwall, der vom Osten zurückflute und der vom Westen hereinströme, bewältigen, den Bahnhöfen zuführen und entladen. Das habe zur Folge, daß die große Gefahr drohe, daß der eigene Wirtschaftsverkehr, der der Versorgung der Bevölkerung und auch der Wehrmacht diene, zu kurz komme. Seine Aufgabe sei es, für die Aufrechterhaltung des unbedingt notwendigen eigenen Wirtschaftsverkehrs zu sorgen; könne er nicht durchgeführt werden, wäre das der Beginn einer gewissen Verwaltungsauflösung, z.B. wenn es nicht gelinge, Lemberg oder Lublin mit Lebensmitteln zu versorgen.

Bis jetzt sei er mit seinen Forderungen bei den militärischen Transportstellen noch nicht voll durchgedrungen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Gertels um Einschaltung, falls unüberwindliche Schwierigkeiten auftreten sollten.

1.2.1944

Die Zahl der Sabotagefälle habe sich in der letzten Zeit etwas verringert, jedoch sei die Qualität der Überfälle besser und die Wirkung zielsicherer geworden. Die Zahl der Überfälle auf Schnell- und D-Züge sowie auf Urlaubszüge habe sich vermehrt. Früher seien Bahnhöfe ohne Sinn und Verstand gesprengt worden, während heute bessere Arbeit geleistet werde. Die Abwehrmaßnahmen der Ostbahn erfolgten im bescheidenen Umfange, da die Zahl der Bahnschutzkräfte unzureichend sei. 18 Kompanien der Wehrmacht, meist Armenier und Aserbeidschaner, patrouillierten in größeren Gruppen auf Strecken, die als Wehrmachts- und Transportstraßen gelten würden.

Personalmäßig sei die Situation der Ostbahn an den Grenzen schwierig; jedoch sei Vorsorge getroffen, beim Näherücken der Front die Strecken mit deutschem Personal zu besetzen. Bei der Gefolgschaft herrsche Ruhe mit Ausnahme in den großen Betrieben in Warschau. Die Täter einiger Sabotageakte habe man ermittelt und hingerichtet.

Präsident Gertels schildert dann die Gedankengänge der polnischen Arbeiter auf dem Ernährungsgebiet: Die Arbeiter könnten nicht verstehen, warum der Bauer nach Ablieferung seines Kontingents zusätzlich erzeugte Nahrungsmittel abgeben dürfe, während doch der Schleichhandel amtlich bekämpft werde.

Dazu nimmt Präsident Naumann Stellung: im Generalgouvernement unterscheide man zwischen einem Mindestkontingent und einem Festkontingent. Das erstere werde auf eine Ware umgelegt, d.h. man fordere z.B. von einem bestimmten Betrieb mindestens zwei Doppelzentner. Der Betrieb müsse aber darüber hinaus trotzdem eine Mehrererzeugung abführen. Beim Festkontingent müsse ein Bauer eine gewisse Menge abliefern; was er

1.2.1944

darüber hinaus erzeuge, könne er entweder selbst essen, in seiner Wirtschaft verbrauchen oder zum Erwerb von Produktionsmitteln, die ihm amtlich nicht gegeben werden könnten, verwenden. Das Festkontingent werde bei Produkten gewählt, die man schnell in die Hand bekommen volle. In diesem Jahr gebe es z.B. ein Festkontingent in Getreide, d.h. vom erzeugten Getreide müsse der Bauer eine bestimmte Menge abliefern, während er das Übrige für seine Ernährung und für die Hühner- und Schweinehaltung verwenden müsse. Praktisch könne also nichts in den Schleichhandel abgegeben werden außer auf Kosten der Hühner- und Schweinefütterung. Bekämpfe man den Schleichhandel überhaupt nicht, dann bestehe die Gefahr, daß man z.B. bei der Milch die auferlegten Kontingente überhaupt nicht bekomme. Um das aufgestellte Fettprogramm durchzuhalten, müßten pro Kuh und pro Jahr 500 Liter erfaßt werden; in Wirklichkeit habe man bisher aber nur 250 Liter pro Kuh erfassen können. Beim Fleisch sei es folgendermaßen: wenn ein Bauer seine Mehrproduktion an Getreide für die Schweinemast verwende, könne er, je mehr er müste, desto mehr selbst verbrauchen. Wenn er z.B. zwei Schweine füttere, müste er nur eines abliefern; ob er das andere selber esse oder verschiebe, sei ihm überlassen. Dadurch wolle man die Bauern dazu bringen, zwei Schweine zu füttern. Das dem Bauern überlassene Schwein erhalte zur Kenntlichmachung einen Rollstempel und werde nicht als Schwarzhandelsware beschlagnahmt. Durch diese Anordnung, habe man in diesem Jahr 300 % mehr Schweine erfaßt als im vorigen.

Die Hauptabteilung habe während der vergangenen vier Jahre die polnische Mentalität genau studiert und alle Methoden, die sie einführe, würden erst probeweise in zwei Kreisen gestartet. Gerade mit diesen

1.2.1944

Mindest- und Festkontingenten habe man die besten Erfahrungen gemacht.

Auf den Einwurf des Präsidenten Gerteis, daß die Polizeiorgane vielfach auch diese Schweine mit den Rollstempeln beschlagnahmen würden, erklärt Präsident Naumann, daß im sogenannten Grünen Heft, einem Merk-
büchlein für die Polizei, Erläuterungen über diese neue Methode gegeben seien.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann, die Methode mit Staatssekretär Koppe, Präsident Emmerich und Dr. Heuber genau durchzusprechen.

Präsident Gerteis bringt dann die Bitte vor, ob nicht das Reiseverbot der Nichtdeutschen ohne besondere Erlaubnis aufgehoben werden könne.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Koppe um Prüfung der Angelegenheit und um Aufhebung des Verbots zum 1. März, falls nicht besondere Gründe dagegen sprächen.

Präsident Gerteis berichtet zum Schluß von infolge des Näherrückens der Ostfront notwendig gewordenen Bahnstreckenbauten, die die Wirtschaftskraft des Generalgouvernements überstiegen. Man benötige dazu 75 000 Arbeiter, von denen 40 000 vorhanden seien. Die Kosten betrügen eineinhalb Milliarden Zloty.

Präsident Senkowsky führt aus, daß die Finanzverwaltung jetzt schon die Einsatzziffern für den Haushalt 1944 einigermaßen übersehen könne und auch nach Verlauf von 10 Monaten des jetzigen Rechnungsjahres einen gewissen Rückblick über das Ergebnis dieses Jahres geben könne. Sie habe bisher die Stellung sozusagen gehalten. Die Aufwärtsentwicklung sei in diesem Jahr abgebrochen; das hänge zum Teil damit zusammen, daß die Aufbaujahre vorüber seien. Verschärfen

1.2.1944

und nachteilig trete jetzt die Situation an der Ostfront in Erscheinung, während vorher die ausserordentliche Unsicherheit auf dem flachen Lande hemmend gewirkt habe. Bei früherer Gelegenheit habe er bereits auf die Schwierigkeit in der Eintreibung der Steuern auf dem flachen Lande hingewiesen.

Bei den Gouverneuren, in der Distrikts- und Kreisebene vermisse er ein gewisses Verständnis für die Bedürfnisse der Eintreibung der Steuern. Besonders werde von den Finanzinspektoren des Distrikts Galizien geklagt, dass man ihnen vorhalte, mit der Steuereinzahlung nicht so scharf vorzugehen, um die Stimmung der Bevölkerung nicht zu vergrämen. Mit diesen Ausführungen wolle er jedoch keine konkreten Beschwerden führen.

Einen weiteren Ausfall in den Besitz- und Verkehrssteuern habe die Judenaussiedlung gebracht, da die Juden den grössten Teil dieser Steuern bezahlt hätten. Bis jetzt sei es nicht gelungen, die Leute, die nunmehr an Stelle der Juden die Geschäfte machten, steuerlich zu erfassen. In diesem Jahre habe sich zum ersten Mal gezeigt, dass ein Monatsertrag niedriger gewesen sei als in den Vorjahren.

Weiter sei die Frage der Beförderungsteuer der Ostbahn noch nicht geklärt, die an sich in Höhe von 60 Mill. in den Haushalt eingesetzt gewesen sei.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, dass diese Frage für die Hauptabteilung Finanzen in positivem Sinne gelöst werden müsse. Er ersucht Präsident Senkowsky und Präsident Gerteis um die Ausarbeitung einer Einigung; Staatssekretär Dr. Bühler möge ihm danach Vortrag darüber halten.

Staatssekretär Koppe erklärt in diesem Zusammenhang, dass in den neuen Ostgebieten bei der Einsetzung der deutschen Verwaltung der gesamte bäuerliche Besitz als

1.2.1944

Staatseigentum übernommen worden sei. Da dies im Generalgouvernement nicht der Fall gewesen sei, müsse doch die Möglichkeit bestehen, dem polnischen bäuerlichen Haus- und Gewerbebesitz eine Zwangshypothek als Kriegsbetrag aufzuerlegen.

Der Herr Generalgouverneur sieht darin mehr Nachteile wie Vorteile. Unbedingtes Bestreben der deutschen Verwaltung müsse es sein, die bestehende kleine Vertrauensdecke der Fremdvlkischen nicht zu zerreißen. Die Einlagen in den Sparkassen und die Arbeitsfreudigkeit der Bevölkerung seien mindestens ebensoviel wert. Die Erörterung dieser Frage werde aber in einer kommenden Wirtschaftsbesprechung erfolgen.

Präsident Senkowsky berichtet dann, dass im Haushalt auch der Ertrag einer Erhöhung des Kriegszuschlages auf Branntweinerzeugnisse eingesetzt worden sei. Über die bescheidene Preiserhöhung von 8 auf 10 Zloty pro Liter hätte keine Einigung erzielt werden können, so dass er den Antrag erneut einbringen müsse. Dabei habe er festgestellt, dass wenig Verständnis für die Notwendigkeit, Einnahmequellen für den Staat zu erschliessen, vorhanden sei.

Staatssekretär Dr. Bühler bezeichnet als Grund der Ablehnung die Tatsache, dass für die Landwirtschaft bereits bestimmte Ablieferungspreise festgesetzt gewesen seien, und dass man deshalb nicht nachträglich eine Erhöhung des Preises der Prämienware habe durchführen wollen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit einer kommenden Erhöhung des Kriegszuschlages einverstanden.

1.2.1944

Als letzten Posten, der Einnahmen erbringe, bezeichne Präsident Senkowsky einen pfleglich behandelten Staatskredit.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, Präsident Senkowsky zusammen mit Bankdirigent Paersch zu einer eingehenden Aussprache in dieser Angelegenheit in den nächsten Tagen zu empfangen.

Präsident Senkowsky gibt zum Schluss die Erklärung ab, dass für die notwendigen Ausgaben die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten.

Oberst Fischer gibt die dem Herrn Generalgouverneur bereits vorgetragene Anordnung des Führers über die Operationsgebiete bekannt, wonach der Führer eine Erweiterung des Operationsgebietes endgültig abgelehnt habe. Wenn die Front ins Generalgouvernement hereindränge, werde lediglich eine 20 km breite Zone als Gefechtszone eingerichtet, aus der die Zivilverwaltung zurückgezogen werde; sonst aber bleibe die Zivilverwaltung bestehen. Damit sei schon gesagt, dass das Militär dort verwaltungsmässig nichts zu sagen habe.

In der Erkundung von Lagerräumen für Wehrmachtszwecke habe man befürchtet, dass die Machtbefugnis der Befehlshaber nicht mehr ausreichen würde, wenn die Heeresgruppen darin weiteren Bedarf hätten. In diesen Fällen sei beabsichtigt, ein besonderes Gremium zusammen-zu-stellen, um nicht jedes Mal die Entscheidung des Führers herbei-holen zu müssen. Dieses Gremium solle aus dem Herrn Generalgouverneur, Reichsminister Speer und dem jeweiligen Befehlshaber bestehen, wobei noch zweifelhaft sei, ob der Heeres-

1.2.1944

gruppenbefehlshaber oder Wehrkreisbefehlshaber herangezogen werde. Dieses Gremium müsse jeweils über die dringendsten Belange eine Entscheidung treffen.

Staatssekretär Koppe führt aus, dass sich die Sicherheitslage im Generalgouvernement besonders in den Distrikten Galizien und Lublin und in den letzten Tagen auch im Distrikt Warschau - hier vor allem in der Stadt Warschau - verschlechtert habe. Es sei ein nicht unerheblicher Druck auf die Grenzen des Generalgouvernements vom Osten her zu spüren; russische Banden hätten von Stalin die Weisung erhalten, nach Westen vorzustossen. Eine grössere Bande habe man im Bereich gehabt, leider aber nicht einkesseln können. Sogar Politruks seien festgestellt worden, die die Aufgabe hätten, sich führungsmissig in die kommunistische Widerstandsbewegung einzuschalten. Aus diesem Grunde werde man mit einer verstärkten Tätigkeit der polnischen Kommunisten in Zukunft zu rechnen haben. Während die polnischen Kommunisten manche ihrer geplanten Massnahmen auf Grund der scharfen deutschen Vergeltungsmassnahmen sicherlich beeinflussen liessen, würden die Politruks darauf keine Rücksicht nehmen. Sie seien im Gegenteil froh, wenn wir scharfe Exekutionen durchführten. Trotzdem halte er die scharfen Massnahmen im gegenwärtigen Zeitpunkt für richtig. Wenn die deutsche Führung nunmehr in dieser Beziehung weich werde, erhielten diese Kreise immer mehr Auftrieb. Weiter habe er den Eindruck, dass auch die nationale Widerstandsbewegung wohl mit Rücksicht auf die geplante Invasion von London die Weisung erhalten habe, nunmehr einen grösseren Aktivismus zu entfalten. Ständig erbeute die Polizei Kurzwellensender, die die Verbindung mit London herstellten. Kaum seien Fallschirmspringer

1.2.44

abgesprungen oder Attentate ausgeführt, sofort werde der Vollsug nach England gemeldet; von hier aus komme dann Gegenweisung. Man sei davon überzeugt, dass die nationalen Polen ihre Stunde für gekommen sehen würden, wenn die Invasion anfangs Erfolge erziele. Von deutscher Seite sei man aber im allgemeinen gut darauf vorbereitet, und er glaube, dass in Verbindung mit der Wehrmacht ein kommender Aufstand unterdrückt werden könne.

Die Zielstrebigkeit der Attentate trete immer klarer zu Tage, wie z.B. das Attentat auf den Herrn Generalgouverneur beweise. So sei auch der Gegensug von Lemberg nach Krakau auf eine Mine gelaufen, da die Widerstandsbewegung wohl angenommen habe, dass mit ihm Teilnehmer an der Lemberger Kundgebung zurückfahren würden. Auch das Attentat auf Brigadeführer Kutschera in Warschau liege auf der gleichen Ebene. Die Nationalen Volks befassen sich in verstärktem Maße mit den Führerpersönlichkeiten der SS und Polizei, da sie diese als die treibenden Kreise für den verschärften deutschen Kurs ansehen.

Er habe erneut Befehl gegeben, die Alarmpläne taktisch bestens aufzustellen, sie innerhalb der einzelnen Polizeisparten entsprechend zu verzahnen und mit der Wehrmacht abzustimmen. Darin sei auch der Einsatz von feindlichen Fallschirmspringern berücksichtigt. Für jede Stadt würden Angriffs- und Verteidigungsbasen aufgestellt, damit man im Ernstfall wisse, wo die Reserven, das Kommando usw. zu finden seien.

Staatssekretär Koppe verliest dann einen neuen Befehl an die Polizei, die dadurch in allen ihren Sparten erneut zum Aktivismus aufgerufen werde.

1.2.1944

Da darin Polizeikontrollen auf freiem Feld angeordnet sind, weist der Herr Generalgouverneur auf einen früheren Befehl hin, demzufolge bei solchen Kontrollen von den Angehaltenen sofort geschossen werden soll. Er ersucht Obergruppenführer Koppe um eine entsprechende Abänderung des Befehls.

Staatssekretär Koppe kommt dann darauf zu sprechen, dass von deutscher Seite laufend Fehler gemacht würden. Wenn die Widerstandsbewegung den Wechsel einer führenden Persönlichkeit durch Beobachtung festgestellt habe, sei es ihr ein leichtes, einen erfolgreichen Anschlag auszuführen. Das habe sich im Fall Kutschera deutlich gezeigt. Führende Persönlichkeiten sollten nicht immer den gleichen Weg fahren und vor allen Dingen die Schusswaffe ständig bereit-halten. Wenn man z.B. durch einen Wald fahre, sei es gut, die Pistolen zum Fenster herauszuhalten. Der polnische Gegner sei von Haus aus schwach und feige, und es genügten ein paar Schuss ins Gelände, um ihn zu verjagen.

Auch grössere Vorsicht bei den Telefongesprächen müsse unbedingt beobachtet werden, da alle Gespräche mitgehört würden. In Diensträumen, in denen Polen tätig seien, könne nichts geheim bleiben; jedes Schriftstück, das Polen in die Hände käme, würde bekannt werden. Jeder Behördenchef müsse Mitarbeiter für das deutsche V-Netz anstellen; er könne Leute, die die stärksten Charaktere seien und die viel mit Polen zu tun hätten, dafür heraus-suchen. Nur so könne das Ziel erreicht werden, ein V-Netz von vielleicht 50 000 Menschen aufzusuchen.

Für die Bekämpfung der Banden habe er Waffen angefordert und gestern bereits zwölf 7,62 cm russische Beutegeschütze erhalten. Er hoffe, noch weitere zu bekommen, und werde sie in die Distrikte verteilen. Auch Oberst Fischer habe er um die Überlassung von Panzern, Pannerspähwagen, Paks usw. aus Beutebeständen gebeten, die für den Einsatz an der Front nicht mehr geeignet seien, jedoch in der

1.2.1944

Bandenbekämpfung ausserordentliche Dienste leisten könnten. Ein Gendarmeriesugführer, der einen Panzerspähwagen zur Verfügung habe, könne damit gegen jede Bande ankämpfen.

Um den Attentaten auf Eisenbahnsüge etwas die Kraft zu nehmen, könne man vielleicht anordnen, dass nachts auf jeden geschossen werde, der sich auf eine gewisse Entfernung dem Bahnkörper nähert. Am Bahnkörper selbst müssten vielleicht unter Einschaltung der Alarmeinheiten gewisse Schwerpunkte gebildet werden.

Im Übrigen sei er absolut zuversichtlich, dass man die Lage beherrsche. Allerdings seien die vorhandenen Kräfte schwach. Ein Attentäter, der sein Leben einsetzen wolle, könne immer etwas erreichen. Weiter habe er die Überzeugung, dass die Front im Osten zum Stehen komme.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, dass viele der hier erörterten allgemeinen Probleme noch Gegenstand einer Besprechung der Hauptabteilungsleiter oder besonderer Besprechungen bilden müssen. Das Generalgouvernement stehe in der grössten Zeit seiner Bewährung. Es freue ihn, dass der Führer in seiner Entscheidung die Stellung der allgemeinen Verwaltung klar umrissen habe.

Auf dem Raumsektor habe das Näherrücken der Front erhebliche Beschwerden gebracht; es sei aber immerhin gelungen, die Wünsche der Wehrmacht zu befriedigen und einen Burgfrieden zu halten. Auch auf dem zivilen Sektor müsse Raum für die im Generalgouvernement aus Abwicklungsgründen stationierten Dienststellen des Ostens gefunden werden.

In wirtschaftlicher Hinsicht werde die starke Einbeziehung des Generalgouvernements in die Kriegsergebnisse auf die Dauer schwere Belastungen bringen. Jeder einzelne Soldat, der ins Generalgouvernement komme, bedeute durch seinen Konsum und durch das, was er aus diesem Raum wegzuschaffen versuche, eine Schwächung der Wirtschaftskraft

1.2.1944

Wirtschaftskraft des Generalgouvernements.

Bei der Reise nach Galizien habe er erfreulicherweise feststellen können, dass die Distriktsverwaltung und die Kreishauptleute die Verhältnisse voll beherrschten, und es zu keinerlei chaotischen Zuständen wie jenseits der Grenze gekommen sei. Damals habe er den Gedanken erwogen, ob nicht die Ernennung eines unmittelbaren Verbindungsmannes zur Heeresgruppe Süd von Nutzen sei, durch den einigermaßen ein Kontakt hergestellt werden könne. Auf der Reise habe er auch festgestellt, dass ca 50 000 Fremdvölkische bewaffnet über die Grenze des Generalgouvernements eingesickert seien. Wünschenswert für das Generalgouvernement wäre die Feststellung, ob sich weitere Trecks zum Generalgouvernement hin bewegten, ob drüben grössere Banden vorhanden seien usw.

Im Übrigen verweise er auf die von Staatssekretär Koppe gekusserte Bitte einer strengsten Geheimhaltung aller dienstlichen Belange.

Der Herr Generalgouverneur will bei kommenden Reisen in das Land eine absolute Geheimhaltung gewahrt wissen. Zu diesem Zweck werde er vielleicht ein Flugzeug benutzen. Nachricht über den beabsichtigten Besuch werde der betreffenden Stelle erst im letzten Moment gegeben. Die führenden Männer der Regierung müssten jederzeit damit rechnen, kurzfristig zur Teilnahme einer solchen Reise von ihm aufgefordert zu werden.

Schluss der Sitzung 21 Uhr.

21¹⁰

Abendessen.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Mittwoch, den 2. Februar 1944

Gegen 12 Uhr rief Staatssekretär Dr. Bühler den Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs an und teilte mit, daß er in dringendster Sache mit Staatssekretär Koppe, den Präsidenten Gerteis, Naumann und Senkowsky und dem Leiter der Abteilung Straßenverkehr, Ministerialrat Wessel, beim Herrn Generalgouverneur vorstellig werden müßte, da unmittelbare Nachrichten eingegangen seien, die diese Besprechung notwendig machten.

Kurz darauf erschienen die genannten Herren. Staatssekretär Dr. Bühler berichtete, daß ihm kurz vor 11 Uhr von Präsident Gerteis und fast gleichzeitig von Obergruppenführer Koppe folgendes mitgeteilt worden sei: Die Sowjetrussen seien überraschend aus der Richtung Sarny vorgestoßen, hätten Rowno besetzt und seien heute früh nach Dubno vorgedrungen. Da Dubno nur 60 km von Brody entfernt liege, betrachte er das Land in der Gegend von Brody - Sokal in schwerer Gefahr und bitte um die Genehmigung zum Abtransport der lebenswichtigen Einrichtungen und Güter aus diesem Bereich.

Der Herr Generalgouverneur ließ sich darauf unmittelbar von Staatssekretär Koppe und Präsident Gerteis Bericht erstatten. Die beiden Herren bestätigten aus den ihnen von ihren örtlichen Dienststellen in Lemberg zugegangenen Berichten die Mitteilung des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Daraufhin stellte der Herr Generalgouverneur fest, um welche abzutransportierenden Gegenstände auf dem Sektor der Landwirtschaft und der Monopolverwaltung es sich handle, und gab die Weisung, daß aus den Bezirken Brody und Sokal diese lebenswichtigen Gegenstände auf Schiene und Straße unverzüglich in Richtung Krakau und Warschau abzutransportieren seien.

Der Herr Generalgouverneur entließ daraufhin die Präsidenten Naumann und Senkowsky sowie Ministerialrat

Wessel. Inzwischen war der Verbindungs-offizier zum Oberkommando der Wehrmacht, Oberst Fischer, eingetroffen. Der Herr Generalgouverneur setzte sich ferner telefonisch mit dem als dienstältesten Offizier beim Wehrkreiskommando Krakau anwesenden Oberst Förster in Verbindung und ersuchte denselben gleichfalls dringlich auf die Burg zu kommen. Ferner bat der Herr Generalgouverneur den Kommandierenden General und Befehlshaber im Luftgau VIII, General der Flieger Sommé, sich auf der Burg einzufinden.

Als die Herren General Sommé mit seinem I a und dem Chef des Generalstabs sowie Oberst Förster auf der Burg waren, wurde dem Generalgouverneur folgendes Bild vermittelt. Oberst Förster teilte mit, daß er heute morgen etwa gegen 10 Uhr die Meldung bekommen habe, daß im Bereich des 4. Panzer-Armee-Korps die Russen durchgebrochen seien, ohne daß eine Aussicht bestehe, daß das 4. Panzer-Korps sich den einbrechenden Kräften entgegenstellen könne. Das 4. Panzer-Korps forderte den Oberst Förster auf, aus eigenem zur Verteidigung der Grenze des Generalgouvernements alle Kräfte zusammen zu holen.

Auf die Frage des Generalgouverneurs, ob er, Oberst Förster, der einzige im Wehrkreis anwesende Offizier sei, erklärte Oberst Förster, daß sowohl General Haenicke wie General Haseloff dienstlich im Führerhauptquartier sich befänden, während der Chef des Stabes, Oberst Rödenbeck, auf Urlaub abwesend sei. Auf die weitere Frage des Generalgouverneurs, ob Oberst Förster der Oberbefehlshaber der im Generalgouvernement eingesetzten Streitkräfte sei, gab dieser eine völlig unsichere Antwort, die zu einer Erörterung der Frage führte, wer denn angesichts der sehr ernstesten Sachlage hier der Oberbefehlshaber wäre, nachdem Oberst Förster sich nicht als Kommandovertreter des Generals Haenicke betrachte. Oberst Förster teilte dann mit, daß er von sich aus, entsprechend dem Ersuchen des 4. Panzer-Korps,

die zwei einzigen im Generalgouvernement vorhandenen Ausbildungsdivisionen, deren Kampfwert allerdings sehr gering sei, da sie aus Rekruten sehr junger Jahrgänge beständen, die erst wenige Tage in der Ausbildung begriffen seien, zur Verfügung zu stellen bereit sei. Oberst Förster betonte jedoch, daß es ihn schwere Mühe koste, telefonische Verbindungen mit den entsprechenden Dienststellen zu erreichen, und daß er kaum mehr als zwei Regimenter auf die Beine bringen könne. Außerdem fehle es an Waffen und an Gerät und es würde einen unnützen Menschenverschleiß bedeuten, wenn die jungen, unausgebildeten Leute geopfert würden, da selbstverständlich diese Truppen durchaus nicht imstande wären, gegen die hereinbrechenden Panzer der Sowjetrussen Widerstand zu leisten. Auch seien keine nennenswerten panzerbrechenden Waffen vorhanden. Immerhin glaube er, daß er alles getan hätte, was unter den gegebenen Umständen zu tun sei.

Auf Ersuchen des Generalgouverneurs gab der Kommandierende General und Befehlshaber des Luftgaves VIII, General Sommé, einen Überblick über die Lage. Er teilte mit, daß er vom Luftgau 28 in Lemberg Nachrichten hätte, die im wesentlichen dem entsprechen, was Oberst Förster bereits berichtet hätte. Er selbst habe keine Nachrichten vom Wehrkreiskommando bekommen und hätte daher auch zunächst keine Möglichkeit gehabt, in den Gang der Aktion einzugreifen. General Sommé erklärte sich sofort bereit, drei Flakabteilungen aus Biala Podlaska, Drohobycz und Warschau dem Unternehmen des Oberst Förster zur Verfügung zu stellen. Er erklärte sich ferner bereit, Aufklärungsverbände und Bomber soweit wie irgend möglich zur Verfügung zu stellen. General Sommé machte aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß durch den Abzug dieser Flakkräfte die betreffenden Örtlichkeiten des Generalgouvernements völlig ohne Flakschutz wären, was insbesondere bei Warschau und dem Erdölgebiet von Drohobycz nicht unbedenklich sei.

4

General Koppe erklärte, daß er glaube, fünf Polizei-Batl. an die Einbruchsstellen bei Brody schicken zu können, die unter den Oberbefehl der Wehrmacht treten würden, um zu versuchen, eine Widerstandslinie gegen die Russen zu errichten. Er gab seinem Erstaunen Ausdruck, daß von Seiten des Wehrkreiskommandos nichts geschehen sei, um der unmittelbar drohenden Gefahr generalstabsmäßig entgegen zu arbeiten. General Koppe drückte in beachtlichen Worten seine Verwunderung darüber aus, daß es jetzt in letzter Minute eines solchen Apparates von unvorbereiteten Maßnahmen bedürfe. Da sich Luftwaffe und Polizei ohne weiteres bedingungslos jedem Plan des Wehrkreises zur Verfügung gestellt hätten, könne er nicht umhin, das Verhalten des Wehrkreises zum mindesten als merkwürdig zu bezeichnen.

General Sommé bestand dann darauf, daß wenigstens ein mit Führungsautorität klar versehener General die Führung in diesem kritischen Augenblick übernehmen solle. Er erteilte dem Oberst Förster dienstlichen Befehl, sofort dafür zu sorgen, daß der nächsterreichbare General, nämlich der Oberfeldkommandant von Tarnow, General Liebhart, noch heute nach Krakau geholt würde, um hier, von der Zentrale aus, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Der Herr Generalgouverneur erklärte dann abschließend, daß nunmehr der Zustand der militärischen Bedrohung des Generalgouvernements eingetreten sei. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß angesichts dieses Umstandes alle Kräfte in Permanenz für jede Dienstleistung bereit stehen. Er gab noch dem anwesenden Oberst Fischer den Auftrag, sich mit dem Oberkommando der Wehrmacht in Verbindung zu setzen, um näheres über die Entwicklung der militärischen Lage zu erfahren. Der Herr Generalgouverneur gab zum Schluß erneut seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß er

Über die Entwicklung nicht amtlich unverzüglich als erster vom Wehrkreiskommando verständigt worden sei. Er formulierte seinen Eindruck dahin, daß er offen sagte, daß er das Verhalten der Wehrmachtsdienststellen in diesem Zusammenhang nicht verstehen könne.

Die Besprechung endigte um 14 Uhr.

Am gleichen Tage um 16³⁰ Uhr erschien nochmals General Sommé mit Oberst Sachs und teilte folgendes mit:

Er habe nunmehr den Oberst Sachs beauftragt - da andere Generale nicht greifbar sind, habe er das tun müssen -, zur Entlastung von Oberst Förster zunächst im Wehrkreiskommando zu bleiben, die eingehenden Meldungen zu sichten und die Maßnahmen zur möglichst unverzüglichen Fortführung der Verteidigungsunternehmungen des Generalgouvernements gutachtlich mit zu betreuen. General Sommé erklärte, daß das Wehrkreiskommando keine Schuld trage an den Schwierigkeiten; diese hängen damit zusammen, daß es sich offensichtlich bei dem Ereignis Sarny-Rowno-Luzk um ein plötzliches, gänzlich unerwartetes Hervorbrechen von ungekannten Truppenteilen der Sowjets handle.

Donnerstag, den 3. Februar 1944.

Um 12¹⁵ mittags rief General Haseloff vom Wehrkreiskommando an - nachdem schon um 11 Uhr Oberst Förster mitgeteilt hatte, daß Dubno noch im Besitz der Deutschen sei - und teilte mit, daß General Haenicke und er wieder zurück seien und daß sie die Lage als absolut haltbar und durchaus nicht gefährdend ansehen.

General Haseloff bat den Herrn Generalgouverneur, alles Vertrauen zu haben, daß die militärische Führung voll und ganz im Besitz des Raumes und der nötigen Widerstandskräfte sei.

Freitag, den 4. Februar 1944.

Um 12 Uhr kamen die Generale Haenicke, Sommé und Haseloff sowie Oberst Meissner zum Herrn Generalgouverneur. General Haseloff gab an Hand einer Karte einen Einblick in die gegenwärtige Lage, wonach einige schwächere Kavallerie- und Schützenkontingente der Sowjets Rowno und Lutz besetzt hätten, denen aber bereits aus der Süd- und südöstlichen Seite starke deutsche Panzerkräfte entgegentreten würden. Dubno sei heute morgen noch in deutscher Hand gewesen.

General Haseloff gab weiterhin einen Überblick über die im Generalgouvernement vorhandenen Truppen und Waffen und schloß seine Ausführungen mit einem beruhigenden Ausblick auf die militärische Lage, zu deren Meisterung alles aufgeboten würde. Im übrigen sei die Lage an der Front - so führte General Haseloff weiter aus - nicht deshalb schwierig, weil die Russen übermächtig seien, sondern offenbar die Zurücknahme der

4.II.44.

Front in den höheren strategischen Plänen des Führers inbegriffen sei.

Der Herr Generalgouverneur dankte den Herren und machte darauf aufmerksam, daß er das größte Gewicht darauf lege, jeweils rechtzeitig und so schnell wie möglich informiert zu werden und teilte die Maßnahmen mit, die er seinerseits in den unmittelbar bedrohten Grenzkreisen des Generalgouvernements habe treffen lassen, um die wertvollen Vorräte sicherzustellen, nachdem für den Schutz und den Rücktransport der nicht unbedingt zu einem Aufenthalt in diesen Kreisen verpflichteten Personen alle nötige Vorsorge getroffen worden sei.

General Haseloff bat dann, daß er von seiten der Regierung über die von der allgemeinen Verwaltung getroffenen Maßnahmen, Vorkehrungen, Erlasse usw. in diesem Punkte verständigt würde, damit er diesbezüglich seinen Truppenkommandeuren Anweisung geben könne, diese allgemeinen Anordnungen der Regierung zu beachten.

Der Herr Generalgouverneur sagte dies zu.

Mittwoch, den 2. Februar 1944

- 12²⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Mühlmann und Referent von Palézieux.
- 12⁵⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.
- 12⁵⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär SS-Obergruppenführer Koppe, Präsident Gerteis, Präsident Dr. Senkowsky, Präsident Naumann, Oberst Fischer, Oberst Förster und Oberregierungsrat Wessel.
- 16⁰⁰ Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky und Bankdirigent Präsident Dr. Paersch und Regierungskommissar der Zentralkammer Dr. Heuber.

Der Herr Generalgouverneur gibt zunächst einen Überblick über die allgemeine militärische und politische Lage und nimmt dann auf die am 1. Februar stattgefundene Besprechung Bezug, in der Präsident Dr. Senkowsky Ausführungen zur Frage der Anleiheaufnahme gemacht hat. Die heutige Besprechung solle der Vorbereitung einer Grundaussprache über Währungsfragen dienen.

Präsident Dr. Senkowsky führt aus, daß er die Währungsfrage nicht vom Standpunkt der Anleihewirtschaft, sondern der Gesamtwirtschaft betrachte. Er werde auch als Gauwirtschaftsberater mit der Frage befaßt und ebenso in der Rüstungskommission darauf angesprochen. Leider verfüge er über kein authentisches Material, müsse sich vielmehr über Berlin Auskunft holen.

2

2.2.1944

Bankdirigent Dr. Paersch erklärt, daß auch er keine Unterrichtung über Steuerangelegenheiten erhalten. Die mit dem früheren Leiter der Hauptabteilung Finanzen Präsident Spindler getroffenen Vereinbarungen seien nur kurze Zeit eingehalten worden.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, welche Unterrichtung Präsident Dr. Senkowsky über die Währungssituation benötige, erklärt dieser, daß ihn die Entwicklung des Notenumlaufes und der Giroverbindlichkeiten interessiere und er außerdem eine ständige Fühlungnahme mit der Entwicklung der Dinge für erforderlich halte.

Bankdirigent Dr. Paersch erbittet demgegenüber einen Einblick in die Haushaltsgebarung und eine Unterrichtung über die laufenden monatlichen Staatseinnahmen.

Der Herr Generalgouverneur hat hinsichtlich dieser Wünsche keine Bedenken, wenn das zur Verfügung gestellte Material nur zur Unterrichtung dienen solle.

In einer Aussprache über den Verwendungszweck der beiderseits erbetenen Informationen bemerkt Präsident Dr. Senkowsky, daß er keine Kontrolle, dagegen einen bestimmenden Einfluß auf Maßnahmen der Emissionsbank wünsche.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die erbetenen Unterlagen beiderseits zur Verfügung zu stellen sind.

Präsident Dr. Senkowsky bezeichnet dann verschiedene bisher auf dem Währungsgebiet getroffene Maßnahmen als falsch zum mindesten als verspätet. Es sei vielleicht nicht möglich gewesen, den Notenumlauf

3
2.2.1944

vernünftig zu stabilisieren, dagegen wohl die nachteiligen Folgen der inflationistischen Maßnahmen des Reiches im Generalgouvernement zu bekämpfen. Er habe in dieser Richtung keine Gegenmaßnahmen der Emissionsbank erkennen können. Mit dieser Feststellung sollten jedoch keine persönlichen Vorwürfe erhoben werden.

Präsident Dr. Senkowsky erklärt, daß er nicht wüßte, ob die Wehrmacht oder die Reichsausgaben allein Anlaß für das Anziehen des Notenumlaufes gewesen seien oder ob nicht auch innere Maßnahmen im Generalgouvernement einen entscheidenden Einfluß gehabt hätten. Der Notenumlauf im Generalgouvernement wäre vielleicht noch größer, wenn nicht eine Abschöpfung durch den Wehrbeitrag erfolgt wäre.

Bankdirigent Dr. Paersch bemerkt, daß er bisher regelmäßig, wenn auch unverschuldet teilweise verspätet, die Verwaltungsberichte der Emissionsbank an Präsident Dr. Senkowsky geschickt habe. Aus ihnen sei ein völliger Einblick in die Währungssituation zu gewinnen, insbesondere seien daraus die Gegenpositionen des Notenumlaufes zu entnehmen, unter denen die Reichsguthaben des Generalgouvernements als wesentlich anzusprechen seien. Die von ihm eingeleiteten Maßnahmen erstreckten sich zunächst darauf, überhaupt Einfluß auf die die Währung beeinflussenden Ursachen zu gewinnen, also die Wehrmacht und sonstige Stellen des Reiches zu einer straffen Geldwirtschaft zu veranlassen. Da noch im August 1942 Wehrmachtsstellen versucht hätten, sich dem Zwang einer geregelten Bewirtschaftung zu entziehen, sei erst jetzt eine

2.2.1944

rationelle Geldwirtschaft dieser Stellen erreicht, insoweit der Erhöhung des Notenumlaufes durch Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs entgegengearbeitet, vor allem auch der Erwerb von Sachgütern durch Zusammenarbeit mit den Bewirtschaftungsstellen geregelt und die Inanspruchnahme des "Schwarzen Marktes" als unerwünschte Belastung für Sachbedürfnisse ausgeschaltet sei.

Präsident Dr. Senkowsky wirft die Frage auf, wie sich diese Maßnahmen in Zahlen auswirken würden. Zahlenangaben würden die Verständigung erleichtern. Er brauche für seinen Bereich keine Unterstützungen, betrachte aber eine Zusammenarbeit als notwendig, da beide Teile vor gleiche Aufgaben gestellt seien.

Bankdirigent Dr. Paersch kommt dann auf die Steigerung der Giroguthaben zu sprechen und verweist nochmals darauf, daß die Notenbank diese Entwicklung nicht allein in der Hand habe. Alle ihre Maßnahmen seien in der Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs erschöpft. Die in dieser Richtung getroffenen Anordnun^{en}gen, insbesondere die Anordnung, daß alle Zahlungen über 250 Zloty bargeldlos vorzunehmen seien, hätten sich anfangs günstig ausgewirkt, seien jedoch später nicht mehr so wirksam gewesen. Aus der Tatsache, daß vor anderthalb Jahren das Verhältnis zwischen Giroguthaben und Notenumlauf 1 : 3, jetzt nur noch 1 : 4 sei, dürfe kein vorschnelles Urteil gebildet werden. Die Notenbank habe keinen Einfluß auf die Zahlungsanweisungen, sondern könne nur versuchen, den Zahlungsverkehr möglichst lange im Bereich des Kreditverkehrs zu halten.

2.2.1944

Bankdirigent Dr. Paersch geht dann auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Liquidität der Wirtschaft seit Bestehen des Generalgouvernements ein und weist auf die starke Flüssigkeit der Kreditinstitute in den Anfangsjahren hin. Mit der Entwicklung der Wirtschaft und der stärkeren Einschaltung des Kreditgewerbes sei notwendigerweise ein Abfließen der Guthaben und eine Steigerung des Notenumlaufes verbunden gewesen. Die Notenbank sei bestrebt gewesen, durch Einleitung der Rückzahlung alter Schulden die flüssigen Gelder der Wirtschaft über die Banken zu binden. Diese Maßnahmen müßten durch Steuern, Gewinnabschöpfung und Anleihen ergänzt werden. Die Steuerbelastung der polnischen Wirtschaft habe vor 1926 angesichts der Inflation geringe Bedeutung gehabt und sei erst nach Abschluß der inflationistischen Erscheinung wirksam geworden. Diese Vorgänge hätten im alten Polen eine Kapitalbildung erschwert, die es zunächst zu fördern gegolten habe. Auch habe die Zersplitterung der Besitzverhältnisse auf dem Lande eine starke versteckte Arbeitslosigkeit gezeigt, jedenfalls der Landbevölkerung keine Sparmöglichkeit gegeben, sie aber auch nicht bei einer günstigen Entwicklung zur Sparfreudigkeit erzogen oder gar mit banktechnischen Einrichtungen vertraut gemacht.

Für die Anleihepolitik müsse die Frage der Aufnahmemöglichkeit geprüft werden. In den Jahren 1928 bis 1938 seien im alten Polen durchschnittlich nicht mehr als 100 Millionen Zloty auf dem inneren Anleihemarkt in Anspruch genommen worden. Die Aufnahme sei mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen, zumal die Bevölkerung kein Vertrauen zum Staat gehabt habe.

2.2.1944

Dies sei dadurch bewiesen, daß seit 1938, als sich die ersten außenpolitischen Krisenzeichen bemerkbar machten, bis zu 70 % der Einlagen durch die polnische Bevölkerung von den Kreditinstituten wieder abgezogen worden seien. 1940 seien die ersten Anleihen mit 130 Millionen zur Finanzierung dringender Arbeiten begeben worden. 1941 seien nur 80 Millionen im Anleihewege aufzubringen gewesen, weil in den Haushalt noch kein Wehrbeitrag eingesetzt war. 1942 seien 285 Millionen, 1943 dagegen 424 Millionen im Anleihewege aufgenommen worden. Der Gesamtanleiheumlauf betrage heute 669 Millionen Zloty, zu denen noch 100 Millionen Zloty für 1944 hinzuzurechnen seien, insgesamt also 769 Zloty.

Es sei alles geschehen, was eine Steigerung des Notenumlaufes durch Beeinflussung der Ursachen und Folgen verhindern könne. Man dürfe jedoch nicht übersehen, daß das Kreditgewerbe in immer steigendem Maße von der Wirtschaft in Anspruch genommen werde. Zu diesen Anforderungen seien schließlich noch die Rüstungswirtschaft und z.B. die Verwaltung der Ernährungswirtschaft als belastendes Moment hinzugetreten.

Für die weitere Entwicklung seien Voraussagen seitens der Emissionsbank nicht möglich, weil die weitere Entwicklung von der Lage an der Ostfront entscheidend beeinflusst werde.

Der Herr Generalgouverneur hält die bisherigen Darlegungen nicht für vollständig, weil die Belastung des Generalgouvernements durch das Reich von Bankdirigent Dr. Paersch bisher nur unzureichend berührt worden sei.

7

2.2.1944

Präsident Dr. Senkowsky betont, daß die Notendeckung durch Reichsguthaben eine reine Fiktion darstelle. Die Emissionsbank behandle diese Guthaben wie eine echte Devisendeckung. Dagegen werde die innere Deckung der Währung z.B. durch erhöhte Produktion der Landwirtschaft oder des Gewerbes nicht bewertet.

Bankdirigent Dr. Paersch ist der Auffassung, daß die Frage der wirtschaftlichen Grundlage der Notendeckung die Notenbank nur mittelbar betreffe. Sie zeige sich in den Bilanzen des Kreditgewerbes. Bei der Notenbank beschränke sich die Tätigkeit auf Kreditzusagen, sie gewähre selbst keine Kredite. Was die ziffernmäßige Auswirkung des Reichesbedarfs auf die Währung des Generalgouvernements angehe, so sei der Bedarf zunächst über den Verrechnungsverkehr gelaufen und seine Ausgleichung sei anfangs möglich gewesen. Das sei aber seit 1941 mit dem steigenden Bedarf angesichts der Entwicklung an der Ostgrenze nicht mehr gelungen. Heute sei es wichtig, die Möglichkeit des Verrechnungsverkehrs überhaupt aufrecht zu erhalten und Gegenposten zu haben. Deshalb habe währungsmäßig ein Interesse daran bestanden, daß das Generalgouvernement einen Wehrbeitrag an das Reich leistet, dessen Finanzierung aber eine Aufgabe des ordentlichen Haushalts und nicht des Anleihemarktes sei. Die in der Ukraine eingetretenen Verhältnisse sprächen übrigens für die Politik der Notenbank. Dort habe man versucht, den Finanzbedarf für Wehrmacht und Reichsleistung auf dem Anleihewege über die Banken zu decken, mit dem Erfolg, daß jetzt die ukrainischen Banken mit ihren Anleihen in das Reich zurückgekehrt seien und dort die Abdeckung zum Problem stehe.

2.2.1944

Die bisher von ihm über die Emissionsbank durchgeführte Währungspolitik habe sich restlos bewährt. Es sei jedenfalls gelungen, schwerste Krisen z.B. im Jahre 1942 zu überwinden. Was den tatsächlichen Kaufwert des Zlotys angehe, so sei zwischen einem staatlichen Wert, zu dem die Deckung der staatlichen und bewirtschafteten Bedürfnisse erfolge, und dem Wert des freien Marktes zu unterscheiden, der sich unabhängig von den Führungsmaßnahmen der Verwaltung entwickle. Was die Relation zwischen Notenumlauf, Reichverschuldung und Preisauswirkung betreffe, so müsse auf den seit dem Jahre 1936 im Reich durchgeführten Preis- und Lohnstopp hingewiesen werden.

Nach den Gründen der Steigerung des Notenumlaufs gefragt, verweist Bankdirigent Dr. Paersch auf die bekannten Vorgänge, die seinerzeit zu einem Schreiben an den Reichswirtschaftsminister Funk Veranlassung gegeben hätten. Dann habe Präsident Kehrl eindeutig erklärt, daß die Bedürfnisse der Wehrmacht befriedigt werden müßten.

Der Herr Generalgouverneur sieht nach diesen Ausführungen keine Möglichkeit, die Steigerung des Notenumlaufs anzuhalten. Die Frage der Währung hänge jedoch eng zusammen mit der Lohn- und Preisentwicklung.

Bankdirigent Dr. Paersch betont, daß ihre Beeinflussung durch den Preiskommissar erfolgen müsse, da die Emissionsbank nur im beschränkten Umfange Hilfe leisten könne.

Präsident Dr. Senkowsky stellt fest, daß die monatliche Steigerung des Notenumlaufes aus Reichsanforderungen 250 Millionen Zloty, im Jahre also etwa 3 Milliarden Zloty betrage. Von diesen Beträgen seien

9

2.2.1944

bisher durch Zusammendrängung der Wehrbeitragszahlungen auf 100 Millionen monatlich im Bereiche des Notenumlaufes nur 150 Millionen als Moment der Steigerung in Erscheinung getreten.

Bankdirigent Dr. Paersch würde an sich eine Steigerung des Wehrbeitrages des Generalgouvernements begrüßen, wünsche jedoch, daß die Steigerung im Rahmen des öffentlichen Haushaltes bestritten werde.

Präsident Dr. Senkowsky glaubt feststellen zu können, daß es der Wunsch des Herrn Generalgouverneurs sei, eine Steigerung des Notenumlaufes hintanzuhalten. Es frage sich aber, welche Maßnahmen in dieser Richtung zu ergreifen seien. Weine keine Anleihen aufgenommen würden, sei er nicht in der Lage, den Wehrbeitrag abzuführen. Seit 1939, insbesondere seit dem Ausscheiden der bisher die Wirtschafts Polens tragenden Juden, sei eine grundsätzliche Strukturveränderung eingetreten. Man dürfe nicht außer acht lassen, daß seit 1940 die Wirtschaft im Generalgouvernement zum mindesten zu einem Drittel in deutsche Hand gelangt sei. Diese Kreise könnten ebenfalls für die Unterbringung der erforderlichen Anleihen herangezogen werden, zumal sich im Augenblick währungspolitisch ungünstige Wirkungen aus dem Verhalten gerade dieser Kreise zu zeigen begännen. Im großen Umfange versuchten die deutschen Elemente zur Sicherung ihrer Gewinne die flüssigen Geldmittel in das Reich zu transferieren.

Bankdirigent Dr. Paersch bemerkt, daß von seiner Seite auch auf diesem Gebiet alles getan worden sei, damit etwa durch Anregung entsprechender Maßnahmen bei der Devisenstelle eine solche Entwicklung unterbunden werden könnte. Seines Wissens seien deutsche Unternehmer auch bereits dazu übergegangen, Bürgschaften, die

2.2.1944

für eine Kreditgewährung des Generalgouvernements im Reich hinterlegt seien, zurückzuziehen und die Haftung auf die im Generalgouvernement vorhandenen Mittel zu beschränken. Die Erfassung dieser Wirtschaftskreise sei aber Aufgabe der Steuerverwaltung, nicht der Anleiheverwaltung.

Präsident Dr. Senkowsky gibt zu, daß wohl Steuern gezahlt würden, weist aber darauf hin, daß die für die Finanzverwaltung in Betracht kommenden Wirtschaftskreise durch das im Generalgouvernement bestehende Bankgeheimnis restlos geschützt würden. Die deutsche Wirtschaft im Generalgouvernement weise heute nur Gewinne auf, die einem Notenumlauf von 2 Milliarden entsprechen würden, wobei auf die allgemein bekannte Diskrepanz zwischen Bankguthaben und Steuerleistung hingewiesen werden müsse.

Bankdirigent Dr. Paersch erkennt die Zwangslage der Finanzverwaltung an und erklärt sich bereit, soweit möglich, seine Hilfe in Einzelfällen zur Verfügung zu stellen.

Während der Herr Generalgouverneur die Schwierigkeiten für die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Fehlen der notwendigen Kräfte erblickt, hält Präsident Dr. Senkowsky die Anleiheaufbringung aus dem übersteigerten Notenumlauf für entscheidend. Jede Maßnahme, die auf diesem Gebiete ergriffen werde, wirke auf die Umlaufsteigerung abbremsend. Andererseits könne er z.B. durch Einschränkung der Staatsausgaben auf die Hälfte Einsparungen von einer Milliarde erzielen, die der Notenbank zur Verminderung des Notenumlaufes zur Verfügung gestellt werden könnten.

2.2.1944

Im weiteren Verlauf der Besprechung werden nochmals die Anleihemöglichkeiten erörtert, ebenso die Möglichkeiten der Aufhebung oder Beschränkung des Bankgeheimnisses oder der Durchführung von Zwangsmaßnahmen.

Bankdirigent Dr. Paersch will von seiner Seite jede Möglichkeit ausnutzen, um die seiner Aufsicht unterstehenden Banken und Bankdirektoren entsprechend zu unterrichten. Er sei auch bereit, Vorschläge und Anregungen auf dem Gebiete des Steuerwesens zu machen.

Präsident Dr. Senkowsky bittet/Bekanntgabe dieser Vorschläge, verweist jedoch andererseits darauf, daß er wiederholt solche Vorschläge gemacht habe, sie aber als "bolschewistisch" gerade von der Emissionsbank abgelehnt worden seien. /um

Präsident Dr. Senkowsky kommt nochmals auf das Gesamtproblem der Erfassung besonders kapitalkräftiger Wirtschaftskreise zu sprechen und betont dabei, daß es ihm nicht nur um die Erfassung der Einleger bei den Banken zu tun sei. Es handle sich darum, überhaupt einmal die an der Umschichtung beteiligten und dadurch besonders begünstigten Kreise festzustellen. Wenn Dr. Paersch bereit sei, 100 Millionen Zloty im Anleihewege zu geben, so würden doch insgesamt 500 Mill. benötigt, die nur unter Druck aufzubringen seien. Es sei ein Unding, daß die Hauptabteilung Finanzen die Emissionsbank zur Anleihebegebung auffordere, während es umgekehrt sein müsse. Die Anleiheaufnahme gehöre zur Verantwortung des Bankpräsidenten als des Wächters des staatlichen Kredits.

2.2.1944

Bankdirigent Dr. Paersch erklärt nur seine Bereitwilligkeit zur Begebung einer Anleihe von 100 Millionen Zloty, bzw. dem Versuch, weitere Mittel auf dem Anleihewege aufzubringen. Er weist jedoch auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus den geplanten Zwangsmaßnahmen ergeben könnten. Durch Zwangsmethoden würden die weiter benötigten 400 Millionen Zloty für die Finanzverwaltung kaum aufgebracht werden können, zumal der Emissionsbank wie auch den Kreditinstituten jegliche Zwangsmittel fehlten, die vor allem der Hauptabteilung Finanzen auf dem Steuerwege zur Verfügung ständen. Bei zu starkem Druck auf die Wirtschaft würden sich die in Betracht kommenden Kreise zurückziehen und den geplanten Maßnahmen ausweichen können.

Präsident Dr. Senkowsky bestreitet diese Gefahr und glaubt, daß selbst bei teilweise beschränkten, im ganzen aber doch noch großen Verdienstmöglichkeiten im Generalgouvernement mit dem Verbleiben der Betroffenen gerechnet werden könne, daß vielmehr Maßnahmen der Konzessionsentziehung und Streichung der Zulassungsgenehmigung erwogen werden müßten.

Bankdirigent Dr. Paersch bemerkt, daß der Emissionsbank auf diesem Gebiete keine Möglichkeit gegeben sei. Immerhin könnten in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsorganisationen der Zentralkammer etwaige Möglichkeiten geprüft und dann entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden.

Präsident Dr. Senkowsky erklärt weiter, daß er in Ergänzung der von der Emissionsbank und den Wirtschaftsorganisationen geplanten Maßnahmen zu einer

2.2.1944

Abschöpfung der Kaufkraft des "Schwarzen Marktes" schreiten wolle. Zunächst einmal durch Abgabe von Erzeugnissen des Branntweinmonopols außerhalb des Kontingents zu Preisen des freien Marktes.

Gegen diesen Vorschlag erheben sowohl der Herr Generalgouverneur wie auch Bankdirigent Dr. Paersch Bedenken, vor allem im Hinblick darauf, daß für die Monopolerzeugnisse von seiten des Staates ein staatlicher Preis festgelegt sei und sich aus der Einschaltung in den freien Markt politisch ungünstige Auswirkungen ergeben könnten.

Präsident Dr. Senkowsky schildert im einzelnen die Durchführung der von ihm gedachten Maßnahmen. Man habe zunächst geplant, bestimmte private Unternehmer mit dem Vertrieb von Monopolerzeugnissen zu beauftragen, damit wäre jedoch diesen Vertriebsstellen ein ein unverdienter Gewinn zugeflossen. Er habe sich daher entschlossen, den Vertrieb durch staatliche Verkaufsstellen in den wichtigsten Städten des Generalgouvernements unter schärfster Kontrolle durchzuführen, wobei selbstverständlich den Abnehmern der Monopolware keine Schwierigkeiten bereitet werden dürften. Er hoffe, auf diese Weise bis Ende März die von ihm benötigten Mittel in Höhe von 300 Millionen aus der Wirtschaft ziehen zu können.

Nach verschiedenen Erwägungen wird dieser Vorschlag von dem Herrn Generalgouverneur gebilligt, vor allem mit Rücksicht darauf, dass man auch die Ernterfassung durch Gewährung von Prämienware fördere. Die von Präsident Dr. Senkowsky geplante Maßnahme sei an sich nichts anderes als eine Gelderfassung von durch Zuteilung von Monopolerzeugnisprämien. Sofern die geplanten Maßnahmen unter Sicherungsmaßnahmen erfolgen, glaube er, der Generalgouverneur, seine Zustimmung geben zu können.

2.2.1944

Präsident Dr. Senkowsky weist jedoch nochmals darauf hin, daß alle besprochenen Pläne ein Ganzes bilden und insgesamt wirksam werden müßten. Dazu gehöre auch die Aufhebung des Bankgeheimnisses, daß im Generalgouvernement im Gegensatz zum Reich noch unbeschränkt bestehe.

Demgegenüber verweist Bankdirigent Dr. Paersch nochmals auf die Gefahren, die sich gerade aus dieser Maßnahme ergeben würden, so daß der Herr Generalgouverneur schließlich zu einer Entscheidung kommt, von der offiziellen Aufhebung des Bankgeheimnisses abzu- sehen, wohl aber stillschweigend eine Lockerung im Wege der Bankaufsichtsführung nach den besprochenen Richtlinien zu versuchen, im übrigen aber die bisher durchgeführte Währungspolitik auch in Zukunft durch- zusetzen.

Abschließend wird noch die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der wichtigen Verantwortungsträger der Emissionsbank und Steuerverwaltung betont. Diese habe sich nach Ansicht des Herrn Generalgouverneurs vor allem bereits gelegentlich der geplanten Besprechung des Währungsproblems im erweiterten Rahmen zu erweisen.

Dem Herrn Generalgouverneur erscheint die Ab- gabe einer gemeinsamen Erklärung des Inhalts wünschens- wert, daß die zur Währungssicherung erforderlichen Maßnahmen bereits gemeinsam in Aussicht genommen seien.

Präsident Dr. Senkowsky erklärt seine Bereitwillig- keit, auch Bankdirigent Dr. Paersch glaubt seine Zu- stimmung unter gewissen Vorbehalten geben zu können.

2.2.1944

16⁵⁰ Besprechung mit General der Flieger Sommé, Oberst Sachs
und Oberleutnant Großmann.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
auf der Burg)

Donnerstag, den 3. Februar 1944

12⁰⁰ T r a u e r f e i e r für den an der Ostfront gefallenen Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs, Kammergerichtsrat und Leutnant Dr. Franz Keith, im Türkenzelt der Burg.

Anwesend sind die Witwe des Gefallenen, sein Bruder Stefan, hohe Vertreter aus Partei, Staat und Wehrmacht sowie die Angehörigen der Kanzlei.

Einleitend spielt das Assmann-Quartett einen Satz aus Schubert's "Der Tod und das Mädchen".

Stabsfeldwebel Geber:

Herr Generalgouverneur, sehr verehrte gnädige Frau!

Ich bin von der Front hierher geeilt, um die auch für uns unfaßbare Nachricht zu überbringen, daß unser Kompanieführer, der letzte Offizier unseres Bataillons des Panzergrenadier-Regiments 147, mein guter Kamerad, Herr Leutnant Dr. Franz Keith, gefallen ist. Ein volles Jahr war ich mit ihm zusammen, habe alles miterlebt, und dann traf uns der furchtbare Schlag: zehn Schritte neben mir, mit der rauchenden Faustgranate unter dem Arm, fiel er. Wir beerdigten ihn in Kalinowka bei Winniza. Sein Andenken werden wir immer in Ehren halten.

Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger:

Herr Generalgouverneur, verehrte gnädige Frau, hohe Gäste, meine Kameraden!

Mit Erschütterung haben wir vom Heldentod unseres unvergeßlichen Dr. Keith Kenntnis erhalten. Er ist gestorben, wie er gelebt hat, als Muster und Vorbild soldatischer Pflichterfüllung. Mit Kammergerichtsrat Dr. Keith ist einer der verdientesten und hervorragendsten Beamten des Generalgouvernements dahin gegangen,

3.2.1944

ein Mann, dessen Persönlichkeit und Leistung ihm weit über sein Amt hinaus Namen und Geltung verschafft hatten. Um seiner würdig zu gedenken, haben Sie, Herr Generalgouverneur, die führenden Männer aus allen Dienstbereichen des Generalgouvernements hierher gebeten. Lassen Sie mich zu Beginn dieser Gedenkstunde einer Dankespflicht genügen, die für mich nicht nur eine dienstliche Obliegenheit, sondern eine wahre Herzenssache ist.

Meine Kameraden und Kameradinnen von der Kanzlei des Generalgouverneurs! Es war mir vergönnt, mit Herrn Kammergerichtsrat Dr.Keith drei Jahre lang zusammenzuarbeiten. Wir haben am gleichen Tag - am 1.Dezember 1939 - unseren Dienst beim Herrn Generalgouverneur angetreten. In dieser über dreijährigen Tätigkeit hatte ich als engster Mitarbeiter des Herrn Dr.Keith Gelegenheit, nicht nur seine überragenden Fähigkeiten, sondern vor allem auch die Lauterkeit seiner Gesinnung und seine tiefe und wahre Herzensgüte kennenzulernen. Stets aufgeschlossen für all' die großen und kleinen Nöte eines jeden Einzelnen von uns war er uns immer ein gütiger und gerechter Chef. Ich weiß aus unzähligen persönlichen Unterhaltungen und dienstlichen Besprechungen mit ihm, wie sehr ihm das Wohl seiner Gefolgschaft am Herzen lag und wie er sich unablässig bemühte, die Lebenshaltung der seiner Führung unterstellten Menschen großzügig zu gestalten. Für all' das schulden wir ihm tiefen und herzlichen Dank.

Mit Worten des Dankes allein können wir dieser Pflicht nicht genügen. Nur eines gibt es für uns:

3.2.1944

folgend seinem Vorbild treu bis zum letzten unsere Pflicht zu erfüllen und uns mit hingebungsvoller Opferbereitschaft dem hohen Werk zu widmen, dem wir uns geschworen haben. Dazu, meine Kameraden und Kameradinnen, rufe ich Sie in dieser ernsten Stunde auf; denn nur so können wir bestehen vor den Augen unseres in die Unsterblichkeit eingegangenen Freundes und Kameraden.

Staatssekretär Dr. Bühler:

Wir haben soeben aus dem Munde eines Frontkameraden in wenigen, kurzen militärischen Sätzen die dramatischen Umstände geschildert erhalten, unter denen der Beste einer aus unserer Mitte, das Mitglied der Regierung des Generalgouvernements, Kammergerichtsrat Dr. Franz Keith sein junges hoffnungsreiches Leben für Führer, Reich und Vaterland hingegeben hat. Wir glauben ihn vor uns zu sehen, unseren Franz Keith, wie er als Einzelkämpfer Mann gegen Panzer todesmutig und entschlossen seinen Gegner, eine tod- und feuerspeiende Festung angenommen hat.

Die gleichen herrlichen und hervorleuchtenden Eigenschaften, die unseren Kameraden Franz Keith bei diesem seinen ruhmvollen Gang ausgezeichnet haben, hat der Gefallene auch schon während der Zeit, in der er in unserer Mitte gearbeitet und gewerkt hat, an den Tag gelegt. Treue, Mut und Entschlossenheit, hohe berufliche Begabung und Fähigkeit verband in idealer Weise mit Klugheit und Besonnenheit. Er kämpfte stets mit dem Einsatz seiner ganzen Person ohne jede Hinterhältigkeit. Er strahlte die ganze Kraft und Potenz einer achtungsgebietenden Persönlichkeit aus. Daneben

3.2.1944

war er uns auch als Mensch und Kamerad sehr nahe. Er nahm am Leid ebenso Anteil wie an den Freuden dieses Lebens. Trotz seiner Jugend war er der natürliche Mittelpunkt seiner Familie, ein liebevoller Gatte, ein treubesorgter Sohn und Bruder.

Meine Kameraden! Die Nachricht vom Heldentod unseres Kameraden Franz Keith hat uns alle mehr erschüttert und aufgewühlt als je eine Ereignis in der vergangenen Zeit. Ich selber, der ich den Vorzug hatte, ihm vielleicht näher zu stehen als andere, verliere in ihm nicht nur einen Mitarbeiter. Wir sind unsagbar traurig über den Heimgang unseres Kameraden, aber ebenso unsagbar stolz ist die Regierung des Generalgouvernements, in ihren Reihen einen Mann gehabt zu haben, der sein sauberes, lauterer und reines Leben den höchsten menschlichen Idealen zum Opfer gebracht hat. Die Größe der Zeit, in der wir leben, hat ihr unauslöschliches Merkmal auch dem Heldentod unseres Kameraden Franz Keith aufgedrückt.

Wir verabschieden uns vor unserem Kameraden in dem Gedanken, daß ein Volk, in dem ein Satz

"Dulce et decorum est pro patria mori"
durch die Tat allgemeine Gültigkeit erlangt hat, unbesiegbar ist.

3.2.1944

Der Herr Generalgouverneur:

Gnädige Frau! Herr Stefan Keith!

Es liegt nun bei mir, von unserem Franz Keith im Namen der Deutschen des Generalgouvernements in gesammelter Feierlichkeit Abschied zu nehmen. Ich habe den herzbewegenden Worten dienstlicher und kameradschaftlicher Würdigung, die die engsten Mitarbeiter eben ausgesprochen haben, nur Weniges anzufügen; denn ein Leben wie dieses, strahlend im Aufstieg, klar in den charakterlichen und Wesensvoraussetzungen, eindeutig in der Zielrichtung, ist an sich kurz umschrieben. Eine kurze Frist ist ihm nur gegönnt gewesen; aber sein Leben war hineingestellt in eine Epoche, die ihn wie alle jene, die in dieser Epoche zum Licht emporgetragen werden, in die Unsterblichkeit führt.

So stehen wir betroffen vor einem Opfer in dem Bewußtsein einer göttlichen Rätselhaftigkeit vom Leben an sich, die mit dem Werden der Menschen, ihrem tiefsten Sinn und dem Walten des Flügelschlages des Schicksals auf diesem Planeten verbunden ist. In diesem Gedanken einer tiefsten Betroffenheit, einer wurzellosen Ausweglosigkeit verliert sich die Trauer. Es gibt Rätsel, deren Lösung uns versagt ist, und es gibt das Quälende in der Welt, das man ahnt, daß der Herrgott ewig nur Fragen, Fragen um Fragen stellen läßt und daß er uns durch dieses Leben führt, um uns erst, vielleicht kaum gehaucht, in der letzten Minute, in der letzten Sekunde des Lebens, lichtaufflammend ein weites Tor zu öffnen.

6

3.2.1944

Wenn wir nun unserem Kameraden Franz Keith in die Augen sehen könnten, würde er wissen, was sein kurzes strahlendes Leben bedeutet: aufflammend wie ein Meteor, aufsteigend in kurzer Lebensbahn zu seinen Altersgenossen zumeist verschlossenen Höhen, plötzlich hinabgerissen in die Nacht des Todes und doch, wie wir sagen, höher emporgehoben in Gottes Land!

Ich selbst habe ihn nun seit Jahren an meiner Seite. Er war bei mir in der Akademie für Deutsches Recht, kam dann auf diese Burg. Ich ließ ihn nicht mehr in eine andere Position ziehen. Viele wurden ihm angeboten; man riß sich um Franz Keith, jeder wollte ihn haben; denn jeder staunte ob dieser klaren prägnanten Energie seiner Persönlichkeit, ob dieses klaren Willens, ob dieser selbstlosen, dienstlichen Sicherheit des Befehlenskönnens und zugleich des Überzeugungskönnens von der Richtigkeit der Befehlsgebung.

Ich kann in einem Wort sagen, was er mir war: er hat dieses, was ich Kanzlei des Generalgouverneurs nenne, aufgebaut, organisiert; er hat diese Burg eingerichtet und hat die Bauten auf dieser Burg geschaffen. Er hat in unermüdlichem Arbeiten und Wirken diese Zentrale der deutschen Führung im Weichselraum aufgerichtet, und ich kann nur sagen: der Herrgott hat ihn zu Größerem abberufen, er wird mir keinen Nachfolger seiner Art mehr geben. Mit ihm stirbt der dahin, der an meiner Seite das Werk auf dieser Burg begann und der würdig war, in der Reihe der Männer zu stehen, die als Regierung des Generalgouvernements auf ihren Positionen, in ihren Funktionen Ähnliches zu erreichen berufen sind.

3.2.1944

Er war Kammergerichtsrat. Er gehörte damit einem charakteristischen dienstlichen Gremium an, dessen Geschichte einen bedeutungsvollen Ausschnitt aus der Geistesgeschichte des deutschen Volkstums bedeutet. Diese preußischen Kammergerichtsräte setzten sich in Jahrhunderten stolzer deutscher Reichsgeschichte aus den bedeutendsten Männern preußischer deutscher Rechtsfindung zusammen. Nicht nur das: der Titel Kammergerichtsrat war der stolze Titel, der den Rechtskämpfer bezeichnete. Unvergänglich die Szene, wie die Kammergerichtsräte vor den Alten Fritz zitiert wurden, um dort vor des Königs Majestät zu bekennen, daß das, was sie tun, rechtens ist, und daß das, was der König verlangt, unrechtens ist, - die sich nicht scheuen, in den Kerker zu gehen und zu sagen: Majestät können uns verhaften und in den Kerker werfen, das Urteil ist rechtens und wird nicht geändert. Der berühmte Fall des Müllers Arnold steigt hier auf.

Von dem stolzen Geist dieser Kammergerichtsräte hatte auch unser Keith das Wesentliche an sich. Auch er hatte die Kraft des offenen Blicks, der sich nicht knechtisch hinter der Wirklichkeit versteckt, sondern der das bekennet, was bekennensnotwendig ist, der tut, was seines Glaubens ist, und der unterläßt, was für ihn unmöglich zu tun ist.

In dieser geraden Haltung war der Kammergerichtsrat Keith auch ein würdiges Mitglied dieses preußisch-deutschen Gerichtshofes, er war in seinem ganzen Wesen ein Mann des Rechtes, er war die Gerechtigkeit in Person. Er liebte die Dinge des Rechts. Er war mit mir in dem Bestreben zusammengehalten, der Rechtsidee zu dienen, wie wir sie in der Akademie für Deutsches Recht als großem Areopag einer Ideenwelt aufgerichtet haben, in

3.2.1944

Er war Kammergerichtsrat. Er gehörte damit einem charakteristischen dienstlichen Gremium an, dessen Geschichte einen bedeutungsvollen Ausschnitt aus der Geistesgeschichte des deutschen Volkstums bedeutet. Diese preußischen Kammergerichtsräte setzten sich in Jahrhunderten stolzer deutscher Reichsgeschichte aus den bedeutendsten Männern preußischer deutscher Rechtsfindung zusammen. Nicht nur das: der Titel Kammergerichtsrat war der stolze Titel, der den Rechtskämpfer bezeichnete. Unvergänglich die Szene, wie die Kammergerichtsräte vor den Alten Fritz zitiert wurden, um dort vor des Königs Majestät zu bekennen, daß das, was sie tun, rechtens ist, und daß das, was der König verlangt, unrechtens ist, - die sich nicht scheuen, in den Kerker zu gehen und zu sagen: Majestät können uns verhaften und in den Kerker werfen, das Urteil ist rechtens und wird nicht geändert. Der berühmte Fall des Millers Arnold steigt hier auf.

Von dem stolzen Geist dieser Kammergerichtsräte hatte auch unser Keith das Wesentliche an sich. Auch er hatte die Kraft des offenen Blicks, der sich nicht knechtisch hinter der Wirklichkeit versteckt, sondern der das bekennet, was bekennensnotwendig ist, der tut, was seines Glaubens ist, und der unterläßt, was für ihn unmöglich zu tun ist.

In dieser geraden Haltung war der Kammergerichtsrat Keith auch ein würdiges Mitglied dieses preußisch-deutschen Gerichtshofes, er war in seinem ganzen Wesen ein Mann des Rechtes, er war die Gerechtigkeit in Person. Er liebte die Dinge des Rechts. Er war mit mir in dem Bestreben zusammengehalten, der Rechtsidee zu dienen, wie wir sie in der Akademie für Deutsches Recht als großem Areopag einer Ideenwelt aufgerichtet haben, in

3.2.1944

der schließlich die soziale Ordnung dessen, was wir heute Europa nennen, eine glühende Vorbedingung zu sehen hat: daß ein Volk ohne Recht nicht bestehen kann und daß auf die Dauer ein Volk ohne Rechtssicherheit nicht lebt, daß Europa und Recht eins sind und daß die Gewalt Asiens dieses Recht nicht überwinden wird, daß die deutsche Rasse in sich das Rechtsgefühl als heilige Wegzehrung auf die Wanderung durch die Jahrtausende ihrer Geschichte bekommen hat. Aus diesem Flammengeist war seine Seele gespeist und trug seinen Geist in ideale Höhe.

Aber er war nicht nur dieses; er war vornehm in seinem ganzen Wesen, ein klarer vorbildlicher Offizier. Er war das, was allen deutschen Ständen voranleuchtet, ganz gleich, wo sie wohnen: er war der preußische Offizier, er war das, was einmalig in der ständischen Ordnung unserer deutschen Geschichte seine Bedeutung hat als Voraussetzung der wiedererstehenden Reichskraft, - der preußische Offizier, dessen klare Haltung, dessen eindeutige Selbstsicherheit, dessen Truppengenialität eben dieses Reich einmal auf dem militärischen Sektor geschaffen hat. Dieser preussische Offizier, der, aus der alten Geschichte Brandenburs aufsteigend, heute zum Vorbild aller deutschen Offiziere geworden ist.

Dieser preußische Offizier war Keith. In ihm lebte dieses Flammenblut des Soldatischen, des Kämpferischen, des nicht Ausweichenwollens, des schnurgerade Durchschlagenwollens, des rücksichtslos Draufgehens da, wo es nottut, wo man spürt, daß Hindernisse nur künstlich sind, nur aufgerichtet, um irgendetwas, was nicht klar ist, zu verdecken.

Dieser klare befehlsgewohnte preussische Offizier war es auch, der die schwierigen Verhältnisse im Aufbau einer führenden Organisation als Behörde überwand und der die Vielfalt menschlicher Schwächen, die sich in einem solchen Bereich zeigen, nach Art

3.2.1944

des Kompaniechefs klar hintanzustellen wusste, und dort wo es nottat, auch klar beseitigte.

Ich möchte daher aus dem Vollbewusstsein des Verlustes dieses Mannes uns allen den traurigen Wehmutsgeanken nicht ersparen, daß diese Männer, wie wir in Franz Keith einen verloren haben, uns allen als Vorbild voranleuchten können und sollen. Indem wir ihn ehren, indem wir seiner gedenken, ehren wir alle, die für Deutschland fallen, gedenken wir aller, die Deutschland ihr Leben als Opfer gebracht haben. Sie haben diesen kurzen Weg durch die Erde überstanden und sie sind in die Ewigkeit eingegangen. Um uns alle lauert der Tod: heute Du, morgen ich. Einmal ergreift jeden von uns diese Hand, die uns hinausführt aus der Welt und die uns dann die Offenbarung gibt, an die wir alle glauben.

Wir wissen, daß sich in diesen Hunderttausenden und Millionen, die jetzt gefallen sind, die an den Fronten und in den Ozeanen ruhen, die dort in den zertrümmerten Kellern zu Asche verbrennen, die Flammen innerster unsterblicher Hingabe für unser schwer ringendes deutsches Vaterland zu einer einzigen Opferflamme sammeln. Die Seele Keiths flammt unter ihnen. Möge der Herrgott gerade aus diesen Opfern unseres Volkes erkennen, wie tiefernt uns die Idee der Freiheit unseres Vaterlandes geworden ist. Ein Volk, das solche Helden endlos, endlos sich in die graue Schar der Toten einreihen sieht, ein solches Volk hat ein Anrecht auf seinen Platz.

Ihnen, gnädige Frau, möchte ich als Trost in dieser einzig schweren Stunde dieses mit auf den Weg geben: das Schicksal hat Sie an die Seite eines Mannes gestellt, dem es von dem gleichen Schicksal bestimmt war, sein Leben für die Gemeinschaft hinzugeben.

3.2.1944

Sie sind geweiht als Gattin eines unsterblichen Helden. Indem wir uns alle erheben, spreche ich Ihnen, gnädige Frau, und der ganzen Familie Keith im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements, aller seiner Untergebenen und Vorgesetzten unser tiefst empfundenes Beileid aus.

--

Den Abschluß der Trauerfeier bildet das Adagio von Beethoven, vorgetragen vom Assmann-Quartett.

13³⁰ Essen

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf
der Burg)

Freitag, den 4.2.1944

- 9⁵⁵ Besprechung mit Oberstleutnant von Dagur.
10⁰⁰ Besprechung mit Ministerialrat Dr. Weh.
10⁴⁰ Währungssitzung im Königssaal der Burg.

Teilnehmer: Der Generalgouverneur,
Staatssekretär Dr. Bühler,
Rüstungsinspekteur Generalleutnant
Schindler,
Staatssekretär Dr. Boepple,
Präsident Dr. Senkowsky,
Präsident Dr. Emmerich,
Präsident Dr. Struve,
Präsident Naumann,
Regierungskommissar der Zentral-
kammer, Dr. Heuber,
Präsident Tetzner.

(Protokoll siehe Beiakten).

- 16⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach
Kressendorf.
19³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von
Trzebinia nach Berlin.

Sonnabend, den 5.2.1944
bis Montag, den 7.2.1944

IV/8

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs
im Reich.

Sonnabend, den 5. Februar 1944

6²⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Berlin -
Schlesischer Bahnhof.

Anschließend fährt der Herr Generalgouverneur
mit seiner Begleitung zum Hotel Adlon. Dort empfängt
er im Laufe des Tages

1. den Bevollmächtigten des Generalgouverneurs
in Berlin Landgerichtsrat Taschner
2. den Berliner Schriftleiter der Krakauer Zei-
tung Spannagel
3. den Pressechef der Regierung des Generalgouver-
nements Gassner.

14³⁰ Der Herr Generalgouverneur besucht die Opernvorstel-
lung "La Traviata" in der Staatsoper, für die ihm
Generalintendant Tietjen seine Loge zur Verfügung
gestellt hat.

18⁴⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Berlin-Schlesi-
scher Bahnhof mit dem Kurierzug ins Führerhauptquartier.

Sonntag, den 6. Februar 1944

- 8³⁰ Ankunft auf der Bahnstation des Führerhauptquartiers.
- 9⁰⁰ SS-Obersturmführer Beermann von der persönlichen Begleitung des Führers meldet sich bei dem Herrn Generalgouverneur im Salonwagen.
- 14⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs ins Führerhauptquartier Sperrkreis A.
- 14³⁰ Unterredung mit dem F ü h r e r .

Anschließend Besprechungen des Herrn Generalgouverneurs mit Reichsleiter Bormann, Professor Dr. Morell, SS-Gruppenführer Bormann, Reichspressechef Dr. Dietrich und Generalfeldmarschall Keitel.

(Siehe Seite)

- 17³⁰ Rückkehr des Herrn Generalgouverneurs und seiner Begleitung zum Salonwagen.
- 20³⁰ Abfahrt des Kurierzuges nach Berlin.

↓ 1
└
Sonntag, den 6. Februar 1944

14³⁰

bis

17⁰⁰

Im Führerhauptquartier (Sperrkreis A) hat der Herr Generalgouverneur eine Besprechung beim Führer.

Der Herr Generalgouverneur gibt über den Inhalt und Verlauf seiner Besprechungen folgenden Bericht: ✓

Ich fuhr um 14 Uhr mit dem Adjutanten SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth und mit Obersturmführer Beermann von der Begleitung des Führers in den Sperrkreis A des Führerhauptquartiers. Dort wurde ich von Reichsleiter Bormann empfangen. Kurze Zeit darauf empfing mich der Führer. Anschließend aß er mit Reichsleiter Bormann und mit mir zu Mittag. Der Führer war außerordentlich aufgeschlossen und machte den Eindruck eines völlig gesunden, lebensfrischen, energiegeladenen Mannes. Er erschien mir wie in seinen besten Jahren.

└ Während des Essens entspann sich sogleich eine lebhafte politische Unterhaltung. Der Führer begann mit der Bemerkung, daß die Rede, die ich morgen vor der Auslandspresse in Berlin zu halten gedächte, ihm ausgezeichnet gefallen hätte. Er fragte dann sogleich, was denn nun eigentlich die Polen machten. Ich berichtete im Zusammenhang über die Situation der fremdvölkischen Bevölkerung im Generalgouvernement, zeichnete in großen Linien die Entwicklung der Einstellung zur deutschen Führung und die Parteien, die sich gewissermaßen im polnischen Volkstum uns gegenüber gebildet hätten. Ich erwähnte den Zwiespalt zwischen der sogenannten nationalpolnischen Widerstandsbewegung und der von Moskau aus geführten kommunistischen Gruppe und skizzierte die Lage dahin, daß die Millionenmasse der polnischen Arbeiter und Bauern trotz aller Versuche, sie gegen uns aufzuput-schen, im allgemeinen loyal ihren Pflichten nachkomme.

6.2.1944

Ich konnte in diesem Zusammenhang auf die beachtlichen Leistungen verweisen, die das Generalgouvernement für das Deutsche Reich erbracht hat.

Ich führte dann einige Zahlen auf. Der Führer war sehr interessiert an den Zahlen der Landwirtschaft und der Rüstungsindustrie. Er war völlig informiert über die hervorragenden Leistungen des Generalgouvernements. "So wie Sie es gemacht haben, ist es völlig recht. Den Polen muß man immer sagen, daß sie nur unter deutscher Führung leben können und daß - wenn die Bolschewiken ins Land kämen - in einigen Jahren kein polnisches Volk mehr existieren würde."

Ich erklärte daraufhin, daß mir meine Politik viel Widersprüche eingetragen habe, daß man mich als polenfreundlich verschrien habe, daß ich aber bekennen müßte, jene Leistungen, für deren Anerkennung ich dem Führer besonders dankte, seien nur kraft dieser pfleglichen politischen Behandlung möglich gewesen. Ich bemerkte, daß ich mir selbstverständlich über die Gefahren einer derartigen Schonung, insbesondere der Kirche und der nationalistischen Lehrerschaft der Polen völlig im klaren sei, daß es aber jetzt nicht darauf ankommen könne, im Raum des Generalgouvernements große nationale Auseinandersetzungen durchzuführen, sondern daß es nur ein Ziel geben könne: die Millionenmasse der Polen möglichst ungehemmt in Landwirtschaft, Industrie, Verkehr und sonstiger Arbeit für das Großdeutsche Reich einzusetzen. Ich erwähnte als Beispiel die Zahl der in der Ostbahn beschäftigten Nichtdeutschen im Verhältnis zu den dort tätigen Deutschen. Ich verwies auf die Hunderttausende darüber hinaus im deutschen Interesse arbeitenden Polen aller Schichten, denen natürlich ein Minimum an Lebensfreude

6.2.1944

und nationaler Lebenszukunft sichergestellt werden müsse, damit sie überhaupt bei ihrer Arbeitskraft erhalten bleiben könnten.

Der Führer bestätigte diese Ausführungen mit besonderem Nachdruck und erklärte, daß diese Art der Behandlung auch von der österreichischen Verwaltung in Galizien lange Jahre über mit Erfolg gepflogen worden sei. Ich wiederum bestätigte, daß auch unsere Erfahrungen mit den Ergebnissen der altösterreichischen Verwaltungskunst in Galizien die denkbar besten seien.

Ich sprach dann in diesem Zusammenhang von der Philharmonie, von dem demnächst zu eröffnenden polnischen Theater, von der Duldung der Kirchen und vor allem auch über die vielfach mißverständlich beurteilten Hochschulkurse in Lemberg. Ich verwies auf die geringe Zahl der deutschen Ärzte im Generalgouvernement und machte die Notwendigkeit der Heranbildung eines minimalen Ausbildungsprogramms geltend.

Den Führer freuten offensichtlich diese Ausführungen; denn er machte daraufhin die witzige Bemerkung, daß er als Ausbildungsleiter für diese polnischen Ärzte seinen persönlichen Arzt, Dr. Brandt, empfehlen möchte.

Der Führer schnitt dann das Ukrainerproblem an. Ich konnte hierbei auf die Erfolge unserer Ukrainerpolitik verweisen. Ich sagte ihm, daß wir in Galizien eine ukrainische Bevölkerung haben, die absolut treu und sicher sei und die, wie die Ernteergebnisse gezeigt hätten, ihren Pflichten eifrigst nachkomme. Ich verwies auf die Freiwilligen bei der ukrainischen SS-Division und erwähnte, daß die Ukrainer mit Feuer und Flamme sich dem Kurs des Generalgouverneurs angeschlossen hätten. Der Führer sagte, er müsse das anerkennen; im übrigen verwies er auf das Beispiel des alten Österreich, wo die Ruthenen zwar ein verachtetes und nicht sehr geschätztes, aber politisch ein

6.2.1944

als antipolnisches Element gern gebrauchtes Volkstum dargestellt hätten.

Bei dieser Gelegenheit verwies ich auf die Notwendigkeit, daß bei der demnächst wieder zu erwartenden Rückeroberung der Ukraine der unmittelbar an Galizien anschließende Teil der ehemaligen Republik Polen, insbesondere also das Gebiet von Wolhynien, zum Generalgouvernement kommen müsse. Ich begründete dies damit, daß dort die großen weiten Flächen seien, dünn besiedelt und überaus fruchtbar, die im Generalgouvernement fehlten. Der Führer nahm diesen Hinweis mit großen Interesse auf und sagte: "Ja, das ist richtig, dieses Gebiet gehört schondeshalb zum Generalgouvernement, damit die ukrainische Bevölkerung zahlenmäßig zunimmt."

Ich bemerkte dann, die Intelligenz der Ukrainer sei nicht sehr hoch, was ihre fachliche Ausbildung angeht. Es sei daher für uns ein schweres Problem, die weitmehr europäisch gebildeten Polen zurückzuhalten und polnischen Führernachwuchs zu erziehen.

Der Führer bestätigte dies, indem er bemerkte, die Polen seien zweifellos ein hochbegabtes Volk.

Ich berichtete dann dem Führer über die großartige Haltung der Deutschen im Generalgouvernement, berichtete über die Kundgebung in Lemberg und sagte ihm, daß es für uns von großem Interesse wäre zu wissen, wie wir uns angesichts der neuesten Ereignisse (Verlust von Luck, Rowno und Dubno) verhalten sollten. Daraufhin meinte der Führer: "Ja, mein lieber Frank, es ist eigenartig, das Generalgouvernement haben wir früher alle als einen etwas im Hintergrund liegenden Winkel angesehen, heute ist es die Bastion des Ostens. Ich bin genau im Bilde über die Leistungen des Generalgouvernements und sage Ihnen, daß ich alles tun werde,

5

6.2.1944

um es nicht zum Kriegsschauplatz werden zu lassen. Im übrigen nehme ich an, daß es sich bei diesem von Ihnen angeführten Vorstoß zunächst nur um schwache Spitzenkräfte handelt, mit denen wir schon fertig werden wollen. Ich würde alles unternehmen, um einen weiteren Vormarsch auf das Generalgouvernement abzuwehren".

Ich berichtete dann über unsere Erfahrungen bei Eintreffen der Meldung, daß Rowno besetzt worden sei, und sagte dem Führer, daß ich es peinlich empfand, nicht sogleich in der gewohnten Weise seitens der Wehrmacht informiert worden zu sein; ich wolle aber im allgemeinen rühmend anerkennen, daß im Wehrkreis-kommando ansonsten ein gutes kameradschaftliches Verhältnis mit der Regierung gepflogen werde; das Bestreben, sich mit der NSDAP im Generalgouvernement gut zu stellen, gehe besonders daraus hervor, daß auch Generale an Schulungsveranstaltungen der NSDAP teilnahmen.

Der Führer schnitt dann die Frage der Verteilung der Wehrmacht im Generalgouvernement an und wünschte zu wissen, ob sich alle Generale jeweils bei mir melden. Er lege größtes Gewicht darauf, daß die deutsche Führung dieses Raumes in absolut großzügiger Repräsentanz in Erscheinung trete. Darauf lege er um so mehr Gewicht, weil er wisse, daß dies eine der wesentlichsten deutschen Voraussetzungen für die Durchführung des deutschen Auftrags im Generalgouvernement sei; die führenden deutschen Kreise müßten absolut als Vertreter eines großen starken Reiches und nicht als kleine bürokratische Spießer in Erscheinung treten.

6.2.1944

Ich berichtete dann kurz über den Mangel an Poliseikräften, erzählte von unseren Bunkern und Stützpunktbauten an der Grenze und von anderen sonstigen Maßnahmen, erwähnte insbesondere, daß wir aus dem unmittelbar gefährdeten Kreis begonnen hätten lebenswichtige Güter zurück zu transportieren, daß wir aber die Verwaltungsbehörden, Parteiorgane und sonstigen Kräfte unter allen Umständen bis in die äußerste Zone zu halten entschlossen seien. Der Führer billigte diesen Standpunkt.

Ich sprach dann von dem Eisenbahnattentat auf mich, über das der Führer offenbar schon informiert war.

Ich kam dann auf die deutsche Kultur im Generalgouvernement zu sprechen und schilderte genau die Theater in Krakau, Warschau und Lemberg mit ihren Programmen. Ich erzählte vom Aufbau des Staatstheaters des Generalgouvernements und beantragte, daß der Intendant Stampe nun endlich den Titel "Generalintendant" erhalten solle, habe er doch das einzige Dauertheater des Ostens aufgebaut, das Oper, Schauspiel und Operette bringe und das Tausenden deutscher Menschen, insbesondere deutscher Soldaten, deutsche Kultur laufend vermittle. Der Führer sagte, daß er die Berufung zum Generalintendanten vornehmen werde, wovüber sich Reichsleiter Bormann eine besondere Notiz machen sollte.

Ich erwähnte an besonderen Beförderungswünschen, daß es schmerzlich sei, daß mein wichtigster Mitarbeiter, Staatssekretär Dr. Bühler, immer noch nicht in die ihm gebührende Dienststellung habe einrücken können; Reichsleiter Bormann bemerkte hierauf, diese Beförderung sei eingeleitet, alles sei klar; sie könne in der nächsten Zeit ausgesprochen werden.

7

6.2.1944

Der Führer sah sich anschließend, während ich mich hinter ihn stellte, das mitgebrachte Material genau an. Hierbei ergab sich immer wieder Gelegenheit, weitere interessante Fragen zu besprechen. Ich legte ihm Blatt für Blatt der gut gelungenen Karten des Hauptamtes für Raumordnung vor, die sein Interesse in ganz besonderem Maße fanden. So meinte der Führer z.B., das Generalgouvernement mit seinen 120 Einwohnern auf den Quadratkilometer sei eigentlich schon als überbevölkert anzusprechen. Daran anknüpfend verwies ich auf die Unmöglichkeit, jetzt Deutsche ins Generalgouvernement einzusiedeln; gerade diese Einsiedlungen seien es, die große Unruhe in die Bevölkerung trügen. Der Führer stimmte dem zu und meinte, er hoffe, daß zunächst einmal die Germanisierung der eingegliederten Ostgebiete durchgeführt werden könnte; die Frage, wie es im Generalgouvernement nationalpolitisch werden solle, könne ruhig der Zukunft überlassen werden.

Bei der Karte über die Ernährungsleistungen des Generalgouvernements zeigte sich der Führer besonders im Bilde. Er machte wiederum die Bemerkung, es sei wirklich großartig, was die deutsche Verwaltung aus dem Lande herausgeholt hätte. Er fragte, wieviel meiner Meinung nach das Generalgouvernement wohl einmal unter normalen Friedensverhältnissen zu leisten in-stande sei. Ich antwortete, daß das Generalgouvernement unter Einbeziehung des Gebietes von Wolhynien wohl über 1/2 Million Tonnen Getreide werde regelmäßig liefern können, wozu dann noch die Fülle der anderen Leistungen treten würde. Freilich müßten die nötigen Maschinen und sonstigen Investitionen, auf die die Ernährung und Landwirtschaft dringend angewiesen sei, zur Verfügung stehen, ungeachtet der dringend notwendigen Verbesserungen der Straßenverhältnisse.

6.2.1944

Bei der Karte über die Waldverteilung bezeichnete es der Führer als auffallend, daß wir so wenig Wald hätten und trotzdem soviel Holz lieferten. Ich verwies darauf, das sei vor allem dem Umstand zu danken, daß die seinerzeitige Zusage einer Grenzrevision zu Gunsten der Ungarn, die uns den besten Wald genommen hätte, rückgängig gemacht werden konnte. Gerade aus den Waldbeständen in Galizien, die damals so bedroht waren, seien die stärksten Holzlieferungen erzielt worden.

Ich betonte in diesem Zusammenhang die unliebsamen Verhältnisse, die offenbar in Ungarn in puncto der Polenpolitik vorhanden seien. Der Führer zeigte sich darüber völlig im Bilde und meinte, er wünsche nur einmal einen eklatanten Fall mitgeteilt zu erhalten, er würde dann schon drakonisch durchgreifen.

Wir kamen dann bei der Bevölkerungskarte auf die Bevölkerungszusammensetzung im Generalgouvernement noch kurz zu sprechen. Ich sagte dem Führer, daß die Deutschen alles in allem 1 % der Gesamtbevölkerung ausmachten und verwies dabei auf die Notwendigkeit der Parteilarbeit im Generalgouvernement, die sehr erfolgreich vonstatten ginge.

Die Beseitigung der Juden aus dem Generalgouvernement sei eine anorme Entlastung für die Gesamtlage des Landes gewesen. Heute seien nur noch die unerlässlich notwendigen, für anderweitig nicht zu befriedigende Arbeit eingesetzten Kräfte vorhanden.

Der Führer fragte dann nach Warschau und meinte, Warschau würde mir wohl die meiste Sorge im Generalgouvernement verursachen. Ich konnte ihm nur bestätigen, daß Warschau den schwärzesten Punkt im Generalgouvernement bedeute. Der Führer bezeichnete es als

6.2.1944

absolut richtig, daß wir Krakau zur Hauptstadt gemacht hätten; Warschau müßte sobald sich die Möglichkeit dazu ergebe, abgebaut werden.

Bei der Karte über die Industrieverlagerung kamen wir auf verschiedene Detailfragen zu sprechen. Ich erwähnte die Schwierigkeiten der Währungslage, der Rohstoff- und Warensituation und führte aus, daß hier unbedingt eine Klärung der Probleme herbeigeführt werden müsse. Ich wies darauf hin, daß ich und meine Mitarbeiter in den zurückliegenden Jahren das Opfer böswilliger Mißverständnisse geworden seien; es müsse ganz allgemein wieder eine positive Einstellung zum Generalgouvernement Platz greifen. Aus dem ewigen Verneinen werde nur schwerster Schaden für das Reich entstehen. Ich berichtete in diesem Zusammenhang, wie glücklich ich sei, indem Parteigenossen Koppe einen so verständnisvollen und kameradschaftlich mitarbeitenden Staatssekretär für das Sicherheitswesen bekommen haben. Der Führer nahm dies mit Befriedigung zur Kenntnis und meinte: "Wer wollte das heute noch bestreiten, daß das Generalgouvernement das vielleicht wichtigste besetzte Gebiet ist, das wir noch haben?"

Der Führer fragte dann über die Aussicht der Erdölproduktion im Generalgouvernement. Ich berichtete über die Beobachtung der allmählichen Erschöpfung unserer Erdölquellen. Neue Bohrungen seien wenig ergiebig. Der Führer meinte, auch er habe diesen Eindruck, die Ölquellen Galiziens wären schon im alten Österreich-Ungarn kolossal ausgebeutet worden. Er habe auch den Eindruck, daß die rumänischen Ölfelder einer allmählichen Erschöpfung entgegengingen. Ich konnte dem Führer versichern, daß wir alles daran setzen, die Produktion auch unter den ungünstigen Verhältnissen weiterhin auf der Höhe zu halten oder gar zu steigern.

6.2.1944

Ich berichtete dann noch über die Kulturbauten im Generalgouvernement und erzählte über die Neubauten auf der Burg, die sich sehr harmonisch in das Ganze eingefügt hätten. Der Führer beschaute sich dann eingehend das Heft "3 Jahre NSDAP im Generalgouvernement", wobei er wiederholt über die dem Heft beigegebenen Aufnahmen seine Anerkennung äußerte. Er meinte, daß sei ja wie der Parteitag zu Nürnberg aufgezo- gen. In künstlerisch empfundenen Worten sprach er davon, daß Krakau überhaupt eine der schönsten Städte des großdeutschen Machtbereiches sei, und verwies auf das Gegenstück Götterhafen, das zwar vielleicht zweckmäßig und für uns als Hafen sehr wertvoll sei, aber im übrigen sich mit der schönen Hauptstadt des Generalgouvernements in keiner Weise baulich und künstlerisch ver- gleichen ließe.

Ich kam dann auf die etwaige Beteiligung von polnischen Freiwilligen am Kriege zu sprechen. Der Führer wehrte sofort ab, diesen Gedanken weiter zu verfolgen. Er möchte um keinen Preis mehr eine Pilsudskiarmee haben. Er fuhr fort: "So, wie Sie das in Ihrer ausgezeichneten Rede vor der Auslandspresse, die wirklich sehr gut ist, morgen sagen werden, ist es richtig; die Polen sollen arbeiten, der deutsche Sol- dat wird sie mit ganz Europa gegen den Bolschewismus verteidigen".

Wir sprachen dann verschiedenes Sachliche und Persönliche. Der Führer erzählte vom Kriegsgeschehen, sprach über die schwierigen Wetterverhältnisse, die für diesen Krieg charakteristisch seien. Wäre das Wetter 1941 nicht so schlecht gewesen, wäre Moskau längst in unserer Hand. Trotz allem gab er dem fel- senfesten Glauben Ausdruck, daß wir den Kampf sieg- reich bestehen werden. Ich konnte ihm diesen Optimis- mus aus dem Erleben der Deutschen im Generalgouverne- ment, die treu am Führer hingen, nur bestätigen und

6.2.1944

erzählte ihm einzelne Beispiele tapferen Erlebens deutscher Männer und Frauen im Generalgouvernement und berichtete über meine Unterhaltungen mit den verschiedensten Frontsoldaten.

Der Führer sagte dann gegen Schluß, daß er alles tun werde, um mir zu helfen. Meine Aufgabe sei eine wichtige. Er vergewisserte sich dann auch noch, ob Reichsleiter Bormann alles aufgezeichnet habe, was aus der Besprechung festzuhalten sei. Im übrigen gab er mir anheim, mich künftig vertrauensvoll an ihn zu wenden.

Die Besprechung hatte insgesamt annähernd 2 1/2 Stunden gedauert und endete in freundlicher Harmonie und war wohl vom Führer so gedacht, um einen völligen Ausgleich zwischen ihm und einem seiner ältesten Mitkämpfer in Anwesenheit des Leiters der Parteikanzlei zu dokumentieren.

Ich begab mich sodann in das Vorzimmer des Adjutanten, Obersturmbannführers Darges, wo ich noch einige Zeit verweilte, weil einige Telefongespräche wegen der von mir noch weiter geplanten Besprechungen im Führerhauptquartier zu erledigen waren. Während dessen kam der Führer noch einmal heraus, stellte sich neben mich, um noch einiges Persönliche mit mir zu besprechen. Er erzählte mir, daß eine Einsatzgruppe noch heute aus dem Führerhauptquartier an einen besonders bedrohten Punkt der Ostfront abrücke. Ich erzählte dem Führer einiges Heitere, u.a. auch einen Wiener Witz, der sein herzliches Lachen hervorrief.

Er sagte mir dann, daß er jetzt große starke Bunker für die gesamte Belegschaft des Führerhauptquartiers bauen lasse, da man nie wissen könne, was geschehe; die modernen Bomben mit ihrer Durchschlagskraft seien bei der Errichtung der jetzigen Gebäude ja noch nicht bekannt gewesen. Der Führer entließ

6.2.1944

mich dann endgültig mit seinen besten Wünschen; er erkundigte sich noch nach meiner Familie und gab mir die besten Grüße und Wünsche für Frau und Kinder mit.

Ich verabschiedete mich dann auch von Reichsleiter Bormann, der betonte, mir in Parteigenossen Tiessler einen seiner besten Männer zu schicken. Er hoffe, daß alles gut werden möge, und er selbst hätte daran das größte Interesse und bedauere aufrichtig, zur Zeit nicht nach Krakau kommen zu können, werde diesen Besuch aber nachholen, sobald er Gelegenheit dazu finde.

Ich begab mich sodann in den sogenannten Tee-pavillon, wo sich nach kurzer Zeit Professor Morell, Gruppenführer Bormann und der Reichspressechef Dr. Dietrich einfanden. Prof. Morell bat mich um medizinisch bedeutsame Tierdrüsen, die in Schlachthöfen anfielen, da er diese dringend für seine Kliniken brauche. Ich sagte ihm die Erfüllung seines Wunsches zu und lud ihn für baldigst nach Krakau ein. Er meinte, diesen Besuch schon in der nächsten Zeit abstaten zu können. Ich befragte ihn nach dem Gesundheitszustand des Führers, worauf er meinte, dem Führer ergehe es jetzt gesundheitlich besser, als je zuvor. Er hätte keinerlei Magenbeschwerden mehr und hätte - was vor allem ein gutes Zeichen sei - besten Appetit. Er sei stolz, daß ihm dies geglückt sei. Ich brachte ihm meine besondere Anerkennung dafür zum Ausdruck und bestätigte ihm, daß auch ich denselben Eindruck von dem hervorragenden Gesundheitszustand des Führers bekommen habe.

Gruppenführer Bormann sagte mir, daß er sich sehr freue, den jahrelangen Kampf beendet zu sehen; er habe von Anfang an gewußt, daß diese Stunde einmal kommen werde.]

6.2.1944

Mit dem Reichspressechef Dr. Dietrich besprach ich die Angelegenheit des Verhältnisses Ohlenbusch-Gassner und sagte ihm, daß ich auf keinen Fall eine Reduzierung der Stellung Gassner hinnehmen würde. Ich müßte strikt daran festhalten, daß Gassner als Pressechef des Generalgouvernements die führende Persönlichkeit des Pressewesens im Generalgouvernement bliebe. Ich kam dann mit ihm überein, daß wir diesen Standpunkt gemeinsam allen entgegengesetzten Bestrebungen des Reichspropagandaministeriums gegenüber durchhalten wollten.

Wegen des morgigen Vortrages vor der Auslandspresse sagte mir Dr. Dietrich, daß der Führer meine Rede als außerordentlich gut empfunden habe und daß er erklärt hätte, Frank solle diese Rede so schnell wie möglich halten. Er - der Reichspressechef - habe von sich aus alles getan, um die Veranstaltung zu einem vollen Erfolg werden zu lassen, zu einem Erfolg, den meine langjährige Politik längst verdient hätte. Er bitte dringend darum, die polnische antibolschewistische Liga so schnell wie möglich zu gründen und führende Polen dafür zu gewinnen. Er bat darum, möglichst bald hierüber pressemäßig informiert zu werden.

Besonderes Interesse fand auch mein Plan der Eröffnung des polnischen Theaters zum 16. Februar, die er pressemäßig ganz groß herauszubringen versprach. Der mitanwesende Gruppenführer Bormann sagte dabei, der Führer habe vor einigen Tagen aus seinem Schlafzimmer kommend zu ihm gesagt, diese Rede, die Frank halten wolle, sei ganz ausgezeichnet, er müsse sie sofort auch lesen. Er habe also vom Führer selbst Kenntnis von dieser Sache bekommen.

6.2.1944

Ich begab mich daraufhin zum Generalfeldmarschall Keitel, der mich ungewöhnlich kameradschaftlich aufnahm. Ich trug ihm die Entwicklung des Generalgouvernements vor und schilderte ihm in großen Zügen meinen jahrelangen Kampf. Generalfeldmarschall Keitel sagte, für ihn als Soldaten habe es nie einen Zweifel gegeben, er freue sich darüber, daß die Mißverständnisse nunmehr ausgeräumt seien. Er sagte: "Sie haben sich ja restlos durchgesetzt, ich beglückwünsche Sie aufrichtig dazu. Die Wehrmacht hatte ja für Ihren Standpunkt, wie Sie wissen, immer großes Verständnis".

Ich kam dann auf meine Sorgen zu sprechen und verwies vor allem auf die Notwendigkeit, daß das Generalgouvernement unter allen Umständen aus der Front herausgehalten werde. Generalfeldmarschall Keitel sagte mir, er glaube bestimmt, daß das gelingen werde. Er seien alle irgendwie möglichen Maßnahmen ergriffen, das Generalgouvernement müsse von feindlichen Kriegshandlungen freibleiben. Er wisse genau, was das Generalgouvernement bedeute. Erst unlängst habe der Führer die Bedeutung der Arbeit des Generalgouverneurs besonders unterstrichen, und er - der Generalfeldmarschall - habe ihm gesagt, das Generalgouvernement sei der Rückhalt im Osten, den es unter allen Umständen zu verteidigen gelte. Ich sprach Generalfeldmarschall Keitel meine besondere Freude und Dankbarkeit für diese Einstellung aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die vom OKW ergriffenen Maßnahmen wirklich von Erfolg sein möchten.

Ich sprach dann mit ihm über die Währungsfrage. Er sagte, er sehe die Gefahr voll, er sei in jeder Weise bereit, ihr zu begegnen. Vor allem sei er bereit, meinen Vorschlag anzunehmen, in größtem Ausmaße

6.2.1944

Marketerware für die Wehrmacht ins Generalgouvernement zu liefern, um auf diese Weise den Wert des Zloty möglichst zu halten. Er würde, wenn ich dies wünschen sollte, jetzt auch gleich einen besonderen Offizier zur Verhandlung nach Krakau schicken. Ich dankte Generalfeldmarschall Keitel für dieses Entgegenkommen und bat, den Besuch des Beauftragten möglichst bald stattfinden zu lassen.

Ich schilderte ihm dann die schwierige Situation hinsichtlich der Übernahme von 10 000 Ukrainern ins Generalgouvernement. Er bat mich dringend, diese Leute zu übernehmen, sie würden sonst von den Bolschewiken umgebracht. Ich sagte, als vorübergehende Notmaßnahme könnte ich das vielleicht unter äußerster Anspannung tun, immer vorausgesetzt, daß die Zahl 10 000 eine Höchstzahl sei, sagte aber weiterhin, daß vermutlich auch die äußersten Anstrengungen nicht ausreichten, die schlimmen Folgen solcher zwangsweisen Einsiedlungen abzuwenden. Generalfeldmarschall Keitel sagte mir zu, daß er mir beim Eintritt solcher Folgen auf alle Fälle helfen werde. Man müsse sich aber darüber klar sein, daß die Situation jener Menschen eben verzweifelt sei.

Ich betonte abschließend, daß ich mir eine endgültige Entscheidung vorbehalten müsse; keinesfalls aber könnten mir künftig solche Maßnahmen einfach fernschriftlich angekündigt werden. Generalfeldmarschall Keitel erklärte mir, er habe in dringender Not gehandelt, die Schreie aus dem Osten seien furchtbar. Er beschwor mich geradezu, auch seine und die Schwierigkeiten des Führers in solchen Fällen zu bedenken.

6.2.1944

Generalfeldmarschall Keitel fragte mich, wie mein Verhältnis zu dem neuen Staatssekretär für das Sicherheitswesen, SS-Obergruppenführer Koppe, sei. Ich konnte ihm nur bestätigen, daß ich mit ihm ganz hervorragend zusammenarbeiten könne.

Unter einigen persönlichen Bemerkungen familiärer Art begleitete mich Generalfeldmarschall Keitel hinaus und verabschiedete sich sehr herzlich, nachdem ich noch gegen Schluß der Unterredung seine volle Zustimmung erhalten hatte, daß die beiden Verbindungs-offiziere Oberst Fischer und Oberstleutnant von Dazur unter allen Umständen beibehalten werden könnten. Generalfeldmarschall Keitel meinte, er habe gleich bemerkt, daß hier unter dem Vorwand von Ersparnismaßnahmen örtlich unliebsam gewordene Persönlichkeiten weggedrückt werden sollten. Über solche Fragen könne aber nur zwischen dem OKW und dem Generalgouverneur unmittelbar verhandelt werden. Der Generalgouverneur habe die Notwendigkeit der Verbindungsoffiziere betont, er - der Generalfeldmarschall - sehe sie ein, und damit sei die Angelegenheit endgültig geklärt.

Ich begab mich daraufhin nochmals kurz zu einem Abschiedsbesuch zum Reichspressechef Dr. Dietrich und besprach mit ihm einige noch uns interessierende Fragen. Er stellte auch abschließend nochmals fest, daß sich meine Politik erfolgreich durchgesetzt habe. Er habe vom Führer Weisung erhalten, die morgige Rede als bedeutsame Kundgebung der deutschen Führungsmethode im Osten pressemäßig herauszustellen. Er schilderte dabei die Unmöglichkeit des Pressebetriebes in dem Bereich des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, bei dem keine klare, erfolgreiche Entwicklung erkennbar gewesen sei. Er lege daher auf die Pressearbeit im Osten nur noch wegen des Generalgouvernements

6.2.1944

Gewicht und hoffe, dies schon demnächst einmal durch seinen Besuch in Krakau besonders dokumentieren zu können.

Ich begab mich daraufhin wieder zu meinem Salonwagen zurück, in dem ich das Führerhauptquartier in Richtung Berlin verließ.

Montag, den 7. Februar 1944

8³⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Berlin-Schlesischer Bahnhof.

Der Herr Generalgouverneur wird von seinem Bevollmächtigten in Berlin Landgerichtsrat Taschner am Bahnhof begrüßt und mit seiner Begleitung ins Hotel Adlon geleitet. Dort empfängt der Herr Generalgouverneur im Laufe des Tages

1. den Bevollmächtigten des Generalgouverneurs in Berlin Landgerichtsrat Taschner
2. den Berliner Schriftleiter der Krakauer Zeitung Spannagel
3. den Hauptamtsleiter Dr. Dresler
4. den Pressechef der Regierung des Generalgouvernements Gassner.

16⁰⁰ Rede des Herrn Generalgouverneurs vor der Auslandspresse im Akademischen Auslandsclub, Leipziger Platz 16.
(Siehe Seite)

18⁰² Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Berlin-Bahnhof Zoologischer Garten nach Krakau.

Montag, den 7. Februar 1944

16 00

Der Herr Generalgouverneur hält im Auslandsclub, Berlin Leipziger Platz, vor Vertretern der Auslandspresse folgende Rede:

Die Ereignisse der letzten Zeit haben zweifellos das Generalgouvernement als den heimatlichen Siedlungsraum des polnischen Volkes in den Vordergrund des Interesses der Weltöffentlichkeit gezogen. Daher habe ich mit besonderer Freude der Einladung zugestimmt, heute vor Ihnen, meine Herren, als den Vertretern der ausländischen Presse einige im Zusammenhang damit stehende Fragen zu erörtern. Ich darf betonen, dass mir eine freimütige Äusserung meiner Anschauungen umso leichter fällt, als mir meine nun beinahe viereinhalb Jahre währende massgebliche Tätigkeit im Generalgouvernement eine Unzahl ausserordentlich wertvoller Erkenntnisse über die Struktur und die Funktionen dieses Raumes, der unter dem Namen Generalgouvernement mit der Geschichte dieses Krieges unlösbar verbunden bleiben wird, ebenso vermittelte, wie ausserordentlich detaillierte Erfahrungen über das Leben und die Bedürfnisse seiner Einwohner, die in einem überwiegenden Masse, nämlich zu fast 80% dem polnischen Volkstum angehören.

Dieses Gesamtbild meiner persönlichen Erkenntnisse und Erfahrungen, das im Laufe langer Jahre durch die Erkenntnisse aus der Tätigkeit zahlreicher bewährter Mitarbeiter sinnvoll ergänzt und geweitet wurde, hat den unanfechtbaren Vorzug, nicht ein hohles Gebäude überspitzter und augenblickgebundener Propagandathesen zu sein; es entstand vielmehr auf dem Fundament realer und nüchterner Tatsachen, deren Sprache

7.2.1944

wir gerade im Laufe des gegenwärtigen Krieges in so nützlicher Weise zu verstehen gelernt haben. Sie selbst, meine Herren, werden aus Ihrer Tätigkeit wissen, in welchem Maße das Generalgouvernement seit Beginn dieses Krieges von Seiten unserer Feinde zum Gegenstand ihrer auf Propagandawirkung abzielenden Betrachtungen und Erörterungen gemacht wurde. Wir selbst haben uns dagegen mit unserer ganzen Kraft auf die wesentlichen Aufgaben der Wirklichkeit konzentriert, die manchmal schwer waren, aber lohnend und uns, davon bin ich überzeugt, im Endeffekt ein gültigeres Zeugnis ausstellen werden, als die oft so ungeheuerlich plumpen und schon deshalb auf lange Sicht unwirksamen Anwürfe unserer Gegner. Unser Werk war von Anfang an von dem Bewusstsein einer grossen europäischen Verantwortung getragen. Wäre das nicht der Fall gewesen, so wären wir zweifellos nicht imstande gewesen, die erste Phase unserer Arbeit im Generalgouvernement, die ich als Phase des Wiederaufbaues bezeichnen möchte, in geradezu unwahrscheinlich kurzer Frist nicht nur mit dem völligen Ausgleich jener zahllosen Spuren moralischer und materieller Verwüstung, die die Kriegshandlungen des Herbstes 1939 im Weichselraum hinterliessen, sondern auch mit einer Korrektur vieler unhaltbarer sozialer und politischer Verhältnisse zu beenden, die der ehemalige polnische Staat einer zweckentsprechenden und zukunftsbejahenden Lösung nicht hatte und - davon sind wir mehr denn je überzeugt - auch nicht hätte entgegenführen können. Ich stehe nicht an, sogar zu behaupten, dass die deutsche Führung des Generalgouvernements der Millionenmasse der polnischen Bauern erst die Befreiung aus den zwar nicht de jure, aber doch de facto bestehenden Verstrickungen

7.2.1944

übelsten Feudalismus gebracht und die Millionenmasse der polnischen Arbeiter aus unwürdigen sozialen Zuständen herausgeführt hat, die ihnen ein im reinsten Fahrwasser jüdischer Ausbeutungsmethoden segelndes System auferlegt hatte.

Wurden alle unsere Bemühungen schon dadurch wesentlich gefördert, so fanden sie auch Unterstützung durch die Tatsache, dass der für fremde Interessen von der seinerzeitigen Warschauer Regierung leichtfertig provozierte Krieg - auch davon sind wir heute überzeugt - in der breiten Masse des polnischen Volkes keinerlei Ansprüche auf Popularität erheben konnte, ein Umstand, der uns in steigendem Maße bei der Bewältigung der gegenwärtigen zweiten Phase unserer Arbeit, nämlich der Einbeziehung des Generalgouvernements in die gemeinsame europäische Abwehrfront im Kampf gegen den Bolschewismus und die Ausbeutungstendenzen der Plutokratie, zugute kommt.

Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass wir uns ausserstande fühlten, dem polnischen Volk - genau wie den anderen im Generalgouvernement siedelnden Volksgruppen - etwa alle jenen oft gewiss nicht leichten Beschränkungen und der europäischen Gesamtheit gemeinsamen kriegsgegebenen Pflichten zu ersparen, zumal der Weichselraum allein unter dem Gesichtspunkt seiner geographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten durchaus nicht die Voraussetzungen dafür besitzt, in der Zeit grösster, weltweiter Erschütterungen eine paradiesische Insel zu sein, auf der es möglich wäre, inmitten einem Meer von Arbeit und letzter Kraftanstrengung ein glückliches und selbstgefälliges Dasein zu führen. Im Gegenteil, wir mussten im eigenen Interesse aller Bewohner des Generalgouvernements, auch der Polen also, und gerade in der ersten Zeit des Bestehens des Generalgouvernements oft Anforderungen stellen, die vielleicht hier und da sogar höher waren als in anderen Gebieten Europas. Ihre Erfüllung war jedoch unerläss-

7.2.1944

lich, um das Land jenem verderblichen Chaos zu entreissen, das uns im Herbst 1939 als unseliges Erbe von Erscheinungen und Ereignissen empfieng, für die wir nicht verantwortlich gemacht werden könnten. Wir sind dabei im Generalgouvernement selbst nur von wenigen missverstanden worden, und die im Laufe der Zeit eingetretene allgemeine Stabilisierung der Verhältnisse auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens musste uns in unserer Überzeugung bestärken, dass wir den richtigen Weg gewählt haben.

So ist es nicht übertrieben, wenn wir heute mit einer vielleicht auch Aussenstehenden verständlichen Genugtuung feststellen können, dass wir aller Schwierigkeiten im Generalgouvernement in einem Mass Herr geworden sind, das durchaus die These zu rechtfertigen geeignet ist, dass das Generalgouvernement heute eine der ruhigsten Zonen des gesamteuropäischen Bereiches ist. -

Rekapitulieren wir in aller Kürze, was es alles zu tun galt, um nur die primitivsten Grundlagen für einen nach europäischen Grundsätzen geregelten Ablauf des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zu schaffen. Als wir im Herbst 1939 ins Land kamen, gab es keine Verwaltung, keine Post, keine Eisenbahn. Ein harter Krieg war über das Land gebrannt. Industriebetriebe waren vernichtet oder sie lagen still. Die Maschinen waren weg, Vorräte an Nahrungsmitteln waren nicht vorhanden oder nicht erfassbar, Verbrecher waren aus den Gefängnissen entlassen und hatten sich über das Land verteilt. Dass unter diesen Umständen auch das wirtschaftliche Leben erstorben war, dass es über eine halbe Million Arbeitslose gab, sei nur am Rande vermerkt. Es waren jedenfalls chaotische Zustände, in die mit harter und sicherer Hand eingegriffen werden musste.

Bei näherer Betrachtung aber erwiesen sich die vorgefundenen Problemstellungen noch komplizierter als ursprünglich angenommen, durch eine Reihe von Tatsachen, die hier nur angedeutet werden sollen:

7.2.1944

Das Land war überfüllt, es gibt bäuerliche Landstriche, in denen 80 und mehr Menschen auf den Quadratkilometer sitzen; die Landwirtschaft arbeitete nach den rückständigsten Methoden; an allen Ecken und Enden war die Miswirtschaft sichtbar, die offenbar von den Warschauer Regierungen zum System erhoben worden war; zudem aber wurde es jedem Einsichtigen klar, dass das wirtschaftliche Leben angesichts der veränderten Verhältnisse einem gründlichen Strukturwandel unterzogen werden musste, wenn es überhaupt aufrechterhalten, geschweige denn florieren sollte; nicht zuletzt aber erwiesen sich die Voraussetzungen eines Wirtschaftsverkehrs - Verkehrswege, Verkehrsmittel - in desolatem Zustande. Es ist nicht unbekannt, dass beispielsweise der schlechte Zustand der polnischen Strassen geradezu die Bezeichnung "Maginot-Linie" Polens gefunden hat.

So bedurfte es nicht nur gestrafftester Energie der deutschen Führung, sondern auch erheblicher materieller Hilfe aus Reichsmitteln, um über die ersten, wahrlich schlimmen Monate hinwegzukommen. Wer denkt heute noch daran, dass im Winter 1939/40 erhebliche Mengen an Brotgetreide und Kartoffeln in das Generalgouvernement aus Reichsbeständen hineingepumpt werden mussten? Dass die fahrbaren Grossküchen der NSV eine alltägliche Erscheinung in den polnischen Städten waren? Dass die Sozialversicherungskassen leer waren und durch Reichskredite finanziert wurden, um Arbeitslose und Kranke vor bitterster Not zu bewahren? Es war von vornherein klar, dass das Generalgouvernement schon angesichts der Beanspruchung des Reiches in seinem Kampf auf Leben und Tod sich selbst helfen musste. Dazu war eine ausserordentliche Kraftanstrengung unerlässlich, die alle im Lande miteinbeziehen musste. Denn es galt nicht mehr und nicht weniger als dem Aufbau eines neuen Staatsgebildes aus den Trümmern eines vergangenen, ein Unterfangen, dessen Schwierigkeit jeder

7.2.1944

ermessen wird, der weiss, um wieviel leichter es ist, ein Wohnhaus aus neuen Materialien als aus Trümmern eines alten aufzurichten.

Auf die Einzelheiten dieses Baues, in dessen Verlauf es selbstverständlich Schwierigkeiten und Krisen gab, will ich an dieser Stelle nicht eingehen. Ich darf sie auch als bekannt voraussetzen. Als "Nebenland des Reiches" steht dieser Bau heute festgefügt vor uns, und seine Bauherren geben sich der Überzeugung hin, politisch gesehen, einen Grossteil der osteuropäischen Schütterzone konsolidiert und zu ihrem Teil einen konstruktiven Beitrag zum uns allen bitter notwendigen Zusammenwachsen unseres europäischen Kontinents geleistet zu haben. Eine einfache und in ihrer Einheitlichkeit schlechterdings beispielmachende Verwaltung ist aufgebaut und erfüllt die ihr zufallenden Aufgaben. Richter sprechen Recht, und zwar zu jedem in seiner Muttersprache; denn im Gegensatz zu der Assimilationspolitik des früheren polnischen Staates ist eine klare Scheidung der Volksgruppen voneinander vorgenommen, und jeder bekennt sich zu dem Volkstum, dem er durch die Bande des Blutes verbunden ist.

Das gesamte wirtschaftliche Leben wickelt sich, umgestellt auf die Bahnen kriegsgegebener Notwendigkeiten, reibungslos auf einer konsolidierten Basis ab. Es ist dank einer zweckentsprechenden Mobilisierung aller Kräfte zu einem massgebenden Faktor des gesamten osteuropäischen Wirtschaftsraumes geworden. Eine Unmenge wertvoller Erfahrungen wurde bei der Durchführung der notwendigen Strukturänderungen gesammelt. Diese Tatsache trug wesentlich dazu bei, das wirtschaftliche Potential des Generalgouvernements gegenüber den Vorkriegsverhältnissen dieses Raumes erheblich zu steigern. Es bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung, dass zur Gewährleistung

7.2.1944

dieser Entwicklung umfangreiche Massnahmen zur Mobilisierung der Arbeiterreserven des Weichselraumes getroffen werden mussten, wobei jede unnötige Härte vermieden und von niemandem mehr verlangt wurde, als ihm auf Grund rechter und billiger Vergleichsmassstäbe zu analogen Lösungen im Reich zugemutet werden konnte. Dabei musste naturgemäss eine nicht selten umfangreiche Verlagerung von Arbeitskräften vorgenommen werden, eine Tatsache, die auch nur dort Anlass zu Missdeutungen geben konnte, wo eine grundsätzliche negative Einstellung gegenüber den Forderungen herrscht, denen sich heute jeder Angehörige eines europäischen Volkes angesichts der ungewöhnlich hohen Anforderungen, die an jeden von uns gestellt werden, beugen muss.

Und wenn wir heute etwa die Feststellung treffen, dass die Einlagen bei den Kreditinstituten des Generalgouvernements von 66 Millionen Zloty zu Beginn des Jahres 1940 sich in stetem Ansteigen in den folgenden Jahren bis auf etwa 1 900 Millionen Zloty zu Beginn dieses Jahres erhoben, also die Höhe der analogen Ziffer des alten mehr als doppelt so grossen polnischen Staates erreichten, oder feststellen, dass der Telegrammverkehr von 1,26 Millionen Jahresleistung in der polnischen Republik auf 4,05 Millionen im Generalgouvernement anstieg, so ist das Bild eines wirtschaftlichen Aufstieges aus dem Chaos des Jahres 1939 zur Höhe des Jahres 1944 zur Genüge gekennzeichnet. Eine Zahl möge Ihnen im übrigen die Leistungen illustrieren, die auf dem Gebiete der Verkehrswege in die Augen springen: allein 5 800 000 Tonnen Steinmaterial wurde für Strassen und Eisenbahn verbaut, eine Menge, die nur dem Fachmann sagen kann, was sie bedeutet, und die im übrigen von Tag zu Tag grösser wird.

7.2.1944

Wir wären ausserordentlich kurzsichtig, hätten wir nicht von allen Anfang an den engen Zusammenhang erkannt, der zwischen der Nutzung wertvoller Arbeitskräfte und einer ausreichenden Ernährung der gesamten arbeitenden Bevölkerung besteht. Es ist daher unser Bemühen gewesen, mit allen verfügbaren Mitteln die Produktion ernährungswichtiger, landwirtschaftlicher Güter zu steigern, um damit eine auskömmliche Versorgungsbasis für die Gesamtbevölkerung des Generalgouvernements zu garantieren. Ähnlich wie auf wirtschaftlichem und industriellem Gebiet mussten aber auch auf dem landwirtschaftlichen Sektor erst zahllose Erscheinungen einer früheren Misswirtschaft und alle Ansätze zu der im Kriege besonders gefährlichen Spekulation mit landwirtschaftlichen Verbrauchsgütern beseitigt werden, ehe die Verwirklichung wesentlicher Neuplanungen auf allen Gebieten der Landwirtschaft erfolgen konnte. Trotz der stiefmütterlichen Behandlung, die die Natur den meisten der Gebiete zuteil werden liess, die heute von den Grenzen des Generalgouvernements umschlossen werden, und trotz erheblicher Schwierigkeiten, die unter anderem infolge der Härte mehrerer Winter für die landwirtschaftliche Leistung des Weichselraumes entstanden, ist es gelungen, die bestehenden Möglichkeiten in einem - ich kann offen sagen - unerwarteten Maße auszus schöpfen.

Ich bin deshalb besonders glücklich, dass es uns im vergangenen Herbst, also zu Beginn des 5. Kriegsjahres, unabhängig von dem Beitrag, den wir auch weiterhin der gesamteuropäischen Ernährung leisten, gelungen ist, die Verpflegungsrationen für alle Schichten der Bevölkerung des Generalgouvernements erneut zu steigern und damit auf eine Höhe zu bringen, die jede Diskussion über das Thema "Hunger im Generalgouvernement" in jeder Beziehung illusorisch werden lässt. Es will durchaus etwas heissen, wenn gerade in einem Augenblick, wo die sich des Besitzes der fruchtbarsten Landstriche der Erde erfreuenden

7.2.1944

Engländer und Amerikaner des Hungers in von ihnen besetzten Gebieten nicht Herr werden können, das verhältnismässig arme und überbevölkerte Generalgouvernement imstande ist, nicht nur seine eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, sondern darüber hinaus Monat für Monat in Tausenden von Paketen unzähligen zur Zeit im Reich eingesetzten Arbeitern und ebenso polnischen Kriegsgefangenen ausserhalb der Grenzen des Generalgouvernements zusätzliche Nahrungsmittelgeschenke zu übermitteln. Dieses unser Bestreben, in weitmöglichstem Umfang alle materiellen Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung zu befriedigen, ist eines jener immer wieder von mir mit Nachdruck vertretenen Elemente einer pfleglichen Behandlung des unserer Führung anvertrauten polnischen Volkstums, die auf allen anderen Gebieten des Lebens ihre sinnvolle Ergänzung finden.

Es hat sich auch meiner Auffassung nach für uns nie gelohnt, jene törichten Agitationslügen unserer Gegner zu widerlegen, in denen davon die Rede ist, dass wir Deutschen die Absicht hätten, etwa die Polen zu germanisieren oder sie gar auszurotten. Sind derartige Lügen für jeden gesunden Menschenverstand schon deswegen lächerlich, weil eine solche uns zugeschriebene Absicht uns nicht nur des so ausserordentlich kostbaren Arbeitspotentials von Millionen Menschen beraubte, sondern auch ein Beweis dafür wäre, dass wir Deutschen uns in keiner Weise jener grossen Sendung gegenüber einer neuen europäischen Zukunft bewusst wären, so werden sie eindeutig durch von uns geschaffene Tatbestände im Generalgouvernement widerlegt.

Wir haben schon unmittelbar nach Aufnahme unserer Arbeit eine vorerst durch die Not der Zeit gebotene Aktivierung der Selbsthilfe gegeben, indem wir den Polnischen Hauptausschuss ins Leben riefen, der heute von mir

10

7.2.1944

schlechthin als Interessenvertreter des polnischen Volkes gewertet und entsprechend behandelt wird, wenn- gleich er ursprünglich nur als Ergänzung der staatlichen Fürsorge gedacht war. Der Polnische Hauptausschuss, der sich in 59 Komitees und 1 226 Delegaturen untergliedert, ist zu einer Organisation geworden, die sich über das ganze weite Land verästelt und wie keine andere Organi- sation geeignet erscheint, Aufnehmer der Stimme und der Nöte des Volkes zu sein.

Unter anderem ist er der Betreuer der Bedürftigen und Kranken aus jenen Schichten der Bevölkerung, die mangels gesetzlicher Voraussetzungen nicht von der öffent- lichen Hand oder den Sozialeinrichtungen des Staates be- treut werden können. Er hat bisher 40 1/2 Million Zloty aus Subventionen aus öffentlichen Mitteln und über 21 Millionen Zloty aus eigenen Sammlungen verbraucht. Die Lebensmittelzuweisungen an ihn aus öffentlichen Mitteln erreichen bisher das staatliche Gewicht von 9 016 Tonnen. Der Hauptausschuss unterhält laufend 1 729 Volksküchen, 270 Kindergärten und im vergangenen Sommer hat er 71 Ferienvoll- und 862 Ferienhalbkolonien für Kinder einge- richtet. Ihm obliegt auch neben vielem anderen die Ver- teilung der ausländischen Liebesgaben.

Das gesamte Eigenleben der katholischen Kirche und aller ihrer Religionszwecken dienenden Einrichtungen ist im Generalgouvernement nie angetastet worden. Wir haben uns im Gegenteil bemüht, der traditionellen katho- lischen Erziehung des Polentums keine wie immer gearte- ten Hindernisse in den Weg zu legen. Wenn jemand an- nimmt, dass wir dabei nicht mit der notwendigen Objektivität gehandelt haben, so kann ich ihm erwidern, dass wir den grössten Wert auf die Arbeit der katholischen Kirche als einen der entscheidend antibolschewistischen

7.2.1944

Faktoren im polnischen Volke legen. Ebenso sind wir weit davon entfernt, der heranwachsenden jungen Generation der Polen im Generalgouvernement ihr gesundes Streben nach Erlangung gründlicher Kenntnisse für ihr praktisches Leben in Schule und Berufserziehung zu beeinträchtigen. Im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht haben wir es jedem Polen ermöglicht, in Schulen, für die unsere Regierung ausserordentlich grosse Mittel zur Verfügung gestellt hat, ihr Wissen zu üben und sich für kommende Lebensaufgaben in einem selbstgewählten Beruf vorzubereiten.

Im Rahmen einer umfassend angewandten Nachwuchslenkung müssen wir dabei allerdings besonderen Wert darauf legen, dass alle unsere Bemühungen zur Erziehung lebensnaher und arbeitsfreudiger Existenzen vor allem darauf ausgerichtet sind, den tatsächlichen, durch den plötzlichen Strukturwandel bedingten Bedürfnissen des Generalgouvernements Rechnung zu tragen. So waren gewisse zeitgebundene Einschränkungen im besonderen auf dem Sektor der im polnischen Staat zu Unrecht besonders gepflegten und ein Intelligenzproletariat heranzüchtenden Gymnasialbildung unerlässlich, ein jetzt und in nächster Zukunft keineswegs zu Mangel an Allgemeinbildung führender Zustand, dem auf der anderen Seite jedoch eine ganz besondere Förderung des im polnischen Staat vernachlässigten berufsbildenden Schulwesens gegenübersteht. In 13 500 Volksschulen unterrichten über 33 000 Lehrer. Es gibt 207 Berufspflichtschulen, 134 Handwerker- und 154 Handelsschulen. Es gibt unter anderen, um noch die wichtigsten aufzuzählen, 24 technische und 27 Handelsfachschulen, eine höhere technische Fachschule neben zahlreichen Haushaltungs-, Kinderpflegerinnen- und Sonderschulen, von den überaus zahlreichen Landwirtschaftsschulen ganz zu schweigen, deren Ausbau wir uns als einem Agrarland im Interesse des

7.2.1944

Bauernstandes besonders angelegen sein liessen.

Es würde zu weit führen, Ihnen hier ein Kolleg über das polnische Schulwesen des Generalgouvernements und die Bildungsabsichten seiner Regierung zu lesen. Es darf aber nicht unerwähnt bleiben, dass in universitätsartigen Instituten - es sind gegenwärtig fünf - bis zu dem Augenblick einer Neuregelung auch der notwendige akademische Nachwuchs herangebildet wird. Wenn im Übrigen nach Beendigung seiner gesetzlich festgelegten Schulzeit jeder polnische Jüngling für eine gewisse Zeit im sogenannten "Baudienst", einer Paralleleinrichtung zum deutschen und anderen europäischen Arbeitsdiensten, dazu herangezogen wird, im Dienste der Allgemeinheit in nützlicher praktischer Betätigung das Ethos der Arbeit kennen zu lernen, so kann das nur dazu beitragen, die Aufgeschlossenheit eines jeden heranwachsenden polnischen Jünglings für die sozialen Probleme unserer Zeit und für den Wert der Leistung des arbeitenden Menschen zu fördern. Der Baudienst, dessen Einsatzstärke für das laufende Jahr sich auf 70 000 Männer erstreckt, hat seit seinem Bestehen 23 000 000 Tagewerke in Landeskulturerarbeiten zur Verbreitung der Ernährungsbasis und im Katastropheneinsatz, wie bei Wasser- und Schneekatastrophen, im Dienste seines Volkstums geleistet.

Nicht zuletzt wird für die Befriedigung kultureller Bedürfnisse der polnischen Bevölkerung alles im Rahmen der kriegsgegebenen Einschränkungen nur Denkbare getan. Über 9 000 Kulturschaffende polnischen Volkstums haben sich bei uns registrieren lassen, wozu noch zweifellos weitere Tausende kommen, die als schöpferische oder ausübende Künstler ihren Unterhalt bestreiten. In den Künstleragenturen sind in den letzten Monaten mehr als tausend Verträge je Monat vermittelt worden. Drei großstädtische Theater sind in Betrieb und genießen erhebliche Staatssubventionen, dazu kommen noch über 1 Dts. Varietees und Cabarets, sowie noch über 1 Dts. kleine Theater und zwei große Wanderbühnen. Es versteht sich

7.2.1944

am Rande, dass es auch Kinos in der Zahl von mehr als 250 festen gibt. Aber auch fahrende Kinos und Freilichtaufführungen vermitteln der Bevölkerung das Erlebnis der Leinwand dort, wo selbst in der Zeit des polnischen Staates nie ein Film zu sehen war.

Neben ungezählten Salonorchestern wirken zwei grosse aus Staatsmitteln erhaltene Orchester, das Warschauer Symphonieorchester und die unter grossen technischen und mit erheblichen finanziellen Mitteln in Krakau aus den besten polnischen Musikern geschaffene Philharmonie des Generalgouvernements, die auch dem polnischen Publikum Monat für Monat Stunden tiefster künstlerischer Erbauung bereitet. Wir haben auch keinerlei Hemmungen empfunden, als wir beispielsweise einem der grössten Genies, das sich im Raum des heutigen Generalgouvernements entfaltet hat und von den Polen als eine ihrer grössten Persönlichkeiten verehrt wird, nämlich Chopin, ein ehrendes Andenken zu setzen, indem wir alle für uns nur erreichbaren Erinnerungen seines Lebens in einer besonders dafür hergerichteten Stätte zusammentrugen, um sie in einem würdigen Rahmen als Chopinmuseum der Nachwelt zu überliefern, eine Einrichtung, die die polnische Republik in 20-jährigem Bestehen nicht zustande gebracht hat.

Dieselbe pflegliche Behandlung ist zahllosen anderen geschichtlichen Schätzen und Erinnerungen, die wir in diesem Raum vorfanden, zuteil geworden. Die Kostbarkeiten der Kirchen, Museen, Archive und Bibliotheken, die zahlreichen historischen Erinnerungstücke, die sich beispielsweise in der Krakauer Burg befanden, sind jedem illegalen Zugriff ebenso entzogen worden, wie jeder möglichen Einwirkung des Krieges und warten unter der Fürsorge bester deutscher und polnischer Fachleute auf die Tage des Friedens, in denen es wieder möglich sein wird, sie in vollem Umfang der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

14
7.2.1944

Auch eine polnische Presse ist wiedererstanden. Es ist sogar dafür Sorge getragen, dass alle erscheinenden polnischen Zeitungen in die Lage versetzt wurden, Tag für Tag ihren Lesern anhand umfangreicher objektiver Informationen einen Überblick über die jeweilige Situation zu ermöglichen. Dabei muss besonders bemerkenswert erscheinen, dass alle Zeitungen gegenüber der Vorkriegszeit eine ungewöhnlich starke Steigerung ihrer Auflagesiffern erfahren haben, woraus das Interesse und das Vertrauen deutlich wird, das ihnen entgegengebracht wird, 9 Tageszeitungen mit rd 700 000 Auflagen, 11 Wochenzeitschriften mit rd. 410 000, 9 Monatsschriften mit rd 210 000 und 25 Fachschriften mit rd 1 220 000 Auflagen dienen der Information, der Unterhaltung, Belehrung und der kulturellen Betreuung der Bevölkerung.

Auf dem Büchermarkt hat sich das Schwergewicht der polnischen Neuerscheinungen zugunsten der ausgesprochenen Fachliteratur verlagert, eine Erscheinung, die durchaus verständlich wird, wenn man den fühlbaren Mangel an guten derartigen Werken in Polen kennt. So sind neben anderen landwirtschaftliche Fachbücher und Buchreihen in 35 Titeln mit über 1 100 000 Auflage erschienen. Auch die belletristische Buchproduktion, die wir erst seit der Einführung der Papierkontingentierung erfassen konnten, ist in den letzten zwei Jahren mit 732 Neuerscheinungen und 4 626 000 Auflage beachtlich. Dem sich durch die Aufbrauchung alter Bestände bemerkbar machenden Mangel an polnischen Schulbüchern wird ernstlich zu Leibe gerückt. So sind im Jahre 1943 7 neue Titel mit 640 000 Auflage erschienen, weitere 10 Titel mit 930 000 Auflage sind im Druck. Dass dies alles angesichts der bekannten europäischen Papiersituation Leistungen im Sinne der pfleglichen Behandlung der Polen im Generalgouvernement sind, wird niemand bestreiten können.

7.2.1944

Das Bild der pfleglichen Behandlung der polnischen Bevölkerung des Generalgouvernements aber wird durch eine Reihe weiterer Tatsachen gerundet, auf die ich nur in aller Kürze hinweisen kann: Dass polnische Richter nach polnischen Gesetzen die Rechtsbelange der Angehörigen ihres eigenen Volkstums wahren, ist bereits erwähnt worden. Dass dank umfassender behördlicher Massnahmen die Bevölkerung trotz ungünstiger Voraussetzungen vor Seuchen und Epidemien geschützt werden konnte, dass im Gegenteil die im Gebiete des alten Polen epidemischen Seuchen - Fleckfieber, Trachom, Bauchtyphus - beinahe zum Aussterben gebracht werden konnten, muss besonders betont werden. Im besonderen wurden zur Fleckfieberbekämpfung rd. einhundert Seuchenkrankenhäuser neu errichtet, 385 feste Entlausungskammern eingesetzt, auch Einrichtungen, die die polnische Republik nie zustande gebracht hat.

Neben den gesundheitlichen Betreuungsmassnahmen der Regierung, die sich etwa unter vielen anderen in der kostenlosen obligatorischen Volksimpfung gegen Bauchtyphus oder in der gesetzlichen verankerten Tuberkulose- und Trachomhilfe äussert, und in der Vermehrung der Krankenhausbetten von 16 904 im Jahre 1940 auf 28 991 im Jahre 1943 auf dem Gebiet des alten Generalgouvernements (ohne Galizien, das weitere 10 748 Betten hat) gipfelt, laufen die Gesundheitsmassnahmen der Staatsunternehmungen des Generalgouvernements wie Ostbahn, Deutsche Post Osten, Monopolbetriebe, die die ärztliche Betreuung ihrer Gefolgschaft allgemein europäischen Massstäben angeglichen haben. Dass gerade hier auch die Betätigung polnischer Mediziner und Ärzte, deren Nachwuchs seit über zwei Jahren in den schon genannten Hochschulkursen herangebildet wird, nicht den geringsten Einschränkungen unterlag, ist selbstverständlich, und so lässt sich ohne Übertreibung feststellen, dass dem polnischen Volk keine Chance vorenthalten

7.2.1944

blieb, unter Wahrung seiner Substanz sich an dem ihm gebührenden Platz an den allgemeinen Anstrengungen Europas zum Wohle einer neuen europäischen Zukunft zu beteiligen. Dass es davon im Genusse sozialer Arbeitsrechte Gebrauch machte - 298 445 Polen stehen als Beamte und Angestellte allein im Dienste der Staatsverwaltung und der Staatsbetriebe des Generalgouvernements - und bei gutem Willen durchaus imstande war, die Früchte seiner Arbeit nahe und greifbar zu wissen, hat selbstverständlich unsere Gegner nicht ruhen lassen.

So hat sich denn besonders die englische Agitation unter jedem Verzicht auf Sparsamkeit bei der Anwednung ihrer Mittel und bei der Wahl ihrer Argumente redlich bemüht, den von uns geförderten Prozess der allgemeinen Stabilisierung zu stören und die polnische Bevölkerung des Generalgouvernements mit allen nur denkbaren Versprechungen und Hoffnungen auf eine Bahn zu ziehen, die dem Bestreben der Engländer, Unruhe und Verbitterung zu stiften, dienlicher gewesen wäre als der durchaus verantwortungsbewussten Einstellung der breiten Schichten des polnischen Volkes. Seit dem Jahre 1941 hat auch die sowjetische Agitation versucht, diese Bemühungen dort, wo es Moskau angebracht erschien, zu unterstützen, in den meisten Fällen jedoch für die Erreichung ihrer eigenen Ziele, und zwar nicht immer im Sinne der angelsächsischen Bundesgenossen, auszunutzen.

Wir haben keine Veranlassung gehabt, vorzeitig unserer Freude darüber Ausdruck zu geben, dass die englische Agitation mit ihrer wahren Flut von Greueltügen über das Generalgouvernement und mit einer Unzahl von immer wieder nicht eingelösten Versprechungen uns einen geradezu unschätzbaren Dienst erwiesen hat. Sie entthob uns nicht nur der Mühe, etwaige Gegenargumente bereitzustellen, sondern sie sorgte auch dafür, dass der moralische und politische Kredit, den England vor Ausbruch des Krieges

7.2.1944

vielleicht bei manchen Polen genoss, so gut wie völlig untergraben wurde. In diesem Lichte müssen daher auch alle Versuche der Engländer gewertet werden, sich zur Erreichung rein egoistisch-englischer Ziele polnischer Emigranten in den angelsächsischen Ländern zu bedienen, die bei der Mehrzahl ihrer eigenen Volksgenossen mit dem weniger angenehmen Nimbus von zweifelhaften Helden umgeben sind, die in der entscheidenden Stunde ihr Volk feige im Stich liessen und ein bequemes Leben im Ausland der verantwortungsvollen Mitarbeit an einer konstruktiven Lösung der Zukunftsprobleme dieses ihres eigenen Volkes vorzogen. Und wenn oft auf der Seite unserer Gegner mit grosser Geheimnistuerei von der Existenz einer sogenannten "Nationalen polnischen Widerstandsbewegung" im Generalgouvernement zu Rede ist, so können wir, ohne dabei ein Geheimnis zu verraten, sehr wohl feststellen, dass wir über die Tätigkeit und den Umfang der Bemühungen englischer Agenten sehr wohl informiert sind. Vielleicht gerade deshalb existiert weder im Augenblick noch in der Zukunft irgendeine ernst zu nehmende Möglichkeit, die Ruhe und Ordnung im Generalgouvernement zu stören.

Ich stelle fest, dass keinerlei nennenswerte Sabotageakte im Generalgouvernement zu verzeichnen waren. Auch örtliche Versuche der Feindagitation und ihre gelegentlichen Provokationen in Form gemeiner Meuchelmorde vermochten keineswegs das durchaus aner kennenswerte und korrekte Verhalten der polnischen Bevölkerung gegenüber den deutschen Behörden des Generalgouvernements zu stören. Wir freuen uns darüber, dass in allen diesen Fällen die politischen Zentralen Englands keinen Zweifel über ihre Verantwortlichkeit und ihre Direktiven aufkommen liessen. Es mag das vielleicht für englische Politiker ein befriedigendes, vielleicht auch beglückendes Gefühl sein, einem zahlenmässig sehr begrenzten Kreis asozialer Elemente verbrecherische Anweisungen zu geben. Wir sind damit zufrieden, der überwiegenden Millionenmasse des

7.2.1944

polnischen Volkes, die ehrlich und loyal mit uns zusammenarbeitet und sich einen anständigen Platz im künftigen Frieden erobern will, unsere Wünsche für eine weitere, noch fruchtbarere Zusammenarbeit im Dienste des neuen Europa äussern zu können.

Es ist dabei nur selbstverständlich, dass wir nicht zuletzt im Interesse der arbeitenden polnischen Bevölkerung in Industrie und Landwirtschaft des Generalgouvernements gegenüber dem Banditentum alle in zivilisierten Staaten üblichen staatlichen Machtmittel in Anwendung bringen. Der englischen Agitation gegenüber aber stelle ich fest: unsere Staatsorgane erschliessen keine Geisel, sondern sie machen nur jene Elemente unschädlich, die gegen die Interessen ihres eigenen Volkes für fremdes Geld dort eine blutige Saat säen wollen, wo das Gesetz einer gemeinsamen Arbeit im Dienste gemeinsamer Interessen die Stunde zu regieren hat. Während England es immerhin verstand, seine Bemühungen mit dem Deckmäntelchen einer der sowjetischen Mentalität vielleicht unter anderen Umständen durchaus entsprechenden "Konspiration" zu umgeben, verlegte sich Moskau in erster Linie darauf, dass schon vor dem Kriege in gewissen Landstrichen des jetzigen Generalgouvernements vorhandene Raub- und Banditenunwesen zu stärken.

Auch gegenüber allen diesbezüglichen Erscheinungen musste unsere Sprache klar und eindeutig sein, zumal auch die Tätigkeit bolschewistischer Banden bisher in keiner Weise imstande war, irgendwelche lebenswichtigen Interessen zu gefährden, sondern ausschliesslich den eigenen Belangen der eingessessenen polnischen Bevölkerung Abbruch tat. Es kann mich nämlich niemand davon überzeugen, dass ein bolschewistischer Fallschirmagent, der hier und da vielleicht einmal einen Vorratsschuppen ansteckt, oder eine Erntemaschine verbrennt, die von uns vertretenen Belange des Generalgouvernements ernstlich zu gefährden vermag. Was er vernichtet, ist nichts anderes als das tägliche Brot

7.2.1944

des polnischen Volkes, die Werkzeuge seiner Arbeit. Noch nie hat sich die wahre geschichtlich gewachsene Abneigung der Polen gegenüber den Bolschewisten klarer und eindeutiger offenbart als in den vergangenen Monaten, in denen die Ostfront sich erheblich jenem Gebiet näherte, in dem Moskau in der Zeit von 1939 bis 1941 alle jene Erfahrungen bestätigt, die die Polen im Laufe vieler Jahrhunderte unter allen nur denkbaren Umständen mit ihrem grossen Nachbarn im Osten gemacht haben.

Wohl niemals ist das Vertrauen gegenüber der deutschen Armee stärker gewesen als gerade jetzt, und wohl niemals konnten wir, denen die Sorge um das Generalgouvernement anvertraut wurde, ruhiger und hoffnungsvoller in die Zukunft sehen als heute. Wir verzichten dabei bewusst auf die Taktik unserer Gegner, den Polen neue Illusionen in Gestalt detaillierter Zukunftspläne zu unterbreiten, sondern beschränken uns darauf, Tatsachen sprechen zu lassen. Diese Tatsachen sind für das polnische Volkstum im Generalgouvernement klar gegeben. Unter deutscher Führung hat es in seinen arbeitenden Millionenmassen der Industrie und der Landwirtschaft jene soziale Befreiung erlebt, zu der ihre eigenen Machthaber in vielen Jahrhunderten sich völlig ungeeignet gezeigt haben. Die "polnische Wirtschaft" war dabei ebenso allgemein weltsprihwörtlich geworden wie die geradesu besapiellose ständische und individuelle Entrechtung und Unterdrückung dieses im Grunde genommen gutmütigen und tüchtigen osteuropäischen Volkes durch seine Adligen, Gutsbesitzer und sonstigen Machthaber. Dieses polnische Volk lebte Jahrhunderte hindurch unter einer geradesu erschütternden Furcht vor seinen eigenen Herren. Das Land befand sich in den Händen weniger Grundbesitzer, die in keinerlei persönlichem Arbeitskontakt mit ihrem Boden ein prasserisches Leben im Ausland führten. Die sogenannte polnische Republik von

7.2.1944

1919 bis 1939 war ein von fortgesetzten Korruptions-
skandalen und politischen Machenschaften durchsitter-
tes, schwankendes Gewaltgebilde.

Das polnische Volk hat heute unter deutscher
Führung seinen inneren wirtschaftlichen und kulturel-
len Frieden gefunden. Jeder, der heute das General-
gouvernement unvoreingenommen bereist, kann sich von
der Wahrhaftigkeit dieser Tatsache überzeugen. Es
wird daher keinen wie immer gearteten Machenschaften
angelsächsisch-sowjetischer Agenten gelingen, das
Polentum durch Unterwerfung unter Moskauer Statute
für die Aufgabe seiner europäischen Zukunft zu ge-
winnen.

Meine Herren, es ist Ihnen jede Möglichkeit ge-
geben, sich jederzeit davon an Ort und Stelle zu über-
zeugen. Ich lade Sie hiermit ein, sich diese Über-
zeugung persönlich dort zu holen, wo allein verant-
wortlich im Namen des polnischen Volkes gesprochen
werden kann: nicht in Moskau, London oder Washington,
sondern in Krakau und Lemberg, in Warschau, Lublin
und Radom.

Krakau

Dienstag, den 8. Februar 1944

8⁰⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10³⁰ Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und Oberdienstleiter Tiessler.

Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Arbeiten, die zur Übernahme der Dienstgeschäfte des stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereiches durch Oberdienstleiter Tiessler eingeleitet worden sind.

Der Herr Generalgouverneur trifft folgende Verfügung:

Die von dem bisherigen Stellvertreter des Leiters des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP Pg. Schalk inne gehabte im dritten Stock des Hauses der NSDAP gelegene Dienstwohnung wird von Pg. Schalk in der bei Dienstwohnungen üblichen Weise zu räumen sein, sobald seine endgültige Abberufung terminmäßig durchgeführt ist. Da sich Pg. Schalk fernschriftlich mit seiner Abberufung in den Gau Kassel einverstanden erklärt hat, ist mit dieser Abberufung schon demnächst zu rechnen. Der Nachfolger des Pg. Schalk kann von dieser Dienstwohnung insoweit Gebrauch nehmen, als dies für ihn und seine beiden größeren Kinder ab sofort notwendig ist.

11⁰⁵ Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

8.2.1944

12¹⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe den zum Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung ernannten bisherigen Kriegsverwaltungs-Vizechef Dr. von Craushaar.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt Präsident Dr. von Craushaar in herzlicher Weise und gibt ihm davon Kenntnis, daß er beabsichtige, ihn bei der nächsten Regierungssitzung den Mitgliedern der Regierung und den Hauptabteilungsleitern vorzustellen. Er nehme an, daß sich Präsident Dr. von Craushaar mittlerweile einen ersten Einblick in seine Aufgaben als Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung verschafft habe. Präsident Dr. von Craushaar übernehme seine Tätigkeit in einem Zeitpunkt, da das Generalgouvernement mehr als bisher angesichts des Näherrückens der Front in die Kriegsergebnisse gestellt sei. Das Generalgouvernement werde nach einem Versprechen des Führers als Bastion des Ostens mit allen militärischen Mitteln verteidigt werden. Damit sei die Position des Generalgouvernements klar umrissen. Er könne in diesem Zusammenhang seiner großen Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß der Führer nach langen Jahren des Kampfes der von ihm, dem Generalgouverneur, geführten Politik seine volle Anerkennung gezollt habe.

Präsident Dr. von Craushaar gibt dem Herrn Generalgouverneur dann eine Schilderung seiner Tätigkeit in Belgien.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu der Flüchtlingsfrage Stellung genommen. Hier teilt der Herr Generalgouverneur mit, daß der Führer gebeten habe, 10 000 Ukrainer mit Familienangehörigen in das Generalgouvernement aufzunehmen. Er, der Generalgouverneur, habe sich bereit erklärt, dieser Bitte zu

8.2.1944

entsprechen, und werde die Frage prüfen lassen, was mit diesen Ukrainern zu geschehen habe. Die Arbeitstauglichen müßten möglichst zur Arbeit ins Reich geschickt werden.

Präsident Dr. von Craushaar geht sodann auf die Frage der Räumung gewisser Gebietsteile des Generalgouvernements ein. In einer Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler habe man es als notwendig bezeichnet, vorbereitende Maßnahmen mobilmachungsmäßiger Art zu treffen. Es handle ^{sich} jetzt darum, festzustellen, wo diese Vorbereitungen getroffen werden sollten. Hier sei seiner Ansicht nach größte Vorsicht am Platze. Um bei der fremdvölkischen Bevölkerung keinen falschen Eindrücke entstehen zu lassen, müsse vor allem darauf gedrungen werden, daß Beamte in höheren Stellungen mit ihren Familien im Generalgouvernement blieben. Auch die anderen Hauptabteilungen müßten darauf hingewiesen werden, daß sie ohne die Zustimmung der maßgebenden Instanzen keinerlei Anweisungen über die Räumung gäben.

Der Herr Generalgouverneur und Staatssekretär Dr. Bühler schließen sich dieser Auffassung an. Staatssekretär Dr. Bühler meint, daß überhaupt nicht von Räumung gesprochen werden dürfe, da schon dadurch der Anschein erweckt werden könne, als gebe man das Gebiet auf.

Der Herr Generalgouverneur hält es für zweckmäßig, sofort eine Verfügung an sämtliche Hauptabteilungen, vor allem auch an die Generaldirektion der Ostbahn, und an die Polizeibehörden zu erlassen, in welcher darauf hingewiesen werde, daß die im Dienst stehenden Beamten und Angestellten mit Familie an ihrem Dienstsitz zu verbleiben hätten. Genehmigungen

8.2.1944

für Ausnahmen von dieser Regelung zu erteilen müsse Aufgabe eines dafür zuständigen Zentralstabes sein. Auch Wirtschaftsorganisationen müßten unter diese Regelung fallen. Der Führer habe sich damit einverstanden erklärt, daß, soweit notwendig, wertvolle Güter aus gefährdeten Gebieten des Generalgouvernements fortgeschafft werden könnten, habe aber bestimmt, daß die deutschen Verwaltungsstellen weiter ihre Tätigkeit ausüben müßten.

In diesem Zusammenhang geht Staatssekretär Dr. Bühler auf die Frage der Kinderlandverschickung ein. Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß zur Zeit noch kein Anlaß bestehe, die Kinder aus dem Distrikt Krakau fortzunehmen. Für das Generalgouvernement bedeute die Kinderlandverschickung ein Prestige, wenn sie auch eine schwere Belastung darstelle, und überstürzte Maßnahmen dürften hier nicht ergriffen werden. Diese Frage bedürfe einer eingehenden Besprechung mit den zuständigen Stellen der Partei bzw. der Hitlerjugendführung des Generalgouvernements.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß bisher für die Kinderlandverschickung die Kurorte Krynica, Zakopane und Rabka in Frage gekommen seien. Rabka sei jetzt als Ausweichquartier für Luftangriffe in Aussicht genommen. Immerhin werde es sich empfehlen, die Verschickung von Kindern aus dem Reich ins Generalgouvernement hintanzuhalten.

Präsident Dr. von Craushaar gibt zu bedenken, daß für die Wehrmacht gewisse Räume im Generalgouvernement gebraucht würden. Deswegen werde es sich empfehlen, für die zurückflutende Bevölkerung des Ostens Durchgangslager anzulegen und polnische Volksangehörige nach Möglichkeit auf das Land zu verteilen.

8.2.1944

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, dieser Frage sein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Zu diesem Behufe unterstelle er auch die Parteiorganisation dem Staatssekretär Dr. Bühler und werde als Leiter des Arbeitsbereichs die Parteiorganisation, insbesondere die Hitlerjugendführung anweisen, sich absolut den Anordnungen des Staatssekretärs Dr. Bühler zu fügen.

Staatssekretär Koppe gibt dann eine eingehende Schilderung des auf den SS- und Polizeiführer Kutschera in Warschau verübten Attentats. Er gibt dabei der Auffassung Ausdruck, daß leider vielfach in deutschen Kreisen, wie der vorliegende Fall zeige, eine gewisse Sorglosigkeit gegenüber den von Partisanen oder Angehörigen der Widerstandsbewegung zu befürchtenden Überfällen zu beobachten sei. Auch gerade leitende Persönlichkeiten müßten mehr als bisher zur Vorsicht gemahnt werden.

Der Herr Generalgouverneur ist ebenfalls der Meinung, daß die Frage des persönlichen Schutzes mehr als bisher in den Vordergrund gestellt werden müsse, und bittet Staatssekretär Koppe, einen seiner bewährtesten Fachmänner einen Vortrag darüber halten zu lassen. Es müßten jetzt für diese Frage amtliche Weisungen gegeben werden. Es könne nicht mehr im Belieben des Einzelnen stehen, zu entscheiden, wie er sich im gegebenen Falle zu verhalten habe. Daß sich die maßgebenden Vertreter des Führers persönlich selber schützten, gehöre zu ihrer Dienstpflicht.

8.2.1944

12⁴⁰ Besprechung mit Botschaftsrat Dr. Schumburg.

Botschaftsrat Dr. Schumburg teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er zunächst zum Reichsaussenminister von Ribbentrop und dann ins Hauptquartier zu Besprechungen fahren werde. Man erwarte von ihm offenbar einen Bericht über die allgemeine politische Situation der Polenfrage und Anregungen dafür, was praktisch außenpolitisch geschehen solle, um das Polentum in den Vereinigten Staaten von Nordamerika mobil zu machen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß er mit dem Gesandten Rühle bereits über diese Frage gesprochen habe. Botschaftsrat Dr. Schumburg könne dem Gesandten Rühle mitteilen, daß er, der Generalgouverneur, das Programm auch vom Generalgouvernement aus durch prominente Polen fördern könne. Übrigens habe der Führer ihm, dem Generalgouverneur, die völlige Richtigkeit seiner Politik, gerade was die Polenbehandlung angehe, bestätigt. Der Führer habe auch den Text der Rede, die er am 7. Februar in Berlin vor der Auslandspresse gehalten habe, vollauf gebilligt. Diese Rede solle im Einverständnis des Führers auch von der deutschen Presse soweit wie möglich veröffentlicht werden. Er bitte Botschaftsrat Dr. Schumburg, dem Reichsaussenminister von Ribbentrop den Text dieser Rede zu übermitteln, der übrigens auch sämtlichen deutschen Botschaften und Gesandtschaften bekanntgegeben werden solle.

Botschaftsrat Dr. Schumburg weist dann darauf hin, daß in polnischen Kreisen immer wieder die Amnestiefrage und vor allem die Frage der sogenannten Geiseler-schießungen aufgerollt würden.

8.2.1944

Der Herr Generalgouverneur betont demgegenüber, daß Geiseln nicht mehr erschossen würden. Bei den Erschießungen handle es sich ausschließlich um nachweisbar als Mitglieder der Widerstandsbewegung festgestellten Personen, die sich auch dazu bekannt hätten. Mit diesen Elementen müsse endgültig aufgeräumt werden. Außerdem müsse die polnische Bevölkerung in allen ihren Schichten immer bedenken, daß sie durch die deutsche Führung des Generalgouvernements geschützt werde.

Botschaftsrat Dr. Schumburg hält es für notwendig, daß die Säulenanschläge, in denen die Erschießungen bekannt gemacht würden, etwas klarer gefaßt sein müßten. Es sei nicht zur Genüge daraus zu erkennen, daß es sich um die Rückgängigmachung von Gnadenerweisen handle.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Botschaftsrat Dr. Schumburg, sich in dieser Frage mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe ins Benehmen zu setzen.

(Botschaftsrat Dr. Schumburg geht dann auf die Frage einer evtl. Amnestierung von Polen ein, die zum Teil wegen geringfügiger Vergehen oder Übertretungen in das Konzentrationslager Auschwitz gebracht und dort monatelang festgehalten würden.

Der Herr Generalgouverneur will eine Amnestie vielleicht für den 1. Mai ds. Jrs. in Aussicht nehmen. Gleichwohl müsse daran festgehalten werden, daß die deutsche Führung des Generalgouvernements jetzt keinerlei Schwäche zeigen dürfe.

Botschaftsrat Dr. Schumburg ist der Auffassung, daß in der Propaganda mehr als bisher auf die Vorteile hingewiesen werde, die das Polentum unter der deutschen Führung genieße. Was programmatisch in der Rede des

8.2.1944

Herrn Generalgouverneurs gesagt sei, müsse den Polen in konkreter Form nahegebracht werden. Es müsse ihnen ganz deutlich gesagt werden, daß sie zwischen dem Bolschewismus und dem Nationalsozialismus zu wählen hätten. Es sei gar nicht so schwer, das polnische Bürgertum und die polnische Intelligenz auf die Seite der deutschen Führung zu bekommen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, mit den zuständigen Stellen Überlegungen darüber anzustellen, welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden könnten. Demnächst werde in einer besonderen Sitzung die soziale Lage der polnischen Arbeiterschaft einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Man werde auch dazu übergehen, ähnliche Wohlfahrtseinrichtungen für die polnische Bevölkerung zu schaffen, wie sie im Deutschen Reiche beständen.

17⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

Mittwoch, den 9. Februar 1944

- 11⁰⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
- 11¹⁰ Besprechung mit Parteigenossen Stahl und Parteigenossen Tiessler.
- 11⁴⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt Fregattenkapitän Chorus, Kapitän Oehrl und Kapitänleutnant Pastushek.

Gegenstand der Besprechung ist die Einrichtung einer Nachwuchswerbung für die Kriegsmarine, im Generalgouvernement, für die der Herr Generalgouverneur der Regierung des Generalgouvernements und seine volle Unterstützung zusagt.

- 12¹⁰ Besprechung mit dem Befehlshaber des Luftgarnes VIII, General der Flieger Sommé, dem Befehlshaber des Wehrkreises Generalgouvernement, General der Infanterie Haenleke, Generalmajor Haseloff und Oberstleutnant i.G. Meissner in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Obergruppenführer Koppe über die militärische Lage.
- 13¹⁰ Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Obergruppenführer Koppe.
- 13³⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den stellvertretenden Hauptschriftleiter der "Münchener Neuesten Nachrichten" Höpker in Anwesenheit des Pressechefs Gassner zum Essen.

9. Februar 1944

16¹⁰ Besprechung mit Oberst Fischer.

16¹⁵ Besprechung mit dem Chef der Kanzlei I. Staatsanwalt Dr. Meidinger und den Architekten von Palézieux und Korinthenberg.

Der Herr Generalgouverneur berichtet, dass ihm der Führer anlässlich seines Besuches am 6. Februar 1944 erklärt habe, dass er mit der Errichtung der Neubauten auf der Burg zu Krakau voll einverstanden sei, da sie aus Sicherheitsgründen und als Machtausdruck des Grossdeutschen Reiches in einem fremdvölkischen Raum notwendig seien. Der Herr Generalgouverneur weist die Herren an, für eine Intensivierung weiterer notwendiger Bauvorhaben ^{auf der Burg} Sorge zu tragen; finanzielle Fragen dürften dabei kein Hinderungsgrund sein.

Die weitere Besprechung ist Personal- und sonstigen dienstlichen Fragen gewidmet.

17¹⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt Verlagsleiter Strozyk und Hauptschriftleiter Stoeppler von der Krakauer Zeitung zum Tee.

18²⁰ Besprechung mit dem Geschäftsführer des Grossdeutschen Schachbundes, Oberamtmann Post, und Abteilung Beets von der Hauptabteilung Propaganda.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

1476356012
Geheim.

Donnerstag, den 10. Februar 1944

- 10⁴⁵ Besprechung mit General der Flieger Sommé.
11¹⁰ Besprechung mit Präsident Wille.

Präsident Wille berichtet über zwei Strafverfahren, deren Niederschlagung er für veranlaßt hält.

- a) Das erste Verfahren betreffe den Fall eines Scharführers des Forstschutzkommandos, der nach Erhalt der Nachricht, daß sein Kamerad von Banditen erschossen worden sei, einen Nervenschock erlitten und dann, nachdem er ein größeres Quantum Alkohol zu sich genommen hatte, auf der Straße vier Polen mit seiner Dienstpistole niedergeschossen und zum Teil schwer verletzt habe. Die Niederschlagung des Verfahrens werde beantragt, weil der Täter unter der Schockwirkung, die der Tod seines Kameraden bei ihm ausgelöst habe, gehandelt habe; eine rechtzeitig erfolgte Untersuchung durch einen Sachverständigen hätte zweifellos die Unzurechnungsfähigkeit des Täters im Augenblick der Tat ergeben.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Wille um Durchführung des Strafverfahrens, da sonst die Gefahr bestehe, daß sich derartige Zwischenfälle wiederholten. Einer Verrohung der Moral, wie sie im 5. Kriegsjahr da und dort auftrete, müsse mit allen Mitteln entgegen getreten werden. Den von Präsident Wille vorgebrachten Gesichtspunkten könnte nach Durchführung des Strafverfahrens im Wege der Begnadigung Rechnung getragen werden.]

- b) Im zweiten Falle handle es sich darum, daß gegen einen Mann, der wegen Körperverletzung und räuberischer Erpressung im Amt bereits zu 1 Jahr 4 Monate Zuchthaus verurteilt worden sei, und diese Strafe zur Zeit in einer Strafanstalt im Reich abbüße, ein weiteres Ver-

Geheim.

10.2.1944

- 2 -

fahren eingeleitet worden sei, da sich bei der ersten Verhandlung herausgestellt habe, daß er bei Aktionen im Judenviertel Juden wegen angeblicher Widersetzlichkeiten erschossen habe.

Der Herr Generalgouverneur stimmt der beantragten Niederschlagung des Verfahrens zu, will aber, da er das Verhalten des Verurteilten auf das schärfste mißbilligt, aktenkundig gemacht haben, daß die Niederschlagung nicht "im Wege der Gnade", sondern aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen erfolge.

Zum Schluß ersucht der Herr Generalgouverneur Präsident Wille, mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe in Verbindung zu treten und den Fall Bayer nochmals aufzugreifen, da es sich dabei um ein Opfer des früheren Staatssekretärs für das Sicherheitswesen im Kampf gegen ihn, den Generalgouverneur, handele. Das damals ausgesprochene reine Zweckurteil müsse aufgehoben werden; Präsident Wille möge ihm in dieser Sache einen Brief an Reichsjustizminister Thierack vorlegen.

11³⁰

Besprechung mit Landgerichtsrat Wilden, SS-Oberführer Bierkamp und Stadthauptmann Dr. Krämer über die Zurverfügungstellung einer Kirche im deutschen Viertel für die deutschen Zivilkatholiken.

Landgerichtsrat Wilden erklärt, daß die Wehrmacht auf einer eigenen Garnisonskirche bestehe und nicht ins deutsche Viertel ziehen wolle, da die dortige Kirche für die Wehrmacht zu klein und zu schlecht gelegen sei; außerdem wolle die Wehrmacht analog den Verhältnissen im Reich ihre eigenen Gottesdienste abhalten. Auf Grund dieser Haltung der Wehrmacht bleibe nur übrig, entweder den bishe-

10.2.1944

rigen Zustand zu belassen oder die Kirche im deutschen Viertel nur für die Zivilkatholiken bereitzustellen. Pfarrer Burger von der Zivilkirche wünsche nur die Gelegenheit zu haben, einen oder zwei Gottesdienste in der Woche noch in der Garnisonskirche abzuhalten, wenn ihm eine Kirche im deutschen Viertel für seine Zwecke zur Verfügung gestellt werde.

SS-Oberführer Bierkamp bezeichnet als Ideallösung, wenn die Wehrmacht auch in die Kirche im deutschen Viertel zöge. Aufgrund ihrer Weigerung werde nunmehr neben einer nichtüberfüllten Kirche noch eine zweite freigestellt. Die deutschen Katholiken würden dann je nach ihrer Wohngegend die eine oder andere Kirche besuchen, wogegen er sich aus Sicherheitsgründen streuben müsse; zudem würde mit zwei Kirchen eine Zersplitterung des Deutschtums eintreten.

Stadthauptmann Dr. Krämer weist auf die Notwendigkeit hin, die Kirche im deutschen Viertel für den Besuch durch Polen zu sperren. Tausende von Polen kämen zum Besuch des Gottesdienstes dieser Kirche in das deutsche Viertel, was aus Sicherheitsgründen einer Abstellung bedürfe. Ausserdem könnten die Katholiken unter den in Krakau wohnenden 35 000 deutschen Zivilisten Anspruch auf zwei Kirchen erheben.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, dass die Wehrmacht trotz aller Bemühungen von Seiten der Zivilverwaltung die Garnisonskirche Peter und Paul nicht aufzugeben gedenkt, und gibt aufgrund dieser Sachlage den drei Herren die Anweisung, alle Vorbereitungen zu treffen, damit die Kirche im deutschen Viertel baldigst den

10.2.1944

deutschen Zivilkatholiken zur Verfügung gestellt werden könne. Diese Verfügung sei der Wehrmacht mitzuteilen; vielleicht werde sie später auf eine eigene Kirche verzichten und die Kirche im deutschen Viertel mitbenützen.

Landgerichtsrat Wilden berichtet noch, dass er am gleichen Tage mit Fürstbischof Sapieha zusammenkommen werde, um ihn über einige infolge der Kriegslage notwendig gewordene Klosterbeschlagnahmen aufzuklären, und dass er dabei die Entscheidung des Herrn Generalgouverneurs in der oben behandelten Frage mitteilen werde.

12⁰⁰ Besprechung mit Stadthauptmann Krämer.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Stadthauptmann Krämer, dem Landesverband Generalgouvernement des Grossdeutschen Schachbundes für seine Zwecke ein geeignetes Lokal zur Verfügung zu stellen.

Stadthauptmann Krämer erklärt seine Bereitwilligkeit, sich der Angelegenheit persönlich anzunehmen.

12¹⁵ Besprechung mit Oberstleutnant von Dazur.

12²⁰ Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes, Rechtsrat Dr. Hammerle in Anwesenheit des Chefs der Kanzlei Dr. Meldinger.

Der Herr Generalgouverneur gibt Dr. Hammerle den Auftrag, etwa 20 besonders geeignete Sonderdienstangehörige für Ordonnanzdienste auf der Burg und in Kressendorf auszubilden und zur Verfügung zu stellen, da er das nichtdeutsche Personal in seiner Umgebung auswechseln wolle. Diese Sonderdienstmänner könnten

10.2.1944

dann zugleich als Sicherheitsorgane tätig sein. Wegen entsprechender Kleidung und Unterkunft möge er sich mit dem Chef der Kanzlei in Verbindung setzen.

Dr. Hammerle will für diesen Zweck besonders geeigneten Sonderdienstmännern mit entsprechender Bildung eine Spezialausbildung zukommen lassen.

13⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenicke, der folgendes mitteilt:

Am Vortage sei vom AOK VIII mitgeteilt worden, dass der Bereich des Distrikts Galizien aus dem Bereich des Wehrkreiskommandos Generalgouvernement sofort an die Heeresgruppe Süd zu übergeben sei und die in Galizien stationierten Verbände demnach mit sofortiger Wirkung dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd zu unterstellen seien. Diese Nachricht sei nur mündlich übermittelt worden.

Indessen sei am heutigen Tage folgendes Fernschreiben eingegangen:

Der Führer habe in der vergangenen Nacht nach eingehender Besprechung der Gesamtlage entschieden, dass der Distrikt Galizien auch fernerhin dem Befehl des Wehrkreiskommandos Generalgouvernement unterstellt bleibe.

General Haenicke erklärt dazu, dass er bei dieser Nachricht sofort an das habe denken müssen, was der Herr Generalgouverneur ihm über die Auffassung des Führers bezüglich der einheitlichen Führung des Generalgouvernements mitgeteilt habe.

10.2.1944

Im Übrigen berichtet General Haenicke, dass sich offensichtlich nur ganz schwache sowjetrussische Truppenverbände in der Gegend von Lusk und Rowno bewegten und vorerst keinerlei mitteilenswürdige Veränderung der Lage einzutreten scheine. Sollte eine solche Veränderung eintreten, werde er sofort Bericht erstatten.

Der Herr Generalgouverneur dankt General Haenicke für seine Nachricht und ersucht, auch weiterhin zu glauben, dass er grösstes Gewicht darauf lege, dem Führer im Generalgouvernement eine vorbildliche Zusammenarbeit von Wehrmacht und politischer Staatsführung zu zeigen.

15⁰⁰

Der Herr Generalgouverneur empfängt den Geschäftsführer des Grossdeutschen Schachbundes Oberamtmann Post, Herrn Nowarra, Herrn Lünnenschloss und Dr. Painsip in Anwesenheit des Präsidenten Ohlenbusch und des Abteilungsleiters Beetz.

Thema der Besprechung ist eine Intensivierung des Schachspiels im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur äussert sich bedauernd über die so wenig an die Öffentlichkeit tretende Tätigkeit des seinerzeit mit grossen Hoffnungen gegründeten Landesverbandes Generalgouvernement des Grossdeutschen Schachbundes. Sein Bestreben gehe dahin, aus Krakau eine Schachmetropole zu machen, da das Schachspiel von ungeheurer Wichtigkeit sei. Stadthauptmann Krämer sei gern bereit, für die Zwecke des Landesverbandes und zur Pflege des Schachspieles ein geeignetes

7

10.2.1944

Lokal zur Verfügung zu stellen.

Oberamtmann Post weist darauf hin, dass der Geschäftsführer des Landesverbandes Nowarra nur im stillen gewirkt und nicht den richtigen Griff gehabt habe. Viel Schuld an dieser geringen Entwicklung trage sicherlich auch das bisherige Fehlen eines geeigneten Lokals. Bei den jetzigen Besprechungen habe man vereinbart, dass er selbst für eine gewisse Zeit die Führung des Landesverbandes übernehme. Die nächsten Wochen werdendem intensiven Ausbau von Schachgemeinschaften in den einzelnen Orten gewidmet sein.

Der Herr Generalgouverneur äussert seine Freude über die Vorwärtsentwicklung der Angelegenheit. Staatssekretär Dr. Boepple möge auf seinen Wunsch die Stellung als Präsident abgeben, da er sich infolge seiner anderweitigen dringenden Arbeit den Plänen des Landesverbandes nicht mit genügendem Nachdruck widmen könne; Herr Post möge dann die Leitung kommissarisch übernehmen. Geschäftsführer solle weiterhin Herr Nowarra bleiben.

Vordringlich sei die Errichtung einer Geschäftsstelle und ein Hervorwagen an die Öffentlichkeit. Die benötigten und bisher fehlenden Schachfiguren könne man im Benehmen mit Präsident Eichholz in einer Holzschneiderei in Zakopane anfertigen lassen. Auch an die Herausgabe einer kleinen Zeitschrift ähnlich der des Deutschen Alpenvereins müsse man denken. Präsident Ohlenbusch möge als staatlicher Verbindungsmann die Bestrebungen des Landesverbandes besonders fördern. Eine Organisation könne jedoch nicht ständig ihre Impulse von staatlicher Seite empfangen, sondern müsse aus eigenem Wachsen. Fehle es an den notwendigen finanziellen Mitteln, könne von staatlicher Seite nachgeholfen werden.

10.2.1944

- 15⁴⁵ Besprechung mit Präsident Ohlenbusch über die Vorbereitungen zur Eröffnung der polnischen Theater.
- 16³⁰ Besprechung mit Gastronom Keck - Staatskasino.
- 17¹⁵ Der Herr Generalgouverneur überreicht in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Chef der Kanzlei Dr. Meidinger dem Intendanten Friedrichfranz Stampe die vorläufige Ernennungsurkunde über seine vom Führer am 6. Februar ausgesprochene Ernennung zum Generalintendanten der Staatstheater des Generalgouvernements und spricht ihm Dank und Anerkennung für seine hervorragende Aufbauarbeit im Theaterwesen des Generalgouvernements aus.
- 17²⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.
- 18⁰⁰ Besprechung mit Oberst Fischer.
- 18⁰⁵ Besprechung mit Präsident Teitge.
- 19³⁰ Besuch des Volkskonzertes der Philharmonie im Haus "Urania".
- Anschliessend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs ins Regierungsheim.
- (Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Freitag, den 11. Februar 1944

10⁴⁵ Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und SS-Obergruppenführer Koppe über die Lage und laufende Dienstangelegenheiten.

11¹⁰ Verabschiedung des bisherigen Leiters des Personalamtes des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP Oberbereichsleiter Seyfert in Anwesenheit des stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereiches (VIA) Stahl und des Oberdienstleiters Tiessler sowie des mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte des Personalamtes beauftragten Abschnittleiters Hannemann.

Der Herr Generalgouverneur macht dabei Ausführungen über seine Besprechung mit dem Führer, über die gegenwärtige Lage und über vordringliche Aufgaben der Partei im Generalgouvernement. Weiter gibt er dem zukünftigen stellvertretenden Leiter des Arbeitsbereiches Pg. Tiessler Richtlinien für die praktische Personalpolitik im Kriege.

Pg. Seyfert, der zunächst in die Parteikanzlei nach München berufen ist und dann eine Tätigkeit beim Arbeitsbereich Niederlande ausüben wird, spricht er seinen Dank für die geleistete Arbeit aus.

11³⁵ Besprechung mit Pressechef Gassner.

11.2.1944

IV/9

11⁵⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Schulungsborg des Arbeitsbereichs Generalgouvernement.

12⁰⁵ Zum Abschluß des 17. Lehrganges der Schulungsborg hält der Herr Generalgouverneur vor Zellen-, Blockleitern und Amtswaltern aus allen Dienststellen des Generalgouvernements folgende Rede:

Meine lieben Parteigenossen!

Ich bin gern der Einladung des Parteigenossen Bühler gefolgt, um einiges mit Ihnen im vertrauten Parteigenossenkreise zu sprechen, was allenfalls Ihr Interesse verdient.

Für uns im Generalgouvernement und damit auch für die Parteiorganisation des Generalgouvernements, den Arbeitsbereich, ist die ernsteste Stunde der Entwicklung seit 1939 angebrochen. Der Feind steht in Luck, nur noch etwa 60 km von Rowno entfernt, und wir können damit rechnen, daß die Ereignisse des Krieges da und dort das Generalgouvernement noch intensiver in Mitleidenschaft ziehen werden. Andererseits steht aber fest, daß das Deutsche Reich mit aller Waffengewalt dieses Generalgouvernement als die Bastion des Ostens verteidigen wird. Daher ist gerade jetzt in diesen entscheidenden Stunden die ruhigste, klarste und eiskalte Haltung die Voraussetzung.

Wenn jemals die Bewegung von sich sagen konnte, daß sie der Kern der germanischen Weltrevolution ist, dann ist es selbstverständlich, daß die Repräsentanten des Ausdrucks der gigantisch umformenden Genialität unseres Germanentums in diesem Raum auch die Träger ganz ausgeprägter Charaktermerkmale sein müssen.

11.2.1944

Wenn sonst mit der Vorstellung des Parteilichen etwas Binnenländisches verbunden wird und man bei der Vorstellung von der Partei immer an eine Volksgemeinschaft im Rahmen eines Staates denkt, wenn wir an sich gewohnt sind, mit dem Parteilichen gewisse Aufgaben zu verbinden, als da sind: Aufklärung des Volkes, Sicherung, Erhaltung und Erziehung des Volkes, Verwirklichung der Volksgemeinschaft, des Sozialismus, Aufrütteln der Müden, Schwachen und Fortsetzung der sozialistischen Gemeinschaftshilfe in der NS-Volkswohlfahrt, in der Hitlerjugenderziehung, in der Durchführung von Massenkundgebungen, und was sich immer an verschiedensten Aufgaben mit der Vorstellung der politischen Arbeit der Bewegung verbindet, - so kommt zu alledem bei uns im Generalgouvernement noch dazu, daß wir das alles nicht in einem wohlbefriedeten Heimatbereich tun können, sondern daß wir diese Aufgaben erfüllen müssen in der entscheidendsten Kampfzone des größten Krieges aller Zeiten.

Wir haben also ein Mehr gegenüber dem, was wir uns sonst im allgemeinen an parteipolitischen Aufgaben der Bewegung gestellt haben. Und dieses Mehr unterscheidet uns von der Heimatarbeit. Es bedeutet zu gleicher Zeit auch ein Andersgeartet-Sein der Parteiarbeit. Wenn Sie an Ihre Heimatgaue denken, so haben die auch ihre schweren und schwersten Kriegsaufgaben: denken Sie nur an die Arbeit der Partei in Gauen, deren Hauptstädte oder wesentliche Siedlungen durch den Bombenterror zerstört werden, an die Fülle der anderen kriegsbedingten Aufgaben, die die Partei in allen Gauen des Reiches zu erfüllen hat.

11.2.1944

Wir haben noch dazu die Aufgabe erhalten, erstens die Partei in einem Gebiet aufzurichten, das zunächst überhaupt erst seit 1939 staatlich völlig neu zu organisieren war, zweitens in einer staatlichen Ordnung zu leben, deren Aufgabe ausschließlich der Kriegsdienst für das Reich ist, drittens die Partei in einem Volksbereich aufzurichten, von dem hoch gerechnet nur 1 % dem Deutschtum angehört, 99 % aber nichtdeutsch sind. Wenn wir diese drei Voraussetzungen der Andersartigkeit und der gesteigerten Parteiverantwortung dieses Raumes uns immer wieder vor Augen halten, werden wir vor einander bestehen können. Wir können sagen: trotz dieser Schwierigkeiten, trotz des darüber hinaus noch hereingebrochenen Führermangels - denn die besten und stärksten der Männer, die jugendlichen Jahrgänge sind alle an der Front - ist es doch etwas Großartiges, was die Partei im Generalgouvernement unter diesen Voraussetzungen geleistet hat.

Ich komme vom Führer. Ich war vor wenigen Tagen mit dem Führer in seinem Hauptquartier zusammen und habe in einer über viele Stunden sich erstreckenden persönlichen Aussprache auch Gelegenheit gehabt, ihm über das Parteileben im Generalgouvernement zu berichten. Es wird Sie freuen, Parteigenossen, zu hören, daß der Führer unsere Broschüre "3 Jahre NSDAP im Generalgouvernement", die wir zum letzten Parteitag herausgebracht haben, eingehend in meiner Anwesenheit durchgeblättert hat. Bei den Aufnahmen von unseren Aufmärschen auf dem Burghof und in der alten Stadt Krakau hat er gesagt: "Das ist ja wie Nürnberg". Daraus ist zu erkennen, welche Freude es ihm macht, daß wir die Partei hier so hoch und stolz aufgerichtet haben.

11.2.1944

Im übrigen ist es ja selbstverständlich, daß das, was ich Ihnen von der Bedeutung des Generalgouvernements und von der Wichtigkeit dieser Position sage, hier ja auch allgemein eingesehen wird. Sie brauchen sich nur die Karte anzusehen, um zu ermessen, welche Bedeutung diese Bastion Generalgouvernement heute für die gesamte Situation des Reiches besitzt. Aber darüber hinaus ist der Ausdruck, daß das Generalgouvernement schlechthin die Bastion des Ostens ist, eben vor wenigen Tagen mir gegenüber vom Führer persönlich gefallen. Er bezeichnete das Generalgouvernement als die von uns aus Dreck und Chaos aufgebaute Bastion des Ostens und gab uns allen damit ein großes Lob, aber auch eine große Verpflichtung. Denn er schaut selbstverständlich auf uns, und dieses unmittelbar leuchtend über uns strahlende Auge des Führers muß jedem von Ihnen in das Herz dringen. Sie müssen sich klar sein, daß die Aufgabe, der Sie sich unterzogen haben, ungeheuer wichtig ist. Die Partei ist nämlich kein Luxus, sie ist nicht irgendwie etwas Kriegsunwichtiges, nicht irgendetwas, was weit und tief unter dem Kriegsgeschehen an sich stünde. Um die Partei geht ja der Krieg. Es mußte ein Mann wie Adolf Hitler kommen, der dem deutschen Volke in der Idee des Nationalsozialismus die größte organisatorische und charakterliche Neuformung gab, die wir jemals erfahren haben, um die Welt völlig aufhorchen zu lassen. Wenn heute da und dort jemand fragt: war dieser Krieg notwendig, mußte jetzt wieder ein Krieg kommen, nachdem wir noch den anderen erst 20 Jahre zurückliegenden erlebt haben? - so können Sie sagen: dieser Krieg wäre auf jeden Fall in dem Augenblick über Deutschland gekommen, in dem das deutsche Volk sich wieder aufzurichten begonnen hätte. Es ist also ganz gleich ob Sie sich die Entwicklung der deutschen Politik nun nationalsozialistisch oder anders denken: wenn überhaupt irgendwo wieder ein Ansatz des deutschen Lebens gekommen wäre, dann wären auch wieder unsere Todfeinde, der Jude, der bolschewistische Massenmörder und d.engl.Plutokrat,

11.2.1944

da gewesen, um uns erneut zu überfallen. Aber in welchem Zustande hätten sich dann das deutsche Volk und das Deutsche Reich befunden, wenn dieser also geschichtsmäßig doch einmal notwendige Akt, daß wir wiederum in einen Krieg kommen, über uns hereingebraust wäre, ohne daß Deutschland einen Adolf Hitler und eine NSDAP gehabt hätte.² Das müßt Ihr Euch immer vor Augen halten und müßt es auch allen Volksgenossen immer wieder sagen. Das heißt also: wenn wir diesen an sich notwendigen Krieg siegreich bestehen, dann nur, weil es einen Adolf Hitler und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gibt. Das sagen wir, weil wir es wissen, meine Parteigenossen; wir sagen es nicht aus Anmaßung, denn die Partei will eigentlich praktisch nichts anderes sein als die große Notorganisation unseres Volkes zur siegreichen Bestehung über das deutsche Volk hereinbrechender Katastrophen.

Adolf Hitler hat daher mit diesem Nationalsozialismus dem deutschen Volk den Wiederaufstieg gegeben. Was heißt das denn? Wenn da und dort gesagt wird; jetzt sind unsere Häuser nicht mehr, die Städte sind zerstört, wir stehen in einem furchtbar schweren Krieg, allüberall' sehen wir uns den Angreifern und Feinden gegenüber, unsere U-Boote können zur Zeit nichts machen, wir haben ungeheuer schwere Kämpfe zu bestehen, in Rußland räumen wir seit Monaten ununterbrochen, - was soll da schon noch groß an Stimmung vorhanden sein? - nun, meine Parteigenossen, ich verlange von Ihnen, daß Sie solchen Argumenten gegenüber mit ungeheuerstem Nachdruck darauf hinweisen, daß das deutsche Volk und das Deutsche Reich noch niemals so klar gesehen haben, daß wir der Wende des Kriegesgeschehens entgegenschreiten, wie in diesem Augenblick.

11.2.1944

Je näher die Russen, desto kürzer der Anmarsch zur Offensive gegen sie, je mehr Flieger in Deutschland, desto mehr Legitimation zu jeder Form von Vergeltung England gegenüber, je mehr Not allüberall', desto mehr Härte, sie zu besiegen. Das ist die national-sozialistische Antwort. Und wenn man sagt: ja, die mit ihren riesigen Produktionsziffern, mit ihren Riesenmassen, - was ist denn dann? Nicht, weil ich es glaube, sondern, weil ich es aus unmittelbarster Quelle weiß, gebe ich es an Sie weiter: mit noch soviel Menge und Qualität an Material und Menschen wird man gegen die Qualität der deutschen Waffen, der deutschen Flieger, der deutschen Flugzeuge, der deutschen Munition, die jetzt schon ausgegeben oder teils noch in der Ausgabe begriffen ist, wird man gegen die deutsche Wehrmacht, die die Vorbereitungen zu grandiosen Gegenschlägen trifft, niemals aufkommen können.

Schauen Sie nach Italien, schauen Sie sich das Ereignis Nettuno an, verfolgen Sie es bis ins letzte und denken Sie sich, ob nicht dahinter ein großer Plan des Führers steckt, daß er gerade in Nettuno ein erstes Mal so gleichsam spielerisch den Herren Amerikanern und Engländern beweist, was ihnen bevorsteht, wenn sie erst einmal die Invasion wagen. Und wenn die Sowjetrussen glauben, sie könnten uns mit ihrem Material noch weiter Schwierigkeiten machen, so können Sie auch hier auf große Pläne des Führers rechnen.

Ich kann Ihnen die Versicherung abgeben, meine Parteigenossen, Sie brauchen das, was ich eben formulierte, bei der Zurückschlagung aller irgendwie weichen Argumente gegen uns nicht mehr damit zu begründen.

11.2.1944

daß Sie das glauben, also daran glauben, daß der Führer dies oder jenes tun wird, um zurückzuschlagen, daß mit England etwas geschehen wird, was dem Engländer sehr unangenehm sein wird, weil es nämlich die ganze Existenz des englischen Volkes sofort aufs Spiel setzen kann. Also nicht, daß Sie das nur glauben, daß wir sozusagen zu allem gerüstet seien, - nein, Sie können sagen, daß Sie es jetzt wissen. Wenn Sie heute durch Deutschland gehen, so werden Sie überall die Kasernen voller Soldaten sehen. Sie werden dann wissen, daß die deutschen Aufgebote an Menschen ein Maß erreicht haben, das geradezu gigantisch ist und noch niemals da war, daß wir überhaupt noch nie in unserer Geschichte soviel Soldaten hatten, wie wir sie heute haben. Überlegen Sie sich das einmal, und Sie werden bekennen müssen: es muß etwas dahinter sein, daß der Führer im Osten die Russen so herankommen läßt.

Ich wollte Ihnen das nur so in einigen Stichworten andeuten, damit Sie auch das, was ich heute Ihnen sage, richtig verstehen. Ich komme nicht, um Stimmung zu machen, ich betätige mich nicht als Redner, um irgendwie aufzurütteln oder aufzurichten. Es wäre eine Beleidigung, wenn ich in einer Massenkundgebung etwas Derartiges tun wollte, und hier in einem Kreis von Parteigenossen ist es auch völlig unmöglich. Wir sitzen hier zusammen, bilden uns gegenseitig und lernen voneinander, auf daß wir wissen, wie wir die in uns lebenden Parolen in Worte prägen können, um sie weiterzugeben.

Das Generalgouvernement wird also in diesem Gesamtgeschehen rein strategisch bis zum Äußersten einem verteidigten Kampfgebiet gleichen, der Feuer speit.

11.2.1944

Kein feindlicher Soldat wird das Generalgouvernement mit der Waffe in der Hand betreten. Sie werden sich daher in den kommenden Wochen so zu betätigen haben, daß von Ihnen die glühendste Selbstsicherheit des Wissens um den Sieg und nicht nur des Glaubens an den Sieg ausstrahlt. Ich freue mich, den Eindruck haben zu können, daß Sie auch diese Leistung vollbringen werden. Von Ihnen hängt jetzt viel ab.

Wir Nationalsozialisten haben uns aber vor allem auch mit der Volkslage zu beschäftigen, mit der Lage unseres deutschen Volkes. Wie nimmt denn nun das große deutsche Volk in den viele, viele Millionen zählenden Angehörigen seiner Masse diesen Krieg auf im fünften Kriegsjahr? Es ist eines der unsterblichen Verdienste der Partei, unserer Parteipropaganda, unseres gesamten parteilichen Wirkens, daß die Lage des deutschen Volkes rein seelisch-geistig im fünften Jahre eines derartig das Letzte von den Menschen fordernden unausgesetzten schonungslosen Kriegsgeschehens so einzigartig ist, wie es in der Geschichte kein Gegenstück dafür gibt. Stellen Sie sich auch dieses Volk ohne den Nationalsozialismus vor, denken Sie an das ~~alte~~ Parteiensystem, das feudale Kastenwesen, das konfessionelle landesverräterische Treiben unserer Pfaffen, - stellen Sie sich das alles einmal in einem Augenblick vor, in welchem England, Rußland, Amerika und ein ganzer Schwanz von Trabanten gegen Deutschland steht, und fragen Sie dann, was aus diesem deutschen Volk bei einer so miserablen Zusammensetzung seiner führenden Schichten im fünften Jahre seines Krieges geworden wäre. Da soll noch einer irgendwie die Bedeutung der NSDAP in Zweifel zu ziehen wagen. Nur die Partei in ihrer Geschlossenheit und Entschlossenheit, in ihrer glühenden seelisch klaren Haltung, in ihrer unabdingbaren Marschiergradlinigkeit ist imstande gewesen, dieses Wunder zu halten.

11.2.1944

Wenn Sie heute durch die vom Terror zerstörten deutschen Städte fahren, wenn Sie an Ihre eigene Heimat denken, - keiner ist ja hier im Saal, der von seinem Heimatgau sagen könnte, daß in ihm nicht irgendeine Stadt verwüstet ist, viele von Euch sind ja schon ohne Wohnung, wie Tausende und Hunderttausende, ja Millionen unserer Volksgenossen, die nichts mehr haben als das, was sie auf dem Leibe tragen, die aber die Entschlossenheit in sich tragen, um keinen Preis der Welt diesen Krieg mit einer Niederlage Deutschlands enden zu lassen, - wenn Sie dieses Volk ansehen, daß das Ärmste in der Welt ist und gleichwohl eine so bewundernswerte Haltung zeigt, wenn Sie durch Berlin, Hamburg, Köln, Düsseldorf, Karlsruhe, Frankfurt fahren, wenn Sie sich dieses herrliche deutsche Volk immer wieder vor Augen halten, diese abgemühten armen Mütterchen mit ihren dünnen Mänteln, wie sie sich in der Straßenbahn mit Sack und Pack drängen, wenn Sie bedenken, daß sie ihre Kinder irgendwohin verschickt haben, daß der Mann an der Front ist, wenn Sie bedenken, daß diese Menschen oft krank sind und trotzdem unter mühsamsten Lebensbedingungen durchhalten und ausharren, - wenn man das alles bedenkt, dann kann sich einem das Herz weiten, es kann einen mit Stolz erfüllen vor der göttlichen Sendung eines Volkes, das durch nichts in seinem Glauben erschüttert werden kann.

Vergleichen Sie mit dem Antlitz dieses Volkes unserer deutschen Städte heute im fünften Kriegsjahr jene blassen verbrecherischen Gesichter der Börsenjuden von New York und Washington, die jeden Mörder bezahlen, der deutsche Kinder und Frauen umbringt, - vergleichen Sie damit solch' einen asiatischen Verbrecher wie den Herrn Stalin oder diese süßlichen geleckten Ausbeuterlords von London. Unsere deutschen

11.2.1944

Menschen werden angesichts des furchtbaren Geschicks, das über sie kommt, in die reinste Zone dessen herabgeschleudert, was ihnen zum Bewußtsein bringt: jetzt habe ich nur noch mein Leben, den Glauben an mein Volk und in mir auch diese demütige Zuversicht, daß ein ewiger Herrgott die Gerechtigkeit über unserem Volk nicht zurückziehen wird.

Das Volksleben im fünften Kriegsjahr ist etwas Einzigartiges. Jeder von Ihnen, meine Parteigenossen, weiß Beispiele dafür zu bringen, denn jeder erlebt sie Tag für Tag; jeder weiß es aus den zahlreichen Briefen, er weiß es von überall her, daß es so ist, jeder weiß, was unsere Männer an der Front, was unsere Frauen, was unsere Kinder und Jugendlichen in der Heimat heute leisten. Allüberall ist dieser Rhythmus der Freiheit zu spüren, dieses grandiose Lied eines Volkes zu hören, das in Energien gesammelt dem Licht entgegenmarschiert, das alles von sich streift, was Materie ist, und das in sich die Überzeugung trägt, daß das Große auf dieser Welt aus dem Glauben und nicht aus der Sache kommt.

Wenn wir neben dieser Volkslage die Reichslage betrachten, also die Lage des Staates "Deutsches Reich", so können wir sagen, daß die Verantwortungsaufgaben des Deutschen Reiches seit 1939 um ein Vielfaches gewachsen sind. Sie müssen sich vorstellen, daß wir heute einen Bereich haben, der vom Nordkap bis südlich von Rom und von den Pyrenäen bis nach Estland geht, der sich von den britanischen Inseln im Kanal bis Kreta erstreckt. Er umfaßt eine Zahl von Quadratkilometern, die wir bisher im Laufe der deutschen Geschichte noch niemals zu verwalten hätten. In diesem Bereiche sind nun deutsche Beamte, deutsche Eisenbahner, deutsche Postbeamte tätig. Die deutsche Polizei muß unausgesetzt bemüht sein, mit den Gegenkräften, die sich

11.2.1944

natürlich im Laufe des Krieges rühren, fertig zu werden. Das ist ja bei uns in unserem Gebiet auch allen klar. Wenn wir es erreicht haben, im Generalgouvernement die Führung und Verwaltung wie die polizeiliche Sicherung doch wenigstens so durchzuhalten, daß im allgemeinen das Entwicklungsstreben unserer Wirtschaft, unserer Landwirtschaft und Industrie gesichert bleiben konnte, so ist das eigentlich schon ein anerkennenswerter Erfolg. Und ich kann ruhig sagen, daß wir auch im Generalgouvernement, was den staatlichen Teil angeht, zufrieden sein können.

Der Führer hat mir gegenüber seine Anerkennung in großen Worten ausgesprochen, und ich kann sie Ihnen nur weitergeben. Jeder von Ihnen ist irgendwie im allgemeinen tätig, jeder kümmert sich um die große Reichssituation, die wir haben. Jeder hat auch verstehen gelernt, daß das Generalgouvernement mit seiner notwendigen Eigenart eine eigene Führung und Verwaltung braucht, daß man nicht einfach das Schema der allgemeinen Reichsverwaltung auf uns übertragen kann, sondern daß wir hier ein eigenes Gebilde brauchen. Jeder von Ihnen weiß, daß sich dieses Prinzip auch durchaus bewährt hat. Der Führer denkt sogar daran, wie er mir gesagt hat, das Generalgouvernement zu vergrößern.

Aus diesem Gesichtspunkt heraus, ist es für uns wichtig, zu wissen, daß das Verhältnis von Staat und Partei im Generalgouvernement absolut vorbildlich zu sein hat. Ich kann es nicht ertragen, wenn Spannungen irgendwelcher Art zwischen Partei und Staat und Staat und Partei auftreten. Wir sind in diesem Raum so unsagbar wenige Deutsche und innerhalb dieser Deutschen so unsagbar wenige, die aktiv wirken und verantwortlich arbeiten, daß eine Spannung unter den Deutschen aus irgendwelchen Gründen ein Verbrechen wäre; denn

11.2.1944

der Todfeind im Lande, der Söldling der Engländer und Amerikaner, der Meuchelmörder und der Bandit hier im Lande fragen nicht nach den Unterschieden der Deutschen. Die Liste der getöteten und gemeuchelten Deutschen setzt sich aus Angehörigen aller Bereiche zusammen. Der Pole sagt nicht: Ach, der trägt eine Staatsuniform, den erschieße ich nicht, oder: der trägt eine Parteiuniform, den halte ich mich, - sondern er sagt: ob der nun eine Partei- oder Staatsuniform trägt, den Kerl schieße ich nieder, wenn ich ihn erwische.

Im Dienste des Reiches gibt es heute im Generalgouvernement keine Interessen, die wichtiger wären als das Interesse, dem Führer zu helfen, daß er den Krieg gewinnt. Dieses Ihnhelfen bedeutet, das Generalgouvernement unter allen Umständen in tätigster Wirksamkeit halten. Um das nun wieder zu erreichen, kann ich im Lande weder Streik noch Sabotage, noch Unruhe, noch sonst etwas Derartiges brauchen. Es hilft mir nichts, wenn ich 100 000 Polen umbringe; damit ist dem Führer nicht gedient. Es hilft nur etwas, wenn ich 100 000 Polen zur Arbeit bringe und an der Arbeit halte. Das müssen wir uns ehern vor Augen halten. Denn jetzt im Kriege können wir Nationalpolitik in anderem Sinne gar nicht treiben. Was nach dem Kriege sein wird, wenn der Krieg gewonnen ist und nun das deutsche Volk sich zu regen beginnt und neue Gebiete belegt, das brauchen wir jetzt noch nicht zu erörtern.

Daraus ergab sich oft ein Mißverständnis. Es darf nicht als Polenfreundlichkeit angesehen werden, wenn man dafür sorgt, daß die Polen arbeitsfähig und arbeitslustig bleiben. Es darf nicht als Schwäche ausgelegt werden, wenn all' das nicht mit Brutalität letzter Prägnanz geschieht, was geschehen könnte. So geschieht

13

11.2.1944

bin ich auch, zu wissen, daß man, wenn man einen Revolver hat, einen anderen niederschießen kann. So gescheit bin ich auch, zu wissen, daß ich Hunderte von Menschen, weiß Gott, we einsperren kann. Meine Gescheitheit hilft mir nichts, wenn sie mich nur dazu brächte. Wir müssen dahin kommen, daß 14 Millionen Polen für Deutschland arbeiten. Dann dienen wir dem Führer, und das ist jetzt allein das Gebot der Stunde.

Ich habe auf Veranlassung des Führers eine große Rede über diese Zusammenhänge gehalten, die ich allen Parteigenossen in führender Stellung zugehen lassen werde. Denn diese Rede hat das gesamte Programm auch auf diesem Gebiete zum Inhalt. Der Führer hat diese Rede als ausgezeichnet erklärt, sie restlos bestätigt, und damit ist auch für uns im Generalgouvernement die Reichspolitik klargelegt, die in dieser Formulierung liegt.

Die Mißverständnisse auf diesem Gebiete, die oft sehr peinlich gewesen sind und mir viele Anfragen eingetragen haben, sind Gott sei Dank überwunden. Diese Politik der allgemeinen Befriedethaltung mit allen Mitteln, um die Arbeit, um den Transport, die Industrie, die Ernährung, auf die Deutschland brennend angewiesen ist, zu sichern, hat gewisse Folgerungen, die uns Nationalsozialisten im Augenblick nicht angenehm sind. So ist z.B. jetzt jede Germanisierung dieses Raumes völlig ausgeschlossen. Wir dürfen nicht die Grundsätze, die für Posen, Danzig und Oberschlesien maßgebend sind, auf unser Gebiet übertragen. Der Führer hat ausdrücklich erklärt, daß zunächst einmal dem Deutschtum die im Reich angegliederten Gebiete zurückzuführen sind, daß dagegen das Generalgouvernement offizieller Reichsschutzbereich des polnischen Volkstums ist. Das muß immer wieder gerade auch bei der Partei gesagt werden, weil da manchmal der Irrtum herrscht, das Generalgouvernement

11.2.1944

sei so eine Art verlängerter Warthegau. Zwischen Warthegau und uns besteht ein gewaltiger Unterschied hinsichtlich der Prozedur der Einführung dieses Bereiches in das Großdeutsche Reich. Im Warthegau ist der Pole ein Subjekt, das sozusagen in einiger Zeit abgeschoben oder sonst beseitigt werden wird. Bei uns aber ist der Pole eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland, und das bitte ich immer und immer wieder zu bedenken. Wir müssen dafür sorgen, daß die Polen und die Fremdvölkischen überhaupt in Frieden und Ruhe gehalten werden. Sie wissen ja, wie sich die Sicherheitslage entwickelt, wenn solche Zwangseinsiedlungen wie in Lublin durchgeführt werden.

Wir können keine Kirchen- und Schulpolitik treiben. So gescheit bin ich auch, zu wissen, daß die Pfaffen unsere Todfeinde sind, daß die polnischen Lehrer nichts anders treiben als die Widerstandsbewegung stützen. Aber ich muß auch hier die höhere Weisheit anwenden und mich fragen: was ist das kleinere Übel? Das kleinere Übel ist, daß ich das jetzt ertrage, dafür aber die Leute bei der Arbeit halte. Und diese meine Politik hat sich, wie ich wohl sagen kann, restlos durchgesetzt. Im Bereiches des Generalgouvernements wird sich wohl niemand mehr finden, der offiziell oder inoffiziell gegen diesen Kurs aufzutreten vermöchte; denn nunmehr bin ich autorisiert, diese Politik im Namen des Führers durchzuführen.

Die Wirtschaftslage des Deutschen Reiches ist Ihnen bekannt. Die Wirtschaftslage des Generalgouvernements besitzt in Ergänzung dazu eine beachtliche Position. Sie wissen selber, was das Generalgouvernement für das Deutsche Reich bedeutet. Aber ich war doch überrascht, aus dem Munde des Führers zu hören, daß das Generalgouvernement ein wahrhaftes Wunder ist. Nach den eigenen Worten des Führers ist es ein Wunder. Der

11.2.1944

Der Führer sagte zu mir: Als ich 1939 Ihnen das Generalgouvernement gab, war ich der Meinung, es sei ein irgendwie nur kriegsmäßig zu verwaltender Winkel, von dem Deutschland verhältnismäßig wenig haben wird; was aber nunmehr aus dem Generalgouvernement wurde, ist wirklich ein Wunder. Aus diesen Worten des Führers muß ich entnehmen, daß wir eigentlich phantastisch dastehen.

Wenn Sie bedenken, daß es uns geglückt ist, in einem Jahre 760 000 to Brotgetreide an das deutsche Reich abzuliefern, und wenn Sie damit vergleichen, daß die statistisch endgültig festgesetzten echten Zahlen aus dem gesamten Ostraum, den wir in den gleichen Jahren von der Krim herauf bis nach Estland besetzt hatten, insgesamt nur 2,6 Millionen to mit den Wehrmachtsleistungen betragen haben, so bedeutet das für unser Gebiet von 150 000 qkm, dem zehnten Teil dessen, was im Osten besetzt war, eine ungeheuerere Leistung. Obwohl wir nur ein Zehntel des gesamten besetzten Ost-raums darstellen, haben wir mehr als ein Drittel dessen abgeliefert, was der Osten hat abliefern können. Das können Sie sich nachrechnen. Und wenn der Führer von einem Wunder spricht, so kommt es uns selber auch so vor, wenn wir feststellen können, daß wir im Jahre 1943 als einziges europäisches Land imstande waren, das uns vom Reich auferlegte Kontingent von 480 000 to Brotgetreide pünktlichst auf den Termin des 1. Dezembers restlos an das Reich abzuliefern. Auch das wurde vom Führer besonders anerkannt. Er sagte: Nicht nur, daß Sie liefern, Sie liefern auch so rechtzeitig, daß das alle Anerkennung verdient.

Sie sehen also daraus, das auf dem Ernährungssektor wirklich eine hervorragende Leistung vollbracht worden ist. Sie müssen bedenken, was darüber hinaus noch hier im Lande in den Lazaretten, von Soldaten,

11.2.1944

von sonstigen Durchreisenden usw. verzehrt wird. Und wenn es geglückt ist, die Volksernährung wenigstens im allgemeinen auf eine gewisse Grundlage zu bringen, so können wir alle mit dieser Gemeinschaftsleistung zufrieden sein.

Weiter ist es geglückt, nach dem Osten hin Transportleistungen zu erreichen, die kaum erfüllbar gewesen wären, wenn die Polen rebellisch werden würden. Wir haben 150 000 Polen bei der Ostbahn, denen nur etwa 8 000 Deutsche gegenüber stehen, die vollkommen ohnmächtig wären, wenn die Polen streiken oder Sabotage treiben wollten. Dann würde mir keine Drohung, kein schönes Wort mehr helfen. Wenn die Polen die Arbeit niederlegen, kommt kein Zug mehr nach dem Osten. Diese Leistungen des Transportwesens im Generalgouvernement sind also sehr beachtlich, und Sie können sich denken, daß das den Führer ganz besonders gefreut hat.

Daß im Generalgouvernement ein Drittel des gesamten Munitionsbedarfs der Wehrmacht erzeugt wird, dürfte für Sie auch eine Überraschung sein. Daß dieses ein Drittel vom Generalgouvernement geliefert wird, ist auch ein Kennzeichen für die ungeheure Wichtigkeit dieses Raumes.

Man kann danach die Wirtschaft als eine vollkommen im Kriegsdienst stehende staatlich geführte Planwirtschaft bezeichnen, die in allen ihren Funktionen von dem einen Interesse getragen wird, wie das Generalgouvernement am besten der Kriegsführung dient. Das Deutsche Reich braucht uns jetzt dringender denn je, Angesichts der Zerstörung weiter Gebiete, der Aussiedlung von Menschen und der umfangreichen Einziehungen.

11.2.1944

Ich bin der Partei dafür dankbar, daß sie in wichtigster Arbeit hier dafür gesorgt hat, daß Leben in die Betriebe kam, daß sich die Betriebe nach nationalsozialistischen Prinzipien ausrichteten, daß wir hier den Leistungswettkampf durchgeführt haben und anderes mehr. Wir werden diese Art der Energiesteigerung durch nationalsozialistische Ideen und Organisationen in jeder Weise fördern.

Als letztes noch ein Wort zur Kulturlage. Die Kulturlage ist deshalb so wichtig, weil wir das geistig-seelische Element im fünften Kriegsjahr mehr denn je brauchen. Ich habe mir mit Absicht das Programm gestellt, daß das Kulturleben des Deutschen im Generalgouvernement auf denkbar höchstem Niveau aufgerichtet werden muß. Denn nur dann, wenn wir absolut vorbildlich auf der Höhe deutscher Kulturfähigkeit stehen, werden wir den deutschen Menschen auch überzeugen, daß er sich im Generalgouvernement in einem absolut gleichberechtigten Kulturbestandteil des alten deutschen Wohnraumes befindet. Dazu haben wir auch eine Verpflichtung. Sie wissen, daß in Krakau, in Warschau, in Lemberg, ja selbst in Lublin und Radom wie in vielen anderen Teilen des Generalgouvernements durch Jahrhunderte hindurch größte deutsche Meisterkultur gepflegt wurde. Denken Sie nur an Namen wie Veit Stoß, Hans von Dürer. Alle die großen Bauten dieses Raumes sind deutsch. Die großen Stätten der Wirtschaft des Mittelalters wie die Fuggerstadel an der Weichsel und andere sind deutschen Ursprungs. Monumentalste Kunstwerke wie etwa der Marienaltar sind deutsche. Polnisch sind in diesem Land eigentlich, wenn wir ehrlich sein wollen, nichts als der Dreck, die Läuse und die schlechten Straßen.

18

11.2.1944

Deshalb ist es wohl auch vollkommen richtig, wenn ich die Tradition der deutschen Führung dieses Raumes an das anknüpfe, was unsere Vorfahren durch die Jahrhunderte hindurch in diesem Raum geschaffen haben. Demnach ist es nicht so, wie da und dort vorwitzige Leute meinen, daß es viel zu viel Theater, Konzerte, viel zu viel Veranstaltungen kultureller Art gebe. Nein, Parteigenossen und Parteigenossinnen, ich sage: viel zuwenig!

In einem Zeitpunkt, da die ganze Welt aufgewühlt ist, können wir nur immer wieder das Bekenntnis zu den höchsten geistig-seelischen Schöpfungskräften unserer Nation als einem der herrlichsten Momente der Selbstaufrichtung ablegen.

Dieses Kulturleben der Deutschen muß auch von der Partei gepflegt werden. Die Veranstaltungen der Organisation 'Kraft durch Freude' erfreuen sich bei mir nur sehr zweifelhafter Anerkennung. Ich wünsche, daß gerade die Partei in ihren Kraft durch Freude-Veranstaltungen das beste gibt, was zu geben überhaupt nur möglich ist. Ich werde mir in der nächsten Zeit die zuständigen Herren kommen lassen und werde ihnen sagen: So geht das nicht; wenn der Staat die erstklassigen Gastspiele aus dem Reich vermittelt und sich alles danach drängt, im Generalgouvernement aufzutreten, dann verlange ich, daß die Partei mit noch größeren, aber nicht mit schwächeren Kräften kommt. Nur so werden wir die geistig-seelische Führungsaufgabe dieses Raumes durchsetzen.

11.2.1944

Welche Wichtigkeit der Führer auch dieser Aufgabe zuwendet, können Siedaraus ersehen, daß er auf meinen Antrag den Intendanten des Staatstheaters Stampe zum Generalintendanten berufen hat, - eine ganz ungewöhnliche Auszeichnung, die erkennen läßt, welche Wirkung unser deutsches Kulturleben in diesem Raume hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß alle diese Dinge wie z.B. die Philharmonie des Generalgouvernements in höchstem Maße auch allgemein propagandistisch zu verwenden sind.

Auch die Partei muß auf diesem Gebiete voll wirksam und tätig sein. Da möchte ich auf eins hinweisen, was mir sehr am Herzen liegt: es ist die geistige Schulung und, sagen wir, das Sichhingezogen-Fühlen zu den großen, tiefen Denkwerten unserer Nation. Es ist mir ein Grimm, zu sehen, daß wir unsere katholische Kirche auch im Generalgouvernement mit Deutschen mehr füllen, als ich das jemals erwartet hätte. Ich hatte bei mir die stille Hoffnung, daß es in diesem Neuland des Deutschen Reiches gelingen würde, diesen Einfluß der Kirche hier nicht eindringen zu lassen. Da es aber keine Möglichkeit des Zwanges auf diesem Gebiete gibt und auch nicht geben darf, so bin ich doch sehr erstaunt, feststellen zu müssen, daß sich Hunderte und Aberhunderte - ich glaube, es sind schon fast Tausende, - gerade im Generalgouvernement wieder in die Kirchen drängen. Das gibt uns in der Partei die große Aufgabe, immer mehr daran zu denken, daß man die Kirche nicht nur negativ bekämpfen kann. Es ist falsch, wenn wir die Methoden einer sogenannten Kirchenaustritts-Propaganda, einer Beschimpfung der kirchlichen Einrichtungen oder einer schweren Kritik solcher Dinge usw. betreiben. Unendlich viel wichtiger ist, daß

11.2.1944

sich die Partei zum Repräsentanten einer klaren geistig-seelischen Führung der Volksgenossen macht. Es darf nicht dahin kommen, daß die Leute sagen: ja, der Staat schnauzt den Volksgenossen an, die Partei tut es auch, aber die Kirche in ihrer ewigen Demütigkeit umarmt den Volksgenossen. Es muß so sein, daß auch die Partei das Instrument für die letzten seelisch-geistigen Nöte, ich möchte fast sagen, in Barmherziger Aufgeschlossenheit dem Volksgenossen gegenüber ein Tröster ist. Wo gibt es denn sonst noch eine Stelle, an der der Deutsche nicht angeschnauzt wird? Beim Staat geschieht es, bei der Wehrmacht gehört es zum Beruf. Man muß sich wundern, daß die Leute nicht geschlossen sagen: wenn mein Sohn gefallen, wenn mein Mann an der Front ist, dann höre ich das schöne Glockengeläute, dann erbaue ich mich im Gottesdienst, und das ist mir dann ein Trost. Und daneben steht dann die Partei und behauptet, daß sie die weltanschauliche Führung des deutschen Volkes habe. Die haben wir absolut nicht, wenn in einem Raum wie dem hiesigen sich sozusagen aus dem Nichts eine katholische Welt aufbaut. Wir schweigen dazu, wir sehen es nicht, wir glauben, daß einer mit einem Zauberstab kommt und sagt: Jetzt ist es aus mit der katholischen Kirche.

Wir müssen uns also zusammennehmen, damit wir in diesem weltanschaulich-geistigen Ringen bestehen. Es ist nicht so einfach. Das sind ausgewichste Burschen, die mit ihren Märchen schon seit zweitausend Jahren im Lande herumziehen. Daher muß ich es Ihnen, Parteigenossen, mit allem Ernst sagen: die Schulung in Ehren, aber um die menschlich seelisch-geistige unmittelbare Bezogenheit zu den innersten und geheimsten Werten der Volksgenossen muß sich die Partei sehr kümmern. Man sagt: die Nazis sind die Feinde der katholischen Kirche.

11.2.1944

und infolgedessen brauchen wir uns nicht darum zu kümmern, denn es ist klar, daß von uns keiner in die katholische Kirche geht. Jedoch gibt es so einige Vertrottelte, die haben innere Hemmungen und neigen doch dazu, in die Kirche zu gehen; sie trauen sich zwar nicht so recht und machen es deshalb hintenherum. Die anderen schauen etwas schief, und die Protestanten sind manchmal recht matt, bei ihnen ist der echte Luthergeist auch geschwunden, und sie spielen darum keine große Rolle. Aber hinsichtlich der katholischen Kirche ist es umso beschämender, wenn sie etwa daran denken, welchem Engländer es wohl in Indien einfallen würde, sich zur Kirche der Eingeborenen zu bekennen. Wir nennen uns Herrenmenschen, wollen ein Land einrichten und laufen hinter den Kalbschlägern genauso krummbucklig hinterdrein wie die Polacken.

Das wollte ich sagen, wenn ich mich dagegen immer wieder verwahre, daß mit einem Atemzug auch, sagen wir, die geistige Bildung bei uns gewissermaßen als eine Gefahr angesehen wird. Wer z.B. die Universitäten und die großen deutschen Philosophen bekämpft, der kann nicht gleichzeitig sagen, daß er die Kirche auch bekämpfe. Wir Deutsche haben im Laufe der Jahrhunderte ein großes Denksystem entwickelt, das wichtiger ist als alles andere, weil es im Gegensatz zur Kirche steht. Diese Denksysteme unserer größten deutschen Philosophen beweisen zur Evidenz, daß das, was da drüben gemacht wird, Zauber und Spuk ist, gegen den sich auch die Partei mit allen Mitteln wenden muß. Ich habe die Gesellschaft der Wissenschaft des Generalgouvernements gegründet, um einen Ansatzpunkt für eine neue geistige Ausrichtung zu schaffen, aus der sich der deutsche Mensch unabhängig von der Kirche und von kirchlichen Dingen als Nationalsozialist seine eigene Welt

11.2.1944

aufbauen kann. Sie wissen ja auch, daß ich diese Bestrebungen als Verbindungsmann tätig betreibe.

Mein Wunsch ist, daß wir hier die größten Sternwarten aufbauen, daß eine Art germanischen Weltbildes entsteht und daß aus der Betrachtung der Unendlichkeiten des Weltalls und den herrlichen Geheimnissen dieses Weltenvorganges, in dem auch unsere Erde als Planet nur ein kleines Stäubchen ist, - daß aus diesem Fundament das werden kann, was vielleicht so aussieht wie eine Volksreligion. Vor diesen gigantischen Weiten schrumpft dann selbst so ein Kerzenpapst in Nichts zusammen. Deshalb habe ich versucht, die Sternwarten hier aufzubauen und damit ein Weltbild einzurichten. Aber leider Gottes gehen die Dinge immer schief, man erwischt immer wieder die falschen Menschen. Es ist ein entsetzliches Elend, daß man so etwas immer wieder selber machen muß.

Es kommt jetzt darauf an, daß Sie aus dem, was ich Ihnen in einigen kritischen Worten sagte, das Gefühl mit hinausnehmen, daß die Partei im Generalgouvernement eine ungeheure Bedeutung hat und eine ungeheure Wichtigkeit aktuellster Art besitzt. Mein Ziel wäre etwa, eine Parteiversammlung jetzt in Brody oder unmittelbar drüben irgendwo ganz an unserer Grenze in Hrubieschow abzuhalten. Sozusagen angesichts des sowjetrussischen Feindes soll die Partei in Erscheinung treten. Das wird mir durch Sie leicht gemacht; denn ich habe so viele brave, tapfere Parteigenossen und Parteigenossinnen in der Partei und in allen Ämtern des Generalgouvernements, daß ich Euch allen nur danken kann.
(Anhaltender lebhafter Beifall)

Schulungsleiter Holweger schließt die Veranstaltung mit dem Führergruß.

11.2.1944

- 12⁵⁵ Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.
- 13¹⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit des
Staatssekretärs Boepple, des Präsidenten Ohlenbusch
und des Referenten Kormann sowie Stadthauptmanns
Dr. Höller-Lemberg den neuernannten Intendanten Hansen
und den neuernannten Musikdirektor Margraf des Lember-
ger deutschen Theaters.
- 15⁵⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.
- 19²⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach
Posen.

Sonnabend, den 12. Februar 1944

- 2¹¹ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf dem Hauptbahnhof Posen.
- 9⁰⁰ Meldung des SS-Standartenführers Rabenaar, der auf Veranlassung des SS-Obergruppenführers Koppe dem Herrn Generalgouverneur den Tag über zur Verfügung steht.
- 12⁰⁰ Besuch des Herrn Generalgouverneurs bei Gauleiter und Reichsstatthalter Greiser.
Der Herr Generalgouverneur besichtigt unter Führung des Gauleiters Greiser in nahezu einstündigem Rundgang die Neubauten des Posener Schlosses.
- 13⁰⁰ M i t t a g e s s e n des Herrn Generalgouverneurs mit SS-Standartenführer Rabenaar, Ministerialrat Dr. Weh und SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth im Hotel Ostland. - Anschließend Rückfahrt zum Salonwagen.
- 17⁰⁰ Besuch des Herrn Generalgouverneurs bei SS-Obergruppenführer Koppe und dessen Familie.
- 19⁰⁰ Rückfahrt zum Salonwagen.
- 19²⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Sonderzug des Reichsministers des Inneren Reichsführer-SS Himmler in Begleitung von SS-Obergruppenführer Koppe, Ministerialrat Dr. Weh und SS-Hauptsturmführer Pfaffenfoth.

12.2.1944

19³⁰ Unterredung des Herrn Generalgouverneurs mit Reichsführer-SS Himmler in Anwesenheit des SS-Obergruppenführers Koppe.

21⁰⁰ Über den Inhalt und den Verlauf der Unterredung gibt der Herr Generalgouverneur nachstehenden Bericht:

Ich traf in Begleitung des SS-Obergruppenführers Koppe, des Ministerialrats Dr. Weh und des SS-Hauptsturmführers Pfaffenroth um 19 Uhr 30 Minuten im Sonderzug des Reichsführers ein. Der Reichsführer nahm mich in herzlichster Weise auf.

Unmittelbar nach der Begrüßung trat der Reichsführer-SS Himmler mit mir und SS-Obergruppenführer Koppe in die Unterredung ein. Der Reichsführer fragte mich gleich zu Beginn, wie ich mit dem neuen Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Koppe zusammen arbeite. Ich gab meiner tiefen Befriedigung darüber Ausdruck, daß sowohl zwischen mir und SS-Obergruppenführer Koppe wie zwischen Staatssekretär Dr. Bühler und ihm ein selten schönes Verhältnis kameradschaftlicher Zusammenarbeit herrsche.

Ich veranlaßte daraufhin SS-Obergruppenführer Koppe, einen Bericht über die Lage im Generalgouvernement zu geben. Anhand der Lagekarte machte Obergruppenführer Koppe seine Ausführungen über die Situation, die sich heute militärisch und sicherheitsmäßig im Generalgouvernement ergibt.

Dann wurde eine eingehende Besprechung vorgenommen, in deren Verlauf folgende Punkte, die der Reichsführer sofort seinem Adjutanten diktierte, vereinbart wurden:

12.2.1944

1. der SS- und Polizeiführer im Distrikt Krakau, SS-Oberführer Scherner, wird mit sofortiger Wirkung abberufen,
2. der SS- und Polizeiführer im Distrikt Galizien, SS-Oberführer Thier, wird in den Distrikt Krakau versetzt,
3. zum SS- und Polizeiführer im Distrikt Galizien wird der bisherige Polizeipräsident von Danzig, SS-Oberführer Schön, berufen,
4. SS-Obergruppenführer Koppe wird ein eigener Chef der polizeilichen Grenzschutz- und Bandenkampforganisation beigegeben, dem sozusagen die unmittelbare Truppenführung der polizeilichen und SS-Verbände im Grenzgebiet des Generalgouvernements gegen Banden und sonstige Eindringlinge in Unterstellung unter SS-Obergruppenführer Koppe obliegen soll.

Für diesen Posten schlug der Reichsführer den Kommandeur des Flak-Regiments der Waffen-SS SS-Oberführer Burck-Prag vor, der sofort Order erhielt, sich nach Krakau zu begeben.

Im weiteren Verlauf der Unterredung traf ein Ferngespräch des Gouverneurs Dr. Wächter aus Lemberg ein, der mich und anschließend auch den Reichsführer bat, den Parteigenossen Thier in Lemberg zu belassen. Sowohl der Reichsführer wie ich waren uns mit Obergruppenführer Koppe darüber einig, daß Thier zwar ein hervorragend zu qualifizierender Mann, aber für die Härte der jetzigen galizischen Kampfaufgaben nicht restlos geeignet sei.

12.2.1944

Der Reichsführer nahm jedoch auf meinen Vorschlag die weitere Bitte des Gouverneurs Dr. Wachter, eines der beiden jetzt im Generalgouvernement eintreffenden ukrainischen SS-Regimenter in Lemberg auszuladen und zum Zwecke eines großen Propagandaumzuges durch die Stadt zu führen, gern auf.

Die an der Besprechung Beteiligten waren übereinstimmend der Meinung, daß angesichts der nunmehrigen Lage im Distrikt Galizien mit einem verstärkten Andrang ukrainischer Freiwilliger zu den Grenzschutztruppen der SS und Polizei zu rechnen wäre, dem unter allen Umständen Raum gegeben werden müsse. So sagte auch ich zu, alles zu tun, um die Freiwilligen-Werbung nachdrücklich zu fördern.

Der Reichsführer zeigte sich sehr befriedigt über die Errichtung der einzelnen Schutz- und Bollwerke, die SS-Obergruppenführer Koppe nun seit Monaten an den Grenzen des Generalgouvernements erstelle.

Im übrigen erklärte er, meine Besprechung mit dem Führer habe geradezu sensationell gewirkt, und der Führer habe die Belange der Verwaltungsführung des Generalgouvernements der Wehrmacht gegenüber aufs schärfste vertreten. Der Führer habe es erst vor zwei Tagen auf das entschiedenste abgelehnt, die Verwaltung auch nur eines Teiles des Gebietes der Wehrmacht zu übertragen. Der Führer habe in leidenschaftlicher Überzeugung auf den Tisch geklopft und gesagt, das könnte ihm gerade einfallen, solchen Dilettanten diese so musterhaft aufgebaute Verwaltung des Generalgouvernements in einem so ernsten Zeitpunkt auszuliefern; die Generale sollten Krieg führen, aber nicht verwalten.

12.2.1944

Im weiteren Verlauf der Besprechung bat ich den Reichsführer, nunmehr entsprechend dem neuen Kurs, den ich nach der vom Führer genehmigten Rede vor der Auslandspresse den Polen gegenüber durchzuführen gedächte, auch polizeilicherseits zu unterstützen. Der Reichsführer sagte dies zu und erklärte sich insbesondere bereit, dafür zu sorgen, daß auch im Reichsgebiet die für die Polen besonders diffamierenden Verlautbarungen (z.B. "Juden und Polen") wegfallen sollten.

Im übrigen bat mich der Reichsführer, ihm doch unmittelbar über solche Vorfälle zu berichten; denn er lege größtes Gewicht darauf, auf dem Laufenden zu bleiben. Er wisse nunmehr genau, welches ungeheure Gewicht auf dem Generalgouvernement liege. Er werde dafür sorgen, daß keines-falls mehr Polizeikräfte aus dem Generalgouvernement abgezogen würden, wolle im Gegenteil alles tun, dem Generalgouvernement noch mehr zu helfen.

Unter Darlegung der Währungssituation des Generalgouvernements, die SS-Obergruppenführer Koppe unterstrich, wurde die Möglichkeit besprochen, ob nicht die beweglichen Gegenstände des Judenvermögens jetzt sofort dem Generalgouvernement zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Reichsführer erklärte sich dazu bereit, das bewegliche jüdische Vermögen dem Generalgouvernement sofort zur Verwertung zu übergeben. Anfallende Barbeträge sollten auf ein Sperrkonto eingezahlt werden, das später für Siedlungszwecke Verwendung finden solle. Der Reichsführer erließ sofort eine schriftliche Verfügung an das SS-Hauptamt, nach welcher alle im Generalgouvernement vorhandenen beschlagnahmten Juden-Gegenstände dem Generalgouvernement herauszugeben seien.

12.2.1944

Ich hatte dann noch eine Aussprache unter vier Augen mit dem Reichsführer. Er berichtete mir, daß der Führer ganz besonders glücklich darüber sei, daß sich nun zwischen mir und dem Reichsführer ein so herzliches Verhältnis herausgebildet habe. Wortwörtlich sagte mir der Reichsführer: "Damit haben wir beide dem Führer eine große Freude bereitet".

Ich kam noch kurz auf die Frage der Dienstwohnung des SS-Obergruppenführers Koppe auf der Burg zu Krakau zu sprechen und sagte, es sei nicht tragbar, daß dem Obergruppenführer Koppe die ihm zustehende Wohnung nicht offenstehe; ich hielt es für dringend nötig, daß eine Änderung etwa in der Form eintrete, daß der Familie Krüger eine entsprechende Wohnung anderswo in Krakau zur Verfügung gestellt würde und dann spätestens in einigen Wochen SS-Obergruppenführer Koppe mit seiner Familie endgültig in seine Dienstwohnung auf der Burg einziehen könne. Der Reichsführer sah dies ein, meinte aber, es sei für ihn sehr schwer, in dieser etwas peinlichen Situation sofort etwas zu unternehmen. Er glaube jedoch, daß es wohl möglich sei, bis spätestens in zwei Monaten die Angelegenheit zu bereinigen. Ich erbot mich daraufhin, dem Reichsführer vertraulich die in Aussicht genommenen Wohnungsobjekte mitzuteilen, worauf der Reichsführer erklärte, er werde die Sache dann weiter in die Hand nehmen; denn SS-Obergruppenführer Koppe müsse zu seiner Dienstwohnung kommen.

21⁰⁰

Auf Einladung des Reichsführers begab ich mich sodann mit meiner Begleitung - Obergruppenführer Koppe verabschiedete sich, um noch kurz seine Familie aufzusuchen, - zu dem Abendessen, das der Reichsführer den zu der Posener Tagung versammelten Oberbürgermeistern des Großdeutschen Reiches in der "Goldenen Ähre" gab.

7

12.2.1944

Im Verlaufe dieses Abends hatte ich noch verschiedentlich Gelegenheit, mich mit dem Reichsführer, mit Staatssekretär Dr. Klopfer, SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner, Reichsleiter Fiehler und Staatssekretär Stuckart zu unterhalten. Staatssekretär Dr. Klopfer berichtete mir von dem gewaltigen Eindruck, den die Unterredung des Führers mit mir gemacht habe, über die er im wesentlichen durch die Lektüre der von Reichsleiter Bormann verfaßten Niederschrift erfahren habe. Er freue sich, daß alle Angelegenheiten nunmehr bereinigt seien und meine Politik endlich ihre Anerkennung gefunden habe. Er werde alles tun, um auch von seiner Seite aus dem Generalgouvernement zu helfen, wie er nur könne.]

Besonders interessant war mir die Bemerkung des Staatssekretärs Dr. Klopfer, beim Führer habe es geradezu Aufsehen erregt, daß nach meinem Bericht der Distrikt Galizien über 500 000 to Getreide geerntet habe, während in Wolhynien nur etwa 10 % dieser Ernte hereingebracht werden konnten. - Reichsleiter Bormann habe die ihm vom Führer in der Besprechung gegebenen Aufträge bereits weiter bearbeitet. So sei insbesondere schon an Staatsminister Meißner der Auftrag weitergeleitet worden, die Urkunde betr. die Berufung des Intendanten Stampe zum Generalintendanten auszurichten. Im übrigen sagte mir Staatssekretär Dr. Klopfer, daß er sich auf seinen Besuch im Generalgouvernement schon sehr freue.

Mit SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner besprach ich die Ergebnisse der heutigen Unterredung im Hinblick auf die allgemeine Polenpolitik. SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner sagte mir, er habe gerade gestern ein Fernschreiben des SS-Oberführers Bierkamp erhalten,

12.2.1944

in dem dieser schon anfrage, wie er, Kaltenbrunner, sich zur neuen Polenpolitik einstelle. Ich verwies SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner auf die Rede, die ich im Auftrage des Führers vor der Auslandspresse gehalten hatte, und konnte ihm gleich berichten, daß der Reichsführer den neuen Kurs vollinhaltlich billige. Ich bat ihn, in diesem Sinne Weisungen an SS-Oberführer Bierkamp zu geben und zu betonen, daß er sich nunmehr grundsätzlich meiner Richtung anschliesse. SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner sagte dies gern zu und bat mich, ich möchte auch meinerseits eine entsprechende Weisung an SS-Obergruppenführer Koppe ergehen lassen; denn er habe den Eindruck, daß SS-Obergruppenführer Koppe im Hinblick auf Strafsanktionen manchmal mehr verlange, als die Sicherheitspolizei beantrage. Auch bezüglich der Behandlung der Polen im Reich werde er sich gern bemühen dem neuen Kurs Rechnung zu tragen.

Staatssekretär Stuckart fragte mich, ob ich etwas dagegen hätte, wenn der Reichsführer bei der Trauerfeier für den so tragisch ums Leben gekommene Vizegouverneur Bauer durch Gouverneur Dr. Wächter einen Kranz niederlegen lassen möchte. Ich dankte ihm sehr für diese Anteilnahme des Reichsführers und sagte ihm zu, daß auch ich eine entsprechende Weisung an Gouverneur Dr. Wächter ergehen lassen werde.

Im übrigen erklärte Staatssekretär Stuckart, daß die Gegenzeichnungen für die Ernennungsurkunde des Staatssekretärs Dr. Bühler bereits auf einer zweiten Urkunde - die erste Urkunde sei bei einem Bombenangriff vernichtet worden - vorlägen und nunmehr alles vorbereitet sei, damit die Ernennung wirksam werde. Er werde nochmals unmittelbar bei Staatsminister Meißner anrufen, ob die Urkunde schon dem Führer vorliege.

12.2.1944

Mit Reichsstatthalter Greiser, der mich schon mittags sehr freundlich im Schloß zu Posen empfangen hatte, vereinbarte ich eine amtliche Reise der prominenten Persönlichkeiten des Generalgouvernements nach Posen im letzten Drittel des Monats März.

Nach herzlicher Verabschiedung von Reichsführer SS Himmler, Gauleiter Greiser und den anderen Herren begab ich mich in den Sonderwagen zurück.

Sonntag, den 13. Februar 1944

- 1⁰⁰ Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs und seiner
Begleitung zum Salonwagen, in den später auch SS-Ober-
gruppenführer Koppe zusteigt.
- 4²⁹ Abfahrt vom Hauptbahnhof Posen.
- 12²⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.
Anschließend Fahrt nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

Montag, den 14. Februar 1944

- 10⁰⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
- 10⁴⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.
- 11¹⁰ Besprechung mit Präsident Bauder und Hauptmann Seeländer in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich gegen den von Dr. Simon verfassten Artikel über die Errichtung eines Bauausschusses im Generalgouvernement auf Weisung des Reichsministers Speer im Wirtschaftsteil der Krakauer Zeitung vom 12. Febr. In einem Augenblick, da der Feind vierzig Kilometer vor der Grenze des Generalgouvernements stehe, müsse unbedingt die deutsche Autorität im Generalgouvernement in der Hand des Generalgouverneurs geschlossen in Erscheinung treten. Intern könne selbstverständlich die Arbeit der Dienststellen entsprechend den Reichszusammenhängen vor sich gehen, aber nach aussen müsse die absolute Geschlossenheit der Führung des Generalgouvernements in Erscheinung treten. Das Führungsorgan des Reiches im Generalgouvernement sei der Generalgouverneur und seine Regierung.

Präsident Bauder erklärt, dass er von diesem Aufsatz nicht in Kenntnis gesetzt worden sei, sonst hätte er die Veröffentlichung in dieser

2

14.2.1944

Form verhindert.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, dass mit Reichsminister Speer vereinbart sei, dass im Generalgouvernement nichts passieren dürfe, was das geschlossene Gefüge des Generalgouvernements behindere; scheinbar handele es sich hier um ein voreiliges Vorpreschen der hiesigen Dienststelle des Reichsministers. Er werde sich den Verfasser Dr. Simon kommen lassen und ihm die Stellung des Generalgouvernements darlegen.

Der Herr Generalgouverneur betont, dass es im jetzigen Augenblick auf die gleiche Richtung der Bemühungen des Reiches und des Generalgouvernements, nämlich die Richtung auf den Sieg ankomme. Das Generalgouvernement halte diese Richtung in der ihm eigenen Form. Einrichtungen des Reiches aber könnten nach Lage der Dinge nicht einfach auf das Generalgouvernement übertragen werden. Präsident Bauder möge die Veröffentlichung eines korrigierenden Aufsatzes an gleicher Stelle veranlassen.

12¹⁵ Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Pressechef Gassner und Reichshauptamtsleiter Dr. Dressler.

Der Herr Generalgouverneur setzt eine Besprechung mit den interessierten Persönlichkeiten über die Gründung einer polnischen antibolschewistischen Liga für die nächsten Tage fest und ersucht Präsident Ohlenbusch um beschleunigten Abschluss der hierzu erforderlichen Vorarbeiten.

Pressechef Gassner weist dann darauf hin, dass ihn der Artikel Dr. Simons über die Errichtung eines Bauausschusses im Generalgouvernement auf Weisung des Reichsministers Speer von der Krakauer Zeitung vor seiner Veröffentlichung nicht vorgelegt worden sei.

14.2.1944

Der Herr Generalgouverneur wendet sich gegen diese Eigenmächtigkeit der Krakauer Zeitung und diktiert an den Verlagsleiter Stroszyk einen Brief, in dem er gegen das eigenmächtige Vorgehen der Krakauer Zeitung Stellung nimmt und eine Untersuchung fordert, ob den Wirtschaftsschriftleiter Krafft in dieser Sache ein Verschulden trifft. Sollte ein solches Verschulden vorliegen, müsse er auf der Entlassung des Schriftleiters Krafft bestehen. Es gehe nicht an, dass die Autorität seines Wirkens im Generalgouvernement in diesem ernsten Zeitpunkt durch Organe des Generalgouvernements gefährdet werde.

- 13²⁰ Besprechung mit dem Chef der Rüstungsinspektion im Generalgouvernement Generalleutnant Schindler in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler.
- 13³⁰ Besprechung mit SS-Brigadeführer Diehm in Anwesenheit des Staatssekretärs Koppe und des Staatssekretärs Dr. Bühler.
- 13⁴⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Chef der Luftflotte IV General der Flieger DeBloch und dessen Begleiter Generalstabsintendant Dr. Berndt und Oberst Roehre in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe sowie des Verbindungsoffiziers der Luftwaffe Oberstleutnant von Dazur.
- 14¹⁰ Essen zu Ehren des Generals der Flieger DeBloch.
- 16⁰⁰ Besprechung mit Staatssekretär Koppe über die Sicherheitslage.

14.2.1944

¹⁵
16 Besprechung mit Dr. Dresler.

⁰⁰
19 Besuch der Aufführung von Goethes "Faust" im
Staatstheater.

Anschliessend Empfang im Staatskasino.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der
Burg).

Dienstag, den 15. Februar 1944

10⁴⁰ Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

10⁴⁵ Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl
und SA-Oberführer Pelz.

Gegenstand der Besprechung ist das bevorstehende Einrücken des SA-Oberführer Pelz zur Wehrmacht. Sein Nachfolger als Leiter des SA-Führungsstabes im Generalgouvernement soll Ende März in der Person des SA-Brigadeführer Kühnemund in Krakau eintreffen.

10⁵⁵ Besprechung mit Medizinalrat Dr. Schultze-Heubach.

11⁰⁰ Besprechung mit Dr. Dresler-Berlin.

11³⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt General Haenicke, Generalmajor Haseloff und Oberstleutnant Roehrig und seine beiden Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe.

General Haenicke gibt anhand der Karte einen Überblick über die militärische Lage.

12⁴⁰ Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

13⁰⁵ Besprechung mit dem Chef der Kanzlei Dr. Meidinger und Architekt von Palésieux über die Einrichtung von Gästewohnungen auf der Burg.

13¹⁰ Besprechung mit Lagerverwalterin Lanzinger, in Anwesenheit des Chefs der Kanzlei Dr. Meidinger und des Referenten von Palésieux.

15¹⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Mittwoch, den 16. Februar 1944

9⁵⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10¹⁵ Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe einer

1. Arbeitseinsatzstraiverordnung,
2. Agrarleistungsverordnung,
3. Verordnung über Kosten des Rechtsmittelverfahrens in Steuersachen,
4. Verordnung über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken, und über die Einführung eines Schiffsregisters im Generalgouvernement,
5. Verordnung über die Zahlbehandlung der deutschen Jugendlichen im Generalgouvernement und
6. Verordnung über die Vereinheitlichung des Krankentransportes im Generalgouvernement

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

10³⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Obergruppenführer Koppe über die Sicherheitslage.

10⁴⁵ Der Herr Generalgouverneur überreicht verdienten Persönlichkeiten des Generalgouvernements im Namen des Führers das Kriegsverdienstkreuz I. Kl. ohne Schwerter im Kanonensaal der Burg und hält dabei folgende Ansprache:

Meine Herren!

Ich habe Ihnen im Auftrage des Führers einige Auszeichnungen des Kriegsverdienstkreuzes I. Kl. zu überreichen. Ich möchte diesen Anlass benutzen,

16.2.1944

um Ihnen im Namen des Führers und des Reiches dafür zu danken, dass Sie sich so tapfer, so fachlich und charakterlich hervorragend im Dienste des Aufbaues des Generalgouvernements bewährt und eingesetzt haben. Indem ich den Herren die Auszeichnungen überreiche, danke ich ihnen für ihren Einsatz.

11⁰⁰ Regierungssitzung im Königssaal der Burg.

(Protokoll siehe Beiakten).

13⁵⁰ Gemeinsames Eintopfessen.

15⁰⁰ Hauptabteilungsleitersitzung im Königssaal.

(Protokoll siehe Beiakten).

19¹⁵ Besuch des Herrn Generalgouverneurs beim Befehlshaber des Wehrkreises Generalgouvernement General der Infanterie Haenicke.

Anschliessend Beisammensein des Herrn Generalgouverneurs mit den Staatssekretären und Gouverneuren im Regierungsheim.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Donnerstag, den 17. Februar 1944

10¹⁵ Besprechung mit dem Kreishauptmann des Kreises-Krakau-Land Schaar und Direktor Mosch-Kressendorf.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Kreishauptmann Schaar, sich wegen eines umstrittenen Grenzstreifens in Kressendorf mit dem Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung in Verbindung zu setzen, damit in Verhandlungen mit Oberschlesien die Angelegenheit bereinigt werden könne.

10³⁰ Stadthauptmann Krämer und vier führende Persönlichkeiten der Stadtverwaltung überreichen dem Herrn Generalgouverneur den Gesamteinsatzplan des örtlichen Luftschutzleiters der Hauptstadt Krakau.

Stadthauptmann Krämer berichtet dazu, dass die Arbeit zu 80% abgeschlossen sei und die restlichen 20% in den nächsten Wochen fertig würden. Alle Erfahrungen, die man bei den Luftangriffen auf die Städte des Reiches habe sammeln können, seien im Luftschutzplan der Hauptstadt Krakau verwertet worden.

Der Herr Generalgouverneur spricht für die geleistete vorbildliche Arbeit seinen Dank und seine Anerkennung aus. Er regt bei dieser Gelegenheit an, in Zukunft Krakau als Hauptstadt zu bezeichnen.

17.2.1944

11⁰⁰

Feierliche Verabschiedung des bisherigen stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP, Hauptabschnittsleiter Stahl (V.i.A.) und Amtseinführung von Oberdienstleiter Tiessler als stellvertretender Leiter durch den Herrn Generalgouverneur im Hause der NSDAP.

Der Herr Generalgouverneur hält dabei folgende Rede:]

Meine Parteigenossinnen und Parteigenossen! Der Arbeitsbereich Generalgouvernement der ^{national}sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei begeht heute eine besonders wichtige Stunde. Es obliegt mir als dem Hoheitsträger dieses Raumes, im Namen des Führers eine Ablösung in der Position meines Stellvertreters in der Leitung des Arbeitsbereiches vorzunehmen.

Wie Sie alle wissen, habe ich damals den Arbeitsbereich zusammen mit dem Parteigenossen Schalk aufgebaut. Er hat sich in der ersten Zeit wie auch in der ersten Entwicklungsperiode in diesem Raum ganz ausserordentliche Verdienste erworben; er war derjenige, der mit der ganzen nüchternen und sachlichen Haltung des alten erfahrenen Parteikämpfers die Schwierigkeiten des Raumes in jedem Hinblick verstand, und der, entsprechend seinem Alter und seiner inneren Einstellung dem Rufe des Vaterlandes folgend, nun bereits seit zwei Jahren im Kriegsdienst unseres Vaterlandes steht. Er hat sich während dieser Zeit soldatisch hervorragend bewährt, wurde einige Male verwundet und befindet sich jetzt kurz vor seiner Beförderung zum Leutnant. Pg. Schalk hat in Anerkennung seiner Verdienste um den Arbeits-

3

17.2.1944

bereich von Reichsleiter Bormann eine hervorragende Stellung als hochstehender Vertreter des Gauleiters des Gaues Hessen-Nassau in Kassel erhalten und hat diesen Ruf angenommen. Er wird schon in den nächsten Tagen in Krakau eintreffen, und wir werden Gelegenheit haben, ihn in feierlicher Form aus seiner bisherigen Funktion als stellvertretender Leiter des Arbeitsbereiches zu verabschieden.

Als der hochverdiente Pg. Schalk damals zur Wehrmacht ging, habe ich die Stellvertretung der Leitung des Arbeitsbereiches Pg. Stahl anvertraut. Seit dem 1. Dezember 1941 - nunmehr 2 Jahre und 3 Monate - haben Sie, Pg. Stahl, in hervorragender Weise sämtliche Erwartungen erfüllt, die ich persönlich oder die Mitarbeiter des Arbeitsbereiches an den Träger der Stellvertretung der Leitung des Arbeitsbereiches stellen konnten. Sie haben sich in unermüdlichem Energieeinsatz, in tadelloser charakterlicher und parteigenössischer Haltung mit einem klaren Leben innerhalb und ausserhalb des Dienstes um das Parteileben im Generalgouvernement ganz hervorragend verdient gemacht.

Da die Gründung des Arbeitsbereiches erst wenige Monate zurücklag, als Sie die Stellvertretung in der Leitung des Arbeitsbereiches übernahmen, kann ich mit Fug und Recht sagen, dass die Gesamtentwicklung des Arbeitsbereiches seit dem 1. Dezember 1941 von Ihnen in einem geradezu grossartigen persönlichen und sachlichen Einsatz durchgeführt wurde. Sie waren mir in dieser über zwei Jahre währenden unausgesetzten Einsatzbereitschaft und durchglühten Aktivität einer der wichtigsten Mitarbeiter der Partei in diesem Raum und vor allem auch im ganzen Generalgouvernement geworden.

17.2.1944

Es ist Ihnen geglückt, die grossen Schwierigkeiten dieses Raumes im Parteisektor zu bewältigen und das Gesamtverhältnis der Parteiorganisation zu den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden raumentsprechend und die Raumbedürfnisse speziell erfüllend in Ordnung zu bringen. In Ihre Zeit fallen die grandiosen Manifestationen des Bewegungslebens in diesem Raum, und durch Sie wurde hier eine Fülle von Parteeinrichtungen ins Leben gerufen, deren lebendige Wirksamkeit sich von Tag zu Tag mehr offenbart.

Sie haben sich, lieber Parteigenosse Stahl, in der Geschichte des deutschen Ostens eine bedeutende und unvergängliche Stellung geschaffen. Ich habe mich daher in meiner Eigenschaft als Präsident des Instituts für deutsche Ostarbeit entschlossen, Sie zu ersuchen, den Rang eines Ehrenmitgliedes des Instituts anzunehmen. Sie mögen in dieser Ernennung die Anerkennung erblicken, die ich Ihnen persönlich und Ihrem Wirken in diesem Raum zuteil werden lasse. Ich frage Sie, lieber Parteigenosse Stahl, ob Sie mit Rücksicht auf die grosse Arbeit, die Sie hier geleistet haben, uns auch fernerhin als Parteiredner und als tätiger Mitgestalter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP sich zur Verfügung stellen wollen ?

An mich ist nun die grosse Frage herangetreten, einen Nachfolger für Parteigenossen Stahl, dessen innere Neigung ebenso zum Militärdienst drängt, wie die allgemeine Notwendigkeit, dass gerade die führenden Persönlichkeiten der Partei sich dem Dienst mit der Waffe für das Vaterland verschreiben, und auch für Parteigenossen Stahl zu finden. Reichsleiter Bormann, mit dem ich aus diesem Anlass in München eingehende Besprechungen pflog, - Besprechungen, die sich unlängst im Führerhauptquartier fortgesetzt und, ich kann wohl sagen, vollendet haben, - bei denen

17.2.1944

die Gesamtproblematik der Bewegung dieses Raumes eingehend erörtert wurde, schlug - wie er sich ausdrückte - einen der besten Männer vor, über die er verfügt, den hier anwesenden Oberdienstleiter PG Tiesler.

Pg. Tiesler, sind Sie bereit, die stellvertretende Leitung des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP anzunehmen? -- Dann möchte ich Sie in unser aller Namen auf das herzlichste begrüßen und Ihnen feierlich diese Position übertragen. Ich bitte Sie, sich darüber klar zu sein, dass das von Ihnen zu übernehmende Amt ausserordentlich schwierig ist. Sowohl Reichsleiter Bormann als auch ich sind der Überzeugung, dass das Parteilieben in diesem Raum genau so vorbildlich zu sein hat, wie das Leben im staatlichen Sektor. Sie werden in eine Position gestellt, auf die die gesamte Bewegung im Reich schaut. Gerade in diesem Augenblick kommt es darauf an, dass die Bewegung stärker, entschlossener, härter und sieggläubiger denn je wirkt. Meine und aller Anwesenden Wünsche begleiten Sie in dieses neue Amt, und unser ganzer Glaube strebt Ihnen auf's herzlichste entgegen.

Nachdem ich nun die formale Handlung durchgeführt habe, möchte ich den Anlass benutzen, um Ihnen, meine Parteigenossinnen und Parteigenossen, einiges zu sagen, was mir die allgemeine Situation gerade eingibt. Die Situation, in der sich heute das Generalgouvernement befindet, ist wesentlich anders als die, die wir noch vor einem Jahr hatten. Wenn vor einem Jahr, die Front gegen die Sowjetunion noch 1400 km von der Ostgrenze des Generalgouvernements entfernt war, so ist sie durch die tragisch-ernsten Ereignisse der letzten Wochen bei Dubno bis auf fast 50 km an die Grenze des Generalgouvernements herangekommen.

17.2.1944

Daraus entsteht für uns eine Fülle wichtigster Probleme, mit denen die Führung des Generalgouvernements fertig zu werden hat. Es ist ganz selbstverständlich, dass in diesem Augenblick gerade die Parteigenossenschaft dieses Raumes mit entschiedenster Festigkeit und eiskalter Ruhehaltung die Position des Deutschtums des Generalgouvernements ebenso wie die Positionen der deutschen Wirtschaft dieses Raumes, der deutschen Ernährung dieses Raumes, der deutschen Rüstung dieses Raumes, des gesamten Rückhaltes der kämpfenden Ostfront in diesem Raum mit besonderer Leidenschaft zu pflegen hat.

Im grossen und ganzen gibt es heute in Deutschland nur noch zwei Berufe; der eine Beruf ist der des Soldaten an der Front und der andere Beruf ist der, der das, was der Soldat an der Front braucht, in der Heimat schmiedet und vorbereitet. Alles andere tritt demgegenüber völlig zurück und wird überhaupt nur noch gewertet, inwieweit es dem ersten oder dem zweiten direkt oder indirekt dient. Heute ist kein Platz mehr für irgendetwas, das sich von dieser eiskalten Notwendigkeit ausschalten kann: wer nicht an der Front mit der Waffe kämpft, hat eine Position einzunehmen, mit der er dem mit der Waffe Kämpfenden dient.

Das Generalgouvernement ist nunmehr in einer Weise in den Mittelpunkt der Ereignisse getreten, wie wir das im Jahre 1939 auch nicht im entferntesten hätten erwarten können. Dass heute das Generalgouvernement die im Lande stehenden Truppen vollständig ernährt, dass der gesamte Nachschub für die Südfront und eine Fülle von Nachschubmaterial aus dem Lande an die Ostfront gehen, dass wir in diesem Raum eine Rüstungsindustrie aufgebaut haben, die immer stärker in Erscheinung tritt und die z.B. die neue Panzergranate herstellt, die für die U-Boote arbeitet u.a.m., - das alles soll Ihnen, meine Parteigenossinnen

17.2.1944

und Parteigenossen, zeigen, welche ungeheure Bedeutung das Generalgouvernement heute für den Kampf des Reiches besitzt.

Als ich vor wenigen Tagen das grosse Glück hatte, vom Führer zu einer stundenlangen Besprechung unserer Situation empfangen zu werden, da war es für mich und damit auch für Euch, meine Parteigenossen, das grösste Glück meines Lebens, vom Führer für diesen Aufbau Worte der Anerkennung zu erhalten, wie sie mir noch nie zu teil wurden. Der Führer erklärte, dass das Werk, das wir geleistet haben, ein wahres Wunderwerk sei. Er sagte zu mir, " Sie haben ein Chaos übernommen und haben es verstanden, in vier Jahren die Bastion des Reiches im Osten aufzubauen. Es war für mich einer der schönsten und ergreifendsten Augenblicke meines Lebens, als der Führer mit mir in viele Stunden dauernden Erörterungen Punkt um Punkt dieses Raumes durchsprach und dabei immer wieder in zu Herzen dringenden Worten betonte, wie sehr uns allen er dankbar ist für das, was wir hier für ihn getan haben. In besonders schönen Worten gedachte er auch unserer Parteiarbeit, und als er unsere Broschüre, die wir zum letzten Parteitag herausgebracht haben, durchblätterte und sich die einzelnen Bilder besah, meinte er, dass es doch schön sei, dass wir auf dem Burghof unsere Kundgebungen veranstalten können; es wäre ja wie auf dem Parteitag in Nürnberg.

Sie mögen daraus entnehmen, meine Parteigenossinnen und Parteigenossen, wie gerade in diesem Augenblick der Führer mit seiner ganzen gläubigen Haltung auf uns schaut.

17.2.1944

Dieses auf uns Schauen drückt sich vor allem auch darin aus, dass der Führer mir erklärte, er werde alles tun, um zu vermeiden, dass das Generalgouvernement irgendwie Kriegsschauplatz wird. Zu diesem Zweck sind auch schon viele Massnahmen des Generalgouvernement betreffend vom Führer angeordnet worden, und ich kann in diesem Kreis verraten, dass es angesichts der ungeheuren Bedeutung des Generalgouvernements und unserer Arbeit für das Reich schon in den nächsten Tagen zu gewaltigen Demonstrationen der Verteidigungsabsicht des Reiches für diesen Raum kommen wird.

└ Mit meiner Unterredung mit dem Führer ist auch eines der grauenhaftesten Kapitel der Entwicklung dieses Raumes positiv abgeschlossen worden. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang jener jahrelangen Hetzwelle gedenken, die gegen mich persönlich und gegen unser aller Arbeit von hämischen Neidlingen unausgesetzt vorgebracht und systematisch gepflegt wurde. Eine Zeit lang war es Mode, dass man das Generalgouvernement als Gängstergau bezeichnete, dass man uns Korruptionisten nannte, dass man keinen noch so schmutzigen Vorwurf ablehnte, um uns zu treffen. Ich habe diese Schmutzflut ertragen, weil ich wusste, dass einmal die Stunde kommen würde, in der der Führer mir und meiner Arbeit würde Gerechtigkeit zuteil werden lassen. Ich stehe nicht an, zu erklären, dass ich auch wusste, dass der Führer diese Schmutzflut schliesslich erkennen würde. Diesen Glauben trug ich sieghaft als Stärke in mir, als man nicht einmal davor zurückschreckte, meine persönliche Ehre in Mitleidenschaft zu ziehen. Diese Typen haben uns im Laufe der letzten Monate mehr und mehr verlassen, und seien Sie überzeugt, dass ich nicht ruhen werde, bis auch die

9

Letzten diesen Raum verlassen haben, die sich in dieser schwarzen Flut bewegt haben.

Heute sind das Feld und das Schild klar; heute ist das durchgestanden, was man im Leben immer durchstehen muß, wenn man etwas Großes aufbaut. Als der Führer die Rede nach genauer Durchstudierung zurückgab, die ich tags darauf vor der Auslandspresse in seinem Auftrag hielt, sagte er, welch' ein Glück, daß diese Rede gehalten werden kann! So ernst und tief sieht der Führer die Richtigkeit unserer Aufbaupolitik in diesem Raum. Und Sie entsinnen sich, wie man vor keinem Mittel zurückschreckte, mich als Polenfreund zu verdächtigen. Es gab keinen Vorwurf, den nicht gewisse Zentralen des Reiches immer wieder gegen mich erhoben, da sie den Wahnsinn wollten, mitten im Krieg nationalistische oder nationale oder Siedlungsprobleme auszutragen, für die Zeit genug sein wird, wenn wir den Krieg gewonnen haben.

Es ghet jetzt nur darum, daß dieses Land einigermaßen in Frieden lebt und daß seine Millionen Menschen für Deutschland arbeiten, - sonst um gar nichts! Alles andere hat demgegenüber zurückzutreten gemäß der Formulierung, daß ich nur zwei Berufe anerkenne, den Beruf des Soldaten und den Beruf, der diesem Soldaten direkt oder indirekt die Waffen schmiedet. Es ist Luxus irgend etwas zu tun, was besser nach dem Sieg geschehen wird. Die Frage, wie dieser Raum einmal besiedelt wird, ist klar; so gescheit bin ich auch, daß ich weiß, daß hier nicht die Polen bleiben werden. Aber es ist Luxus, in diesem Augenblick Unruhe in die Situation dieses Raumes zu bringen, und solche Dinge mehr.

└ Alles hat nun der Führer bestätigt. Ich habe in meine Rede alles das aufgenommen, was mir in den letzten Jahren zum Vorwurf gemacht wurde: ich erinnere nur an die Philharmonie, an die Fachschulkurse in Lemberg, an die Probleme der Schule und der katholischen Kirche in diesem Raum; wie bin ich deswegen angefeindet worden.

17.2.1944

Jetzt schweigen unsere Gegner, weil der Führer selbst erklärt hat, daß unsere Politik die einzig richtige Politik ist. Sie können ermessen, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, daß ich stolz erhobenen Hauptes am Abend des 6. Februars den Führer verließ. Ich habe dabei an Euch alle gedacht und mir gesagt, daß auch Ihr Euch darüber freuen werdet, denn wir haben alle gemeinsam unter diesem Dunst und Nebel und unter diesen negativen Herabwürdigungen unserer Arbeit gelitten.

In diesem Augenblick, da die Kriegsgeschichte so ernste Ziffern schreibt, da wir als einziges nicht zerstörtes Gebiet Industrien aus dem Reich zu übernehmen haben, da wir Menschen aus dem Reich Unterkunft gewähren müssen, da wir in stärkstem Maße für die Ostfront arbeiten, Truppen übernehmen, Lazarette aufbauen, Verwundete aufnehmen, Bandenkämpfe zu führen haben, jegliche Sabotage verhindern müssen und da nur wenige tausend Mann Polizei eine Millionen-Bevölkerung zu befrieden haben, ist weniger denn je Anlaß, sich den Luxus persönlicher Auseinandersetzungen zu leisten. Die Partei hat in diesem Raum die große Aufgabe zu erfüllen, diese Bastion des Ostens, wie der Führer das Generalgouvernement nannte, mit allen in unseren Kräften stehenden Mitteln zu verteidigen. Der Marsch, den wir angetreten haben, wird nicht zum Stillstand gebracht. Wir sind im Osten wieder das geworden, was wir im Jahre 1939 waren: weiter im Osten ist zunächst und vorübergehend nichts mehr in unseren Händen; aber das wird wieder anders werden. Der Führer ist voll glühendem Glauben und von einer Siegeszuversicht und Stärke, vor allem auch erfreut er sich einer Gesundheit, die jedem von Euch Freude machen würde. Wie in seinen besten Tagen ist er frisch und lebendig und voll sicherem Wissen, daß wir diesen Krieg gewinnen werden. Die

11

17.2.1944

Hoffnungen, auf die er sich dabei stützt, sind evident und sind von uns oft genug erörtert worden. Der Führer weiß, daß wir die Ukraine wieder bekommen werden, und es dürfte Euch Freude machen, wenn ich Euch sage, daß mir der Führer angesichts der Leistungen des Generalgouvernements eine wesentliche Vergrößerung des Generalgouvernements im Osten zugesagt hat. Es ist klar, daß dann unsere Aufgaben wieder wachsen und sich steigern und daß daraus kommend diese Bastion des Ostens nicht nur für die Staatsgeschichte, die Wirtschafts-, Militär- und Kulturgeschichte des Reiches von Beachtung ist, sondern auch für die Partei.

Der Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP, nach demselben eindeutigen Führerprinzip wie der Staat aufgebaut, wird sich in den kommenden Monaten der Öffentlichkeit mit großen lebendigen Emanationen des nationalsozialistischen Geistes zeigen, und zwar nicht nur der deutschen Öffentlichkeit, sondern auch der polnischen. Ich darf Sie, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, bitten, dem Parteigenossen Tiessler als meinem Vertreter auf dem Parteisektor - in ihm haben wir einen hervorragenden Parteiorganisator, großen Propagandisten und erfahrenen Parteigenossen erhalten - alles Vertrauen zu schenken und dabei zu helfen, die sogenannte "Stimmung" so hoch wie nur möglich zu halten. Wir werden mehr denn je durch Kundgebungen, Aufmärsche und Durchmärsche versuchen, das nationalsozialistische Ideengut wach zu halten und damit die Fahne unseres Reiches mit Leidenschaft in diesem Raum fest zu verankern. Nur um den Nationalsozialismus geht dieser Krieg, - um nichts anderes! Er geht darum, ob dieser größte soziale Organisationsgedanke, der jemals aus dem Germanentum aufstieg, die nationalsozialistische Idee Adolf Hitlers sich gegenüber dem jüdischen Materialismus durchsetzen wird. Das ist das Problem dieses Krieges!

17.2.1944

Diese Gedanken immer wieder hochzuhalten wird um so schwieriger, je weniger Kräfte wir in der Partei zur Verfügung haben; je mehr junge Parteigenossen an die Front abgegeben werden müssen, desto intensiver müssen sich die vorhandenen Kräfte der Bewegung in persönlichem Einsatz betätigen.

Für Parteibürokratie habe ich jetzt weniger Sinn denn je, mir geht es jetzt hauptsächlich um den Parteikampf. Formaler Kram innerhalb des Parteilebens hat zurückzutreten hinter der unmittelbarsten Kontakthaltung der Partei dem Volk gegenüber in Kundgebungen, Aufrüttelungsaktionen, Betriebsversammlungen, Leistungssteigerungs- und Siegesgewißheits-Kundgebungen aller Art. Das ist jetzt die Aufgabe der Partei! Das Interne, das Parteiverwaltungsmäßige muß auf ein Minimum zurückgeschraubt werden. Das Entscheidende ist jetzt, Kontakt mit dem Volk zu halten. Dieser Kampf ist allen in der Partei, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden aufgegeben. Ich wünsche, Parteigenosse Tiessler, daß Sie entsprechend diesem Programm alle - mich nicht ausgenommen - in ein gigantisches Programm eines Parteiideen-Verkündungswerkes einschalten, und daß mir am Schluß des Jahres gemeldet wird, daß jeder von Euch sich in soundsovielen auch kleinsten Versammlungen und Aufmärschen vor dem Volk gezeigt und bewährt hat. Das ist mir viel lieber als interne listenmäßig registrierbare und formulierbare Entschliessungen und Entscheidungen, über die die Geschichte zur Tagesordnung übergehen wird. Diese Aufgabe muß uns jetzt alle erfüllen; es kommen die Soldaten von der Front zurück, es kommen die Verwundeten zurück, es kommen die Schreckensmeldungen aus dem Reich über zerstörte Städte, es tritt die Frage immer in den Vordergrund "warum dieser Krieg, warum dieses Elend, warum diese Not und warum diese Lasten" - und da muß die Partei aufstehen und muß erklären, "der Krieg ist

17.2.1944

notwendig, weil nur über ihn der Weg in die Freiheit geht, die Verluste müssen getragen werden, weil sie nichts dem gegenüber sind, was geschehen wäre, wenn das deutsche Volk dem Juden als Opfer in die Hände gefallen wäre; die Zerstörung unserer Städte kann überwunden werden, weil ein Volk nicht in den Städten sondern in seinem Geist lebt". Alles, was an Zittern und Zagen, Bangen und Trauern aus dieser Zeit aufsteigt, muß von der Partei als neuer Energiestrom eingefangen werden und das Segel unseres Schicksalschiffes füllen.

Für uns darf es jetzt keine kleinlichen Gedanken geben! Wehe uns, wenn wir in dieser größten Zeit unseres Volkes klein würden, wenn jemand nur sein eigenes erbärmliches Ich sehen würde! Wir sind alle nur Dreck und Staub aus dieser Zeit. Es lebt nur der Name Adolf Hitler. Wir sind in kurzer Zeit vergessen. Wenn wir diese Einsicht haben und sie pflegen, wenn wir uns ganz unserer ersten Aufgabe verschreiben, dann sind wir das, was vor 25 Jahren im Jahre 1919 von Adolf Hitler als erstem begonnen wurde. Ermessen Sie an diesem Ziel und an dieser Hingabe, diesem letzten Willen Ihre eigenen fortgesetzten Handel und Ihr Verhalten. Fragen Sie sich immer: ist das der großen Zeit würdig? Soll ich mit diesem oder jenem Kleinkram oder persönlichem Mist in dieser Zeit herumwandern, die nach den größten Zielen greift. Wenn Ihr nur stümperhaft Euren eigenen Dünkelkram verfolgt, seid Ihr auf dem falschen Weg. Euer Herz ist nicht rein, wenn Ihr nur nach dem Aussehen der Uniform blickt. Ihr seid Euch dann der Tatsache nicht bewußt, daß Ihr der größten Sache unseres Volkes zu dienen habt, und daß wir, zusammengepfercht in einem kleinen Land, gegen erdrückende Weltreiche zu kämpfen haben, die sich ständig brüsten, mit Eisen, Stahl und Mord gegen uns fertig zu werden.

14

17.2.1944

«Dieser Flammgeist muß im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP lebendig sein. Dann seid Ihr die Hand des Führers in diesem Raum. Das ist es, was ich Ihnen, Parteigenosse Tiessler, mit auf den Weg gebe, diesen Flammenstrom unserer Überzeugung und Weltanschauung als ein Glaubensfundament von edelster Klarheit aufzurichten; denn Großes ist uns aufgegeben und wenn wir versagen würden, dann würden Jahrtausende des deutschen Volkes vergeblich eine Zukunft erhofft haben.»

Aus dieser Zeit wird keiner etwas für sich gewinnen; niemand kann glauben, daß er sich selber irgend-etwas bewahren kann. Wer heute noch so denkt, denkt völlig falsch, und mag er auch eine Uniform tragen, sein Herz ist faul, seine Gedanken unsauber. Wer heute noch Werte für sich zu retten hofft, dessen Gedanken sind unsauber; wer heute nur an sich, seinen Aufstieg, sein persönliches Ich, seine Position denkt, wer glaubt, sich doch herauszuhalten zu können, dessen Herz ist faul.

Wir haben viele hier, die glauben, nur deswegen hier zu sein, um sich zu bereichern; sie glauben, sie sind nur des Geschäftes wegen da; viele sind da, die in ihrer inneren Melodie vollkommen unberührbar sind und die sagen: ach Gott, laß die reden und schreiben, es sieht so aus. Diese verkappten Defätisten und Zweifler tragen vielfach prunkende Uniformen und erscheinen uns gerade deswegen, weil sie militärisches Gepäck haben, besonders stark. In Wirklichkeit sind sie alte verstaubte Knochen und Knaben ohne ernstes Feuer. Gesellschaftliche Vollendung des Auftretens hilft nichts, wenn Massen gegen uns antreten. Der Flammgeist der Partei muß überschlagen in die Wehrmacht und muß dort niederschmettern, was sich an Bequemlichkeit und Selbstbegnügbarkeit breit gemacht.

17.2.1944

Die Schulung ist daher die zweitwichtigste Arbeit der Partei.

Heute sind die Verhältnisse klar herausgearbeitet: wer zweifelt noch, daß der Jude unser Todfeind ist? wer zweifelt noch daran, daß sich die Engländer, Amerikaner und Bolschewiken der Gefahr bewußt sind, die aus dem Nationalsozialismus für sie selbst aufsteigt?

Die jetzt so zur Mode gewordene stillschweigende Hochachtung vor Stalin und seinem Werk, dieses ewige Zitieren der russischen Stärke, die Übung, alles als eine geniale Sonderleistung dieses Satrapen, dieses ^{darzustellen} gesellschaftsfähig werdende Wort von der großen Stärke Stalins, alles das ist auch der Ausdruck einer faulen Seele. Wer an der Front stand, weiß, was für ein Massengeschmeiß der Russe als Mensch darstellt, und er weiß, daß die russische Überlegenheit nur dadurch zustande kommt, daß sie ihre Artillerie konzentrieren und durch die Lücken, die wir leider aus Mangel an Soldaten lassen müssen, durchstoßen und vorwärts dringen und daß wir einen dritten Feind haben, nämlich das Wetter, das uns Streiche spielt, wenn wir zu einem großen Schlag ausholen. Es ist eine Art verkappte Stalin-Bewunderung im Lande und dagegen muß angegangen werden. Das darf nicht um sich greifen; es muß gesagt werden, daß Stalin die Verkörperung des Massenterrors darstellt. Sonst greift dieses Gift schnell um sich! Noch ist die Partei im Besitz aller Positionen geistig-weltanschaulicher Art.

Sie wissen auch, wie schwer unser Kampf mit der Kirche ist. Sie füllt ihre Gotteshäuser in zunehmendem Maße, versteht es wie eine Schlange in schlauer und kluger Weise ihre Feindseligkeit zu verstecken. Auf der anderen Seite sind wir aus politischen und inneren Führungsgründen gezwungen, unsere Einstellung nicht zu demonstrieren und nach außen zur Schau zu tragen. Um so stärker muß daher die Partei ihre geistige Führung

17.2.1944

steigern, damit der alte Feind der konfessionellen Zwietracht nicht wieder Platz greift.)

Wir haben schwere Aufgaben im ganzen Land und im ganzen Volk zu lösen, aufsteigend aus der Zeit, aus der Not der Lage, aus der Kriegssituation, aus den Terrorbomben, aus den Verlusten und aus dem Blutstrom, den das deutsche Volk jetzt opfern muß. Gerade wir, die wir im Osten sind, müssen uns dessen unausgesetzt bewußt sein. Ich möchte Ihnen aber auch, Parteigenossen und Parteigenossinnen, sagen, daß aus dieser sehr ernsten Zeit der gläubig durchdrungene Siegeswille in uns leuchtet; je dunkler da und dort die Wolken hinziehen, desto heller wird einmal das Licht erstrahlen.

Im Juni waren es 25 Jahre, seit ich den Führer kenne, und seit 25 Jahren bin ich nun bei ihm; in vielen und in schweren Stunden sind wir einander verbunden. Ich gehöre zum Kreis der wenigen Repräsentanten der allerersten Entwicklung des Nationalsozialismus. Ich war dabei, als das Parteiprogramm formuliert wurde, ich kenne die Vorbereitungen zur ersten Parteiversammlung im Mathäserbräu, ich weiß die Geschichte der Bewegung von den ersten Anfängen an. Für mich ist die Rückschau auf die 25 Jahre dieses Werkes ein Rückblick auf eine der großartigsten Entwicklungsperioden unseres Volkes und heute auch der Weltgeschichte. Daß die Feinde, die wir in Deutschland hatten, sich international organisiert haben und internationalen Rückhalt haben, erkennen wir daran, daß die Durchsetzung des Führerprogramms im weltgeschichtlichen Sinne zu der gleichen Front der Feinde führte, die wir im Jahre 1918 als Sieger über uns sahen: die Juden, die Jesuiten und die Freimaurer. Diese unsere Feinde sind heute im Welt-drama wieder da. Wenn aber unsere Feinde heute im Weltformat gegen uns auftreten, dann müssen auch wir als

17.2.1944

Partei in Weltformat gebildet sein. Es ist nicht möglich, daß wir Feinde im Weltformat bekämpfen, wenn wir in der Partei etwa die enge Betrachtungszone des innerpolitischen Ringens haben.

Die Erfahrung der Partei im Generalgouvernement hilft dazu, die Parteibewegung im weltgeschichtlichen Rahmen zu führen. Wir haben hier eine Repräsentanz des nationalsozialistischen Weltreiches, denn im Generalgouvernement weitet sich nun im fünften Jahr das alte Deutsche Reich Adolf Hitlers zum Großdeutschen Reich im Weltreichsinn Adolf Hitlers. Wir wissen, wie es aussieht, wenn man ein Volk zu führen hat, das zu 99 % nichtdeutsch ist. Wir kennen die Schwierigkeiten, die daraus hervorgehen, die Heimat aber kennt sie nicht, sie verkennt sie meistens. Es bedarf langer Jahre der Erziehung der Heimat, damit sie verstehen lernt, was sie in den neuen Gebieten auch an Führungsmethoden gewinnen muß. Im Staat ist uns das geglückt, und bei der Partei wird es uns genau so glücken, denn sie hat verhältnismäßig mehr Verständnis für dieses Weltreich als der Staat.

Es ist für mich eine Dankespflicht, wenn ich dies als Generalgouverneur anerkenne. Gemessen an den Schwierigkeiten, die die zentrale Bürokratie des Reiches mir bereitet haben, waren die Anfragen der Parteikanzlei gering. Auch hier war die Partei absolut elastischer und zukunftsgeeigneter als die alte zentrale Bürokratie des Staates. Es gibt zwar in Berlin fast keine Ministerien mehr, aber leider ist das Denken der Ministerien mit jedem Bombenterror gewachsen.

Reichsleiter Bormann hat mir zugesagt, in jeder Weise die Partei im Generalgouvernement zu fördern. Im nächsten Monat wird Staatssekretär Klöpfer, der Vertreter Bormanns im staatlichen Bereich zu uns kommen, um uns bei unseren Schwierigkeiten zu helfen.

17.2.1944

Wir können als Parteigenossen sagen, daß unsere Bewegung, dem Ostaufbauwerk von Anfang an mit positivstem Verständnis gegenüber stand. Das bedeutet, daß die Partei hier auch in der allgemeinen Entwicklung die Führung hat und wir sind gemeinsam dazu berufen, diese Führung weiter zu halten.)

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Wie wir in 25 Jahren aus einem kleinen Kreis die Weltbewegung Adolf Hitlers geschaffen haben, so werden wir mit dem gleichen Geist nunmehr den Kampf fortsetzen. Parteigenosse Tiessler, Sie übernehmen an Stelle des hochbewährten Parteigenossen Stahl als mein Stellvertreter den Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. Indem ich Sie, Parteigenosse Stahl, herzlichst dankend verabschiede, begrüße ich Sie Parteigenosse Tiessler.

(Langanhaltender Beifall)

Hauptabschnittsleiter Stahl dankt dem Herrn Generalgouverneur für die ehrenden Worte seiner Arbeit und seiner Person.

Oberdienstleiter Tiessler übernimmt mit einführenden Worten darauf die stellvertretende Leitung des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP.

12¹⁵ Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

12³⁰ Besprechung mit Frau Dose.

13⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Kapellmeister Erb.

17.2.1944

14³⁰ Aussprache über eine zu gründende Polnische Antibolschewistische Liga im Königssaal.

(Teilnehmer s. Anwesenheitsliste)

Präsident Ohlenbusch führt nach Erteilung des Wortes durch den Herrn Generalgouverneur aus, daß er bei den Vorarbeiten über die Gründung einer Polnischen Antibolschewistischen Liga von folgendem ausgegangen sei:

Das politische Verhältnis zwischen der deutschen Führung und der polnischen Bevölkerung werde in positivem Sinn getragen von einem im polnischen Volk bestehenden Haß gegen die Bolschewisten und von dem zweifellosen Vorhandensein einer starken Autorität des Führers und seines Vertreters, des Generalgouverneurs. Weiter herrsche bei den Polen eine Sympathie für die deutsche Wehrmacht; sehr gut hätten sich auch die deutschen Aufbauarbeiten, die gerechte Behandlung der Polen, die Hebung der sozialen Stellung der Land- und Rüstungsarbeiter, die Erhöhung der Lebensmittelzu- teilung und der Verrat Englands an Polen ausgewirkt; keine geringe Rolle spiele auch der im polnischen Volk bestehende Antisemitismus.

In negativem Sinn stünden zu Buch die politische Diffamierung des Polentums im Reich (Tragen des P und Aufschriften wie "Polen und Juden der Eintritt verboten") die zu starke Hervorkehrung des deutschen Herrenstand- punkts im Generalgouvernement, die Aussichtslosigkeit auf Wiedererrichtung eines polnischen Staates, ohne eigene Regierung Schutzlosigkeit im Lande, Bedeutungs- losigkeit der polnischen Volksvertretung (Polnischer Hauptausschuß), die deutschen politischen Maßnahmen, die zwar notwendig seien aber auch das polnische Volk stark negativ beeinflussten (Sperrstunde, getrennte Straßenbahn- und Eisenbahnabteile), Behinderung der Einrichtungen des kulturellen Lebens, kriegsbedingte

20

17.2.1944

wirtschaftliche Maßnahmen (geringe Lebensmittelzuteilung, Mangel an Wirtschaftsgütern), die deutschen Sühnemaßnahmen für Sabotage und Verbrechen und endlich die Hetztätigkeit der Feindpropaganda in diesem Raum.

Um nun die polnische Bevölkerung zu einer Aktivierung ihrer inneren Gedankengänge gegen den Bolschewismus und gegen die Juden zu veranlassen, sei der Gedanke der Gründung einer Polnischen Antibolschewistischen Liga entstanden. Diese Liga solle lediglich aus einem Führungsstab von 6 bis 8 namhaften Polen bestehen; Mitglieder sollten nicht aufgenommen werden, ebenso wie die Bildung von Ortsgruppen nicht zugelassen werden könne.

Aufgabe der Liga sei es, die breite Bevölkerung antibolschewistisch zu beeinflussen. Die Bevölkerung solle unter Umwerfung der bisherigen polnischen Zielsetzung auf den politischen Boden des neuen Europa ausgerichtet und die Entstehung einer paneuropäischen Abwehrfront gegen den Bolschewismus erreicht werden. Zur Durchführung dieser Aufgaben solle die polnische antibolschewistische Liga drei Sektionen bilden, und zwar eine antibolschewistische, eine antijüdische und eine Sektion europäische Abwehrfront. Als Hilfsmittel sollten ihr eine Wochenschrift "Der Umbruch", eine Monatsschrift gegen den Bolschewismus und eine Flugblattreihe zur Verfügung stehen. Sämtliche Schriften seien von der Hauptabteilung Propaganda in Zusammenarbeit mit dem SD zu überwachen. Der Führungsstab müsse unter dem Schutz der Regierung des Generalgouvernements stehen, seine Tätigkeit weitgehend gefördert werden.

17.2.1944

Der als Vorsitzender des Führungsstabes in Vorschlag gebrachte Pole Dr. Burdecki habe bereits nach mehreren Besprechungen ein eingehendes Programm vorgelegt. Die Arbeit solle durch den Führungsstab sofort nach Genehmigung des Programms mit einer antibolschewistischen Versammlungswelle im ganzen Generalgouvernement begonnen werden. Polnische Redner sollten dazu eingesetzt werden; der Vertrieb der Eintrittskarten werde in den Betrieben erfolgen. Weiter sollten möglichst viele Konzerte und Varietees in den Betrieben stattfinden und die Auswertung der Aktion Berta durch Veröffentlichung der Erklärungen in Presse und Rundfunk vorgenommen werden. Darüber hinaus solle wie bisher eine gleichlaufende propagandistische Beeinflussung weitergehen.

Auf Befragen durch den Herrn Generalgouverneur erklärt Präsident Ohlenbusch, daß die 7 Polen dem Namen nach zur Verfügung ständen; ihre Überprüfung durch den SD müsse allerdings noch vorgenommen werden.

Auf einen Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Bühler, die Schaffung einer antisemitischen Sektion vorerst fallen zu lassen, spricht sich der Herr Generalgouverneur zunächst für die Gründung einer antibolschewistischen Liga aus. Die Gründung der beiden anderen Sektionen könne man für später im Auge behalten.

Die Anregung des SS-Obergruppenführers Koppe, wie im Warthegau auch im Generalgouvernement zur politischen Aufspaltung des Polentums den "Leistungspolen" einzuführen, stellt der Herr Generalgouverneur zur Erörterung in der Sitzung über die soziale Stellung der polnischen arbeitenden Bevölkerung zurück.

17.2.1944

Der Herr Generalgouverneur äußert sich dann grundsätzlich über die Gründung der Polnischen Antibolschewistischen Liga:

Ihre Gründung bedeute zum ersten Mal eine Heranziehung des polnischen Volkstums im Generalgouvernement zu einer politischen Willensbildung und Willensäußerung. Wie klein man sie immer aufziehe und mit welcher Vorsicht sie immer umgeben werde, das Faktum sei dann nicht mehr aus der Welt zu schaffen, daß mit ihrer Existenz das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in diesem Raum ein grundsätzlich anderes sei als bisher. Bis jetzt seien die Polen politisch ohnmächtig, nach dieser Gründung jedoch seien sie von der deutschen Führung als Angehörige des neuen Europas anerkannt. Diesen Gesichtspunkt wolle er mit besonderem Nachdruck betonen, denn die daraus in Zukunft entstehenden Schlußfolgerungen ließen sich heute noch nicht übersehen.

Die Umänderung der deutschen Stellung zum Polentum lasse die Zustimmung höchster Reichsstellen erwünscht erscheinen. Der Führer sei auch damit einverstanden. Was die deutsche Führung jetzt mit dem Polentum vorhabe, sei lediglich für die Dauer des Krieges angebracht. Darüber müsse man sich klar sein. Damit werde weder in positivem noch in negativem Sinn der endgültigen Polenpolitik des Reiches und des Führers irgendwie bindend ^{ge}vorgriffen.

Diesen Gesichtspunkt wolle er deswegen so betonen, weil, wenn die deutsche Führung des Generalgouvernements jetzt dem Polentum so entgegenkomme, sicherlich gesagt werde: "Jetzt geben sie doch nach". Hier habe man dann zu erwidern, daß dem nicht so sei, und zu betonen, daß die deutsche Führung im Generalgouvernement jetzt im Kriege eine Einstellung zu wählen habe,

17.2.1944

die für die Kriegslage des Deutschen Reiches und Volkes die günstigste sei. Er betone also, daß die Gründung der antibolschewistischen Liga als eine im Rahmen des Kriegeleistungsprogramms notwendige und zweckmäßige Maßnahme durchgeführt werde. Sie sei nicht der Beginn einer endgültigen Bereinigung der Polenpolitik, sondern eine äußere auf Grund höherer Kriegsnotwendigkeiten vorübergehend in den Vordergrund gestellte Einrichtung.

Ganz allgemein müsse man in Zukunft unter den Polen drei Gruppen unterscheiden: die erste sei die sicherlich kleine Gruppe der wirklich echten Freunde des Reiches, die aus innerer Überzeugung die deutsche Führung über das polnische Volk als historisch gerechtfertigt ansähen und bereit seien, für diese Entwicklung zu kämpfen. Politisch taktisch notwendig sei es, diese Gruppe, auch wenn sie noch so klein sei, anzuerkennen. Dieser Typ sei vielleicht im Rahmen der Polen vorhanden, die die österreichische Herrschaft erlebt hätten. Die zweite Gruppe stelle die große Masse des polnischen Volkes dar, die rein technische Gruppe des Volkes - wie man sie bezeichnen könne - die sich wenig um Politik kümmere; sie rekrutiere sich in der Hauptsache aus den Arbeitern und Bauern, die, ganz gleich, ob eine polnische Republik bestehe oder die Deutschen oder Sowjetrussen im Lande herrschten, doch nur arbeiten müßten und nur ihrer Arbeit lebten. Um die Gewinnung dieser Masse gehe der Kampf. Wenn die englische Propaganda den Befehl gebe, aktiver zu werden, dann meine sie diese Gruppe. Diese Millionen der sogenannten praktischen polnischen Mitarbeiter müsse man in Arbeit halten und für die deutschen Interessen zu gewinnen versuchen. Ihnen müsse man sagen: selbst dieses, Eure Arbeit, wird Euch der Bolschewismus rauben. Die Menschen dieser Gruppe seien auch hauptsächlich die Rekruten der Widerstandsbewegung. Die dritte Gruppe bildeten die Todfeinde der Deutschen, deren Feindschaft so weit

17.2.1944

gehe, daß sie außerhalb des Rahmens der aktiven Mitarbeit stünden. Dafür kämen sie in keiner Form in Frage, im schlimmsten Fall für eine getarnte Mitarbeit. Dieser Gruppe müsse der deutsche Kampf bis zur Vernichtung gelten.

Für diese drei Gruppen dürfe in Zukunft keine einheitliche politische Formel mehr gebraucht werden. Das liege in der heutigen Entscheidung inbegriffen. Es wäre politisch unklug und man verstoße gegen die deutschen Interessen, alle Polen als Feinde zu bezeichnen; gleichfalls aber dürfe man auch nicht alle Polen als Freunde ansehen.

Das Reich und seine maßgeblichen Propagandafaktoren erwarteten sich etwas von der gegründeten Polnischen Antibolschewistischen Liga, es müsse also schon Kraft in ihr stecken. Die Reden des Vorsitzenden Dr. Burdecki müßten schon etwas enthalten.

Referent Spängler bringt dann Gedankengänge, die Professor Burdecki bei Vor⁴sprechungen in der Hauptabteilung Propaganda geäußert hat und die auf Bildung einer Liga aller Schaffenden hinauslaufen, um die begrenzte Resonanz einer antibolschewistischen Liga in der polnischen Bevölkerung zu vergrößern, zum Vortrag.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich gegen diese Intentionen und erklärt die Formulierung "Antibolschewistische Liga" als verbindlich. Eine eingehende Besprechung der ganzen Angelegenheit mit den Staatssekretären sei nochmals angebracht; die Federführung liege in den Händen der Hauptabteilung Propaganda.

17.2.1944

Selbstverständlich müsse die polnische Presse weitgehend in den Dienst der Sache gestellt werden.

Präsident Ohlenbusch weist darauf hin, daß Professor Burdecki ein klares ihn bindendes Programm vorliege. Für seine Arbeit werde er über Presse, Propaganda und über die Hauptabteilungen zu Worte kommen.

SS-Obergruppenführer Koppe wirft in die Debatte, ob nicht zweckmäßigerweise Erzbischof Sapieha, der antibolschewistisch eingestellt sei, zu einem Hirtenbrief gegen den Bolschewismus veranlaßt werden solle.

Der Herr Generalgouverneur ist für die Einhaltung eines zeitlichen Abstandes, da im anderen Fall alles zu sehr nach Planung von deutscher Seite aussehe. Auch eine ukrainische antibolschewistische Liga solle man vorerst nicht ins Leben rufen.

Die Anregung des Präsidenten Dr. Emmerich, die Aktion durch wirtschaftliche Maßnahmen für die mittelständischen Kreise zu unterstützen - Verkauf eines kleinen Kontingents an Grundbesitz und kleinen Geschäften -, lehnt der Herr Generalgouverneur ab, weil man etwas im polnischen Volk urtümlich Gewachsenes, wie es doch die antibolschewistische Liga darstellen solle, regierungsmäßig nicht unterbauen dürfe. Im anderen Falle verliere es sofort an Bedeutung. Diese Maßnahmen könnten in der kommenden Sitzung über die "Soziale Hebung der im deutschen Interesse arbeitenden Klassen" erörtert werden; an diese mittelständischen Kreise habe man bisher noch wenig gedacht.

17.2.1944

Zum Schluß stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß man sich über die Gründung einer Polnischen Antibolschewistischen Liga im klaren sei und daß nach Abschluß der Vorarbeiten die Gründung Anfang März erfolgen werde. Ein wichtiges Propagandamittel in ihrem Dienst stellten auch die polnischen Theater dar, deren Besuch hauptsächlich loyalen Polen ermöglicht werden solle.

Strengstes Stillschweigen über den Inhalt dieser Aussprache macht der Herr Generalgouverneur allen Teilnehmern an dieser Besprechung zurpflicht.

16⁰⁰ Besprechung mit den Gouverneuren Dr. Wächter und Kundt in Anwesenheit des Staatssekretärs Koppe über die Sicherheitslage.

16⁴⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krössendorf.

21²⁶ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

Anwesenheitsliste

für die Besprechung der Gründung einer Polnischen Antibolsche-
 wistischen Liga am Donnerstag, den 17.2.1944
 im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
<u>Kaul</u>		
<u>Müller</u>		
<u>Dr. Bräpfe</u>		
<u>Zippert</u>	Präsident	H.A. Löffler
<u>Sennarowsky</u>		Linien
<u>H. Hader</u>	Reg. Kom.	Zentralkommando
<u>Whipfing</u>	Abt. Leiter	G. H. Abt. L. u. F.
<u>Hauschen</u>	H.A. Bräpfe	J. D.
<u>Gasser</u>	Präsident der Regierung	
<u>Zurifor</u>	Gemeinsam. Prop.	
<u>Müller</u>	form.	

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
F. D.
...
Gringem	44 - Kirschenbaumföhrer	L. d. T.
Gunnar	Präsident	11 pt. Abt. Wirtschaft
Hertis	Präsident	1. Abt. Personalwesen
Giebler	Ball- Leiter d. B.	Abt. d. Verwaltung
Mayer		
Gunnar	Präsident	Gruppent. E. u. L.
U. T. G.		11 pt. Abt. Wirtschaft

Freitag, den 18. Februar 1944

bis

Freitag, den 25. Februar 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Samstag, den 26. Februar 1944

- 9⁴⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
- 11¹⁰ Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple.
- 11⁵⁰ Besprechung mit Oberdienstleiter Tiessler.
- 12⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Dienstleiter Schalk, z.Zt. Oberfeldwebel bei der Wehrmacht, in Gegenwart des Oberdienstleiter Tiessler.
- 12³⁰ Besprechung mit Oberstleutnant von Dazur.
- 12⁴⁰ Besprechung mit Präsidenten Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch überbringt dem Herrn Generalgouverneur eine Einladung zu einer Tagung der Propagandaleiter Großdeutschlands, die am Montag dem 28. Februar im Reichspropagandaministerium stattfinden wird, und bittet ihn, im Rahmen dieser Tagung über das Generalgouvernement zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, im Rahmen dieser Tagung das Wort zu ergreifen, und ersucht Präsident Ohlenbusch, der ebenfalls an dieser Tagung teilnehmen wird, Material zur Ansicht auszulegen, etwa in Gestalt der Zeitschriften "Die Burg", "Das Generalgouvernement", der Broschüre "3 Jahre NSDAP im Generalgouvernement" u.a..

Präsident Ohlenbusch berichtet sodann über die Arbeiten der Hauptabteilung Propaganda auf dem Gebiete der Polenpolitik.

2

26.2.1944

Weiter gibt Präsident Ohlenbusch dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von den Vorbereitungen für die Ausstellung: "Japanische Kunst und japanisches Kunstgewerbe", die am 30. März eröffnet werden soll.

Gegenstand der Besprechung ist dann die Frage, ob und welche Unterstützung das neu gegründete "Polnische Theater" erfahren soll. Ein Staatszuschuß könne hier nicht in Frage kommen, weil es sich um ein privates Unternehmen handle. Er schlage deshalb vor, polnischen Arbeitern die Möglichkeit des Besuches dieses Theaters auf Kosten der Regierung zu geben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden.

12⁴⁵ Besprechung mit Generalintendant Stampe in Gegenwart des Präsidenten Ohlenbusch.

Der Herr Generalgouverneur stellt gegenüber Nachrichten, in denen die Ernennung des Intendanten Stampe zum Generalintendanten als verfrüht bezeichnet worden ist, fest, daß es bei der von ihm vorgenommenen Ernennung des Intendanten zum Generalintendanten bleibe. Staatsminister Meißner habe die Anweisung erhalten, den Text der endgültigen Urkunde auszuarbeiten, die dem Generalintendanten Stampe nach ihrer Fertigstellung zugehen werde. Er erkläre nochmals ausdrücklich, daß der Führer in seiner, des Generalgouverneurs, und des Reichsleiters Bormann Anwesenheit die Genehmigung zur Ernennung des Intendanten zum Generalintendanten erteilt habe, wie das auch in einem Schreiben an Generalintendant Stampe niedergelegt sei.

3

26.2.1944

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Ohlenbusch, sich in Berlin der Beschleunigung dieser Angelegenheit zu widmen.

Zu der weiteren Besprechung wird Pressechef Gassner hinzugezogen.

Der Herr Generalgouverneur gibt Pressechef Gassner Kenntnis von der soeben stattgehabten Besprechung und ersucht ihn, amtlich davon Kenntnis zu nehmen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß das Gastspiel von Angehörigen des Wiener Burgtheaters mit der Aufführung von Grillparzers "Sappho" einen so glänzenden Verlauf genommen habe, und wirft im Anschluß daran die Frage auf, wie es in Zukunft mit Gastspielen reichsdeutscher Bühnen gehalten werden solle. Im Vordergrund müsse immer stehen, daß die Bühne des Generalgouvernements nicht Volkstheater, sondern Staatstheater zu sein habe. Gastspiele wie solche des Burgtheaters stellten zweifellos einen erfreulichen Beitrag zur Steigerung der Theaterkultur im Generalgouvernement dar. Weiter sei es sein Wunsch, daß das Staatstheater des Generalgouvernements seine Tätigkeit mehr als bisher nach Lemberg und Warschau verlege; denn es müsse in dieser seiner Eigenschaft im ganzen Generalgouvernement als die führende Bühne in Erscheinung treten.

Generalintendant Stampe gibt zu bedenken, daß das Repertoire solcher Aufführungen verhältnismäßig beschränkt sein werde. Es komme immerhin nur eine kleine Auswahl von Stücken in Frage. Auch werde die Unterbringung der Theatermitglieder vor allem in Lemberg angesichts der dortigen Raumnot auf große Schwierigkeiten stoßen.

26.2.1944

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß man dieser Schwierigkeiten Herr werden könne, und betont, daß er auf Gastspiele reichsdeutscher Bühnen großes Gewicht lege, zunächst auf ein Gastspiel des Münchner Staatstheaters mit einer Aufführung der Bauernkomödie "Lokalbahn" von Ludwig Thoma. Weiter komme gegebenenfalls ein Gastspiel der Münchner Kammerspiele mit einer Aufführung des "Michael Kramer" von Gerhart Hauptmann in Frage.

Generalintendant Stampe weist gegenüber diesen Plänen mit Nachdruck darauf hin, daß für diese Gastspiele die Mitwirkung des technischen Leiters des Staatstheaters des Generalgouvernements dringend benötigt werde, die andererseits wiederum bei Aufführungen des Staatstheaters in Lemberg oder Warschau ebenfalls nicht entbehrt werden könnte. Weiter sei zu bedenken, daß das Staatstheaters des Generalgouvernements seinen Abonnementsverpflichtungen nachzukommen habe.

Der Herr Generalgouverneur will diese Abonnementsverpflichtungen wesentlich eingeschränkt wissen und hält es für ausreichend, wenn nur fünf Abonnementsserien jeweils ausgegeben würden.

Abschließend beauftragt der Herr Generalgouverneur den Präsidenten Ohlenbusch und den Generalintendanten Stampe, sich wegen der Vorbereitung der Gastspiele mit den Spielleitern Golling und Domin ins Benehmen zu setzen.

13¹⁰ Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur gibt den beiden Herren Kenntnis von einem kürzlich ergangenen Befehl des Führers, nach welchem die Zivilverwaltung im Generalgouvernement in ihrer bisherigen Form in vollem Umfange bestehen bleiben solle. Anordnungen, die den Zivilbereich irgendwie betreffen, ergingen allein und

26.2.1944

ausschließlich durch den Generalgouverneur bzw. die Organe seiner Verwaltung.

13⁵⁰ Der Herr Generalgouverneur überreicht im Namen des Führers das Kriegsverdienstkreuz II.Klasse folgenden Angehörigen der Kanzlei des Generalgouverneurs:

1. Regierungsamtmanu Spiegel
2. Referent von Palézieux
3. Architekt Korinthenberg
4. Sekretärin Krafczyk.

19⁰⁰ Ballett-Abend im Staatstheater.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

IX/9

Sonntag, den 27. Februar 1944

10³⁰ Dichterlesung Theamaria Lenz im Institut für Deutsche
Ostarbeit.

14³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

19⁵⁷ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach
B e r l i n .

Montag, den 28. Februar 1944

und

Dienstag, den 29. Februar 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in B e r l i n.

Aus Anlaß seiner Anwesenheit in Berlin hatte der Generalgouverneur am 28.2.1944 um 18 Uhr eingehende Besprechungen mit Reichsminister Dr. Goebbels über verschiedene Fragen seines Ressorts, soweit sie das Generalgouvernement betreffen. Im wesentlichen wurde in allen Fragen völlige kameradschaftliche Übereinstimmung erzielt. Im besonderen handelt es sich um folgendes:

1. Die Angelegenheit der Berufung des Leiters des Staatstheaters des Generalgouvernements Stampe zum Generalintendanten wird in der Form erledigt, daß Reichsminister Dr. Goebbels seinen bisherigen ablehnenden Standpunkt sofort aufgibt. Er wird diesen Umstand dem Staatsminister Meißner mitteilen und noch morgen an den Führer den Antrag zur Ausfertigung der Ernennungsurkunde stellen. Sobald Dr. Goebbels die Urkunde mit der Unterschrift des Führers zurückerhält, wird er sie gegenzeichnen und sie dann dem Generalgouverneur zur weiteren Gegenzeichnung nach Krakau senden.

Der Generalgouverneur lud Dr. Goebbels ein aus Anlaß der Urkundenübergabe an Stampe in Krakau persönlich zu erscheinen, was Reichsminister Dr. Goebbels als möglich und auch von ihm erwünscht bezeichnete.

12

28.2.1944

2. Präsident Ohlenbusch soll brauchbare Mitarbeiter zur Durchführung seiner Propagandaarbeiten möglichst sofort erhalten, da die Propagandaarbeit im Generalgouvernement selbstverständlich auch von Dr. Goebbels als außerordentlich wichtig bezeichnet wird.

In Anwesenheit des Generalgouverneurs gab Dr. Goebbels seine in obigem Sinne angeregten Weisungen an seinen Präsidialchef Dr. Naumann.

Auf Einladung des Reichsministers Dr. Goebbels nahm der Generalgouverneur noch an einem intimen Zusammensein mit dem gleichfalls anwesenden Reichsführer SS Himmler teil.

END OF

VOL. # 34.

R. 10